# DE KNIPSELKRANT

MANY HAVE EYES BUT CANNOT SEE

GUERRILLA STRIJD, SMERIS, IMPERIALISME, FASCISME, COUNTER INSURGENCY...

# Resistance

# DE KNIPSELKRANT

## Documents and Analysis
## [from t]he Illegal Front

*****************************************************

Zum Knipselkrant

De Knipselkrant erscheint seit August 1978, jetzt ca. 35 mal im Jahr. Die Zeitung ist dreisprachig: deutsch (hauptsächlich), holländisch und englisch. Themen: Bewaffneter Kampf und Widerstand in Westeuropa, Antimilitarismus, Kampf der politischen Gefangenen, Counterinsurgency, Bullenapparat, Nazifaschisten.
Wir benutzen Erklärungen, Texte und werten weit über 150 Zeitungen aus ganz Europa aus.
Unser Ziel ist die Verbreiterung der gemeinsamen Diskussion. Informationen über Zusammenhänge, über die Vielzahl der einzelnen Kämpfe und Aktionen vermitteln die Stärke, die in der ganzen Bewegung steckt.
Unzensierte Zeitungen sind für die Entwicklung unserer Zusammenhänge enorm wichtig. International trachten die Bullen wütend danach, Zeitschriften und Zeitungen, die die Politik der Guerilla und des antiimperialistischen Widerstands in Westeuropa transportieren, kaputt zu machen.
Diese Zeitungen haben eine wichtige Funktion, weil die Kommunikation über revolutionäre Politik in Westeuropa wichtig ist. Für die Entwicklung kommunistischer Perspektiven in den Metropolen ist eine revolutionäre antagonistische Praxis Mittel und Ziel, davor hat die Bourgeoisie Angst; über diese Praxis, über diese Analysen berichtet De Knipselkrant. Internationale Information und Diskussion ist notwendig, eine Voraussetzung, Theorie als Orientierung und Ansatz zum Handeln in einem dialektischen Prozess mit der Praxis. Noch vor wenigen Jahren gab es Dutzende linker Zeitungen. Die Repression hat diese Zahl bis auf wenige dezimiert. Doch es ist in erster Linie keine Frage der Zahl, sondern der Stärke der Strukturen.
Dazu brauchen wir vor allem auch eure Hilfe:
schickt alles Material, das ihr für wichtig haltet - Erklärungen, Texte und anderes. Heutzutage ist es besser, wir bekommen Sachen doppelt als garnicht. Wir verstehen de Knipselkrant als Teil unserer gemeinsamen Kommunikationsstruktur. Schnelle und präzise Informationen stärken die Kraft des Widerstandes - helft uns dabei: es ist unsere gemeinsame Zeitung.
Abonnement: 180 Gulden im Jahr inkl. Porto
Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen und wir schicken euch den Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist. Mit einer der letzten Nummern kriegt ihr dann eine Zahlungserinnerung.
Zahlungsweise: Bar oder mit internationaler Postanweisung auf unser Postscheckkonto (Postscheckamt Arnheim).
Buchläden: erhalten 30 % Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Dieser Rabatt gilt für Bestellungen von mind. 5 Exemplaren.

De Knipselkrant, Postfach 7001 9701 JA Groningen, Nederland, Postscheckkonto 4246655 (Postscheckamt Arnheim)

*****************************************************

Voor Nederland: Verkrijgbaar in de linkse boekhandel.

*Zum zweitenmal innerhalb eines Jahres* SDZ 21.07.87

# Brandanschlag auf Bagger

## Täter sind vermutlich WAA-Gegner / Eine Million Mark Sachschaden

**UNTERFÖHRING – Einen Brandanschlag haben unbekannte Täter am frühen Montagmorgen auf einen Raupenbagger eines Münchner Bauunternehmens verübt. Wie die Polizei mitteilte, wurde der Bagger der Firma Dyckerhoff & Widmann, die einen Verbindungskanal vom Speichersee zum Klärwerk Großlappen errichtet, gegen fünf Uhr früh mit Motoröl übergossen und angezündet. Die Raupe brannte völlig aus. Der Sachschaden wird auf eine Million Mark geschätzt.**

**Am Tatort ließen die Täter Bekennerbriefe zurück. Aus diesen Schreiben geht hervor, daß es sich dabei vermutlich um militante Gegner der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) bei Wackersdorf handelt.**

**Der Anschlag bei Unterföhring ist der zweite, der innerhalb eines Jahres auf ein- und denselben Bagger verübt wurde. Bereits im November vergangenen Jahres war er Ziel eines Brandanschlags auf einer Baustelle der Bayernwerke AG an der Autobahn A 99 bei Ismaning gewesen. Damals hatten die Täter das 60 Tonnen schwere Fahrzeug mit einem mehr als 20 Meter langen blauen Baumwolltuch umwickelt und angezündet. Die Flammen zerstörten zuerst das Führerhaus des Baggers. Weil aus den angesengten Hydraulikschläuchen Öl entwich, entwickelte sich ein so intensives Feuer, daß er völlig ausbrannte. Der Schaden betrug seinerzeit 1,5 Millionen Mark.**

**Durch diesen neuerlichen Anschlag würden die Bayernwerke bei ihren Arbeiten am Isarkanal um etwa ein halbes Jahr zurückgeworfen, erklärte ein Sprecher des Unternehmens. Da es sich um ein Spezialgerät handle, sei es nicht möglich, dieses schneller zu reparieren oder zu ersetzen. In der Bundesrepublik gebe es davon nur zehn Exemplare.**

**Die Bayernwerke bauen am Isarkanal eine fünf Kilometer lange Druckwasserleitung vom Speichersee zum Klärwerk Großlappen in Freimann. Durch diese Druckleitung werden die Abwässer der Landeshauptstadt zum Nachklären in den Speichersee geleitet. rk**



**ZUM ERSTEN, ZUM ZWEITEN ...**
**WAA NIE!**
**DYWIDAG: PFOTEN RAUS AUS WACKERSDORF**

Vor nicht allzu langer Zeit lebten in unserem Land kleine schwarze Zwerge, die sich vornehmlich vom Sumpf der Großstädte ernährten. Viele waren es nicht, aber doch genug, um den Herrschern ihres Landes von Zeit zu Zeit zu zeigen, daß es noch Zwerge gab.

Diese Zwerge waren gegen die Atomkraft und so kam es, daß sie - als wieder einmal eine große Anlage gebaut werden sollte - aus ihren Städten dorthin gingen, den Bauplatz besetzten und schließlich vertrieben wurden. Aber die Bürger jener Region hatten die Zwerge in ihr Herz geschlossen. Das bemerkten die Zwerge und als ein großes Atomkraftwerk explodierte sahen sie die Zeit für gekommen, den Bürgern zu zeigen, wie die Zwerge wirklich Widerstand leisteten. Sie zogen sich schwarze Masken über, um ihre Gesichtchen zu verhüllen, warfen mit Steinen und schossen mit Schleudern, ganz so, wie es die Zwerge seit Jahrhunderten taten. Obgleich die Staatsgewalt viel stärker war, gewannen die Zwerge anfänglich, denn viele Bürger

hatten auch ihr Gesicht verhüllt und halfen den Zwergen. Und viele Zwerge dachten: Endlich ein Sieg! Und fuhren fort, mit Steinen und Stahlkugeln zu werfen. Viele der Zwerge träumten davon mit der verhaßten Atomkraft die Herrscher auch loszuwerden.

Doch als die Schergen der Staatsgewalt bald immer stärker und immer mehr wurden, zogen sich die Zwerge in ihre Städte zurück und kehrten nie, nie wieder zurück. Und als sie einmal mehr die öde Häßlichkeit ihrer Prachtstraßen durchschritten und der Landwirtschaftsminister demonstrativ den verseuchten Spargel aß wußten sie: "Es muß was geschehen, aber anders!" Bald brannten die Fahrzeuge der großen Firmen und die Strommasten knickten wie weiland die Tannenbäume im Taxölderner Forst. Aber während sie sich geheimnisvoll heimlich gedruckte Blätter zusteckten und in Hinterzimmern tuschelten, war niemand mehr da, ihnen Beifall zu zollen und sie selbst hatten keine Zeit mehr zu diskutieren und mit den Bürgern zu reden.

So merkten sie auch nicht wie sich der Wind drehte: die Becquerels verschwanden - zumindest aus den Zeitungen - und der bayrische Landesherr schickte seinen neuen Gauleiter aus, um dem Unwesen ein Ende zu bereiten. Und die Herrscher am Rhein beschlossen neue Gesetze. Viele der Zwerge sagten zwar, daß nichts anderes zu erwarten gewesen sei und versicherten sich eifrig, daß der Widerstand weitergehe. Nur abends, wenn sie allein in ihren kalten Bettchen lagen, beschlich sie ein leises Kribbeln im Magen. Und obwohl ihr wichtigstes Börsenblatt, das nur noch im Ausland gedruckt werden konnte, zu Ende des Jahres die Bilanz des Zwergenwiderstands veröffentlichte - und diese las sich wahrlich nicht schlecht - verließ viele Zwerge der Mut und während sich draußen Eis und Schnee türmten, saßen sie zusammen und stritten sich über den rechten Weg und meinten, daß die meisten Zwerge zu dumm wären.

Doch es waren wenige, die - sei es nun, weil sie auf dem Land wohnten oder wegen ihrer Unerfahrenheit - nicht sahen, wohin der Zeitgeist der Zwerge wehte. Als sie ihren ersten Erfolg-einen großen Strommast - vorzuzeigen hatten, wurde dieser von vielen bejubelt und in allen Zeitungen der Zwerge gedruckt. So bestätigt machten sie weiter. Aber die Truppe des Gauleiters war schon auf sie angesetzt und als sie ihren nächsten Coup landeten wurden sie gefaßt und gestanden gleich. Und die anderen Zwerge schüttelten ihre Köpfe über so viel Dummheit und vergaßen die gefangenen Zwerge recht bald. Nur das Kribbeln im Magen wurde so stark, daß keine Masten mehr fielen. Einige der Zwerge meinten nun aber, das mit den Masten sei gedacht gewesen, um den Bürgern zu zeigen, was man machen könne, an einen Sieg habe gar niemand geglaubt.

Und wenn sie nicht gestorben sind, dann strahlen die Akws noch immer, wenige Zwerge sind in den Krallen des Gauleiters - und die anderen warten darauf, daß alles, alles wieder von vorne beginnt..........

Wir wollen hier aber nicht nur Zwergenmärchen erzählen: wir wollen zudem erklären, warum wir im Zeichen des Gauleiters militante Aktionen noch immer befürworten: zugegebenermaßen unfertig, aber wir wollen nicht mit seitenlangen Analysen und Rezepten langweilen.

1. Wir können es nicht oft genug sagen: Wir führen keinen Krieg, sondern den Kampf um die Köpfe der Menschen. Wer glaubt, Hunderte von gefallenen Strommasten alleine könnten das Akw-Programm zu Fall bringen, wird sich selbst im Knast wiederfinden, ohne etwas verändert zu haben. Militante Aktionen können nur erfolgreich sein, wenn sie auf vorhandene Struktur und Bewußtsein bauen können und nur die Erweiterung öffentlicher Aktionen darstellen. Genau dies wurde im vergangenen Jahr falsch gemacht: Außer Anschlägen hatten die Autonomen nicht viel zu bieten. Und wer glaubt, daß wegen uns "der Staat wackelt" (Anarchistische Zelle zu Anschlag auf Hochtief, Jan. 87), der will die Verhältnisse in diesem Land nicht wahrhaben.
2. Wer militante Aktionen macht, sollte auch wissen, was er damit erreichen will. Wer nur Maximalforderungen stellt ("Abschaltung der herrschenden Klasse") wird bald aufgeben. Wer wie im Supermarkt der autonomen Zerstörung hier mal einen Strommast umlegt, da eine Bank angreift und dort Militär abfackelt, ist ebenso unpolitisch. Angriffsziele sollten nicht nur nach ihrer leichten Angreifbarkeit ausgesucht werden. Und wenn wir erfolgreich sein wollen, brauchen wir eine Kontinuität in unseren Angriffs- und politischen Zielen.
3. Und schließlich noch was zu unserem Alltag, denn wir wollen nicht daß unsere Aktion dazu dient, die im letzten Jahr so kläglich gescheiterte Hard-Core-Romantik aufleben zu lassen. Wir wollen keinen autonomen Leistungszwang, daß nur der viel gilt, der möglichst harte Aktionen bringt. Wir sind keine Helden, unsere Stärke mißt sich nicht in unseren Aktionen, sondern im täglichen Leben.

Und trotzalledem haben wir gerade jetzt, am 20.07.1987, einen Bagger der DYWIDAG bei Ismaning angezündet. (An derselben Stelle wurde bereits in November 1986 ein Bagger desselben Typs angezündet; von diesem Typ gibt es in der gesamten BRD angeblich nur 10 Stück.) Wir wollen zeigen, daß der Anti-Akw-Kampf Kontinuität braucht und wir nicht auf das nächste Thema aufspringen wollen, um die alten Fehler zu wiederholen. Die Repression ist hart, aber sie hat es schon immer gegeben und daß sie unsere 86er Angriffe nicht unbeantwortet lassen würden, konnten wir uns vorher ausrechnen. Wenn wir

**siegen wollen, müssen wir weitermachen, aber vorsichtig, selbstkritisch, nicht militaristisch.**

Politische Berichte 15/87

## UNBEKANNTE TÄTER

**Kriminalisierungsrundbrief 10/11** (Doppelnr.!) erschienen. Themen u.a. WAA Prozeßberichte / Urteile, 1 Radikal Prozeß, alles über den Verlauf / Zeugen / Prozeßerklärung / urteil / Einschätzung / 2 Radikalprozeß 26.8./28.8. OLG Ffm. / Haftbedingungen der politischen Gefangenen (Angehörigenerklärung) Einschätzung der Situation / zu A. Goder / zu G. Sonnenberg / Neues P.Bakker Schut Buch / VS-Spitzelsuche / Sabot Haussuchung u. § 129 a Verfahren / Totalverweigerinfos / Kaiserslautern § 129 a Verurteilungen. Bestellen bei: Kriminalisierungsrundbrief, c/o Umweltzentrum, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel für 1 Expl. 5 DM nur gegen Vorkasse in bar (!!), keine Schecks, keine Briefmarken (bitte!) ab 5 Expl. 4 DM




**RESTRISIKO MENSCH**
Volkserfassung - Staatsterrorgesetze. Widerstandsbekämpfung.
Hrsg. Rolf Gössner/„Bürger kontrollieren die Polizei".
160 lesbare Seiten mit Hinter- und Abgründen, Zusammenhängen und Szenarien, Dokumenten und Beiträgen u.a. von: Ulrich Briefs, Rolf Gössner, Hermann L. Gremliza, Joachim Kempas, Ulrich K. Preuß, Michael Schubert, Wilhelm Steinmüller, Edda Weßlau.
Konzipiert für die Zeit nach der gescheiterten „Volkszählung" - denn es gibt weit gefährlichere Entwicklungen, die es zu bekämpfen gilt!
160 S. A4 für DM 8,50 (zzgl. Porto) mit aktuellem Sonderteil zum Volkszählungsboykott. Bezug: „Bürger kontrollieren die Polizei" Charlottenstr. 3, 2800 Bremen 1

## Anschlag auf NATO-Flugplatz offenbar keine „Terroraktion"

SDZ 18.7.87 **Stuttgart (ddp)**

**Der Brandanschlag auf den Flugplatz der kanadischen Streitkräfte in Lahn Anfang vergangener Woche hat nach Angaben des Landeskriminalamts (LKA) in Stuttgart keinen terroristischen Hintergrund. Die Untersuchungen hätten ergeben, daß die Brandstifter nicht von außen in das Militärgelände eingedrungen seien, sondern von innerhalb des Geländes aus operiert hätten: Außerdem seien Tatmittel gefunden worden, die aus Beständen der kanadischen Streitkräfte stammten. Das Ermittlungsergebnis lasse den Schluß zu, daß an dem Anschlag keine Deutschen beteiligt gewesen seien. Am Morgen des 6. Juli war in einem Treibstofflager ein Feuer ausgebrochen, durch das Kettenfahrzeuge zerstört wurden. Der Schaden betrug vier Millionen Mark.**

## Provokation der FAP gegen die Hafenstraße

*Hamburg.* Am 11.7.87 veranstaltete die FAP am Großensee bei Ahrensburg ihr „erstes Gau-Treffen in diesem Jahr". Anschließend fuhren die Teilnehmer des Treffens nach Hamburg, um einen „Protestmarsch gegen die anarchistische Hafenstraßen-Szene" zu veranstalten. Etwa 60 Mitglieder der FAP versammelten sich vor dem Bismarck-Denkmal („Reichsgründer") zu einer Kundgebung und sangen die erste Strophe des Deutschlandliedes. Anschließend marschierten die Faschisten in Richtung Bernhard-Nocht-Straße, um, so O-Ton der FAP, „auf die militanten verbrecherischen Umtriebe des Marxismus und insbesondere der Hafenstraße" hinzuweisen. In Sprechchören forderten sie lauthals „Nieder mit der Hafenstraße". Kurz vor den besetzten Häusern versperrte die Polizei der FAP den Weg, die sich daraufhin zu ihren Wagen zurückzog. Als sich die FAP wenig später auf einem Parkplatz in Harburg erneut sammelte, umstellte die Polizei die Autos und nahm die Personalien der Insassen auf. Bei der Durchsuchung der Fahrzeuge stellte die Polizei umfangreiches Waffenmaterial sicher. – (hep)

# Keine neuen 'Radikal'-Prozesse

***Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Verbreitung der Zeitschrift 'Radikal' in 15 Fällen abgelehnt / Inhaber von Buchläden dürfen jetzt auch Publikationen verkaufen, die sie nicht gelesen haben!***

*23.7.87* **taz**

Das Berliner Kammergericht hat, wie jetzt bekannt wurde, in den letzten zwei Monaten in allen 15 Fällen die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen Inhaber von Buchläden, Gaststätten und anderen Geschäften abgelehnt, denen die Verbreitung der Nummer 132 der Zeitschrift 'Radikal' vorgeworfen wird. Die Staatsanwaltschaft hatte den Händlern in ihrer Anklageschrift Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen, öffentliche Aufforderung zu Straftaten und deren Billigung, sowie Verunglimpfung des Staates.

Der 2. Strafsenat des Kammergerichts argumentierte nun in seinem wegweisenden Einstellungsbeschluß, es gebe keine Beweise dafür, daß die bei Durchsuchungen beschlagnahmten „Radikal" Exemplare in den Läden verkauft werden sollten. Nach Auffassung des Gerichts wäre den Ladeninhabern selbst bei Annahme einer Verkaufsabsicht nicht nachzuweisen, daß sie den Inhalt des Blattes kannten. In der Nummer 132 der Zeitschrift war unter anderem ein „Gruß" an die Mörder des Siemens-Vorstandsmitglieds Beckurts und eine Anleitung zum Bau von Zeitzündern veröffentlicht worden. Im Beschluß des Kammergerichts hieß es auch, daß Inhaber von Buchläden nicht jedes Schriftstück vor dem Verkauf lesen würden. Auch der Name 'Radikal' lasse noch nicht auf einen strafbaren Inhalt schließen. Mit einer Ausnahme hat die Staatsanwaltschaft inzwischen Beschwerde gegen die Einstellungsbeschlüsse beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe eingelegt. Dort liegt auch ein Revisionsantrag aus einem Verfahren in Hessen. Ein Handverkäufer der 'Radikal' war dort wegen der selben Vorwürfe vor zwei Monaten von einem Oberlandesgericht zu neun Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden.

Beteiligte der Berliner Verfahren halten es wegen der fast gegensätzlichen Beurteilung durchaus für möglich, daß der BGH die Entscheidungen des Kammergerichts auf Einstellung aufhebt. In Karlsruhe soll Mitte August darüber entschieden werden.

Die ungewöhnlich milde Beurteilung des 2. Strafsenats beim Kammergericht bietet jetzt Raum für allerlei Spekulationen. Insider vermuten, daß der dortige Vorsitzende schlicht keine Lust hatte sich erneut mit der 'Radikal' zu beschäftigen. Denn Richter Pahloff gelangte zu trauriger Berühmtheit: Vor drei Jahren verurteilte sein Senat im vielbeachteten großen 'Radikal'-Prozeß die Journalisten Benny Härlin und Michael Klöckner zu zwei Jahren Gefängnis ohne Bewährung.

## HAUSDURCHSUCHUNGEN IN WIESBADEN

am morgen des 1.4.87 liefen in den wohnungen von zwei genoss/inn/en aus dem anti-imperialistischen widerstand in einer koordinierten aktion hausdurchsuchungen im rahmen zweier 129a-ermittlungsverfahren, geleitet von bullen aus dem pp mainz:

als morgens um 6 uhr die bullen vor der tür standen, blieb gerade noch zeit, sich gegenseitig zu wecken, aus den betten zu schälen und in die klamotten reinzuspringen. nachdem sie mehrmals gedroht hatten, die türen einzuschlagen, haben die leute sie aufgemacht - ca. 15 sek'ler und mehrere zivis, z.t. mit kugelsicheren westen und gezogenen knarren, stürmten in die wohnung. wieviele bullen es insgesamt waren, ließ sich schwer feststellen, weil sie sich gleich in die einzelnen zimmer verteilten und die leute in einem raum zusammentrieben. dort wurde vom einsatzleiter der grund der durchsuchung benannt. die bullen haben sich eher 'korrekt' verhalten vor den hintergrund der androhung, daß sie leute mitnehmen werden, wenn es zu 'schwierigkeiten' und 'störungen' bei der durchsuchung kommt. ihre maske der liberalität ließen sie in den momenten, wo sie mit ihren anordnungen nicht durchkamen, fallen und griffen offen durch. sie versuchen mit der "korrekten freundlichkeit" das verhältnis zur konfrontation zu verwischen, weil sie denken, dann ihren kram leichter durchführen zu können. sie haben z.b. auch während der durchsuchung der einzelnen zimmer darauf geachtet, daß nicht zwei oder mehrere leute zu lange beieinander blieben.

diese strategie der "korrekten freundlichkeit" haben sie auch in detmold angewandt, wo drei genoss/inn/en zum verhör verschleppt wurden: "als wir nach der verschleppung darüber geredet haben, erzählten zwei das so, daß sie völlig überrascht waren, nachdem die bullen die tür aufgebrochen hatten, weil die sich dann äußerlich korrekt, höflich verhielten, viel quasselten, und sie dann nur noch an dem überlegt haben, warum die sich so verhalten, und nicht mehr, was die situation überhaupt ist - und so passivität entstand ... ist uns nochmal klar geworden, daß wir in jeder situation darum kämpfen müssen, die initiative zu behalten." (aus einem flugblatt dazu).

unter den leuten liefs gut - sachen gemeinsam durchsetzen (z.b. kein ausziehen der frauen bei den durchsuchungen, kaffee kochen, anwalt anrufen, durchsuchungsbeschluß zusammen durchlesen) und aufeinander gucken, wie es jeder/m geht.

nach dem abtasten wurde einem genossen mitgeteilt, daß in seiner wohnung gleichzeitig eine durchsuchung läuft und sie ihn dorthin bringen werden. die leute haben dann beschlossen, daß jemand mit ihm zusammen bleibt und mitgeht. dort hatten sie die tür eingeschlagen, um reinzukommen.

die durchsuchungen liefen in beiden wohnungen ähnlich ab. dadurch, daß in den einzelnen zimmern immer jemand dabei war, war mitzukriegen, was eingesackt, bzw fotografiert wurde. an einem zimmer haben sie sich ziemlich ausgetobt: das bett total auseinandergenommen, regale ausgeräumt ... bei den anderen räumen waren sie eher "gemäßigt".

mitgenommen wurde fast ausschließlich papier: persönliche sachen wie briefe, handschriftliche aufzeichnungen, notiz- und adreßbücher, telefonlisten, fotos, briefwechsel mit gefangenen ... dann flugblätter, diskussionspapiere, zeitungen; und fast alle ordner: z.t. ältere sachen wie z.b. zum vobo 83, zur startbahn, zur sanierungspolitik in mainz, aber auch neuere zur westeuropäischen formierung, zu den verhaftungen der genoss/inn/en von ad, zur fahndung, innere sicherheit, gefangene, zum arabischen raum.

mittlerweile kamen die beschlüsse, daß fast alles beschlagnahmt ist. aus den sachen, die behalten wurden, machen sie "umfangreiche, überwiegend in stehordnern systematisch aufbereitete sammlungen" - material, "das sowohl für die auswahl und festlegung von anschlagszielen als auch für die rechtfertigung von mord- und sprengstoffanschlägen in tatbekennung verwendet werden konnte und kann." notiz-, adreß- und telefonbücher sowie kfz-kennzeichen von observationskarren sollen kontakte beweisen, bzw. "läßt den schluß zu, daß die beschuldigte ... planmäßige ausspähungen vorgenommen hat und daß diese feststellungen zur weiterleitung an die im untergrund lebenden mitglieder der raf bestimmt waren."

frühere persönliche beziehungen zu christoph bzw. daß gags, andrea und birgit in wiesbaden gewohnt haben, ist anlaß, noch laufende beziehungen zu unterstellen. im durchsuchungsbeschluß sagen sie dazu: "im raum mainz/wiesbaden bildet das sog. "legale raf-umfeld" seit jahren ... ein personelles reservoir ... in den jahren 84 bis 86 ergaben sich für den raum mz/wi wiederholt hinweise auf unterstützungshandlungen durch personen aus diesem regionalen "raf-umfeld"."

im rahmen des ermittlungsverfahrens gegen den einen genossen haben sie dann bei der postüberwachung eine paketrolle eingesackt: inhalt waren 200 plakate, die eine konzertreihe der baskischen punk-rock-gruppe "kortatu" in der brd ankündigten. "... beschlagnahme erforderlich, weil die raf

und ihr umfeld - zu dem der beschuldigte zu zählen ist - kontakte zu terroristischen gruppierungen in westeuropa mit dem ziel unterhält, eine westeuropäische terroristische front herzustellen. das plakat trägt u.a. die parole "gegen die auslieferung eta-militanter", es besteht daher der eindruck, daß verbindungen zwischen dem raf-umfeld und dem umfeld der baskischen terrororganisation eta existieren".

daß die bullen in der wohnung kennzeichen von observationsautos, notiz- und adreßbücher und telefonlisten gefunden haben, ist natürlich scheiße - zeigt uns nochmal, wie genau wir hier mit kram umgehen müssen, immer wieder überlegen müssen.

eine methode der widerstandsbekämpfung sind ihre konstrukte - konkret: leute, deren adressen und telefonnummern in ihre hände geraten, werden zu potentiellen kontaktpersonen gemacht.

im rahmen ihrer psychologischen kriegsführung gebrauchen sie notiz- und tagebücher um psychogramme der einzelnen leute bzw. zusammengefaßt "strukturmerkmale der scene" zu erstellen, um sie gegen die leute aus dem widerstand programmatisch zu verwenden.

die hausdurchsuchungen/ermittlungsverfahren sollen u.a. gegen den gemeinsamen prozeß zielen, den menschen miteinander machen: indem sie den "engen räumlichen und persönlichen kontakt" zu den genoss/inn/en, gegen die das e-verfahren läuft, als begründung nehmen, die sachen und autos der anderen zu durchsuchen. und im beschlagnahmebeschluß die androhung: "... ist zu klären, ob der vorwurf der unterstützung ... gegen weitere personen, z.b. der mitbewohnerinnen der wohnung der beschuldigten ..., erhoben werden muß". sie gehen dabei von ihren korrupten denkstrukturen aus - jede/r gegen jede/n - und versuchen, spaltung, distanzierung und zerstörung von lebenszusammenhang zu erreichen.

es geht ihnen um die kontinuierliche politische arbeit und tagtägliche praxis von genoss/inn/en hier - "seit 81 dem umfeld zuzurechnen". als einzigen fakt führen sie die teilnahme an der demo gegen die ata (atlantic treaty association), einer nato-propagandaorganisation, im september 86 in mainz auf, die "zur verbreitung von raf-parolen wie z.b. "zusammenlegung -kollektivität - freilassung von günter sonnenberg erkämpfen" und "den kampf um befreiung auch hier organisieren" "benutzt" worden sei. "die/der angeklagte stellte damit auch in jüngster zeit ihre/seine entschlossenheit unter beweis, als angehörige/r des "legalen raf-bereichs" aufgaben zur unterstützung dieser terroristischen vereinigung zu übernehmen und zu erfüllen."

kriminalisiert wird politische identität, was wir hier wollen: grundlegende veränderung, revolution - zusammen mit allen kämpfenden menschen, überall: in den ghettos, den fabriken, den knästen ... das bewußtsein, aus dem heraus initiative bestimmt und praktisch wird/werden kann, denn es geht nicht nur um (und für die schweine gegen) die gedanken und überlegungen, sondern das, was konkret läuft. sie gehen gegen die leute vor, die teil des politischen prozesses sind, und die sie greifen können wie norbert, bärbel und thomas aus duisburg. weil sie faktisch nichts in der hand haben gegen die angriffe in der letzten zeit bleibt ihnen nichts anderes mehr übrig, als unsere identität an sich zur "kriminellen handlung" zu erklären, pressen sie identität in ihre kriminalistische formel.

staatliche repression, knast, prozesse ist eine bedingung in unserem kampf, ist ein teil des vernichtungscharakters des imperialistischen systems. es ist ausdruck dessen, wogegen wir unseren kampf führen. es ist wichtig, eben trotz dieser und gegen diese bedingungen bewußt den revolutionären kampf gegen sie weiterzuführen.

**DAS WERDEN WIR TUN! VENCEREMOS!**

Karlsruhe, den 20. März 1987

Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes

Beschluß

In dem Ermittlungsverfahren gegen ...

wegen

Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach Par. 129a Abs. 1 und 3 StGB wird auf Antrag des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof gemäß Par. 102, 103,105, 162, 169, 33 Abs. 4 StPO die

Durchsuchung

der in Wiesbaden, ... gelegenen Wohnung der Beschuldigten und der in dieser Wohnung von ... und ... bewohnten Räume einschließlich der jeweiligen Nebengelasse, der Sachen und der Personen der Beschuldigten, der Frau ... und der Frau ... sowie der von der Beschuldigten benutzten Fahrzeuge ..., amtliches Kennzeichen ... (Halterin:...), und ... amtliches Kennzeichen ... (Halterin:...), angeordnet.

Gründe:

Die Beschuldigte ist verdächtigt, in Wiesbaden, Mainz und anderen Orten der Bundesrepublik Deutschland zumindest seit Ende 1984 die terroristische Vereinigung "Rote Armee Fraktion" zu unterstützen, Par. 129a Abs. 1 und 3 StGB (n.F.). In verschiedenen Großstädten und Ballungsgebieten der Bundesrepublik, darunter im Raum Mainz/Wiesbaden, bildet das sogenannte "legale RAF-Umfeld" seit Jahren, in verstärktem Maße seit

Beginn der "Offensive 84/85", ein personelles Reservoir, das auf vielfältige Weise unterstützend für diese terroristische Vereinigung tätig ist. Zu diesen Tätigkeiten zählen die politische Agitation, die Durchführung von Werbeaktionen und die Betreuung der inhaftierten "RAF"-Mitglieder, darüberhinaus aber auch Aufgaben der Materialbeschaffung, der Ausspähung von Anschlagszielen und schließlich sogar die Begehung von Sprengstoff- und Brandanschlägen sowie von Sachbeschädigungen. In den Jahren 1984 bis 1986 ergaben sich für den Raum Mainz/ Wiesbaden wiederholt Hinweise auf Unterstützungshandlungen durch Personen aus diesem regionalen "RAF"-Umfeld. Die dem Kommandobereich der "RAF" zuzurechnenden Wolfgang Grams, Birgit Hogefeld und Andrea Klump, die sämtlich wegen Mitgliedschaft in der Vereinigung mit Haftbefehl gesucht werden, stammen aus Wiesbaden und verfügen aus früheren Jahren über enge persönliche Kontakte zu Personen aus dem terroristischen Umfeld in Mainz und Wiesbaden. Die Beschuldigte ist zumindest seit dem Jahre 1981 diesem regionalen "RAF"-Umfeld zuzurechnen. Sie trat mit anderen Personen aus dem "legalen RAF-Bereich" unter anderem mehrfach bei Aktionen und Demonstrationen in der Absicht auf, derartige Veranstaltungen für die Propagierung der Vorstellungen und Forderungen der "RAF" zu mißbrauchen. so beteiligte sie sich am 16. September 1986 an einer Demonstration anläßlich der 32. Jahresversammlung der Atlantic Treaty Association (ATA) in Mainz; der dem "RAF"-Umfeld zuzurechnende Personenkreis, darunter die Beschuldigte, benutzte die Demonstration unter anderem zur Verbreitung von "RAF"-Parolen wie z.B. "Zusammenlegung - Kollektivität - Freilassung von Günter Sonnenberg erkämpfen" und "Den Kampf um Befreiung auch hier organisieren". Die Beschuldigte stellte damit auch in jüngster Zeit ihre Entschlossenheit und Bereitschaft unter Beweis, als Angehörige des "legalen RAF-Bereichs" Aufgaben zur Unterstützung dieser terroristischen Vereinigung zu übernehmen und zu erfüllen.
Es ist zu erwarten, daß die Durchsuchungen zur Auffindung von Beweismitteln führen werden, die die Aufklärung des Sachverhalts und damit Feststellungen zu Art und Umfang der durch die Beschuldigte geleisteten Unterstützungshandlungen ermöglichen. Die Durchsuchung der Wohnung der Beschuldigten rechtfertigt sich daher aus Par. 102 StPO.
Da die Wohnung von ... und ... mitbenutzt wird, ist auf Grund des engen persönlichen und räumlichen Kontaktes der Beteiligten anzunehmen, daß auch bei ihnen Beweismittel in bezug auf die Freilassungskampagne aufgefunden werden. Entsprechendes gilt für die von der Beschuldigten mitbenutzten Kraftfahrzeuge der genannten Personen. Insoweit ist die Durchsuchung gemäß Par. 103 StPO gerechtfertigt.

Dr. von Gerlach
Richter am Bundesgerichtshof

Karlsruhe, den 6.4.1987

Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes

Betr: Ermittlungsverfahren gegen ... wegen Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach Par. 129a StGB

es erscheint als Vertreter der Bundesanwaltschaft Oberstaatsanwalt beim BGH Fernholz in Begleitung von KHK Schweikardt vom Polizeipräsidium Mainz und legt eine Paketrolle vor, die an den Beschuldigten gerichtet ist. Die Paketrolle, die wegen Gefahr im Verzuge von der Bundesanwaltschaft beschlagnahmt worden ist, soll durch den Ermittlungsrichter gemäß Par. 100 StPO geöffnet werden.
Die Paketrolle wird geöffnet. Sie enthält eine Vielzahl von Plakaten mit der Aufschrift "Kortatu" mit einer Reihe von Orten, in denen eine Veranstaltung stattfinden soll. Darüberhinaus ist der Sendung ein maschinengeschriebenes Schreiben beigefügt, das keine Unterschrift trägt.
Der Vertreter der Bundesanwaltschaft beantragt, das der Paketrolle beigefügte maschinenschriftliche Schreiben und ein Exemplar des Plakates zu beschlagnahmen bzw. die Beschlagnahme insoweit zu bestätigen. Zur Begründung führe ich folgendes an:
Nach Öffnung der Paketrolle halte ich meinen Antrag auf Bestätigung der Beschlagnahme der gesamten Postsendung nicht aufrecht. Durch die Plakate soll offensichtlich für Rock-Konzerte geworben werden, die eine baskische Rockgruppe in der Bundesrepublik durchzuführen beabsichtigt. Die Bestätigung der Beschlagnahme ist jedoch in dem nunmehr von mir beantragten Umfange erforderlich, weil die RAF und ihr Umfeld - zu dem der Beschuldigte ... zu zählen ist - Kontakte zu terroristischen Gruppierungen in Westeuropa mit dem Ziel unterhält, eine westeuropäische terroristische Front herzustellen. Das Plakat trägt u.a. die Parole "Gegen die Auslieferung ETA-Militanter". Es besteht daher der Eindruck, daß Verbindungen zwischen dem RAF-Umfeld und dem Umfeld der baskischen Terrororganisation ETA existieren. Das Anschreiben, in dem die Absender nicht mit vollem Namen genannt werden, bedarf daher der Auswertung; es ist nur im Zusammenhang mit dem Text des Plakates verständlich. Gegen die Weiterleitung einer Kopie des Anschreibens bestehen keine Bedenken.

Beschlagnahmebeschluß:

Am 1. April 1987 ist aufgrund des Beschlusses vom 20. März 1987 -I BGs 209/87- die Wohnung der Beschuldigten in Wiesbaden, ..., durchsucht worden. Dabei sind die oben angeführten Gegenstände beschlagnahmt worden. Diese Gegenstände kommen als Beweismittel in Betracht; dies gilt auch hinsichtlich der Gegenstände, die in dem vermutlich von der gemäß Par. 103 StPO von der Durchsuchung betroffenen ... bewohnten Raum (Ass.Nr. 1.2...) sowie in den offensichtlich nicht nur von der Beschuldigten .. genutzten Räumen (Ass.Nr. 1.7...., 1.8... und 1.9...) aufgefunden worden sind. Insoweit ist zum einen zu prüfen, ob diese Gegenstände der Beschuldigten zugeordnet werden können; zum anderen ist zu klären, ob der Vorwurf der Unterstützung der terroristischen Vereinigung "Rote Armee Fraktion (RAF)" -außer gegen die Beschuldigte ... und den in dem Verfahren 1 BJs 25/87-1 gesondert verfolgten ... - gegen weitere Personen, z.B. die Mitbewohnerinnen der Wohnung der Beschuldigten ..., erhoben werden muß.
Die bisherige Auswertung der beschlagnahmten Gegenstände hat den gegen die Beschuldigte ... gerichteten Verdacht erhärtet, sie unterstütze zumindest seit Ende 1984 die "RAF" u.a. durch politische Agitation und Beschaffung von Material, das sowohl für die Auswahl und Festlegung von Anschlagszielen als auch für die Rechtfertigung von Mord- und Sprengstoffanschlägen in Tatbekennungen verwendet werden konnte und kann. Die umfangreichen, überwiegend in Stehordnern systematisch aufbereiteten Sammlungen der entsprechenden schriftlichen Unterlagen bedürfen noch der sorgfältigen Auswertung. Die notierten Namen, Adressen und Telefonnummern sind daraufhin zu überprüfen, ob sie im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Beschuldigten als Angehörige des regionalen "RAF"-Umfeldes Mainz/Wiesbaden stehen und - in strafrechtlich relevanter Form - Verbindungen zu anderen Personen des sogenannten "legalen Umfeldes" dieser Vereinigung ergeben. Die Vielzahl der in den beschlagnahmten Unterlagen festgehaltenen Kennzeichen und Beschreibungen von Kraftfahrzeugen läßt den Schluß zu, daß die Beschuldigte insoweit planmäßige Ausspähungen vorgenommen hat und daß diese Feststellungen zur Weiterleitung an die im Untergrund lebenden Mitglieder der "RAF" bestimmt waren. Die Asservate 1.3.7 (verloren gemeldete Ausweispapiere der Beschuldigten ...) und 1.8.1 (ein Bolzenschneider) erfordern Ermittlungen im Hinblick darauf, ob und ggf. in welcher Weise sie in Beziehung zu Straftaten - insbesondere der "RAF" - gebracht werden können. Schließlich sind kriminaltechnische Untersuchungen eines großen Teils der beschlagnahmten Gegenstände erforderlich und bereits veranlaßt.
Die Asservate können - falls erforderlich - im Original vorgelegt werden.

Im Auftrag
(Fernholz)

## kommunikee

in der nacht vom 12. auf den 13.juli haben wir eine baustelle der firma HEITKAMP gmbh in bochum heimgesucht und eines der teuersten baufahrzeuge der dortigen baustelle abgefackelt.
die HEITKAMP gmbh ist eines der grössten bauunternehmen in der brd, die zusammen mit HOCH TIEF ag, DYCKERHOFF und WIDMANN ag u.a. , bundesweit das waa-firmenkonsortium bilden.
HEITKAMP ist aktuell an der waa in der oberpfalz als generalunternehmen beteiligt, ausserdem beim bau des atommüllagers in ahaus aktiv.
unser angriff zielt auf eine firma, die im akw-bereich, bebauungsberechnung, bau von reaktorgebäuden- und druckbehältern, qualitätsprüfungen, kühltürmen, entwurf und bau für lager von radioaktiven abfällen, sowie wiederaufbereitungsanlagen verstärkt tätig ist.
aber auch da, wo es um die verbesserung der infrastruktur für den militärisch- industriellen bereich geht, ist HEITKAMP mit planung und durchführung dabei.
der preis für die projekte der schweine wird in die höhe getrieben, indem immer mehr menschen politischen- und militanten widerstand gegen die menschenverachtende politik der herrschenden klasse organisieren.
schliesslich sind firmen wie HEITKAMP, HOCH TIEF, SIEMENS; DYCKERHOFF undWIDMANN etc. überall in der brd vertreten und angreifbar.

forschungskollektiv chemie
im
kommunalverband ruhr
autonome gruppe

# WAR NEWS

TAZ 29-07-1987

**Bombe im Ranzen**

**München (ap) — Unbekannte Täter haben in der Nacht zum Dienstag einen Sprengstoffanschlag auf das Vertriebs- und Verwaltungsgebäude der Firma „Bosch-Siemens-Hausgeräte" im Münchener Stadtteil Au verübt. Der durch die Explosion entstandene Sachschaden beläuft sich auf 5.000 Mark. Menschen wurden nicht verletzt. Die Täter hatten den Sprengkörper den Angaben des bayerischen Landeskriminalamtes zufolge in einem grünen Schulranzen mit der Aufschrift „Amigo" abgelegt und gegen 03.00 Uhr elektrisch gezündet.**



## kommunikee

**Die Revolutionären Zellen haben am 28. Juli 1987 in der Früh ein Gebäude der Firma Siemens in München mit einem Sprengsatz angegriffen.**

**Wir möchten uns im nachhinein bei den dortigen Anwohnern für die nächtliche Lärmbelästigung um Verständnis bitten. Durc h die ba ulichen Gegebenheiten war eine Gefährdung Unbeteiligter ausgeschlossen.**

**Der Zusammens chluß von Industrie und Hochfinanz in seinem Aufsichtsrat ermöglicht Siemens weitsichtig sein wirtschaftliches Machtgefüge auszudehnen und politisch zu übertragen. Dies wird aktuell an Projekten wie dem Bau der WAA und den schon lange la ufenden Atomexporten in die III. Welt klar.**
**Die von oben bestimmte Politik bestimmt das, womit das Volk zu leben ha t. Wenn Gesetze hindern, müssen woanders billigere Arbeiter herha lten, in Ländern deren Regimes d e n Konzernen "bessere Grundlagen" für ihre Firmenpolitik bieten. Menschliche und soziale Aspekte - Solidar ität!**
**Ob Rassistenre gime Südafrika oder Lateinamerika, Siemens steht auf der Seite der Herrschenden oder der in ihrem Sinne eine zukünftige Arbeit nähers teht. Dabei wird ste ts da rauf geachtet das die Loyalität nach außen hin gew ahrt bleib t um politischen Auseina ndersetzungen wirtschaftlich pa rieren zu können. Das "Haus" Siemens, im Volk vera nkert mit Haushaltsgeräten, Telefon, Bildschir m-technologie, kein Wort über die internationale Firmenpolitik im Rüstungs-, Atom- und Sicherheitsbereich, wobei jeder Arbeiter in ihren Hallen durch Akkordarbeit & im Schichtdienst, Zerlegung des Arbeitsabla ufs in kleinste Abschnitte, individuellen Teilzeitverträgen und der s chon programierten Flexibilisierungsmaßnahmen da zu gezwungen wird diese Firmenpolitik mitzutragen. Durch Qualifizierung - Degradierung und Flexibilisierung w ird die Spaltung unter den Arbeitern und die Entsoli d arisierung der Bevölkerung zu politisch bewußten Ar beitern vorangetrie ben, die lang erkämpften Siege der Arbeiterbe wegung untergraben. Dafür steht die Firma Siemens und möchte dafür Ihre Hand ins Feuer legen.**

- GEGEN FLEXIBILISIERUNG UND REAKTIONÄRE FIRMENPOLITIK !
- KAMPF DEM KAPITALISTISCHEM SCHWEINESYSTEM !
- SOLIDARITÄT MIT ALLEN KÄMPFENDEN GENOSSEN !

Rheinische Post 29.07.1987

# Die RAF hat Nachwuchs genug

**Von unserem Redaktionsmitglied Jürgen Diebäcker**

**Bonn — Als vor drei Jahren sieben Mitglieder der „Rote Armee Fraktion" (RAF) gefaßt wurden, sprachen Bonner Politiker von einem „erheblichen Aderlaß" der terroristischen Kommando-Ebene. Doch die Hoffnung, die RAF werde diesen personellen Verlust so schnell nicht verkraften, trog: Der Bandenkern war rasch wieder aufgefüllt, schon wenige Monate später begann mit dem Anschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau eine Serie von Attentaten, die bis zum Mord an dem Bonner Diplomaten von Braunmühl im Oktober 1986 reichte und deren Fortsetzung Generalbundesanwalt Rebmann in diesem Herbst befürchtet.**



**Auch heute hat die RAF Nachwuchs genug. Mit der Rekrutierung neuer Mitglieder habe sie „seit ihrem Bestehen" keine Sorgen, schreibt Gerhard Boeden (Bild), Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und langjähriger Vizepräsident des Bundeskriminalamts, in der neuen Ausgabe des „Informationsdienst Terrorismus". Ein Ziel aller staatlichen Maßnahmen müsse deshalb sein, den Zulauf zur RAF zu bremsen. Da „Terroristen nicht vom Himmel fallen" und „nicht über Nacht geboren werden", müsse versucht werden, potentiellen Nachwuchs der Mörderbande rechtzeitig zu erkennen. Doch das ist schwierig.**

**Anders als manche Bonner Unionspolitiker glaubt CDU-Mitglied Boeden nicht an einen „Vorlauf" der Terroristen bei „Autonomen", in der Hausbesetzer-, Anti-Kernkraft- oder Anti-Startbahn-Bewegung. Bis auf eine Ausnahme — die 1986 festgenommene Eva Haule-Frimpong (33) hatte 1980/81 Kontakt zu Hausbesetzern — ergebe sich für die bisher festgenommenen 78 Terroristen vor ihrem Abtauchen ein „reiner RAF-Vorlauf". Der Weg in die stets 20 bis 25 Köpfe zählende Kommando-Ebene führt über das engere RAF-Umfeld, das Boeden auf etwa 250 Personen schätzt. Zuhören bei Terroristenprozessen, Mitmachen bei Kampagnen gegen die Haftbedingungen, Besuche bei Gefangenen, Veranstaltungen des „legalen" Umfelds und persönliche Kontakte zu einem Mitglied des Kerns — das ist der typische Weg zur RAF. Beleg dafür sind nicht nur die Festnahmen der Vergangenheit, sondern auch — soweit bekannt — der Lebenslauf noch Gesuchter.**

**Vor dem Einstieg ins engere Umfeld, aus dem die Kommando-Ebene bei Bedarf neue Mitglieder rekrutiert, stand früher stets jahrelange „politische Bewährung". Neuerdings gibt es Ausnahmen — Boeden nennt drei Beispiele, in denen persönliche Bekanntschaft, oft weit zurückliegend, langjährige „Bewährung" ersetzte. Das erschwert den Fahndern ihre Aufgabe: Die lautstarken Unterstützer der RAF waren ihnen vor dem Abtauchen „ganz überwiegend bereits seit langem bekannt", versichert Boeden; die über persönliche Kontakte Rekrutierten seien „sehr viel sicherer vor etwaigen Zugriffen", da sie zuvor kaum ins Blickfeld der Polizei gerieten. Es sei unmöglich, das gesamte Kontaktfeld erkannter RAF-Mitglieder zu durchforsten.**

**Auch bei den „Militanten der RAF", den Spreng- und Brandsätze legenden, aber nicht mit Mordanschlägen beauftragten Unterstützern der Bande, sei bislang stets „ausgeprägter Vorlauf im RAF-Umfeld" festzustellen, schreibt Boeden. Ein Teil von ihnen — etwa die zusammen mit Eva Haule-Frimpong gefaßten Düsseldorfer Christian Kluth (28) und Luitgard Hornstein (24) sowie die Duisburger Barbara Perau (29) und Thomas Thoene (22), die sich demnächst vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf verantworten müssen — habe vor dem Abdriften in die RAF Kontakt zur Hausbesetzer- und Anti-Kernkraft-Szene gehabt. Ähnliches gelte auch für ein Viertel des RAF-Umfelds. Von einer „Wanderbewegung" aus diesen Gruppierungen zur terroristischen Umgebung könne jedoch noch nicht gesprochen werden. Zwar versuchten die RAF-Helfer Barrieren zu „Autonomen" abzubauen, hätten damit auch teilweise Erfolg. Doch eine Zusammenarbeit gebe es noch nicht.**

**Beim Versuch, die Versorgung der Kommando-Ebene mit personellem Nachschub zu stören, verspricht sich Boeden wenig von vorsorglicher Beobachtung der linksextremistischen Demonstranten-Szene — nur ein Teil der späteren Terroristen sei dort vor dem Abtauchen in Erscheinung getreten. Zu potentiellen RAF-Mitgliedern führe eher die Beobachtung von Prozeßzuhörern, Gefangenenbesuchern und Hungerstreik-Unterstützern. Wie ausschlaggebend persönliche Motive, Kontakte und Beziehungen sein könnten, beweise das plötzliche und gleichzeitige Abtauchen eines Terroristen-Quartetts 1984 im Raum Stuttgart: Eva Haule-Frimpong, Thomas Simon und das Ehepaar Barbara und Horst Meyer standen vorher, so Boeden, „in einer sehr engen persönlichen Verbindung" — rekrutiert wurden sie vermutlich ebenfalls von einem alten Bekannten.**

## PRESSEERKLÄRUNG DER ANGEHÖRIGEN DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER BRD UND WEST-BERLIN

Am 8.7.87 fand vor dem Amtsgericht Bonn der 1. Prozeß gegen eine Angehörige wegen der Demonstration der Angehörigen vor dem Bundeskanzleramt statt. Der Anklagevorwurf ist: Verletzung der Bannmeile. das Ermittlungsverfahren nach 129a wegen Werbung und Unterstützung für die RAF, das zunächst eingeleitet worden war, ist eingestellt worden.
Wie die Justiz das Vorgehen gegen die Angehörigen in diesem Prozeß handhabt, das ist typisch dafür, wie der Staat insgesamt seit einiger Zeit gegen die Angehörigengruppe vorgeht: eben nicht mit einem massiven Schlag - wie z.B. ein 129a Verfahren gegen die Angehörigengruppe wäre, sondern schleichend bei der Kriminalisierung unserer Gruppe und Arbeit, während sie gleichzeitig Verfassungsschutz und BKA für verdeckte Operationen auf uns hetzen.
Natürlich wollen sie uns weghaben, das wollen sie schon länger und ihr Ziel haben sie nicht aufgegeben. Gerade jetzt, wo der Staat seine politische Legitimation für die Isolationsfolter verloren hat, wo er internationaler Kritik an der Isolationsfolter ausgesetzt ist, wo in der BRD und international die Solidarität mit den politischen Gefangenen, die für ihre Zusammenlegung kämpfen, wächst. Und weil wir zu dieser Entwicklung durch unseren Kampf beigetragen haben.

Wenn der Staat sich erstmal gegen einen massiven Schlag gegen die Angehörigengruppe entschieden hat, dann deshalb, weil er dann mit einer Mobilisierung der Öffentlichkeit rechnen muß. Aber gleichzeitig, weil er sein Ziel nicht aufgegeben hat, setzt er Punkt für Punkt die Kriminalisierung der Angehörigen fort und benutzt diese um unsere Arbeit materiell zu behindern. So werden in gerichtlichen Beschlüssen zu Besuchsverboten (und das betrifft inzwischen eine ganze Reihe von uns) die Angehörigenaktionen - wie z.B. die Demonstration vor dem Bundeskanzleramt, die Spiegelbesetzung im Hungerstreik 81 usw. - als "Werbung und/oder Unterstützung für die RAF" kriminalisiert und damit Besuchsverbote begründet. Auch im Prozeß gegen Ingrid Barabaß und Mareille Schmegner, Gefangene aus dem Widerstand, wurde die Arbeit der Angehörigen kriminalisiert, indem Gespräche bei den Besuchen der Angehörigen bei Ingrid und Angehörigenaktionen herhalten mußten, für den 'Beweis' von Ingrid's Mitgliedschaft in der RAF. Stück für Stück schreiben sie - und zwar parallel mit der Kriminalisierung der politischen Gefangenen als 'RAF im Knast' - die Kriminalisierung der Angehörigenarbeit fest, so weit wie möglich Öffentlichkeit vermeidend.

Der jüngste Angriff auf unsere Arbeit, ihre materiellen Grundlagen der gleichzeitig auch die Kriminalisierung fortsetzt und erweitert, lief konkret gegen das Angehörigenkonto. Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen "Werbung für die RAF" waren am 23.6.87 auch Hausdurchsuchungen bei zweien aus der Angehörigengruppe, die das Konto verwalten. In dem Beschluß des BGH zur Hausdurchsuchung wird behauptet, wir Angehörigen hätten eine Broschüre des Widerstandes von Dezember 1986 "Für die revolutionäre Front" in der u.a. Erklärungen der RAF und der kämpfenden Einheiten veröffentlicht wurden, finanziert. Ganz unmittelbar geht es ihnen dabei, denen, die die Gefangenen und unsere Arbeit finanziell unterstützen, weiszumachen, wir würden das Geld für Aktivitäten des Widerstandes ausgeben, und sie damit von der finanziellen Unterstützung der Angehörigenarbeit abzuhalten. Das propagandistische Ziel ist darüberhinaus, die Authenzität unseres Kampfes und die Selbständigkeit unserer politischen Praxis unglaubwürdig zu machen.
Sie reagieren auf unsere Praxis: in der wir gerade in der letzten Zeit gute Erfahrungen gemacht haben, daß viele, die gerade angefangen haben, sich mit der Situation und mit dem Kampf der politischen Gefangenen auseinanderzusetzen, die Diskussion mit uns zu suchen, unsere Arbeit wichtig finden und davon auch selbst mobilisiert werden.
Es soll uns darüberhinaus vor einer breiteren Öffentlichkeit unglaubwürdig machen, die wir in den letzten Jahren auch über die bürgerlichen Medien erreichen konnten.

Gleichzeitig mit den Maßnahmen der Staatsschutzjustiz gehen Verfassungsschutz, BKA und LKA gegen die Angehörigengruppe vor. Konkret sind eine Reihe von Bekannten und Freunden von Angehörigen als auch Angehörige selbst, angegangen worden, um dem Staatsschutz Informationen über die Angehörigengruppe zu liefern. Dieses Vorgehen des Staatsschutz gegen die Angehörigengruppe das ist was Neues. Sie haben zwar schon immer und auch bis heute, versucht Angehörige unter Druck zu setzen, damit sie mit der Staatsschutzpolizei zusammenarbeiten, oder sie warnen in den letzten Jahren alle Angehörigen, die ihre gefangenen Angehörigen im Gefängnis besuchen unter Drohungen, vor der Angehörigengruppe. Aber daß sie jetzt ganz unmittelbar auf die Angehörigengruppe zielen, das ist neu.

Man kann sagen, sie versuchen es mit allen Mitteln, an allen Ecken und Enden, die Angehörigengruppe anzugreifen.

Wir sehen den Prozeß gegen uns wegen der Demonstration vor dem Bundeskanzleramt in einer

Reihe und im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen des Staates gegen uns, er ist ein Teil davon.

Abgesehen von der Entpolitisierung unserer Aktion, die durch den Vorwurf der Bannmeilenverletzung juristisch abgehandelt werden soll, d.h. die Legitimität unserer Aktion, ihre Inhalte und Ziel sollen nicht vorkommen, hat der Prozeß das materielle Ziel, uns davon abzuhalten, wieder vor das Bundeskanzleramt zu gehen.

Das haben sie schon versucht, als sie einen Angehörigen im Polizeipräsidium in Bonn nach unserer Festnahme vor dem Bundeskanzleramt gezielt bei der ED den Arm gebrochen haben. Gezielt, weil sie es gemacht haben, nachdem sie ihn auf den Boden geworfen und so eingeklemmt hatten, daß er sich nicht mehr rühren konnte.

Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD und West-Berlin.

Zur politischen Bestimmung unserer Aktion wollen wir hier nochmal unsere Erklärung veröffentlichen:

**ERKLÄRUNG DER ANGEHÖRIGEN VON POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER BRD**

Wir sind heute vor das BUNDESKANZLERAMT in Bonn gegangen und verlangen von der BUNDESREGIERUNG, die Forderung: **ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN** in große Gruppen und **FREILASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG** zu erfüllen.
Wir sind hier hingegangen, weil in der Regierung letztendlich die politischen Entscheidungen fallen, in denen das grundsätzliche Vorgehen des Staates gegenüber den politischen Gefangenen bestimmt wird.
- so z.B. 1977, als hier die Entscheidung für die Ermordung der Gefangenen aus der RAF fiel und von hier aus das Kontaktsperregesetz durchgepeitscht wurde.
- so auch 1981 im Hungerstreik der politischen Gefangenen, als Justizminister Schmude als Vertreter der Bundesregierung die Zusage machte, daß kein Gefangener mehr in Einzelisolation sein soll.
- und 1985 im kollektiven Hungerstreik der politischen Gefangenen, als Staatssekretär Kinkel als Vertreter der Bundesregierung den Anwälten der Gefangenen mitteilte, daß die Bundesregierung auf die Forderung der politischen Gefangenen ihre **ZUSAMMENLEGUNG** in große Gruppe - nicht eingehen wird, Kinkel sagte: "die Bundesregierung ist bereit, die Konsequenzen zu tragen."

Wir werden hier immer wieder stehen, bis die Forderungen der politischen Gefangenen erfüllt sind.
Wir können nicht länger warten und zusehen, wie die Gesundheit unserer Angehörigen, der politischen Gefangenen, durch jahrelange Isolation zerstört wird, wie ihre revolutionäre Menschlichkeit und Moral durch langdauernde Isolation angegriffen wird und zerstört werden soll.

Seit Jahren kämpfen wir mit den Gefangenen für die Zusammenlegung in große Gruppen. Wir haben mit unseren Aktionen, wie Spiegelbesetzung, Besetzung des psychologischen Institutes in Hamburg, in dem Folterforschung betrieben wird, auf Veranstaltungen, in Presseerklärungen und Broschüren Öffentlichkeit über die Isolationsfolter hergestellt. Wir haben so dazu beigetragen, daß das Bewußtsein über die Isolationsfolter in der BRD und im Ausland wächst. Bis in die UNO wird die BRD als Staat, der politische Gefangene durch Isolation foltert, angegriffen. das haben wir erlebt, als wir bei der Sitzung des Menschenrechtsausschuß in New York waren. Als die Delegation der Bundesregierung von den beharrlichen Fragen des Ausschuß in die Enge getrieben wurde, griff sie zur Lüge. Stöcker aus dem Bundesjustizministerium sagte z.B., kein politischer Gefangener in der BRD sei in Einzelisolation, "alle sind in Gruppen zu 3 Gefangenen zusammen."
Die Forderung der politischen Gefangenen, ihre **ZUSAMMENLEGUNG IN GROSSE GRUPPEN** ist in ihrem Hungerstreik 84/85 über den Widerstand hinaus verstanden worden und hat breite Unterstützung und Solidarität gefunden. Deshalb kann der BRD-Staat die Isolationsfolter politisch nicht mehr rechtfertigen.

Wir wollen, daß die Regierung die Forderung der politischen Gefangenen jetzt endlich erfüllt. Dafür stehen wir hier und werden so lange herkommen, bis die Gefangenen in großen Gruppen zusammen sind; wie die politischen Gefangenen in Spanien, d.h. bis sie Bedingungen haben, unter denen sie geschützt sind vor dem Mord auf Raten durch die Isolation. Bedingungen, unter denen sie ihre revolutionäre Haltung, ihr politisches Bewußtsein, ihre revolutionäre Moral und Menschlichkeit, also ihre politische Identität behalten und entwikkeln können.
Für Bedingungen, die das Kollektivität und Selbstbestimmung möglich machen, kämpfen alle politischen Gefangenen in den imperialistischen Gefängnissen. Ob in Peru, USA oder in Spanien. Die politischen Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) und die Solidaritätsbewegung in Spanien haben 81 die Kollektive der politischen Gefangenen erkämpft und gegen alle Angriffe des spanischen Staates verteidigt. Die belgischen Gefangenen aus den CCC haben in ihrem 1. Hungerstreik in diesem Jahr wichtige Forderungen durchgesetzt, die ihre Isolation nach außen durchbrechen und sie sind ihrem Ziel - **ZUSAMMENLEGUNG** - nähergekommen.

Diese Beispiele zeigen uns, daß die Vereinheitlichung der westeuropäischen Regierungen zu einer harten Haltung gegenüber den

**Forderungen der politischen Gefangenen ihre Grenze findet, weil Gefangene, Angehörige und Solidaritätsbewegungen an ihrem Ziel festhalten: kollektive Bedingungen der politischen Gefangenen.**
**Für uns heißt das jetzt, der Regierung keine Ruhe zu lassen, hier immer wieder hinzukommen und die Erfüllung der Forderungen zu verlangen:**

- **ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN GROSSE GRUPPEN**
- **FREILASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG**

*** 22. Oktober 1986 ***

Politische Berichte 15/87

Politische Gefangene

## Zunehmende Verfolgung der Angehörigengruppe

Das Amtsgericht Bonn hat am 8.7. und 10.7. die Strafbefehle gegen drei Angehörige von politischen Gefangenen bestätigt und die Angeklagten zu 15 Tagessätzen à 40 DM verurteilt. Gegen die Urteile haben Elke Frey, Martha und Christiane Barabaß Berufung eingelegt. Alle drei hatten zunächst Strafbefehle erhalten wegen Verstoßes gegen das Bannmeilengesetz, weil sie am 22.10.1986 an einer Demonstration vor dem Bundeskanzleramt teilgenommen hatten, um ihre Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große Gruppen und die Freilassung von Günter Sonnenberg zu bekräftigen. Das zunächst gegen sie eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen § 129a, Unterstützung einer und Werbung für eine „terroristische Vereinigung", war zuvor eingestellt worden.

In einer Presseerklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen heißt es dazu: „Wie die Justiz das Vorgehen gegen die Angehörigen in diesem Prozeß handhabt, das ist typisch dafür, wie der Staat insgesamt seit einiger Zeit gegen die Angehörigengruppe vorgeht: eben nicht mit einem massiven Schlag – wie z.B. ein 129a-Verfahren gegen die Angehörigengruppe wäre, sondern schleichend bei der Kriminalisierung unserer Gruppe und Arbeit, während sie gleichzeitig Verfassungsschutz und BKA für verdeckte Operationen auf uns hetzen... Gerade jetzt, wo der Staat seine politische Legitimation für die Isolationsfolter verloren hat, wo er internationaler Kritik an der Isolationsfolter ausgesetzt ist, wo in der BRD und international die Solidarität mit den politischen Gefangenen, die für ihre Zusammenlegung kämpfen, wächst. Und weil wir zu dieser Entwicklung durch unseren Kampf beigetragen haben... Abgesehen von der Entpolitisierung unserer Aktion, die durch den Vorwurf der Bannmeilenverletzung juristisch abgehandelt werden soll, d.h. die Legitimität unserer Aktion, ihre Inhalte und Ziel soll nicht vorkommen, hat der Prozeß das materielle Ziel, uns davon abzuhalten, wieder vor das Bundeskanzleramt zu gehen."

In der Presseerklärung teilen die Angehörigen weiter mit, daß der Staatsschutz am 23.6.1987 die Wohnungen von zwei Mitgliedern der Angehörigengruppe durchsuchte, die das Konto der Gruppe verwalten, und zwar im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen „Werbung" für die RAF. Ermuntert durch die Einführung des § 130a (Anleitung zu Straftaten durch Schriften oder mündlich) und die Verschärfung des § 129a rechtfertigte der BGH diese Durchsuchung mit der Behauptung, mit den Geldern auf diesem Konto würden Aktionen einer „terroristischen Vereinigung", der RAF, unterstützt; u.a. sei mit diesen Geldern die Broschüre „Für die revolutionäre Front" vom Dezember 1986 mit Erklärungen der RAF finanziert worden. Die Unterstützung der Angehörigenarbeit soll dadurch verhindert werden.

In diesem Zusammenhang stehen auch die Versuche von BKA, LKA und Verfassungsschutz, Freunde und Bekannte von Angehörigen und Angehörige selbst für Spitzeltätigkeiten gegen die Angehörigengruppe zu gewinnen

Politische Berichte 15/87

§ 129a StGB

## Duisburg: Anklage wegen RAF-Mitgliedschaft erhoben

*Duisburg.* Gegen N. Hofmeier, B. Perau, T. Thoene und T. Richter ist von der Bundesanwaltschaft (BAW) Anklage wegen Mitgliedschaft in der RAF erhoben worden. Konkret werden den vier Anschläge auf das Fraunhoferinstitut in Aachen und auf die Bundesgrenzschutzkaserne (BGS) in Swisttal-Heimerzheim vorgeworfen.

Während die Verhaftungen mit Anschlägen auf RWE-Stellen begründet wurden, tauchen diese in der Anklage nicht mehr auf. Was auftaucht, ist die Gesinnung. Sie hätten S. Hofmann besucht („RAF-Mitglied in der Haft") und ihr geschrieben, ebenso hätten sie sich von ihr Rat aus dem Isolationsknast geholt. Auch nach der Verhaftung würden sie den Kontakt weiterhin aufrechterhalten. Ein Angeklagter drücke seine Gewaltbereitschaft aus indem er *weiterhin* der Auffassung sei, daß der Aufbau einer anderen Gesellschaft nur nach Beseitigung des bestehenden Systems möglich sei.

Ein anderer hat in seinem Taschenkalender Zitate von U. Meinhof und H. Meins gehabt, ebenso hätte er sich Gedanken darüber gemacht, was es heißt, „militant" zu sein. Zwei weitere werteten „aus allgemein zugänglichen Quellen" Material zum Militärisch-Industriellen Komplex (MIK) – das mache die RAF auch – aus und waren im Besitz einer Schrift aus der DDR mit Ausführungen über Struktur und Aufgaben des BGS. Alle Angeklagten befanden sich im Besitz von „illegalem" Schriftwerk, wie der „Untergrundzeitschrift" Knipselkrant, Zusammen Kämpfen, Briefen von Gefangenen, Material zum Frankfurter Kongreß, Prozeßerklärungen, der RADIKAL, Dokumentationen und Flugblättern zum Hungerstreik usw.

Ein besonderer Beweis für ihre Mitgliedschaft liegt in der Benennung „Kämpfende Einheit Crespo Cepa Gallende" (Gefangener aus der PCE(r), der beim Hungerstreik 1981 zu Tode gekommen ist – ein Kommando der action directe benannte sich nach ihm), da in einem gefundenen Knipselkrant dieser Name auftaucht. Noch ein Beweis soll sein, daß am Morgen der Hausdurchsuchungen ein erweitertes „Selbstbezichtigungsschreiben" zu Swisttal-Heimerzheim in einer Wohnung gefunden wurde, während dieses Schreiben der Polizei erst im Laufe des Tages bekannt wurde (!).

Die Entwicklung der vier zur Gewaltbereitschaft wird über ihre Betätigung in der Anti-AKW- und der Hausbesetzerbewegung hergeleitet. Ebenso hätten sie sich im Rahmen eines Info-Ladens während und nach dem Hungerstreik mit der Lage der politischen Gefangenen und der Politik der RAF auseinandergesetzt.

Die RAF gliedere sich in Guerilla, Widerstand und Gefangene, die propagandistische Unterstützung laufe über Sympathisanten. Die RAF nenne sich bei Aktionen „Kommando", der Widerstand „Illegale Militante" oder „Kämpfende Einheiten". Die einsitzenden Guerillas und die „militanten Kämpfer" übten über ihre Mitglied-

**schaft in der Haft Einfluß auf den „Kampf der RAF" aus. Den organisatorischen Zusammenhang leitet die BAW über Anschläge vor und nach dem Hungerstreik her. So einfach ist das alles. – (i.)**

## P R E S S E E R K L A R U N G

**der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD und West-Berlin**

Am 24. Juni 1987 durchsuchten Beamte des Staatsschutzes und des Bundeskriminalamtes (BKA) morgens um 6 Uhr zwei Wohnungen in West-Berlin. Der Durchsuchungsbeschluß des Bundesgerichtshofs (BGH) richtete sich gegen zwei aus unserer Angehörigengruppe, die das Angehörigenkonto verwalten. Die eine von beiden, die zu Hause war, wurde erkennungsdienstlich behandelt, obwohl die durchsuchenden Beamten an ihrer Identität keinerlei Zweifel haben konnten. Dies Vorgehen reiht sich in die Kette demütigender Behandlungen ein, die seit dem letzten großen Hungerstreik der politischen Gefangenen (1984/85) die Regel geworden ist und die mit dem erklärten Ziel einer Identitätsfeststellung nichts mehr zu tun hat. Der Staatsschutz hat bei derselben Angehörigen im Rahmen der Hausdurchsuchung Presseerklärungen, Dokumentationen, Zeitschriften und Briefe mitgenommen, die in keinem Zusammenhang mit dem Durchsuchungszweck gestanden haben.

Der BGH begründet diese Durchsuchungen mit der Behauptung einer "Werbung für eine terroristische Vereinigung" (§ 129 a StGB): In einer Zeitschrift des Widerstandes mit dem Titel "Für die revolutionäre Front" vom Dezember 1986 soll sich am Ende ein Spendenaufruf zugunsten des Kontos der Angehörigen der politischen Gefangenen befinden. Der Beschluß konstruiert kurzerhand den Zusammenhang, daß verfügungsberechtigte Angehörige zuvor DM 500,-- vom Angehörigenkonto abgehoben hätten, wodurch - zumindest teilweise - das Erscheinen dieser Zeitschrift finanziert worden sei.

Es ist das erste Mal, daß der Staatsschutz in einem Angriff auf die Arbeit von uns Angehörigen sich direkt gegen die materielle Grundlage richtet. Er reagiert damit auf unsere Praxis, die mit dazu beigetragen hat, daß die BRD auch international der Kritik an der Isolationsfolter ausgesetzt ist. Unsere Arbeit ist getragen von unserer politischen und moralischen Integrität und einer objektiven Authentizität, nämlich ausschließlich nachprüfbaren Tatsachen entsprechend die Handhabung der weißen Folter gegen unsere gefangenen Angehörigen anzuprangern und überall nach Kräften für die Durchsetzung von deren Forderung nach Zusammenlegung in große Gruppen einzutreten (und zwar nicht nur während Hungerstreiks). Deshalb mußte die BAW hier zu einer 100 %igen Konstruktion greifen.

Deshalb erklären wir öffentlich, daß es eine solche Spende (DM 500,--) vom Angehörigenkonto für die genannte Zeitschrift nicht gegeben hat. Wir sind uns dessen ganz sicher, daß diese Konstruktion auf so schwachen Beinen steht, daß es nicht zu einem Prozeß oder gar einer Verurteilung gegen die Betroffenen kommen wird; daß vielmehr dieses Verfahren wie alle bisherigen Verfahren gegen Angehörige nach § 129 a dann klammheimlich wieder eingestellt werden wird, wenn der Staatsschutz seine damit verfolgte propagandistische Absicht erfüllt glaubt. Daher wollen wir seine Ziele und Absichten mit diesen Hausdurchsuchungen auf diesem Weg der Öffentlichkeit zugänglich machen:

1. Zwei Ziele sind es im wesentlichen: Einmal richtet der Angriff sich gegen die finanzielle Grundlage unserer Arbeit. Bei allen SpenderInnen soll ein Mißtrauen gegen Ziel und Inhalt unserer Tätigkeit gestreut werden. Wir selber sollen als solche erscheinen, die von anderen Leuten für deren Zwecke eingesetzt werden können. Denn es ist klar, daß wir auf Spendengelder angewiesen sind, da allein die Kosten für die oft sehr weiten Bahnfahrten zu den Gefängnissen, für Zeitungen, Bücher, Kleider, Einkaufsgeld der Gefangenen so hoch sind, daß wir darüber hinaus keine Öffentlichkeitsarbeit machen könnten. Dann gibt es viele Gefangene, die selbst keine Angehörigen mehr haben, die bereit wären, auch nur einen Teil dieser Kosten zu übernehmen. Wir sehen im Vorgehen des Staates also einen ersten Versuch, uns grundlegend in unserer Arbeitsfähigkeit einzuschränken.
2. Wie in den jetzt laufenden Verfahren gegen uns Angehörige beim Amtsge-

richt Bonn wegen "Verletzung der Bannmeile" oder wie in einem früheren Verfahren wegen "Widerstands gegen die Staatsgewalt" sollen wir alle schleichend und auf kleiner Flamme mit Verfahren wegen unserer Öffentlichkeitsarbeit eingedeckt und so kriminalisiert werden. Neben dem Versuch zu unserer Einschüchterung und der Abhaltung von unserer Arbeit sollen wir auf diesem Weg schrittweise zu Außer-Legalen, Vorbestraften gemacht werden, damit endlich Rebmanns These im öffentlichen Bewußtsein Boden unter die Füße bekommt, wonach wir ja doch nur die vierte Stufe der RAF sind, also im Grunde eine kriminelle Vereinigung. So offen sagen sie es noch nicht - aber sie bereiten es auf diesem Weg vor.

3. Ein drittes Ziel verfolgt der Staatsschutz damit: Schrittweise schafft er um uns Angehörige einen rechtsfreien Raum, wonach er nach Belieben und unter wechselnden Konstruktionen sich jederzeit Zutritt in unsere Wohnungen verschaffen kann. Wo er Einblick in unseren Diskussions- und Arbeitsprozeß nehmen kann, wie er es bei unseren gefangenen Angehörigen mittels Zellenrazzien getan hat, vom ersten Tag ihrer Verhaftung an. Er will damit aus uns Rechtssubjekte minderer Qualität machen. Wir, vor allem die älteren Angehörigen, sehen darin die Wirkungsweise eines neuen Faschismus: nicht mehr wie damals "bei Nacht und Nebel", sondern offen, bei Tage, mit dem richterlichen Beschluß in der Hand. Aber wir lassen es nicht zu, daß sie materielles Unrecht - in ihren Beschlüssen und Gesetzen kaschiert - so einfach gegen uns durchzusetzen versuchen.

Diesen Angriff auf zwei aus unserer Angehörigengruppe wollen wir genau damit beantworten, wogegen er sich im Kern richtet:
Wir verstärken unseren Kampf und unser Engagement für die Durchsetzung der Forderung nach der Zusammenlegung unserer gefangenen Angehörigen in große Gruppen, weil sie nur so als Menschen überleben und ihre politische Identität bewahren können.

Kämpft daher mit uns für die

- Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand in große Gruppen
- Freilassung von Günter Sonnenberg
  bis dahin Zusammenlegung mit Roland Mayer und einen Arzt seines Vertrauens
- Operation für Angelika Goder ohne Staatsschutz-Kontrolle im Krankenzimmer.

Spendet massenhaft !! (O.Becker, Postgiro Berlin (West), Konto 44 86 30 - 102)

West-Berlin, den 14. Juli 1987



# Zur Situation der Autonomen in der Anti-AKW-Bewegung

Folgenden, grundsätzlichen und sicher viel Kontroversen auslösenden Artikel zur Situation der Autonomen in der Anti-AKW-Bewegung haben uns Frankfurter Autonome mit der Bitte um Abdruck geschickt. Wohl nur selten gelingt es, in einem Artikel so viele wesentliche Fragen mit einander zu verknüpfen und sie zu bündeln und das alles, ohne eine theoretische Abhandlungsweise, durch die man/frau sich mühsam durchkämpfen muß. Der Artikel, so lang er auch sein mag, liest sich äußerst spannend, er ist vielen von uns politisch und praktisch aus dem Leben gegriffen. Mit autonomer Politik wird hier hart ins Gericht gegangen, ob zu recht, mag jede/er selbst entscheiden. Der Artikel stellt sicher nur eine Seite - allerdings eine in den letzten Jahre zu wenig beleuchtete und diskutierte - der Medaille dar. Und Vorsicht: Wer meint, er/sie habe von autonomer Politik schon immer die Nase voll gehabt und Zeit wurde es, daß es die Autonomen nun auch mal selbst merken, der/die merkt nicht, daß Nachdenklichkeit angesagt ist, wenn man selbst im Glaskasten sitzt. Solch grundsätzliche Kritik ist auch bei manchen anderen Teilen der Anti-AKW-Bewegung, seinen es mun gewaltfreie, bürgerliche, grüne oder andere Strömungen längst überfällig. Verkrustungen, Mythenbildungen und Ghettoisierung sind beileibe kein spezielles Problem der Autonomen. Wir hoffen, daß dies nicht der letzte Artikel in dieser Hinsicht bleibt.

Atom Nr.16 Sommer 1987

**Seit ein paar Monaten laufen in fast allen Städten und autonomen Zusammenhängen Diskussionen über Fehler und Perspektiven autonomer Politik. Dieser Text kann sich verständlicherweise im wesentlichen nur auf die Erfahrungen beziehen, die wir in unseren Rhein-Main-Zusammenhängen gemacht haben. Dennoch glauben wir, daß wir im großen und ganzen im bundesrepublikanischen Trend liegen. Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen sind also weniger zufällig als typisch.**

**Warum gerade in den letzten Monaten eine gemeinsame Auseinandersetzung um Perspektiven entbrannt ist, hat für uns eine entscheidende Ursache: Viele scheinbare, unumstößliche Klarheiten, Mythen, Front- und Kampflinien sind zerbrochen, beginnen sich aufzulösen und zu zersetzen. Plötzlich scheint nichts mehr klar zu sein, voller Widersprüche und Ungereimtheiten. Da werden Hausbesetzer/innen "krimineller Fluchtburgen" von Nichtverhandlern zu Verhandlern, werden Häuser gegen "fette" Abfindungen freiwillig geräumt (z.B. DM 300.000 "Umzugsbeihilfe" für die Stiesmayerstr. 6 in Frankfurt), da beginnen Militante mit Staatsknete die Renovierung ihrer ehemals besetzten, nun legalisierten Häuser, da verschwinden die härtesten Fighter/innen fast spurlos von der militanten Bühne, um im bürgerlichen Leben ihr Comeback -in aller Stille- zu feiern, da fliegen WGs auseinander, deren Bewohner/innen von den vielen Fetzereien entnervt nun in 2-Zimmer-Wohnungen mit Freundin (und Kind) Ruhe und Geborgenheit suchen, da gehen nicht wenige, desillusioniert und unter dem Druck Kohle machen zu müssen, Arbeitsbedingungen ein, an denen sie schier ausflippen...**

**Einige von uns wollen diese Widersprüche immer noch nicht wahrhaben, andere schminken sich alle Ansprüche ab und kümmern sich nur noch um ihren eigenen Kram. Für uns sind diese aufbrechenden und nicht selten erschreckenden Widersprüche eine Chance, offen und selbstkritisch damit umzugehen. Denn diese Widersprüche sind nicht neu und ganz plötzlich da; sie spielten nur scheinbar keine Rolle, als die Bewegung vor Kraft und Selbstüberschätzung strotzte. Es liegt an uns, diese Widersprüche nicht als Schwäche zu begreifen, sondern als Möglichkeit, Radikalität nicht daran zu messen, wer alles klar hat, sondern wie ehrlich und solidarisch wir mit unseren eigenen Widersprüchen umgehen. Für uns ist ein Punkt gekommen, wo wir so nicht weitermachen wollen. Wir hatten in den letzten Jahren oft genug das Vergnügen, bestimmte Fehler immer wieder wiederholt zu haben, ohne aus ihnen gemeinsam zu lernen. Im Gegenteil: Wir machten unsere Fehler zu Markenzeichen autonomer Politik, vom großmäuligen, breitbeinigen Auftreten bis hin zur gänzlichen Selbstüberschätzung autonomen Vorgehens, nach dem Motto: Hau rein is Tango.**

**Für die von uns, die die geplanten Projekte in diesem und im kommenden Jahr (Volkszählung, IWG etc.) wie Fahnenstangen für den autonomen Slalom umkurven werden, wird sich nicht viel ändern. Für uns dagegen zählt ersteinmal weniger der Blick auf den Feind, als der Blick um uns herum, der Versuch, genauer klarzukriegen, was sich unter uns tatsächlich verändert hat. Ist es uns tatsächlich gelungen, autonome Strukturen zu verändern, d.h. vor allem zu entwickeln? Gelang es uns in den letzten Jahren, militante Politik nicht (nur) an den Mitteln, sondern an unseren Inhalten festzumachen? Gibt es Ansätze, die die gängige Praxis militanter Feuerwehrpolitik durch eine kontinuierliche Praxis sozialer Gegenmacht überflüssig macht? Können wir ernsthaft sagen, unsere politischen Strukturen sind anders geworden? Oder wiederholen wir im kleinen das, was wir im großen so radikal ablehnen? Haben sich tatsächlich die Strukturen unter uns Typen, der von Fightern und Schissern, von "Bring-erst-mal-was" und "Was-willst-denn-du" Haltungen wirklich verändert? Ist unser Verhältnis zu Frauen genauso wichtig wie Wackersdorf oder erst dann, wenn wir als Kämpfer aus der Schlacht zurückkehren? Haben**

wir nicht nur am Bauzaun, sondern auch an unseren Alltagsstrukturen gerüttelt? Ist es nicht so, daß die Trennung von Politik und Alltag in dem Maße größer geworden ist, wie unser Alltag mehr und mehr von Kohleproblemen, Lohnarbeit und Freizeit sprich abhängen bestimmt wurde? Ist es nicht so, daß gerade das, was unseren Lebensvorstellungen und Utopien den Boden unter den Füßen wegzieht, immer mehr zur individuellen Kiste jede/r/s einzelnen wird?
Das schlimme an all diesen Fragen ist wahrscheinlich gar nicht das Ketzerische, sondern die Tatsache, daß all das uns schon längst nicht mehr provoziert. Wie oft sind diese Fragen so oder ähnlich gestellt worden, wie oft haben wir Konsequenzen gefordert, ohne sie zu ziehen, wie oft sind unter uns Worte gefallen, wie Schnee von gestern: Kontinuität, Strukturen aufbauen, Kollektive Lebensformen, solidarischer Umgang, militanter Alltag...

Genau an diesem Punkt sind bereits mehrere militante Bewegungen zerbrochen: die 68er Studentenbewegung, die autonomen Betriebskämpfe der 70er Jahre, die Häuserkämpfe 72, die Häuserkämpfe 80/81. Was spricht eigentlich dafür, daß es uns nicht genauso ergeht, wie jenen radikalen Bewegungen vor uns? Allein dieser Frage nachzugehen, würde uns nicht nur unserer Geschichte näher bringen, sonder auch Ansätzen, aus dieser zu lernen, anstatt sie blindlings zu wiederholen.
Es gibt noch einen anderen Punkt, warum uns Konsequenzen unter den Nägeln brennen. Wir gehören zu den "Alten" der militanten Bewegung - manche bezeichnen uns bereits als Opas und Omas, denn nirgendwo ist der Alterungsprozeß krasser als in unserer militanten Szene. Trauen keinem über 30. Und in der Tat, es ist etwas dran an den militanten Generationskonflikt. Viele von uns können an zwei Händen aufzählen, wer übrig geblieben ist. Die meisten von uns haben resigniert, aufgegeben und sich zurückgezogen. Uns geht es dabei nicht mehr um diejenigen, für die ihre Jugendsünden nur der Einstieg in eine alternative Karriere waren. Uns schmerzen diejenigen von uns, die wir selbst nicht mehr überzeugen konnten, weil auch wir ihre Kritik teilten, ohne jedoch unsere Hoffnungen und Utopien aufgegeben zu haben. Wir alle hatten es uns zu einfach gemacht, ihre Resignation und Perspektivenlosigkeit zu ihrem individuellen Problem gemacht. Oft hatten und haben wir das Gefühl, diese Gefühle deshalb nicht an uns herankommen zu lassen, weil wir sie selbst in uns trugen. Und so wiederholt sich etwas in der autonomen Szene, was in anderen radikalen Bewegungen gleichfalls zum "ehernen Gesetz" wurde: Die Jungen wiederholen mehr oder weniger die Fehler der Alten, während sich die Alten Zug um Zug zurückziehen, weil sie in der Wiederholung gemachter Fehler keine eigene Perspektive entdecken können. Eine Bewegung jedoch, die nicht alt wird, die nur aus Jugendsünden besteht, die gemachte Erfahrungen nicht mit neuen verknüpfen kann, die aus gemachten Fehlern nicht lernt, sondern diese geradezu ritualisiert, kann nicht wachsen, sondern stirbt von innen.
Gerade weil wir die Arroganz und Selbstgefälligkeit vieler Altlinker und Ex-Militanter satt haben, verlangen wir von uns selbst, eine radikale Kritik unserer eigenen Geschichte.

1. Unter uns Autonomen hat sich ein Begriff von Militanz entwickelt, der sich eher der Logik der Gewaltfrage unterordnet als unseren Utopien von sozialer GEGEN-Macht.
Gerade die Großdemos nach Tschernobyl haben uns wieder einmal recht schmerzhaft gezeigt, daß wir weder die Möglichkeiten haben, noch die gesellschaftlichen Bedingungen dergestalt sind, daß wir mit militärischer Stärke unsere politischen Ziele durchsetzen können. Unausgesprochen bestand die Hoffnung, durch Massenmilitanz das Atomprogramm zu überrennen. Die weiterverbreitete Angst, die um sich greifende Verunsicherung, die demoskopischen Mehrheiten für den Ausstieg aus der Atomenergie schienen uns Indikatoren genug zu sein für eine Verbreiterung und vor allem Radikalisierung sozialer Bewegungen. Doch so sehr das "Geschäft mit der Angst" ein Mittel der Herrschenden ist, so sehr haben auch wir insgeheim darauf gesetzt, die Angst der Bevölkerung und die politische Verunsicherung der Herrschenden für eine Art Überraschungscoup nutzen zu können. Um so größer ist nun unsere Frustration und Ratlosigkeit angesichts der Tatsache, daß wir unserem Ziel "sofortiger Ausstieg aus dem Atomprogramm" kaum einen Schritt näher gekommen sind. Im Gegenteil: Während unsere Massenmilitanz an die Grenzen stattlicher Gewalt gestoßen ist, hat der Staat in einem Maße aufgerüstet, daß die Hindernisse, die wir nun zu überwinden haben, eher größer als kleiner geworden sind. Wer z.B. Wackersdorf an Pfingsten mit dem Wackersdorf heute vergleicht, der erahnt, daß nicht wir, sondern der Staat die militanten Auseinandersetzungen für sich nutzen konnte. Während wir nach Hause fuhren, wurden in Wackersdorf 4 neue Hundertschaften aufgestellt, für Millionen DM, neue Waffen gekauft, einen 50 Meter breite Sicherheitszone rund um das Gelände gerodet, eine Straße am Ende der Sicherheitszone betoniert und die Böschung am Zaun mit 4-5 Meter hohen, steil angebrachten Betonplatten für ein Vorgehen am Zaun schier unbrauchbar gemacht. Und auch der scheinbar politische Skandal um den Hamburger Kessel hat uns eher Sand in die Augen gerieben als sie tatsächlich geöffnet. Zwar rollte mediengerecht ein Kopf, doch was sich wirklich veränderte, entzog sich unserer Aufmerksamkeit. Nur ein paar Wochen später wurden auch in Hamburg in aller Ruhe, ohne jeglichen Widerspruch von unserer Seite die Gelder für die Aufstellung von 4 zusätzlichen Hundertschaften bewilligt.
Wie sehr wir uns militärisch überschätzt haben, zeigt auch unsere Reaktion auf die Diskussion und geradezu reibungslose Verabschiedung der neuen Sicherheitsgesetze. Wir verhielten uns so, als ob es uns nichts anginge, einfach gar nicht.

Wir hatten unser Pulver verschossen. Das Feld der "Nachbereitung" haben wir fast gänzlich dem Staat überlassen. Wir haben uns zwar gelegentlich mehr zaghaft als überzeugend dagegen gewehrt, die Gewaltfrage zur Bestimmung unseres Widerstandes zu machen. Doch letztendlich haben wir sie selbst gestellt und verloren. Wie viele Autonome Putz und Bullenpogo mit Militanz gleichsetzen und damit mehr die bürgerlichen Vorstellungen von Radikalität mit Leben füllen, anstatt sich ihnen zu widersetzen, wurde auch auf der Hanau-Demo gegen Alkem und Nukem anschaulich demonstriert. Für uns war die Demo eine der wenigen Momente, wo wir endlich einmal wieder die Kraft politischer Militanz verspürten, eine Demo, die in ihren militanten und offensiven Inhalten eine Stärke zum Ausdruck brachte, die wir bei vielen Putzdemos vermißten. Doch für einige von uns ging nichts ab. Also mußten noch unbedingt einige Scheiben von Aldi abwärts dran glauben. 200.00 DM Sachschaden - ein Schaden, der lächerlich gering ist im Vergleich zu dem politischen Schaden an der Glaubwürdigkeit und Zielgerichtetheit autonomer Politik.

2. In vielen Kämpfen der letzten Zeit haben wir die Mittel militanter Politik selbst zum Ziel gemacht.
Das liegt sicherlich einmal daran, daß und die Mittel einfach näher liegen als unsere Ziele. Wann haben wir wirklich einmal unsere Ziele aus der sozialen und gesellschaftlichen Realität heraus entwickelt und daran überprüft? Wie oft war unser praktisches Vorgehen vom Vorgehen staatlicher Gewalt bestimmt, anstatt von unseren eigenen Zielsetzungen? Wären unsere Ziele klarer, d.h. eben auch der Weg dorthin, dann könnten wir auch unsere Mittel aus diesen Zielsetzungen heraus bestimmten. Doch da es nichts vageres gibt als unsere konkreten Ziele, bleiben gezwungenermaßen unsere Mittel oft wahllos, zufällig und austauschbar.
Wie unsere Mittel militanter Politik selbst zum Gradmesser des Erfolgs werden, dafür ist Wackersdorf ein lehrbuchhaftes Beispiel. Für viele von uns, gerade aus der Startbahnbewegung, war es ein Wunder, wie schnell sich die Region um Wackersdorf in unseren Augen radikalisiert hat. Was bei uns ein Prozeß von 5 Jahren war, vollzog sich in Wackersdorf scheinbar innerhalb eines Jahres. Die anfängliche Skepsis und Arroganz gegenüber dieser Mischung aus Bayern, Bauern und Mutter Maria schlug geradezu atemberaubend in eine Mystifizierung der "Oberpfälzer" um. Mir nichts dir nichts gebar unser Wunsch einen Oberpfälzer, der keine Probleme mit der Gewalt hat, der nicht lange fackelt und zulangt, der uns einfach ins Herz geschlossen hat.
Daß ein Großteil der Auseinandersetzungen - von denen wir heute noch schwärmen - schlicht über ihre Köpfe hinweg ging, beginnt uns erst jetzt zu dämmern. Es genügt eben nicht, 1, 2, oder 3 mal im Jahr eine Region zur Kulisse unseres Widerstandes zu machen, ohne zu kapieren, daß die Leute selbst, vor Ort, einen Widerstand entwickeln müssen, der ihren und nicht unseren Erfahrungen angemessen ist. Während wir weiterziehen (bzw. nach Hause fahren), bleiben die

Menschen in der Region mit der staatlichen Reaktion allein.
Wie wenig wir selbst dem Niveau militanter Auseinandersetzungen gewachsen sind, machten die Blockadetage im Oktober letzten Jahres deutlich. Unter dem Motto: "Eine Region wehrt sich" und "Uns gehört das Land" sollte für 2 Tage die Infrastruktur rund um die WAA gestört bzw. lahmgelegt werden. Während die "Region" zu Hause blieb, bzw. pünktlich zur Arbeit ging, versuchten wir - eine Mehrheit von Auswärtigen - mit der Landkarte in der Hand, gegen die aufkommende Ohnmacht anzukämpfen. Die örtlichen Strukturen brachen bereits am 1. Tag fast völlig zusammen. Das erste Plenum löste sich panikartig von selbst auf, andere fanden nicht mehr statt, oder wurden schnitzeljagdmäßig auf andere Orte verlegt. Von einer echten Beteiligung der ländlichen Bevölkerung konnte nicht im geringsten die Rede sein. Im besten Falle schaute sie wohlwollend und daumendrückend zu, während wir, wie aufgescheuchte Hühner, von einem Gerücht zum nächsten jagten, nachdem wir - dank unserer Ortskenntnisse - Wege verbarrikadierten, die von den Bullen längst selbst mit Containernk unpassierbar gemacht wurden. Angesichts einer mageren Beteiligung von vielleicht 1000-1500 Teilnehmern/innen, eines faktischen polizeilichen Belagerungszustandes, brach das Blockadekonzept praktisch in sich zusammen. Hier rächt sich, daß viele von uns die "Oberpfälzer" wahrnahmen wie ein Fußballspieler die Kulisse des Stadions. Wir genossen die Kulisse, anstatt dahinterzuschauen. Nachdem der Rausch verflogen ist, bleibt die nüchterne Erkenntnis zurück, daß diese Mischung aus autonomer Selbstüberschätzung und Unkenntnis örtlicher Bedingungen eine logische Folge autonomer Feuerwehrpolitik ist.
Und für diese Art von Politik auf der Durchreise als Jahresabo ist auch kennzeichnend, daß wir die "Brennpunkte" wechseln wie Hemden, spätestens dasnn, wenn uns der Boden zu heiß wird - dann also, wenn es wirklich darauf ankäme. Wackersdorf ist out.
Hätten wir tatsächlich das gemeinsame Ziel vor Augen, immer mehr Menschen für einen radikalen Bruch mit diesem Staat zu gewinnen, dann müßten wir uns nicht immer wieder in den Mittelpunkt eines Widerstands drängen, der nicht von den Augenblicken großer Schlachten lebt, sondern von den Möglichkeiten und Erfahrungen, ihn alltäglich umzusetzen.

3. Unsere politische Militanz hinkt der praktischen hinterher, anstatt ihr vorauszugehen.
Eine Passage aus der Karlsruher Stadtzeitung bringt es auf den Punkt "Gerade in den Hochburgen der Autonomen (...) ist es in den letzten Jahren zu einer Arbeitsteilung zwischen Autonomen und Grünen gekommen: Wir machen den Putz und die Grünen vermitteln das ganze politisch. Solange die Militanten selbst nicht in der Lage sind, diese Arbeitsteilung (...) zu durchbrechen, hat Stoltenberg den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er sagt, 'die Militanten sind der bewaffnete Arm der Grünen'." (Karlsruher Stadtzeitung Nr. 39/86). Wir brauchen nur auf die AKW-Kämpfe nach Tschernobyl zurückblicken, um genau diese Arbeitsteilung bestätigt zu sehen. Während wir uns in den Auseinandersetzungen mit den Bullen aufrieben und verausgabten, zogen die Grünen in aller Seelenruhe an uns vorüber, um sich als einzige politische Alternative zu profilieren. Wie in der Friedensbewegung machten sie sich - fast unangefochten - zu Sprechern der Anti-AKW-Kämpfe. Und je mehr es den Grünen gelang, sich als einzige politische Opposition darzustellen, um so unvermittelter blieb unser praktisches Vorgehen, um so mehr reduzierte es sich auf ein militärisches Schauspiel. Denn dort, wo wir wirklich hätten gewinnen können, in der politischen Auseinandersetzung um gesellschaftliche Alternativen, waren wir nicht präsent. Im Gegenteil: in der Auseinandersetzung zwischen Autonomen und Staat haben sie uns nur gestört, die Unentschlossenen, die Aufgeschreckten, die Gewaltfreien, die Becquerel-Muttis, die Neuen. Während sich die "neue" Anti-AKW-Bewegung um so "banales" und "privates" wie gesundes Leben sorgte, machten wir unbekümmert knallhart Politik; so als ob uns Cäsium und Plutonium nichts angingen, so als ob unser Kampf am Bauzaun nichts mit der Angst vor verstrahlter Nahrung zu tun hätte. anstatt unseren Kampf gegen dieses System mit den Kämpfen um radikale Lebensvorstellungen zu verknüpfen, stellten wir sie gegeneinander. Das, was unsere Stärke hätte sein können, Politik und Alltag, machten wir zur Trennungslinie.
So war es für die Grünen ein einfaches, sich gerade für jene als Anwalt anzubieten, die erst einmal Fragen stellten und nach gesellschaftlichen Alternativen suchten. Die Grünen organisierten landauf, landab Veranstaltungen, versuchten gerade jene zu erreichen, die nicht auf Demos gehen, sondern eher in die Kirche. Sie sammelten geschickt die kritische Intelligenz um sich, gaben ihr Raum und Zeit, sich öffentlich einzumischen und entwickelten als einzige ein "Ausstiegsszenario", das zumindest die Angst (und die Argumente) vor dem drohenden Steinzeitalter als Kastrationsangst industrieller Omnipotenz bloßstellte. Sie machten mit politischem Erfolg genau da, was unsere Stärke hätte sein müssen: den politischen und ökonomischen Feind mit seinen eigenen Waffen schlagen. Es hätte an uns gelegen, in der offensiven Auseinandersetzung um Alternativen in diesem System gerade auch die Grenzen eines grünen reformistischen Reparaturbetriebes aufzuzeigen.

4. Die Häufigkeit von Anschlägen und Sabotage ist für uns (noch) kein Zeichen neuer Qualität radikalen Widerstandes. Sie ist erst einmal vor allem eine Reaktion auf die staatliche Repression gegen öffentliche Formen von Massenmilitanz.
Wenn wir die letzten Ereignisse noch einmal in Erinnerung rufen, so müssen wir doch - bis auf ein paar Ausnahmen - feststellen, daß es sich bei den meisten Demonstrationen eher um Demonstrationen staatlicher Gewalt handelte, als um einen machtvollen Ausdruck sozialer Gegenmacht (Brokdorf, Hamburger Kessel, Wackersdorf, Häuserräumungen, Duisburg, Hamburg und Bremen etc.). Unsere Massenmilitanz ist an Grenzen nackter Gewalt gestoßen, einer Staatsgewalt, der wir auf gleicher Ebene nichts entgegenzusetzen haben. Wir sind heute an Grenzen gestoßen, an die auch viele soziale Bewegungen vor uns gekommen sind. Jedes Mal standen diese militanten Kämpfe vor der vom Staat erzwungenen Alternative: entweder sich auf die von ihm vorgegebene militärische Auseinandersetzung einzulassen oder aber langfristig die militanten Kämpfe sozial und politisch zu verankern, mit dem Eingeständnis, erkämpfte Freiräume (besetzten Häuser, Jugendzentren etc.) mit Gewalt nicht halten zu können. Doch vor diese Alternative gestellt, war der Druck des Augenblicks, des Reagierens bereits so groß, daß eine eigene Entscheidung nicht mehr möglich war. Die Kräfte waren aufgezehrt, die (erzeugte) Sympathie der kritischen Öffentlichkeit verbraucht, die Spitze des Skandals gebrochen, der reformierbare Teil des "Mißstandes" in die politischen Apparate integriert, der antagonistische, unversöhnliche Anteil des Mißstandes polizeilich und ideologisch eingekreist. Vor der Dynamik dieser Auseinandersetzung überrollt, wurden wir eher zum Objekt staatlicher Lösungen als daß wir uns als Subjekte militanter Perspektiven verhalten konnten.
Und wie damals so befürchten wir auch heute eine Situation, in der auch wir von der Dynamik staatlicher Repression überrollt werden. Denn nun stehen wir vor der Alternative, uns entweder auf ihre militärischen auseinandersetzungen im weitesten Sinne einzulassen oder aber unsere ganze Kraft auf die Entwicklung sozialer Gegenmacht zu konzentrieren, die endlich die Stärke besitzt, sich weder der Logik und Dynamik staatlicher Gewalt zu opfern, noch sich daran zu messen.
Wenn wir also an die Entwicklung und das Scheitern anderer radikaler Bewegungen erinnern, dann aus der Einschätzung heraus, daß die Sabotagewelle nicht Ausdruck unserer Stärke, sondern oft unser letztes Mittel ist, überhaupt noch unseren Widerstand wirksam zur Geltung zu bringen. Denn geradezu zwangsläufig werden militanten Angriffe in dem Maße Symbole von Widerstand wie sie Ersatz, und nicht Mittel militanter Strategien werden. Und so sehr wir uns auch über mehr als 150 gefällte Strommasten freuen, so gefährlich halten wir es, Sabotage als militante Politik zu begreifen, mit der man/frau - nicht selten pädagogisch in soziale Bewegungen hineinwirkt, anstatt zu allererst innerhalb sozialer Bewegungen militante Perspektiven zu entwickeln und zu verbreitern. Nicht an Stelle militanter Perspektiven Sabotage zu organisieren kann unser Ziel sein, sondern aus klaren Perspektiven heraus Sabotage als ein Mittel von vielen zu entwickeln und politisch einzubinden.
Die Schwierigkeit Sabotage nicht als Ersatz, sondern aus ein Mittel militanter Perspektiven zu begreifen, hatten wir während der ganzen Startbahnbewegung. Wenig Probleme hatten wir meist, praktische Formen militanten Widerstandes zu entwickeln. Unsere größten Schwierigkeiten bestanden damals wie heute darin, unser praktisches Vorgehen in eine konkrete und für alles nachvollziehbare Strategie einzubinden. Allzuoft hatten wir der reformistischen Strategie

politisch nichts entgegenzusetzen.
Dieses Dilemma autonomer Politik wiederholte sich in der Friedensbewegung wie in den letzten Anti-AKW-Kämpfen. Anstatt uns an eine langfristige Entwicklung und Verankerung radikaler Perspektiven zu machen, versuchen wir unsere Vorstellungen auf der Straße anstatt zu allererst in den Köpfen der Menschen durchzusetzen. Kein Wunder also, daß wir trotz breiter Verunsicherung nach Tschernobyl weder nennenswert mehr geworden sind, noch daß es uns gelungen ist, die politische Dominanz grüner Realpolitik zu durchbrechen. Geradezu symbolhaft konnte der letzte BUKO-Kongreß in Nürnberg nur unter dem Schutz eines grünen Parteitages stattfinden, nachdem uns klar wurde, daß wir alleine nicht in der Lage sind, einen Kongreß politisch, geschweige den praktisch durchzusetzen.

Vielleicht ist es gerade diese politische Schwäche, die uns allzu schnell dazu verleitet, den materiellen Schaden von Sabotage und militanten Aktionen überzubewerten. Keine Frage, 150 gefällte Strommasten tun der Atomindustrie weh. Doch solange diese im Verbund mit dem Staat in der Lage ist, politisch den Schaden umzuwälzen (durch zusätzliche Bereitstellung von Geldern, durch Umverteilung im Haushalt, bis hin zu Strompreiserhöhungen) bleibt der materielle Schaden gering. Der politische Schaden verkehrt sich dann sogar - schlimmstenfalls - ins Gegenteil. Erst wenn es uns gelingt, den politischen Spielraum herrschender Politik, d.h. in diesem Fall privatkapitalistische Verluste zu vergesellschaften, einzuengen, wäre Sabotage tatsächlich ein wirksames Mittel, ihre Projekte im wahrsten Sinne des Wortes unprofitabel zu machen.
Diese Erfahrungen mußten wir auch an der Startbahn machen. Wir haben uns zwar äußerste Mühe gegeben, und halten auch nicht inne nichts ganz zu lassen, - doch letztendlich stand das Projekt nur einmal auf der Kippe, als nämlich die SPD-Regierung befürchtete, ihre eigene politische Basis aufs Spiel zu setzen., bzw. zu verlieren. Interessanterweise zu einem Zeitpunkt, als die Parteien-Koalition von CDU bis DKP noch den größten Einfluß innerhalb der Startbahnbewegung hatte. Wir Autonome begriffen damals , mehr vereinzelt als gemeinsam, erst allmählich die Dimension, die der Kampf um hunderte von Hektar Wald angenommen hat. Es war die Angst vor der Unregierbarkeit einer ganzen Region, die Angst vor dem irreparablen Schaden, die das Projekt für Augenblicke ins Wanken gebracht hat. Weder die Radikalisierung der Startbahnbewegung, noch die sich verbreiternde Sabotage konnten diese Bedingungen wiederholen. Vielleicht machen diese Beispiele deutlich, daß es letztendlich nicht darauf ankommt, wieviele Strommasten fallen. Politisch entscheidend wird sein in wievielen Köpfen diese Masten fallen. Erst wenn es uns gelingt, dafür die sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen, wird nciht nur der materielle Schaden größer, sondern vor allem der politische. Denn eines ist den Herrschenden klar: der materielle Verlust ist reparabel, der Verlust an politischer Glaubwürdigkeit dagegen, der Verlust politischer Legitimität staatlichen Handelns ist weder reparabel noch ersetzbar.

5. Solange wir die Systemfrage nur stellen und nicht danach handeln, verbreiten wir mehr Ohnmacht als Gegenmacht, mehr Angst als Mut.
Auch nach Tschernobyl passierte genau das, was wir als Routine längst drauf haben. Wir forderten nicht nur den sofortigen Ausstieg aus dem Atomprogramm, sondern in aller Bescheidenheit "die Stillegung der herrschenden Klasse". Da wir uns wieder einmal auf ganz grundsätzliches beschränken, verlingen wir uns erst gar nicht in den Details politischer Durchsetzbarkeit und Umsetzbarkeit. Wir hielten uns also gar nicht erst größer an der Technik- und Ökologiekritik auf, verschwendeten kaum einen Gedanken darauf, welche Bedingungen wir geschaffen haben, um die AKW-Frage nicht nur verbalradikal, sondern ganz praktisch zur Systemfrage zu machen. Gar völlig verkeilt, pönt war der Gedanke, uns in den Kampf um Alternativen innerhalb des Systems einzumischen, mit dem Ziel politische Spielräume zu schaffen, die uns einem Kampf darüber hinaus tatsächlich ein paar Schritte hätten näher bringen können. Wir ließen sie einfach alle rechts liegen. Die Mütter gegen Atom, die Ökologen, die Radikaldemokraten, die Gewaltfreien, die Reformisten, Technik- und Wissenschaftskritiker. Statt dessen läuteten wir - wie so oft - zur letzten Runde ein und stellten kurz und bündig die Systemfrage, um sie alsbald in aller Ausführlichkeit zu beantworten: Hau weg den Scheiß!

Vielleicht liegt es in der Unvorstellbarkeit von revolutionären Veränderungen hier, daß wir uns nicht die Mühe machen, den Weg, die Schritte dorthin, uns und anderen genau zu benennen. Wenn wir uns der Anstrengung stellen würden, nicht nur radikale Gedanken im Kopf zu haben, sondern sie auch auf die Füße zu stellen, dann müßten wir auch von vielen pflegeleichten, sozialromantischen Vorstellungen autonomer Politik Abschied nehmen. Denn jede autonome Politik wird letztendlich nicht an den guten Absichten gemessen, sondern an den realen Erfolgen und Verbesserungen, die sie erreicht. Und wenn ein elementarer Grundsatz autonomer Politik ist, bereits heute das vorwegzunehmen und zu leben, was morgen erst gesellschaftliche Realtität wird, dann werden wir auch um Veränderungen innerhalb des Systems kämpfen müssen. Tatsächliche Reformen sind kein Geschenk von oben, sondern waren und sind immer auch ein Resultat sozialer und ökonomischer Kämpfe. So sind die Mieterschutzrechte, die veränderte Baupolitik, das Sozialbindungspapier, das Ausländerrecht, die Hochschulreform, die Finanzierung und Legalisierung von alternativen Wohnprojekten und selbstverwalteten Betrieben von "anerkannten Frauenhäusern" bis hin zur Frauenbeauftragten kein Geschenk des Staates, sondern allesamt Resultat verschiedener Kämpfe der 60er und 70er Jahre. Daß sich die Früchte jener Kämpfe mehr in der Machbarkeit und Modernität herrschender Politik gegen uns kehren und daß wir sie als politischen Freiraum für weitergehende Kämpfe nutzen konnten, liegt schlicht an uns selbst: an jenen, die ihre revolutionären Kämpfe zugunsten etablierter Sicherheiten eintauschen, und an uns, die nicht in der Lage waren, die Kämpfe in ihrer Radikalität weiter zu führen. Entweder wir nutzten die erkämpften Reformen dazu, den Geschmack auf den ganzen Kuchen zu schärfen, oder aber wir müssen uns it den Brotsamen abfinden, die vom Tisch herrschender Politik herunterfallen. Wir werden also Ziele formulieren müssen, die das System (gerade) noch zulassen kann und wir werden für weitergehende Ziele Bedingungen schaffen müssen, die das System auf jeden Fall zu verhindern versucht.
Erst wenn es uns gelingt, z.B. dezentrale und kommunale Energieversorgungsalternativen (wie Sonnenenergie, Wärmekraftkopplung) mit unserem Ziel der Zerschlagung von (Energie-) Monopolen zu verknüpfen oder z.B. die Forderung nach Volksbegehren und Planmitbestimmungsrechten mit eigenen Formen von Selbstbestimmung und Selborganisation zu verbinden; erst dann vertrösten wir uns und andere nicht immer auf Morgen, sonder erkämpfen uns bereits heute das, was die Lust auf Morgen erst richtig möglich macht.

6. Unsere soziale Verwurzelung entspricht dem Wurzelbett eines Plastikbaumes.
Für einige von uns waren die letzten Jahre keine schlechten Jahre. Überall wo es brannte, waren die Autonomen dabei, wo es zu Putz kam, mischten wir kräftig mit, ganz nach dem Motto: Wo wir sind geht nichts mehr, aber wir können ja nicht überall sein. Der Spiegel widmete uns eine ganze Serie, unter dem aufreißerischen und schmeichelhaften Titel "Schlacht um die Kernkraft". Und unser Innenminister Zimmermann schließlich konstatierte, wie bei einer Flugkatastrophe, das Anschwellen der Zahl der Militanten von 500 auf 3.000 bis hin zu 10.000 zu aller Gewalt Entschlossenen. Mit verdüsterter Miene warnt er vor einer Welle der Gewalt, die die BRD zu überschwemmen droht. Und während die, die dieses Schreckensszenario verbreiten und ausmalen dazu nutzen, um ihr Modell Deutschland noch sicherer zu machen, genießen einige von uns den Rummel, das grelle Scheinwerferlicht der Medien und die Aufmerkasamkeit, die dabei abfällt. Bei manchen haben wir das Gefühl, daß sie selbst beginnen, sich in diesem vom Staat aufgebauten Szenario wohlzufühlen, daß sie anfangen, sich in das Bild zu verlieben, das der Staat und die Medien von uns machen - gerade weil wir diese Gefährlichkeit, Macht und Bedrohlichkeit nur in ihren Horrorvisionen haben, weit davon entfernt, diese Gefahr selbst zu produzieren.
Ein weitere Kennzeichen autonomer Politik der letzten Jahre ist, daß wir uns mehr oder weniger wie ein/e Seiltänzer/in von Großprojekt zu Großprojekt hangeln, ohne wirklich mit den Füßen den Boden berührt zu haben. Fast ausschließlich sind unsere Zusammenhänge an den Aktualität eines Themas anstatt ihrer Bedeutung innerhalb einer militanten Perspektive. In viele Themen und Auseinandersetzungen steigen wir erst ein, wenn sie heiß sind, in der Öffentlichkeit diskutiert und von den Medien aufgegriffen werden. Erst dann gewinnen

ddiese Auseinandersetzungen für uns an Wichtigkeit. Doch sobald das Thema out ist, die Medien ihre Teleobjektive einziehen, das Projekt steht oder der zähe Alltag spektakulären Aktionen weicht, sind wir meist wieder auf der Suche nach neuen, brennenden Themen, die gerade angesagt sind. Von Friedensbewegung Anti-Nato, Anti-Kriegs, Antifa, Anti-AKW, WAA, WWG, bis hin zu Volkszählungsgruppen haben viele von uns alles oder vieles davon mitgemacht. Meist hielten sich diese Gruppen ein paar Monate, höchstens 1-2 Jahre, zerfielen dann, um sich in wechselnder Zusammensetzung bei einem neuen Thema wieder zu sehen. Man/Frau wird nicht alt, die Auseinandersetzung miteinander und um das Thema bleiben oft flüchtig und oberflächlich. Und je mehr wir diesen Jahrmarkt aktueller Themen betreten, desto mehr müssen die Hoffnungen auf soziale Ausdehnung den Fähigkeiten eines Allround-Künstlers untergeordnet werden: Wir wissen von allem etwas und von Genauerem nichts. Wir sind überall dabei und nirgendwo richtig. Dabei haben sich Strukturen eines Kleinfamilienunternehmens entwickelt. Fast jede/r kennt jede/n, wir sind alle voll im Streß, haben vor lauter Terminen kaum Zeit, haben meist mehr politisch zu tun, als wir bewältigen können. Der harte Kern des Unternehmens rackert sich ab, tanzt oder besser rotiert auf verschiedenen Hochzeiten, während sich der Großteil der Familie erst blicken läßt, wenn die Firma alles gut vorbereitet hat. Bei jedem Fest dabei...

Wenn wir also hinter die spektakulären Großereignisse blicken, dann stellen wir fest, daß wir uns zwar in den Schlagzeilen herrschender Politik breitmachen konnten, aber noch lange nicht in den Köpfen und Handlungen anderer Menschen. Wir brauchen nur die soziale Verankerung militanter Politik heute mit der militanten Geschichte 1972 zu vergleichen, um uns im Klaren darüber zu sein, wie schmal der Steg ist, auf dem sich heute autonome Politik bewegt. Denn im Gegensatz zu heute, drohte damals tatsächlich ein Flächenbrand militanter Unruhe, der sich fast in alle gesellschaftliche Bereiche ausbreitete. Da waren die Jungarbeiter- und die Lehrlingsbewegung, die Betriebskämpfe, die an allen Orten der BRD entstandene Jugendzentrumsbewegung, die Emigrantenarbeit, die Schülerstreiks, die Studentenunruhen an den Hochschulen, die Internationalismusgruppen, die Stadtteilgruppen, Häuser- und Mieterräte. Sie verkörperten in der Tat ein Stück Gegenmacht. Momente einer erlebbaren Utopie, die sich atmosphärisch für Monate im Leben der Stadt niederschlug und gelegentlich an der Vielschichtigkeit, Verschiedenheit, an der Vermischung und Verbindung einzelner Kämpfe, die es Staat, Medien und Polizei über lange Zeit hinweg schwer machte, den Brandherd schnell zu lokalisieren.

Denn überall dort wo er mit aller Gewalt zu löschen versuchte, treat genau das Gegenteil ein: Statt Demobilisierung Mobilisierung, statt Einschüchterung Mut, statt der Eindämmung die Ausweitung des Konflikts. Solange das praktische Vorgehen auf der Straße Ausdruck und nicht Ersatz alltäglicher Kämpfe in Schule, Fabrik und Wohnvierteln blieb, war der Staat gezwungen, den Konflikt politisch anzuerkennen. Die Waffen staatlicher Gewalt blieben gewaltsame Vorgehen des Staates mit der sozialen Ausdehnung des Konfliktes zu antworten.

Wenn also viele von uns die Kämpfe 72 vor allem mit den spektakulären Hausbesetzungen, -räumungen und Straßenschlachten in Verbingung bringen, dann vergessen wir die jahrelangen, alltäglichen, unspektakulären Kämpfe, aus denen heraus sich erst der Häuserkampf entwickeln konnte.

Doch wir brauchen nicht wo weit zurückzublicken, um zu erkennen, wie schwach der Windstoß sein muß, um uns umzublasen. So bedurfte es während der Häuserkämpfe 80/81 in Frankfurt nur des Konstruktes eines "Schwarzen Blocks", einer kriminellen Vereinigung (Es kam zur Verhaftung von vier "Mitgleidern", die nach ein paar Monaten freigelassen wurden.), um die dünnen Fäden politischer und sozialer Gemeinsamkeiten zu zerreißen. Mit der staatlichen Repression mehr oder weniger auf uns alleine gestellt, zerrieben wir uns noch untereinander und zerstreuten uns schließlich in alle Windrichtungen.

Wenn wir uns also ohne Selbstbetrug eingestehen, daß unsere autonomen Positionen nach wie vor kaum politisch und sozial eingebungen und verankert sind, wenn wir uns eingestehen, alleine weder politisch noch praktisch reale Gegenmacht zu sein, dann müssen wir schleunigst den Laufstall autonomer Politik verlassen. Die bereits beschriebene Ignoranz und Selbstüberschätzung gegenüber anderen Gruppierungen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung lassen sich ohne weiteres auch auf den Zustand in den Städten übertragen. Vielleicht ist Frankfurt ein krasses Beispiel für die Isoliertheit einzelner Gruppen und Initiativen und für einen autonomen Alltag, der sich oft nur über irgendwelche Großereignisse herstellt, ansonsten jedoch dem "Zufall" persönlicher Verbindungen überlassen bleibt.

Autonome Politik hat sich hier in Frankfurt seit Jahren nicht mehr kontinuierlich eingemischt. Sie hat sich in überwiegendem Maß außerhalb, jenseits unseres Lebens in dieser Stadt abgespielt. Darüber können auch die Günther-Sare-Demos nicht hinwegtäuschen. Erst im letzten Jahr entstanden wichtige kleine Ansätze, aus unserem Alltag heraus, soziale, politische und kulturelle Zusammenhänge zu entwickeln, seien es Stadtteilgruppen oder auch das neu gegründete Libertäre Zentrum, das für uns Anarchos und Autonome bisher der einzige Anlaufpunkt ist. Sicherlich, es fällt auch uns oft unendlich schwer, Gedanken und Vorstellungen zu entwickeln, was wir hier in der Stadt - überhaupt noch - wollen, wo inmitten der erdrückenden Betonburgen noch Platz und Raum für unsere Utopien sein könnte. Wo wir die Vorzüge einer Metropole (alternative Kneipen, Cafés, Kino etc.) nicht nur privat verkonsumieren, sondern auch dem programmierten (in Beton gegossenen) Geld-, Konsum- und Menschenverkehr eigene, radikale Vorstellungen von (Zusammen-) Leben entgegensetzen können.

Es hat für uns viel mit der fallenden Faszination und Ausstrahlung autonomer Politik zu tun, daß wir große Bereiche unseres Alltags abgehakt und aufgegeben haben, was sich in den Formen autonomer Politik eher widerspiegelt als bricht. Es sind eben nicht die 10% autonome Politik, sondern 90% Alltag, die entweder unsere Utopien wie ein Schwamm aufsaugen oder die Kraft darstellen, aus der heraus wir sie umsetzen können...

Einen letzten Punkt in diesem Zusammenhang wollen wir noch hinzufügen: unser Verhältnis zu den Grünen. Unsere weitverbreitete Ablehnung zu jeglicher Grüner Politik hat für uns weniger mit radikalem Anti-Parlamentarismus zu tun, als vielmehr mit der Angst und Unfähigkeit, uns mit grüner Politik genau und differenziert auseinanderzusetzen. In dem Maße, wie wir uns selbst schwer damit tun, ein gemeinsames Selbstverständnis zu formulieren (und offensiv zu vertreten), haben wir schlichtweg Schiß, von grünen Politprofis über den Tisch gezogen zu werden, sobald wir uns auf sie einlassen.

Denn trotz unseres klaren Anti-Parlamentarismus muß uns klar sein, daß es auch (und gerade) für uns keinen Weg an grüner Politik vorbeigeht. Gerade wenn es uns darum geht, die bereits beschriebene Arbeitsteilung von militantem Vorgehen und grüner Vermittlung zu durchbrechen, müssen wir uns politisch offensiver mit jenen Grünen auseinandersetzen, die (noch) bereit sind, radikale Positionen in der Politik umzusetzen. Die Fundamentalisten innerhalb der Grünen sind nicht nur ein Alibi grüner Realpolitik. Sie verkörpern auch einen Versuch radikale Vorstellungen jenseits konjunktureller Bewegungen als Widerspruch innerhalb und außerhalb parlamentarischer Institutionen zu formulieren. Und etwas ganz entscheidendes können wir von den Fundamentalisten lernen: Ihre Anstrengungen und Bemühungen unsere Vorstellungen von radikalen Utopien in konkrete und greifbare Konzepte zu übersetzen.

Solange die Fundamentalisten ihre parlamentarische Präsenz als Hemmnis herrschender Politik und nicht als Gleitmittel begreifen, halten wir es für wichtig, nach Möglichkeiten von Zusammenarbeit zu suchen.

7. Unsere Verhaltens- und Lebensweisen haben sich in den letzten Jahren in einer Art autonomer Doppelmoral eingerichtet: Was wir politisch radikal und kompromißlos angreifen, leben wir untereinander manchmal geradezu selbstgefällig aus. - STEIN DES ANSTOSSES ODER GRABSTEIN ?

Obwohl dieser Teil am Ende steht, müßte er am Anfang jeder radikalen Politik stehen. Doch auch uns fällt es schwer, den Wust aus Alltag, Verdrängung, Gewöhnung und Sicherheiten für uns durchdringbar zu machen. Je näher wir an uns selbst kommen, desto mehr verschlägt es uns die Sprache. Einmal, weil wir es nicht mehr hören können, zum anderen, weil wir selbst in einem Maße darin verstrickt sind, daß unser Handeln oft mehr von Sicherheiten und Gewohnheiten bestimmt ist, als von der Lust und Kraft, ein neues Risiko einzu-

gehen. Diese stumme Anpassung drückt sich auch darin aus, daß die kollektiven Auseinandersetzungen im Alltag mehr und mehr ins private verdrängt wurden.

Für die meisten von uns sind Job, Kohle, Wohnung und Beziehung Probleme, mit denen sie alleine fertig werden müssen. Man/Frau arbeitet völlig vereinzelt, große WGs sind nervig und ätzend geworden, man/frau zieht 2-Zimmerwohnungen wieder vor und manche genießen gar die Vorzüge des Single-Daseins, ziehen und wohnen alleine, um endlich tun und lassen zu können, was ihnen paßt. Und je mehr uns die Arbeit aufsaugt, je abstrakter unsere Politik wird, umso existenzieller wird die kuschelig-weiche Beziehung, in der wir uns - unbeobachtet - fallen lassen können, in der wir endlich einmal so sein können wie wir sind - oft fertig, gestreßt und leergesaugt. Eine Beziehung also, wo wir all das versuchen zu bekommen, was wir weder auf der Arbeit noch in der militanten Politik kriegen: Geborgenheit, Wärme, Vertrauen, Nähe und Intensität. Je mehr also Zweierbeziehungen all das erfüllen sollen, was das Leben und draußen versagt, desto mehr werden diese Bedürfnisse zum individuellen Glücksspiel (nicht selten Drama) von Zweierbeziehungen, anstat kollektive Bedingungen für radikale Lebens- und Gesellschaftsvorstellungen zu sein. Solange Geborgenheit, Vertrauen und Nähe ein Privileg von (Zweier-) Beziehungen bleibt, taugt radikale Politik nichts. Sie bleibt Abbild bürgerlicher Macho-Politik, anstatt sich gerade davon radikal zu unterscheiden.

Und wenn wir unsere autonome Politik betrachten, dann ist sie doch im klassischen Sinne Männerpolitik. Nicht nur, weil Männer und Mannsbilder darin dominieren, sondern gerade auch deshalb, weil die wenigen Frauen darin, nur dann etwas zu sagen haben, wenn sie sich diesen Strukturen angepaßt haben, d.h. eben oft wenn sie 150%ige männliche Leistungen bringen. Der weibliche Anteil autonomer Politik besteht viel zu oft darin, Wunden männlicher Fighter zu lecken, Anerkennung und Bewunderung zu zollen, und gerade jene Bedürfnisse zu befriedigen, die innerhalb dieser Strukturen nicht gefragt sind. Es bleibt den autonomen Frauen überlassen, unter der harten Schale unseren weichen Kern zu entdecken. In unseren Rhein-Main-Zusammenhängen haben wir einen Punkt erreicht, wo einige Frauen aufgegeben haben, sich gegen diese männlichen Strukturen zu behaupten. Denn es gibt eine typische autonome Form von "repressiver Toleranz": Wir leugnen nicht bestimmte Macho-Strukturen unter uns Männern und gegenüber Frauen, nur wir überlassen es den Frauen, sich damit auseinanderzusetzen. Keine autonome Demo ohne frauenspezifischen Beitrag, keine libertären Tage ohne eine "Frauen-Ecke". Was die Frauenbeauftragte für grüne Realpolitiker ist, ist der autonome Frauenbeitrag für militante Politik.

Viele von uns haben keine Angst, Bullen anzugreifen, sind aber zu feige, unter uns Männern Kritik zu üben. Das fängt mit dummen aufgeblähten Machosprüchen an, die mit einem kumpelhaften Lächeln verbraten werden, bis hin zu alltäglichen Verhaltensweisen, die stillschweigend hingenommen werden, weil wir Angst vor einer echten Auseinandersetzung haben, die viele scheinbare Männerfreundschaften in Frage stellen würde. So lange wir selbst nicht ein Bedürfnis danach verspüren, unsere Lebens- und Verhaltensweisen radikal zu verändern, bewirkt die Kritik der Frauen bestenfalls eine opportunistische Anpassung (zum Softi) anstatt einer wirklichen Veränderung. Diese Radikalität in unserem Leben verlangen wir nciht (nur), weil wir mit der Kritik der Frauen umgehen wollen. Wir machen uns selbst kaputt, wenn wir in der Leistungs-Mentalität weitermachen. Gerade weil wir bereits seit 15 Jahren in diesen Zusammenhängen stecken, können wir mit Sicherheit sagen, daß gerade die Härtner und Hardcore-Männer (und manche Frauen) es waren und sind, die dem inneren und äußeren Druck nicht mehr standhalten und zerbrachen. Viele von ihnen machten jahrelange knallharte Politik, ohne zu merken, daß sie keine wirklichen Freunde hatten, daß sie inmitten der Kämpfe eigentlich alleine bleiben. Bezeichnenderweise finden sich viele ehemalige Hard-Core-Fighter heute in den kleinbürgerlichsten Verhältnissen wieder.

Ein weiterer zentraler Punkt unseres Alltags scheint sich außerhalb autonomer Politik zu bewegen: die (Lohn-) Arbeit. Abgesehen von den Jobber-Inis, scheint die (Lohn-) Arbeit mehr und mehr die Kiste jeder/s einzelnen zu sein. Ob Lehre, Jobs, "garantierte" Arbeit oder alternative Betriebe, jede/r muß alleine schauen wo er/sie bleibt. Diese extreme Individualisierung existenzieller Bedingungen hat für uns 2 Ursachen:

a) Eine militante, autonome Perspektive innerhalb von Lohnverhältnissen existiert seit Jahren nicht mehr. Militante Kämpfe finden zwar außerhalb statt, aber bezeichnenderweise nicht dort, wo sich die Gewalt/Herrschaft dieses Systems ganz zentral ausdrückt: im Produktionssektor. Dem Kapital ist es gelungen, militante Kämpfe aus den empfindlichen (Sicherheits-)Zonen seiner Herrschaft zu verdrängen, gerade dort also, wo zunehmende Technologisierung und Computerisierung den ökonomischen Sektor immer anfälliger und verletzbarer machen für militante Kämpfe (inkl. Sabotage).

b) Es existiert keine militante Perspektive, jenseits von Lohnverhältnissen, eigene Arbeits- und Lebensvorstellungen zu entwickeln. Die Faszination alternativer, selbstbestimmter Betriebe ist an der kapitalistischen Realität, - der sich auch alternative Betriebe stellen müssen - erblindet.

Die politische und soziale Bedeutung von selbstbestimmten lebensbereichen ist geschwunden, oftmals bleibt nur noch das ökonomische Kalkül: die Kohle. Auf der einen Seite der Rechnung steht die Verantwortung für alle und alles, zähe, zeitaufwendige und nervige Diskussionen, auf der anderen Seite ein mikriger Lohn, der an Selbstausbeutung grenzt. Der politische Anspruch wird vielfach nur noch Dekors knallharter Professionalisierung. Manche Cafés und Kneipen z.B. haben heute mehr Angestellte und Aushilfen als Kollektivmitglieder. Ganz nach dem Prinzip: Hire and Fire (ohne Sozialversicherung, Arbeitsvertrag, Anspruch auf Krankheit und Urlaub).

Und nicht wenige von uns treibt die Angst vor diesem Jobberdasein zu neuen Stufen der Qualifizierung. Man/Frau beginnt (noch einmal) eine Lehre, eine neue Ausbildung, oder der Abschluß an der Uni wird wieder mit aller Verbissenheit gesucht. Mögen einige von uns auch "das letzte Drittel" als revolutionäres Potential - neuentdeckt haben, so versuchen viele von uns gerade nicht dazuzugehören, d.h. durch (Nach-)Qualifikationen die Chancen auf einen Platz im "zweiten Drittel" zu bewahren.

Die Kluft zwischen der politischen Theorie "vom letzten Drittel" und unseren eigenen Bemühungen um Qualifikationen und gesicherte Arbeitsbedingungen; der Graben zwischen der politischen Thearie von den Subsistenzkämpfen und unseren Schwierigkeiten, eigene Arbeits- und Lebensformen jenseits von Wertarbeit umzusetzen, wären für uns zwei zentrale Schnittpunkte, entlang derer wir unser Verhältnis zu Arbeit bestimmen müßten. Denn solange wir keine militante Perspektive innerhalb und außerhalb von Lohnarbeitsverhältnissen entwickeln, wird sich unter uns nur eins durchsetzen: die gnadenlose Individualisierung und Konkurrenz, in der gerade Linke - unter Ausschaltung selbst bürgerlicher Skrupel - bereit sind, im Kampf um den dicksten Krümel sich gegenseitig auszustechen.

Eine militante, revolutionäre Perspektive wird nicht umhin können, sich eigene ökonomische Strukturen zu schaffen. Nur die politische und soziale Bestimmung und letztendlich Verankerung selbstverwalteter Projekte im Rahmen einer revolutionären Perspektive kann den Freiraum innerhalb kapitalistischer Rationalität groß genug halten, um unsere Ansätze von Gegenmacht darin zu verankern. Wir brauchen nicht nur Drucker, Schreiner, Metaller, Schrauber, Elektroniker etc. unter uns, sondern vor allem Bedingungen, unter denen sie als Militante arbeiten können. (Das fängt bei illegalen Druckerzeugnissen an bis hin zu Orten, wo wir gemeinsam ungestört reden können.)

Wenn wir nicht - wie so oft - von der Zufälligkeit persönlicher Beziehungen und Hilfen abhängig sein wollen, dann müssen wir die fehlenden Strukturen nicht nur immer wieder beklagen, sondern selbst schaffen. Zu einer langfristigen Perspektive gehört für uns eine gemeinsame Anstrengung um den Aufbau und die Vernetzung militanter Projekte. Diese können und sollen nicht alleine privatkapitalistisch vor sich hin wurschteln, sie müssen kollektiver Bestandteil unserer Strukturen werden. D.h. der Preis für die Projekte darf sich nicht nur an ihrer Wirtschaftlichkeit, sondern auch an der Notwendigkeit im Rahmen einer revolutionären Perspektive orientieren.

8. Unsere Strukturen entsprechen dem eines Hobbyclubs, anstatt einer revolutionären Perspektive.

Wenn wir militante Strukturen heute mit denen vor 6 Jahren vergleichen (oder gar mit jenen während der Kämpfe 71/72), dann wird die ganze Schwäche und asmathische Kurzlebigkeit autonomer Politik deutlich. Ohne die Strukturen 80/81 zu verherrlichen, so gab es doch

zumindest ein autonomes Plenum, eine eigene Zeitung ("Vollautonom"), ein illegales Radio ("Radio Isnogood") und mehrere Gruppen, die in der Lage waren, gemeinsame Aktionen zu tragen. Heute existiert kaum noch etwas davon. Die wenigen Zusammenhänge sind vereinzelt und stellen sich zudem meist über persönliche Beziehungen her. Die Startbahnstrukturen sind derzeit die einzigen Zusammenhänge, die aufgrund ihrer Kontinuität und Erfahrung handlungsfähig geblieben sind. Ansonsten sind die meisten Treffen und (Vorbereitungs-)Gruppen an kurzfristige Ereignisse oder aktuelle Anlässe geknüpft. Da man/frau kaum auf etwas zurückgreifen kann, muß vieles aus dem Stehgreif und unter dem Druck des Ereignisses organisiert werden. Die immer selben Gesichter teilen zähneknirschend die viele Arbeit unter wenigen auf. Die inhaltliche Auseinandersetzung, die über den Anlaß hinaus hätte geführt werden müssen, fällt unter den Tisch, da die praktischen Vorbereitungen fast den ganzen Raum einnehmen. Für Erfolg oder Nicht-Erfolg spielen dann mehr Zufall, Glück oder völlig unerwartete Umstände eine Rolle, als unser eigenes Konzept. Manch ein "Erfolg" kam für uns überraschender und unerklärlicher als für die Bullen.

Diese fehlende soziale und materielle Infrastruktur drückt sich zwingendermaßen in oft schlecht vorbereiteten und durchgeführten Aktionen aus. Der Effekt einer 3-fachen Demobilisierung stellt sich ein: 1. diejenigen, die unter dem Druck der Ereignisse keine Chance mehr sehen, dem etwas entgegenzusetzen, ziehen sich zurück. 2. diejenigen, die nicht beteiligt sind, haben keine Lust (mehr), sich als Kulisse hirnrissiger Aktionen verheizen zu lassen, weil das militante Vorgehen für sie kein kollektiver Schutz darstellt, sondern nur das Risiko, die Konsequenzen militanten Vorgehens individuell auszubaden. Und 3. schließlich jene, die unbedingt ihre Aktion durchziehen müssen und damit genau jenem Bild Nahrung geben, das Staat und Presse so gerne über uns verbreiten: das von den unverantwortlichen, ziellosen, menschengefährdenden und unschuldige Opfer in Kauf nehmenden Gewaltverbrechern.

Dies aktionistische Politik verleitet viele dazu, die Schlachten an Bauzäunen und Projekten wie Perlen zu einer Kette autonomer Erfolge aufzureihen. Und je weniger militante Kämpfe in unserem Alltag stattfinden und Fuß fassen, desto mehr romantisieren wir gerade jene Ereignisse, die aus unserem ätzenden Alltag herausstechen. Diese Mystifizierung des Feuerscheins ist im großen Maße ein Ausdruck fehlender Strukturen und Perspektiven innerhalb unseres Alltags.

Aus diesen Fehlern zu lernen, hieße für uns, nicht nur - wie bereits vorgeschlagen - Strukturen nach außen aufzubauen, sondern auch Strukturen unter uns zu entwickeln, die sich nicht an sporadischen Anlässen und Kampagnen orientieren, sondern an unserem langfristigen Ziel radikaler gesellschaftlicher Veränderungen. So mußten die Günter-Sare-Demos geradezu zwangsläufig im Sande verlaufen, nachdem klar wurde, daß wir nicht in der Lage sind, inhaltlich und praktisch über den eigentlichen Anlaß hinauszukommen. So blieb die Parole: Wut und Trauer in Widerstand verwandeln, auf unseren Transparenten haften, anstatt sich in unserem Handeln umzusetzen. Über den Anlaß hinauszugehen hätte bedeutet, sich langfristig mit den Methoden und Zielen des staatlichen Gewaltapparates auseinanderzusetzen, also gerade dort einzugreifen, wo staatliche Gewalt Alltag ist in den Polizeirevieren, auf den Kommisariaten, bei der Ausländerpolizei, in den Fahndungsapparaten, im Justiz- und Knastapparat. Es müßte unser Ziel sein, diesem Gewaltapparat eigene, kontinuierliche Strukturen entgegenzusetzen: ihn politisch dort angreifen, wo er am empfindlichsten ist, in seinem Bedürfnis nach Anonymität, ihn praktisch dort zu verunsichern und zu stören, wo er sich am sichersten wähnt, in der Technologisierung von Überwachung und Prävention. Das fängt also bei "Bürger beobachten die Polizei"-, Justiz- und Knastgruppen an, bis hin zur kontinuierlichen Gegenobservation (abhören, Veröffentlichung von Personen und Methoden ziviler Fahndung und Observation) und der Nutzung und Verbreitung der "Jugend forscht"-Ergebnisse (Störsender, Funk etc.). Wenn wir die "Systemfrage" nicht nur verbal stellen, sondern auch ernst meinen, dann genügt es eben nicht, erst dann zu handeln, wenn ein Toter auf der Straße liegt. Dann ist es - wieder einmal - zu spät. Dieses Beispiel läßt sich sicherlich auch auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragen.

Der Aufbau und die Vernetzung militanter Kerne ist für uns Voraussetzung dafür, den Kreislauf sich wiederholender Bewegungsrythmen zu durchbrechen, Bindeglied zwischen Bewegung und Alltag zu sein. Eine Organisation, die über beides hinausgeht und doch aus beidem bestehen muß.

Es gibt noch einen anderen Grund, warum wir uns für verbindliche Strukturen stark machen. Wir lehnen aus gutem Grund hierarchische und autoritäre Strukturen ab. Denn sie verkörpern in ihrem Kern genau das, was wir politisch bekämpfen. Doch was wir im Kopf vielleicht klar haben, kommt gerade in vielen aktionsbezogenen Zusammenhängen zum Tragen. Je undurchsichtiger und unverbindlicher die Struktur, desto unangreifbarer und unfaßbarer bleibt sie für jene, die sich darin verlieren bzw. nciht behaupten können. Denn es gibt eine autonome Variante des kooperativen Führungsstils: Ohne jemanden sichtbar aus Entscheidungen auszuschließen, werden allzuoft Entscheidungen von wenigen getroffen und durchgepowert - von jenen, auf die es - unausgesprochen - ankommt.

Für uns ist eine klare, sichtbare und offene Struktur kein Hindernis, sondern Voraussetzung für militanten Widerstand. Wenn wir militanten Widerstand nicht an Kleingruppen delegieren wollen, dann müssen wir Strukturen schaffen, in denen es möglich ist, offen darüber zu streiten und zu diskutieren. Dann müssen wir Orte und Bedingungen schaffen, wo gerade jene uns treffen können, die eben nicht durch persönliche Beziehungen oder Zufall in unsere Zusammenhänge geraten sind.

"Militanter Widerstand ist möglich" bedeutet gerade auch, ihm - soweit wie möglich - das Geheimnisvolle zu nehmen, Bedingungen schaffen, aus denen heraus er massenhaft möglich ist. Eine breite Basis - die sich nicht in spekulativer Zustimmung, sondern in wachsender Teilnahme ausdrückt - ist der beste Schutz für militanten Widerstand. ...

Eine autonome Organisation hätte nur Sinn, wenn sich darin militante Kerne wie Mosaiksteine zueinander und ineinander fügen, wenn sich jenseits von Aktualität und Bewegung eine Kontinuität und Verbindlichkeit jener Kerne entwickelt, in denen Politik und Alltag, gegenseitiges Vertrauen und Kompetenz, Lust und Ausdauer, Geborgenheit und Risiko miteinander verschmelzen. Wir wollen endlich wissen und erleben, wofür wir kämpfen.

Lupus, Autonome Flm

# WAR NEWS

**Der vollständige Text der Erklärung der Organisation '1. Mai' fand sich am Ort des Anschlags auf Raftopoulos und wurde unterzeichnet von der**

## REVOLUTIONÄRE ORGANISATION 1. MAI - ERKLÄRUNG VOM 29.6.87

Der Wechsel von verschiedenen systemtreuen politischen Bildungen in der Regierung des Landes, der Wechsel von Personen und Institutionen erschüttern nicht die kapitalistischen Kräfte, sondern stärken sie, indem sie ihnen die notwendige Geschmeidigkeit verleihen, damit sie entsprechend der historischen Zufälligkeit denjenigen Weg der Regierungsgewalt wählen können, der die reibungslose Fortsetzung ihrer ausbeuterischen Herrschaft sichert. Das seit dem Sturz der Junta herrschende griechische kapitalistische System, das diese Wendigkeit erreicht hat, kann heute auf der 'Leier der Demokratie' spielen, weil es weiß, daß - wie Engels schrieb - 'der Reichtum seine Macht mittelbar, dafür aber umso gewisser ausübt'.

Die Herrschaft der einheimischen Kapitalisten und ihrer ausländischen Verbündeten hat alle radikalen Tendenzen Anfang und Ende der 70er Jahre mit der Regierungsübernahme durch Karamanlis mit Hilfe Amerikas und der NATO und ihrer Entsprechung durch den systemkonformen Pseudosozialismus Papandreous im Keim erstickt. 6 Jahre, die das Land von der PASOK regiert wird, bestätigen alles oben Gesagte und zeigen deutlich, daß diese Partei nicht mehr ist als ein zufälliger Verwalter der neuen kapitalistischen Krise. Das Fehlen einer starken Arbeiterbewegung, die das Auftreten der PASOK mit sozialistischer Maske in Frage stellt (es war nur durch die gegenwärtige kapitalistische Entwicklung möglich, daß sich die PASOK die dehnbaren linken Parolen zueigen macht, die dadurch erst ihren Verfall deutlich machen), erlaubte ihr, sich zum wichtigsten politischen Träger der Vorherrschaft des bürgerlichen Blocks zu machen, der imstande ist, die Wertekrise der 80er Jahre mit der geringsten Reibung und dem geringsten Widerstand des Volkes zu verwalten.

Da die Linke in vielen Fällen unfähig ist zur Rezeption und - immer ungewollt - zum Widerstand gegen die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen des Systems, da sie eingesperrt ist in ihr ewig gestriges Geschwätz gegen Rechts, hat sie entscheidend dazu beigetragen, daß sich die PASOK als Träger der angeblichen Wende hervortun kann und wurde so zum unvermeidlichen Kollaborateur der kapitalistischen Herrschaft bei der Entwicklung neuer Kulissen für die Täuschung des Volkes.

Das werktätige Volk und besonders die Arbeiterklasse werden heute Zeugen eines unbarmherzigen Anschlags auf ihre Rechte und jedwede ihrer Errungenschaften.

Die PASOK wirft die ganze Last der kapitalistischen Krise auf den Rücken des Volkes, nachdem sie die anfängliche gemäßigte sozialdemokratische Linie verlassen hat und den Kurs einer harten politischen Enthaltsamkeit à la Thatcher, d.h., Entlassungen, Arbeitslosigkeit, eingeschlagen hat.

Die Notwendigkeit für die Kapitalisten, sich in ständig erhöhende Auslandsschulden zu fliehen und die Durchsetzung dieser Wirtschaftspolitik sind zwei Seiten der selben Medaille. Unter diesen Bedingungen zeigt sich klar das Überschreiten der 'nationalen' Wirtschaftspolitik und ihrer Übereinstimmung mit der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftlichen Prioritäten der internationalen Finanzzentren.

Es ist somit keineswegs Zufall, daß die Forderungen, die die EG öffentlich an Griechenland stellt, nämlich ihre bisherige Wirtschaftspolitik fortzusetzen (Erklärung von Delors 18.2.87), völlig identisch sind mit den Forderungen der SEV nach Enthaltsamkeit und 'Öffnung des Arbeitsmarktes', d.h., freie Hand in Bezug auf Entlassungen. Der Machtblock des Systems (Regierung -bürgerliche Klasse - internationale Finanzzentren) braucht, um mit Erfolg seine Politik durchsetzen zu können, vor allem die ideologische, politische und organisatorische Kontrolle über das werktätige Volk und besonders die Arbeiterklasse.

Zur Gehirnwäsche und der polizeilichen Gewalt kommt noch ein weiteres Mittel, der Schlüssel zur Erlangung dieses Ziels: Die Bürokratisierung und die staatliche Kontrolle der Arbeitergewerkschaften.

Die Niederlage der Industriearbeitergewerkschaften in den ersten Jahren nach dem Sturz der Junta und die vollständige Herrschaft der reformistischen Parteibürokraten in der Arbeiterbewegung hat zu ihrer politischen Entwaffnung und einem organisatorischen Sumpf geführt.

Aber unter diesen Bedingungen sind sich die Machthaber der Kontrolle über die Arbeiterklasse nicht sicher - sie brauchen die direkte Kontrolle. Das Gesindel um Karakitsos gab seine Position an die neuen Emporkömmlinge unter den Kapitalisten ab, nämlich an G. Raftopoulos und seine 'Clique'. So befindet sich die Arbeiterklasse unter der Bedingung der frontalen Aggression des Kapitals unter der gewerkschaftlichen Verwaltung von Bevollmächtigten der Kapitalisten, wahrer Handlanger der bürgerlichen Klasse innerhalb der Arbeiterbewegung. Diese Herren sind bezahlte Beamte des Staates - natürlich von dem einbehaltenen Geld der Arbeiterklasse - und bilden die Schicht der arrivierten Kleinbürger. Ihre Interessen decken sich mit denen des Kapitals, das sich ihnen gegenüber besonders großzügig gibt, weil es ihnen so einen Lebensstil sichern kann, der sich grundsätzlich von dem der Arbeiter unterscheidet, aber ihn angeblich repräsentiert. Diese Arbeiteraristokratie bildet die wichtigste gesellschaftliche Stütze der bürgerlichen Klasse,

weil sie von der Ideologie, mit der sie auftritt, unabhängig ist.

Wir haben also beschlossen, den vom Kapital und der bürgerlichen Justiz eingestellten und von dem heuchlerischen Präsidium der GSEE (Griechischer Gewerkschaftsbund) ausgezeichneten Anhänger der Junta, G. Raftopoulos, heute der wichtigste Vertreter der Clique der Handlanger der bürgerlichen Klasse in der Arbeiterbewegung, hinzurichten.
Da ihm seine willkürliche Bestellung und seine Inthronisierung als Vorsitzender unter dem Schutz von MAT, MEA, Arkoudeas nicht im geringsten unangenehm war. Schließlich war ihm ja auch vorher weder die Enthaltsamkeit noch die Prügel für Streikende, noch die Verhaftungen und Entlassungen von streikenden Arbeitern, Massenentlassungen von zig Arbeitern und erzwungenen Kündigungen von Arbeitern unangenehm. Es gab genügend Pseudostreiks, um den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen und genügend Appelle zur Einigkeit an die Funktionäre der Linken. Die rennen in die Gerichte der Herrschenden und verlangen von ihnen, daß sie sie rehabilitieren, wie die offiziellen Kuppler des Verkaufs der Ehre der Werktätigen, oder geben den Pasokisten Kontra in Bezug auf die Beteiligung an ihrer Maikundgebung und freuen sich über das Parteimarketing, das freilich keinerlei Gehalt hat, da sich ja in der Praxis der Wille der Kapitalisten aufgrund des durch Routinestreiks geschwächten Kampfgeistes der Arbeiter durchsetzen kann.
Durch die besoldete Gewerkschaftsführung der Parteilinken, die den Grenzen der Legalität der staatlichen Gewerkschaftsbewegung unterworfen ist, d.h., der Linie des Regimes, wird die Kontrollmöglichkeit der kapitalistischen Kräfte auf die Bereiche der Arbeiterklasse ausgedehnt, die bei dem Versuch, Widerstand gegen das Kapital zu leisten, so unter die Kontrolle des linken Parteimechanismus fallen.
So stellt auch die Gewerkschaftsführung einen wichtigen Bereich der vom Kapital institutionalisierten "Arbeiteraristokratie" und folglich eine grundlegende gesellschaftliche Stütze der bürgerlichen Klasse dar.
Besonders die KKE als wichtigster Vertreter der organisierten Kräfte der Arbeiterbewegung erscheint als grundlegender Faktor, der die Herrschaft der bürgerlichen Kräfte über die Arbeiterbewegung strukturiert und vermittelt.

Unsere Tat, die sicher die tollwütige Reaktion aller systemtreuen Kräfte (Regierung, Bourgeoisie, systemtreue Parteimechanismen und Organisationen der Rechten und Linken) hervorruft, soll ein Hinweis an die Arbeiterklasse sein, sich selbst zu organisieren und den Kampf gegen die Herrschenden mit allen Mitteln zu führen.
Gleichzeitig soll es eine Warnung sein an verschiedene bürokratische Führer des Kapitals, daß ihr Verrat nicht ungestraft bleiben wird. Z.B. an Gewerkschaftler, wie die der LARKO, die akzeptiert haben, daß manche ihrer Kollegen belobigt wurden während andere entlassen oder zur Kündigung gezwungen wurden, ohne daß wesentlicher Widerstand entgegengesetzt wurde. Oder z.B. an diverse Streikbrecher der Partei. Sie alle sind Verräter ihrer Klasse und müssen von den Arbeitern aufs Korn genommen werden.

Den Kommentar zu den Protokollen der 22. Sitzung des Zentralkommitees der PASOK haben wir uns zum Schluß aufgehoben. Diese Protokolle sind besonders aufschlußreich in Bezug auf die Unverschämtheit der Kader der Regierungspartei. Dieses Gremium billigt auf der einen Seite mit großer Mehrheit das Referat Papandreous über die 'Normalisierung des Arbeitsmarktes', d.h., Massenentlassungen gemäß den Forderungen des Kapitals und Fortsetzung der Politik der Enthaltsamkeit, und auf der anderen Seite begrüßt es den Antrag des Gewerkschaftsflügels, die PASKE (Gewerkschaftsbewegung der PASOK) sollte gegen die Entbehrungen und gegen die Arbeitslosigkeit Initiative ergreifen, auf daß es ein 'Prüfstein' werde für die gewerkschaftlichen Kräfte der PASOK.
Dieselben also, die mit ihrer Stimme im ZK die Fortsetzung und Intensivierung der volksfeindlichen Politik verteidigen, dieselben also (G. Raftopoulos und seine Anhänger) übernehmen es, 'Opposition zu spielen' (angeblich bekämpfen sie die Politik, die sie gemeinsam gebilligt haben) mit dem einzigen Ziel, das Volk bewußt zu täuschen, um es in der Gewerkschaftsbewegung der Regierungspartei festzuhalten und folglich der Politik des Kapitals zu unterwerfen.

Dies sind also die regierenden 'Sozialisten' und ihre Gewerkschaftler. So ist der einzige Weg zur gesellschaftlichen Befreiung die Selbstorganisation und das Fortschreiten mit allen Mitteln des antikapitalistischen Kampfes.
Wir wenden uns an die Funktionäre der Parteilinken, wenn wir sagen:
- Die Arbeiterschaft braucht keine Kuppler für den Ausverkauf ihrer Arbeitskraft!
- Tod den Herrschenden und ihrer Spitzel!
- Gesetz ist das Recht des Arbeiters!

Der Klassenkampf für die Revolution und eine klassenlose Gesellschaft geht weiter.

**Zur Person G. Raftopoulos**

G. Raftopoulos wurde in Velina (Korinth) geboren, ist 47 Jahre alt und studierte Politische Wissenschaften in Pandeio.
Er ist Beamter der Bank Griechenland und Gewerkschaftsfunktionär in der Beamtenvereinigung des Allgemeinen Rates der OTOE und im Ausschuß der EKA.
1976 wurde er zum Generalsekretär des Gewerkschaftsflügels der PASOK/PASKE gewählt. Im Januar 1982 wurde er zum Generalsekretär des GSEE ernannt, und nach dem 20. Gewerkschaftstag im Mai 1983 wurde er zum Vorsitzenden des GSEE gewählt.
Er ist auch Mitglied im ZK der PASOK.

## KOMMUNIQUE

Seit einiger Zeit verfolgen wir die Gerüchte über die verschiedenartigsten Initiativen und Stellungnahmen, die sich, einmal mehr, um die Gefängnisse und insbesondere um die kommunistischen Gefangenen drehen.
Die Tatsache, daß im Mittelpunkt dieser heftigen Agitation von Parteien und Massenmedien das Gefängnis Rebibbia und der Prozeß "Moro 3" in Rom stehen, ist gewiß kein Zufall: Was für eine bessere Gelegenheit gäbe es zum Saisonabschluß als den Prozeß der Roten Brigaden, um die Angriffe gegen die revolutionäre Erfahrung und die italienische Guerilla bis zum letzten zu steigern?
Der Zweck dieser Initiative ist sehr klar: Den Zyklus der revolutionären Zusammenstöße von den siebziger Jahren bis heute endgültig abzuschließen. Schluß zu machen mit dem bewaffneten Kampf als einer Perspektive der Revolution und der Befreiung des Metropolen-Proletariats.
Die Notwendigkeit, in diese Diskussion einzugreifen, entsteht vor allem durch den Inhalt, den man zu befestigen versucht und gegenüber welchem kein Revolutionär es umgehen kann, sich zu äußern, auf Grund einer Kette von widersprüchlichsten Stellungnahmen.
Wir als Gefangene und darum direkt von dieser Angelegenheit betroffen, glauben, daß niemand heutzutage für sich das Recht beanspruchen kann, "im Namen aller Gefangenen" zu sprechen und im Namen einer revolutionären Erfahrung, die dem gesamten Proletariat gehört.
In dieser Einmischung wollen wir unseren eigenen Standpunkt darlegen, indem wir uns auf die revolutionäre Bewegung und auf die Situation der Klassen berufen.
Noch befinden wir uns einem präzisen und einheitlichen politischen Projekt gegenüber, aber die Zielsetzung der "sozialen Befriedung" und der "politischen Lösung" des Problems des bewaffneten Kampfes besitzt bereits sehr feste Beziehungen und Bindungen mit den institutionellen Mächten, die entschlossen sind, dieses Projekt zu verwirklichen.
Die Gegebenheit, der wir gegenüberstehen, ist der auffallend politische Charakter der Frage und seine Entwicklung in der Vielseitigkeit des Zusammenstoßes der Klassen in dieser Phase.
Das sich abzeichnende Projekt beschränkt sich in der Tat nicht auf die x-te Bemühung, die Erbschaft der Guerilla zu verramschen und auf die, einige Gruppen von Gefangenen "in die Arme der Gesellschaft zurückzuführen"; es ist vielmehr weit ehrgeiziger und geht viel weiter.
Die Bourgeoisie schlägt heute vor, den Bruch zwischen dem Staat und dem Klassenkampf der letzten zwanzig Jahre "einzurenken und zu sanieren". Diese Operation führt über die Vernichtung des bewaffneten Kampfes und der revolutionären Perspektive, welche die OCC auch gegen den Reformismus, den Revisionismus und die Befriedung geführt haben und die den Klassenkampf in Italien eingeengt haben, indem sie ihm den strategischen Atem raubten.
Auf diese Weise versucht die Bourgeoisie, der revolutionären Perspektive ihre Legitimität zu nehmen, die durch die Guerilla eröffnet wurde als eine Möglichkeit und Notwendigkeit zur Zerstörung und Verwandlung der Beziehung der Klassen, indem sie die Eroberungen und das angesammelte Wissen vieler Jahre des Kampfes vernichtet, mit dem Ziel, den Gegensatz der Klassen in einen übersehbaren und "demokratischen" Rahmen zurückzuführen.
Nicht durch Zufall beginnt diese Strategie sich in einer Phase zu konkretisieren, die äußerst schwierig und wichtig für die revolutionäre Bewegung ist, welche beginnt, mitten in einem Zustand großer Schwäche, neue Signale einer Wiederaufnahme des Antagonismus der Klassen und der Initiativen des Widerstandes zu senden.
Der Einsatz ist äußerst hoch und beginnt bereits weite Kreise der institutionellen politischen Mächte zu berühren, voran die Christliche Demokratie (DC).
Diese Partei hat sich mehr als alle anderen gerührt, um das notwendige politische Feld vorzubereiten: durch Informationsumfragen über die voraussichtlichen Gegensätze unter den Gefangenen, durch Angebote einer politischen Lösung, die auf sehr bezeichnende Weise und nach gewisser Auswahl geführt wurden, bis zur Erklärung der Verhandlungsbereitschaft der DC durch den Mund von DeMita in Person "angesichts der Tatsache, daß die Roten Brigaden ihre Vergangenheit neu diskutieren wollen". Dem entspricht, was die Sozialistische Partei Italiens (PSI) betrifft, die Erklärung von Formica, daß "die nächste Legislatur die Frage der politischen Gefangenen wird aufwerfen müssen".
Inzwischen fehlt es nicht an Widersprüchlichkeiten innerhalb der Bourgeoisie, und die ganze lärmende Kampagne über den "Abschluß" oder die "Verhandlungen", die von den Massenmedien übermäßig aufgebauscht wird, ist ein Zeichen dafür, daß die Frage des bewaffneten Kampfes einen entscheidenden Widerspruch der Konfrontation der Klassen in Italien darstellt.
In der weitangelegten Initiative, die augenblicklich von der DC lanciert wird, um eine in den letzten Jahren in Frage gestellte Bedeutung und Einheit zurückzuerobern, die vorrangig sind, um sich wieder unter Beweis zu stellen und zu behaupten als politische Macht, fähig, den Staat wiederaufzubauen, auf soliderer Basis und mit moderneren "demokratischen" Koordinationen, kommt vor allem

auch die Bemühung dieser Partei hinzu, sich als einen tauglichen und fähigen Verhandlungspartner darzustellen, der mit dem bewaffneten Kampf in Italien Schluß machen kann.
Diese Anstrengung, "einen Schlußstrich zu ziehen" unter die Vergangenheit, in dem Versuch, den Klassenkonflikt auf die kontrollierbaren Bahnen des "demokratischen Spielfeldes" zurückzuleiten, kann ein machtvolles element der politischen Erstarkung dieser Partei werden.
Von einem allgemeinen Standpunkt aus gesehen ist die soziale Befriedung ein sehr bedeutsames Element, um der imperialistischen Bourgeoisie und dem herrschenden multinationalen Kapital den Raum und das soziale Klima zu sichern, die notwendig sind, um den Prozeß des produktiven Wiederaufbaus und die Neudefinition des sozialen Gefüges der letzten Jahre voranzutreiben.
Der immer aggressiver antiproletarische Charakter des Prozesses des Wiederaufbaus und des imperialistischen Krieges verlangt eine Klasse und eine Bewegung, die möglichst immer mehr schrumpft, und ein Einsperren in den Raum der "zivilen Gesellschaft".
Angesichts der kapitalistischen Krise plant die Bourgeoisie, mit der strategischen Kontinuität gegen die revolutionäre Erfahrung der siebziger Jahre und der von heute zu brechen.
Die massive psychologische Kriegskampagne, die der Staat seit den letzten Aktionen der italienischen Guerilla unternommen hat, und die überraschende Beschleunigung der öffentlichen Debatte über die politische Lösung, gehören in diesen Rahmen und haben zum erklärten Ziel, die Guerilla von ihrer legitimen Geschichte zu trennen und die Wiederaufnahme der Klassenbewegung ihrer revolutionären Zielsetzung zu entleeren.
Dieses konterrevolutionäre Projekt beginnt, angesichts der Krisen der Guerilla und der revolutionären Bewegungen, in einer sehr schwankenden Situation, Gestalt anzunehmen; es versucht, in das Gewebe der Klassen einzudringen, um dort Gegensätze einzufiltern und zu beschleunigen.
Der Ausgangspunkt ist, den Angriff "ins Innere der Klassen" hineinzutragen, wobei man sich derer bedient und denen den Platz läßt, die das revolutionäre Lager verlassen und sich zu Zwischenträgern der Richtlinien einer Waffenniederlegung und sozialen Befriedung der proletarischen Bewegung benutzen lassen.
Die Offensive des Staates gegen die Guerilla hat, vor 1980 und danach, nicht bei der militärischen Trennung der OCC und der Avantgarde der Klassen, mit Hilfe des "Projekts Pentiti" ("Reuige") Halt gemacht. Sie hat fortgefahren und sich weiterentwickelt in dem Projekt der "Dissoziation" ("Aussteiger"), mit der Absicht, sich in breite Kreise der antagonistischen und revolutionären Bewegung einzuschleichen, die Kampfaufgabe und Befriedung fortzuführen, indem man versucht, über die angebliche Subjektivität des revolutionären Bewußtseins zu diskutieren, und dies in einer Situation der Schwächung und Zersetzung.
Augenblicklich mißt sich dieses Projekt mit der Vielfältigkeit und der Eigentümlichkeit der Konjunktur, die wir durchschreiten. In einer ersten Phase hatte sich die Bourgeoisie als Ziel seines Angriffes gesteckt, eine eingewurzelte Perspektive zu schwächen, die dazu geeignet ist, Ausgangspunkt einer Wiedergeburt innerhalb der Klassen zu sein.
Man versucht heute, einen "strategischen Sieg" zu erringen, indem man die Möglichkeit selbst einer Revolution leugnet, durch den Angriff auf die vorhandene revolutionäre Subjektivität und auf den Antagonismus der Klasse in diesem Komplex.
Die Schwächung und die andauernden Gegensätze innerhalb der Klassenbewegung begünstigen die Bedingungen, um die konterrevolutionäre Strategie neu zu definieren. Der Angriff wird nicht mehr einzig durch die juristische Körperschaft, die Magistratur, den Gefängnisapparat usw. verordnet, sondern in erster Linie durch die institutionellen politischen Mächte geführt, die ihn auf alle Gliederungen der Konfrontation hin entwickeln; unter der Devise der "Versöhnung" zwischen Staat und Klassenbewegung.
Der Ausgangspunkt dieser fortlaufenden Initiative ist in der augenblicklichen Konjunktur für den Staat ebenfalls das Gefängnis, insbesondere der Raum der Gefangenen des bewaffneten Kampfes. Sie bilden im Moment für die Bourgeoisie die beste Angriffsfläche zur Entwicklung des Projekts. Auf dieser Grundlage suchen die politischen Kräfte, DC voran, heutzutage unter den Gefangenen Vermittler zu finden, die von der aktuellen Unmöglichkeit des bewaffneten Kampfes überzeugt und dazu bereit sind, sich mit diesem Projekt vertraut zu machen und außerdem innerhalb der Bewegung präzise Signale der Auflösung und Befriedung übertragen. Aus diesem Grunde ist das Kommen und Gehen der Politiker, Journalisten und verschiedenster Personen im Gefängnis Rebibbia und rund um den Prozeß "Moro 3" lebhafter und von öffentlichem Interesse geworden, und die "Debatte" hat begonnen, sich überall auf den Seiten der Zeitungen auszubreiten.
Es gibt eine grundsätzliche These, die man in den letzten Monaten in die Debatte der Bewegung einzuführen versucht und die, genauer genommen, von "Interesse" für die Bourgeoisie ist: Der soziale Zusammenprall der siebziger Jahre sei "historisch abgeschlossen" das heißt, eingeordnet in eine nicht wiederholbare Vergangenheit und außerhalb der aktuellen Geschichte.
Darum verhandelt man, um den Abschluß dieses Komplexes als historisch-soziales Phänomen "möglich zu machen, indem kulturelle und politische Instrumente zu seiner Überwindung geschaffen

werden".
Den Verteidigern dieser These nach müßten auch die Bedingungen (!) geschaffen werden für die Befreiung aller Personen, die am Kampf und an der Guerilla der letzten zwanzig Jahre teilgenommen haben. Befreiung aus dem Gefängnis, aus dem Exil, aus dem Untergrund.
Wir glauben, daß die Frage der "Befreiung der Gefangenen des Bewaffneten Kampfes", so wie man sie der Klassenbewegung vorschlägt, nämlich unter der Befriedung, daß sie sich der sozialen Befriedung unterwirft, einen deutlich instrumentalen und Zweckcharakter besitzt, in dem Sinne, daß damit die Verteidiger der politischen Lösung und der Verhandlung mit dem Staat größeres Gewicht und Legitimität erwerben.
Die Befreiung der Gefangenen war immer ein Feld der Mobilmachung der Bewegung, aber im Rahmen der Schwächung und Zersetzung dieser Jahre hatte man oft leichtes Spiel, Gefangenen die Befreiung in Form der Kapitulation vorzuschlagen, indem man sie ihrer revolutionären Identität entledigte. (Vom Angebot Scalzone bis zu den Anhängern verschiedenster Amnestien.)
In einem von derartigen Initiativen der Waffenniederlegung und des Schleuderhandels beschmutzten Lagers handelt es sich also darum, einen revolutionären Zusammenstoß ganz neu zu konstruieren, zwischen dem politischen Knoten der Befreiung und dem Kampf gegen das imperialistische Gefängnis, und gewiß kann man nicht daran denken, dies in irgendeiner Form der Verhandlung mit den politisch "interessierten" Mächten, DC vorneweg, zu tun.
Im Gegenteil, diese Art der Bereitwilligkeit kann nur die Aktion der Bourgeoisie begünstigen, wobei versucht wird, jedweden zu "kriminalisieren", der sich außerhalb einer Optik der Befriedung stellt, ebensogut innerhalb der revolutionären Bewegung wie im Innern der Gefängnisse.
Es erscheint uns wichtig, etwas mit Klarheit zur Frage der "Befreiung der Gefangenen" zu wiederholen und zu den "Bedingungen", unter denen heute das Angebot an die Klassenbewegung gemacht wird.
Für uns ist die Befreiung der Gefangenen, wie der Kampf gegen das imperialistische Gefängnis sicher ein Feld ständiger Initiativen. Und wir glauben, daß es niemals aufgegeben werden darf. Dies ist direkt mit einer Sicht des Kampfes im imperialistischen Gefängnis verbunden, ebenso wie mit der Rekonstruktion, im Knast, eines Gefüges von Solidaritätsbeziehungen und Konfrontationen zwischen den verschiedensten Gruppen revolutionärer und proletarischer Gefangener.
Hingegen die Befreiung von Gefangenen in ein zentrales Objektiv und "abgetrennt" von dem Anwachsen der revolutionären Bewegung zu verwandeln, kann nur entweder ihre abstrakte ideologische Erhöhung oder, noch viel schlimmer, ihre Adoption in Form von Ausverkauf oder Verhandlungen mit dem Staat und der Gegenleistung der sozialen Befriedung bedeuten.
Dies alles könnte eine gefährliche "Sackgasse" werden, in der die Klassenbewegung schließlich erlöschen würde im nämlichen Augenblick, da man überall Anzeichen der Wiederaufnahme des Antagonismus und der revolutionären Initiative erkennen kann.
Für uns sind Befreiung und Revolution untrennbare Pole ein und derselben Dialektik sozialer Transformation!
Nicht zum ersten Mal in den letzten fünf/sechs Jahren hören wir Ex-Revolutionäre und Neoreformisten ähnliche Inhalte behaupten. Das Thema ist immer dasselbe: auf den bewaffneten Kampf, auf den realen revolutionären Widerstand zu verzichten und die Regeln des "demokratischen Spiels" zu akzeptieren und so die Idee und die autonome Organisation des Proletariats im Zusammenstoß der Klassen zu zerstören. Seit jeher besteht einer der bedeutendsten Faktoren der Verstärkung des bourgeoisen Systems seiner Fähigkeit, die Gegensätzlichkeiten des sozialen Konflikts aufzusaugen und den Antagonismus der Klassen auf eine Variante des bourgeoisen Systems zu reduzieren, dadurch, daß man seine Antagonisten und organisierten Ausdrucksformen des revolutionären Charakters entleert. Man versucht, sie in die sogenannte "demokratische Dialektik" hineinzuzwingen und den Inhalt aufzuwerten, weil auch sie dazu beigetragen hätten, die aktuelle "demokratische Gesellschaft" voranzutreiben!
Dieses Manöver ist tödlich für die Klassenbewegung, weil es nichts anderes bedeutet als eine indirekte Ehrenrettung des Kapitalismus, seiner Möglichkeit, die "Krise zu überwinden" und seiner Unmöglichkeit, sie zu zerstören: Eine Aufforderung an das Proletariat, seine eigene Existenz zu zerstückeln in einem Freiraum, den die sogenannte "postindustrielle Gesellschaft" ihm zugesteht.
Aber die Ideen, die Stärke, das revolutionäre Wissen, welches das Proletariat in seiner Gesamtheit in zwanzig Jahren des Kampfes angesammelt hat, sind ein Gemeingut der Klassen, das sich nicht auflöst und das allein aufgewertet werden kann, indem es eingeschmolzen wird in der revolutionären Planung und Praxis, die heutzutage auftaucht in den Zusammenstößen der Klassen und dem Anwachsen der Bewegung des Kampfes.
In diesem Sinne kann man von revolutionärem Gedächtnis sprechen, indem man sich die Gesamtheit der Erfahrungen des bewaffneten Kampfes dieser Jahre zu eigen macht. Die Roten Brigaden und die italienische Guerilla im Allgemeinen sind im Gefolge der großen Massenbewegungen entstanden, die auf internationalem Niveau die Offensive gegen den Imperialismus neu lanciert haben und den Platz einer radikalen revolutionären Kritik der sozial-kapitalistischen Beziehung in ihrer

Totalität einnehmen. Und mit der Zeit ist es ihnen gelungen, sich in der Praxis als ein bedeutender Beziehungspunkt der gesamten revolutionären und Klassenbewegung zu behaupten.
Diese historische und soziale Legitimation der Anwendung proletarischer Gewalt, um den Kapitalismus zu zerstören und zur Veränderung des ökonomischen-sozialen Systems wird, in dieser Phase der Schwäche der Bewegung, direkt durch die Bourgeoisie angegriffen mit dem Ziel, die Bewegung endgültig zu zerschlagen.
Nach der Offensive des Staates gegen die OCC seit 1982 sind die strategischen Beziehungen der revolutionären Linken der Klassen, dargestellt durch die Roten Brigaden und die Guerilla allgemein, weitgehend neu abgemessen worden durch die Konterrevolution und die Krise, welche die Bewegung in ihrer Gesamtheit betroffen hatten. Dies war nicht ohne Konsequenzen und hat schließlich den Zerfall der revolutionären Opposition begünstigt, und ein paralleler Prozeß zeigt sich auf der Szene des "Loyalismus", welchen die reformistischen Tendenzen dabei sind, vorauszusagen.
Die Wiederheilung des Bruchs zwischen Staat und Klassenbewegung, welche die politischen Mächte der DC und der PSI bis zum "Manifeste" für eine nahe Zukunft verfechten, ist ein politisches Szenario mit dem klaren Endzweck, "verbrannte Erde" rund um die revolutionäre Initiative zu schaffen.
Für die imperialistische Bourgeoisie ist es notwendig, einen befriedeten politisch-sozialen Rahmen durchzusetzen in den Beziehungen zwischen den Klassen, um endgültig die Straße freizumachen für den Prozeß der kapitalistischen Wiederstrukturierung und des Wiederaufstiegs des Kapitalismus. Prozeß, der der Regierung durch die Wiederbefestigung auf strukturellem Niveau, die Zentralität des Betriebs, des Profites und der Produktivität, eine bessere Stabilität gegenüber den sozialen Gegensätzen gibt, die sich ohne Unterlaß reproduzieren und vermehren, und eine bedeutende Wiederverschiebung des Kräfteverhältnisses, das in Jahrzehnten des proletarischen Kampfes erobert wurde.
In dieser Perspektive zögert die Bourgeoisie nicht, sich in einer globalen Attacke gegen jene revolutionäre Kraft zu konzentrieren. Man kann sagen, daß das Projekt der sozialen Befriedung im Zusammenhang mit der Zunahme der vorbeugenden Konterrevolution verfährt und dazu dient, ein Szenario zu schaffen, das direkt mit dem imperialistischen Modell des "Krieges gegen den Terrorismus" verbunden ist, welches die typische "Sicherheitspolitik" Westeuropas bestimmt; diese entwickelt sich immer homogener und vereinigt sich, um die Organisationen und die Kämpfe des internationalen Proletariats zu vernichten.
Wer sich heutzutage nicht den Spielregeln unterwirft und sich außerhalb des Rahmens der Überprüfbarkeit und Stabilität der Bourgeoisie stellt, wird allein dadurch ein "krimineller Terrorist". Man bekämpft mit Waffengewalt denjenigen, der gegen den Krieg oder die Atomindustrie demonstriert oder einfach für sein Dach über dem Kopf oder gegen die Arbeitslosigkeit kämpft...
Diese Einschränkung des proletarischen und revolutionären Kampfes auf ein "kriminelles terroristisches Phänomen" ist das Werk der vorbeugenden Konterrevolution und findet in Westeuropa ein promptes Anwendungsfeld. Durch diese Mittel gibt man der Kampagne der Unterdrückung eine Legitimation "mit modernen Methoden".
Der italienische Staat hat durch das hohe Niveau der sozialen Zusammenstöße, die er durchgemacht hat, das Maximum dieser konterrevolutionären Strategien erreicht.
Nach der Aktion der Enteignung in Rom und der Hinrichtung des Generals Giorgieri erleben wir heute eine sehr heftige Kampagne psychologischer Kriegsführung (entworfen auf internationalem Niveau) gegen die Organisation der Guerilla, die versucht, das Porträt eines "übriggebliebenen, verstoßenen und halluzinierenden Terroristen" zu verbreiten und in den Massenmedien das Bild der "alten Roten Brigaden" zu malen, die gewissermaßen im Proletariat verwurzelt waren und den "neuen Roten Brigaden", die völlig außerhalb irgendeiner Dynamik der Klassen stünden.
Im übrigen erneuert und verstärkt man die Angriffsmöglichkeiten der Häscher gegen die Mobilisation der Anti-Atombewegung und entfesselt die Aktivität der Polizei immer mehr, mit Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Kontrollen und heftigen Provokationen, was einzelne Genossen, die Demonstrationen der Bewegung und die organisierte proletarische Realität betrifft.
Für die Bourgeoisie handelt es sich darum, die aktuelle Komplexität des Klassenzusammenstoßes zu leugnen, und in diesem spezifischen Zusammenhang findet das Projekt der politischen Lösung eine seiner größten Daseinsgründe. Man will mehr als nur einen Zyklus der Vergangenheit abschließen, nämlich das Wiederaufleben eines revolutionären Zyklus mit schwer voraussehbaren Folgen und sehr ungünstigen Entwicklungen für die Bourgeoisie verhindern.
Der Prozeß der Polarisierung der Klassen in dieser Phase ist einer deutlichen Beschleunigung unterworfen, unter dem Druck der Strategie des multinationalen Kapitals in Italien, der ständigen Wiederstrukturierung der Produktionsapparate, der Wahl der Atomenergie, den Strategien des militärisch-industriellen Komplexes, der Zustimmung des Projekts SDI, der Rolle Italiens im Rahmen der Nato und den Kriegsplänen des westlichen Kapitalismus und der USA, die sich organisch in den Rahmen der internationalen Konfrontation einordnen und Echo und Kampf in weiten proletarischen Schichten und ein Wiederaufleben der Massen-

**bewegungen erzeugen.**
**Diese Realität legt den Revolutionären in diesem Land neue Pflichten auf und schafft neue Probleme.**
**Wir denken, daß die Verdichtung einer einheitlichen Dialektik zwischen Revolutionären um die politischen Probleme, welche die Wiederaufnahmen der revolutionären Prozesse in Italien stellen, eine vitale Bedeutung besitzen.**
**Es ist darum notwendig, den Sektarismus zu überwinden, der in der Vergangenheit oft revolutionäre Diskussion und Praxis hat erstarren lassen.**
**Für uns kann der Aufbau und die Neuqualifikation der revolutionären Planung nur stattfinden durch die Vereinigung der Kräfte und der diversen Erfahrungen auf einem einheitlichen Wege, der uns dazu führt, die Initiative der Klassen in dem veränderten Rahmen der Konfrontation zwischen Bourgeoisie und Proletariat neu zu beleben und uns befähigt, den strategischen Intrigen, denen wir gegenüberstehen, die Stirn zu bieten.**
**Dies ist für uns die konkrete Bedeutung in dieser Konjunktur: die Einheit der Revolution als grundlegendes Element, unentbehrlich für den Aufbau der revolutionären Strategie und der Neuzusammensetzung der Klassen.**
**Während die Bourgeoisie versucht, den Bruch zwischen Staat und Klassenbewegung zu heilen, zeigen die Anzeichen der Wiederaufnahme der antagonistischen Bewegung und der Guerilla, daß in diesem Lande echte Möglichkeiten revolutionärer Bewegung existieren. Die internationale Dimension, die den Zusammenstoß charakterisiert, drängt es auf, die Gegensätze auf ein inernationales Niveau zu stellen und auf dieser Ebene anzugreifen; was mit denjenigen Perspektiven bricht, die sich auf eine überholte "nationale" oder "lokale" Dimension beschränken wollen.**
**In diesem Sinne, als revolutionäres Kollektiv, haben wir die Absicht, zusammen mit allen revolutionären Kräften zusammenzuarbeiten, um die Erbschaft des bewaffneten Kampfes und der Klassenbewegung neu zu nutzen in ihrer Gesamtheit und um das notwendige Niveau des Bewußtseins und der neuen Organisation zu befestigen.**
**Also müssen wir verstehen, daß die Initiative, die sich der Verhandlung mit dem Staat und der politischen Befriedung zuwendet, sich materiell auch gegen das Wiederaufleben der revolutionären Initiative stellt. Die revolutionäre Kritik und der Kampf gegen dieses Projekt bilden ein einheitliches Terrain, das kein Revolutionär umgehen kann. Denn es handelt sich darum, den Geist der Liquidation und der Niederlage in der Klassenbewegung zu bekämpfen.**

**Susanna Berardi**
**Vittorio Bolognese**
**Lorenzo Calzone**
**Luciano Farina**
**Domenico Giglio**
**Natalia Ligas**
**Giovanni Senzani**

**Rom, Gefängnis Rebibbia,**
**Juni 1987**



## ERKLÄRUNGEN VON I.N.L.A. UND I.R.S.P. ZUR KONFRONTATION MIT DER "IPLO" BELFAST, MÄRZ '87

anmerkungen:

"IPLO" dieses pseudonym taucht seit dezember '86 in nord-irland auf. "IPLO" ist der kreis der leute die von Steenson angeführt wurden. sie bekannten sich mehrfach unter dem begriff

"ARMY COUNCIL" zu den morden an genossen der INLA. bis mai '86 war ARMY COUNCIL/ ARMEERAT die bezeichnung der INLA. indem diese bezeichnung von der "IPLO" aufgegriffen wurde, versuchten sie sich den schein von authentizität als teil von INLA zu geben. dieser begriff wurde hier in den medien oft in dem konstruierten zusammenhang der "fehde" angegriffen.

"DROGHEDA/ROSNAREE" in diesem ort in nord-irland wurden am 20.1.87 Thomas Power und John O'Reilly von der "IPLO" erschossen. beide genossen wurden wenige wochen vorher aus dem knast entlassen.

wir veröffentlichen einige presseerklärungen von INLA und IRSP, die vom öffentlichkeitsbüro der IRSP zu den morden an ihren genossen herausgegeben wurden.
die INLA/Irish National Liberation Army ist der bewaffnete arm der IRSP/Irish Republican Socialist Party. die organisation bildete sich 1974. sie bestimmt ihren kampf aus dem nationalen befreiungskrieg in der internationalen klassenkonfrontation zwischen imperialismus und revolutionären kräften. mit dieser politischen und militärischen bestimmung hat die IRSP/INLA neue möglichkeiten für den befreiungskampf des volkes in nord-irland aufgerissen und damit in dem sich seit jahrzehnten hinziehenden grabenkrieg zwischen republikanischer bewegung und den britischen besatzungstruppen eine perspektive eröffnet um die machtverhältnisse grundlegend zu verändern. mit ihrem programm treten sie ein "für die verbindung der nationalen mit der sozialen frage, d.h. die verbindung zwischen nationalem befreiungskampf in nord-irland und klassenkampf in gesamtirland". sie sagen zu ihren bedingungen: "der kampf für einen sozialistischen staat bedingt die erfolgreiche lösung des nationalen befreiungskampfs und die beendigung der imperialistischen intervention, egal ob in ihrer militärischen oder politischen form, oder in ihren ökonomischen aspekten."
die organisation ist seit januar mit erschiessungen und mordversuchen an ihren mitgliedern konfrontiert. 10 genossen wurden ermordet. darüberhinaus tauchten namenslisten von allen mitgliedern der organisation auf, durch die sie mit erschiessungen bedroht wurden, wenn sie sich nicht von der organisation trennen. parallel dazu wurden wahllose terrorakte verübt, die gegen die republikanische bevölkerung gerichtet waren.
ausgeführt wurden die angriffe von einer gruppe, die sich "IPLO" nennt. ihr interesse war: wichtige genossen der INLA zu ermorden und durch den gesamten existenziellen und politischen druck INLA und IRSP zu zwingen sich als organisation aufzulösen.
in dieser absicht sind die angriffe in ziel und wirkung identisch mit den interessen der britischen besatzungsmacht und funktional für die imperialistische kriegsführung. die bürgerlichen medien sprachen durchgängig von einer "fehde" innerhalb der INLA/IRSP, womit sie vom wirklichen hintergrund und klassencharakter dieser auseinandersetzung ablenken wollten.
in den presseerklärungen zeigt sich die politische und militärische gegenstrategie von INLA und IRSP.
die politische präsenz der IRSP während der ganzen angriffe durch das öffentlichkeitsbüro der organisation und dann die liquidierung des anführers der "IPLO" Steenson, durch die Belfast-Brigade der INLA, haben dieses kalkül gebrochen.

### ERKLÄRUNGEN DES ÖFFENTLICHKEITSBÜROS DER IRSP

1.3.87 - In einer Erklärung, die vom Öffentlichkeitsbüro der Republikanischen Sozialisten herausgegeben wurde, übernimmt die Belfast-Brigade der INLA die Verantwortung für die Erschießung von John "Bap" Campbell auf dem Turf Lodge-Gelände heute morgen. Die Erklärung fährt damit fort, daß "dieses Individuum eine Zeitlang mit unserer Organisation verbunden war, wobei er in diesem Zeitraum unsere Bewegung skrupellos dazu ausnutzte, eigennützige Handlungen zu begehen. diese Handlungen sind den Leuten aus der Gegend von Ballymurphy wohlbekannt und von unserer Aufklärungseinheit zum Zweck der Überprüfung - falls nötig - Fall für Fall dokumentiert worden."

In den letzten Monaten begab sich Campbell in die Kreise der Gruppierungen, die, als IPLO bekannt, gegenwärtig eine teuflische Angriffswelle auf unsere Bewegung führt. Unsere Brigade beschloß, gegen Campbell eine Aktion zu unternehmen, nachdem er klar identifiziert war, bei Gelegenheiten dabei gewesen zu sein, als Mitglieder der Republikanisch-sozialistischen Bewegung angegriffen wurden. Einer dieser Angriffe endete mit einem Toten.

In Bezug auf die bewaffneten Angriffe auf unsere Bewegung durch IPLO-Schützen sagen wir: hört auf, und hört jetzt auf, ihr habt keine politische oder moralische Rechtfertigung für eure Aktionen. Sie haben sich als sinn- und nutzlos erwiesen. Erklärt öffentlich durch die Medien eure Absicht zum sofortigen und dauernden Ablassen von euren Angriffen, und unsere Bewegung wird positiv antworten.

3.3.87 - In einer Erklärung, die heute durch das Öffentlichkeitsbüro der Republikanischen Sozialisten herausgegeben wurde, beschrieb der Stab des Generalhauptquartiers der INLA die gestrige Erklärung der als IPLO getarnten Gruppierung als die letzte einer langen Reihe von bizarren und widersprüchlichen Lügen. In der Erklärung heißt es weiter, "wie kann eine einseitige Waffenruhe, die eine Partei zur Einhaltung verpflichtet, von der anderen durchbrochen werden? Die Wahrheit in dieser Sache ist, daß sich betroffene Einzelpersonen in Bezug auf die IPLO an unsere Bewegung wandten. Sie haben uns Vorschläge gemacht, die für uns unannehmbar und offensichtlich ein Ergebnis von Druck durch die Republikanische Bewegung waren.

In Verbindung mit ihren Anschuldigungen, daß unsere Bewegung keine ernsthafte Absicht hätte, durch Verhandlungen ihren Angriffen ein Ende zu machen, stellen wir folgendes fest:

Wie kann jemand die Unverfrorenheit besitzen, mit einer solchen Äußerung zu kommen - wo war eure Aufrichtigkeit in Rosnaree, als ihr kaltblütig zum Mord an Männern unserer Bewegung aufgezogen seid, deren einzige Absicht es war, diese Entwicklung zu verhindern?! Eine Vorgehensweise, die ihr zweifellos wiederholen würdet, falls euch die Möglichkeit geboten würde.

Selbst von dieser Greueltat ausgehend war unsere Antwort diszipliniert und defensiv. Unsere Position hat sich nicht verändert, wir sind nicht darauf aus, angegriffen und umgebracht zu werden.

Unsere Forderung ist und bleibt: Erklärt öffentlich eure Absicht zur Beendigung eurer Angriffe ab jetzt und für immer - sonst läuft garnichts.

3.3.87 - In einer Erklärung, die heute durch das Öffentlichkeitsbüro der Sozialistischen Republikaner herausgegeben wurde, klagt die Belfast Brigade der INLA die Banden der IPLO, die in der Belfaster Gegend ihr Unwesen treiben, an, gegen die nationalistische Bevölkerung Terror-Taktiken anzuwenden. Unsere Bewegung ist mit Berichten und Klagen von Vereinigungen in der Gemeinde und Einwohnern vieler Belfaster Bezirke überschwemmt worden. Die Festhaltungen, Durchsuchungen und Nötigungen zur Identitätspreisgabe, mit denen die Bewohner des Divis-Blocks in den letzten vier Wochen überzogen wurden, gipfelten am Samstagabend (28.2.87) in den brutalen Gewehrkolbenschlägen auf einen jungen Mann am Masserene-Bogen. Zusätzlich dazu haben wir Erklärungen wie die von einem Verfechter der IPLO in der IRISH PRESS vom Freitag (27.2.87), mit den Worten, "es ist bis jetzt niemand getroffen worden, der es nicht nötig hatte, getroffen zu werden, es sind keine Zivilisten erschossen worden, nur bekannte Anführer sind angegriffen worden". Solch widersprüchliche Lügen können durch ihre Aktionen belegt werden: die Erschießung eines Mannes in seinem Haus in der Gegend von Andersonstown - sein Verbrechen: ein Angehöriger eines unserer Mitglieder zu sein. Dann kam vergangene Nacht (2.3.87) die Erschießung von einem weiteren Zivilisten an der Kreuzung Whiterock/Springfield Roads. Bis jetzt waren wir nicht in der Lage, ein Motiv für diese Tat zu finden. Haben diese Leute niemals irgendeine Verbindung mit unserer Bewegung gehabt, so wurden sie doch durch identifizierte Mitglieder von IPLO-Banden erschossen. Diese Taktiken erinnern an Aktionen der Britischen Armee bzw. der Royal Ulster Constabulary (RUC) und zeigen ebenso klar, daß diese Leute keine Grundlage an Unterstützung innerhalb unserer Gemeinde haben und deshalb ihr Treiben den Terror zur Bedingung hat.

3.3.87 - Terry Harkin von der IRSP schlug mit der Faust auf den Tisch, als er die Erschießung eines Autohändlers in der Hunting Lodge heute abend zur Sprache brachte. Er sagte dann: "Dieser letzte Angriff von diesen Gangstern bestätigt völlig die heutige Erklärung von der Belfast Brigade der INLA, die Angriffe auf Zivilisten in unserer Gemeinde verurteilt. Jetzt ist es ein Vergehen, ein Geschäft zu haben und eine Ware an irgendjemand zu verkaufen, der diesen Gangstern nicht paßt. Die sollten geächtet und in der Tat physisch aus unseren Gegenden entfernt werden.

10.3.87 - Die Familie von Eamon McQuillan verurteilte heute abend in einer Erklärung nachdrücklich die Rechtfertigungsversuche zu dem Mordversuch an ihm durch einen Sprecher der IPLO als "eine ekelhafte Lüge eines notorischen

Lügners." McQuillans Schwester Maura sagte weiter: "Dieser Mann versucht offensichtlich, das Nichtzurechtfertigende zu rechtfertigen. Es ist allen bekannt, daß mein Bruder Eamon in keiner Partei organisiert war. Dieser Angriff richtete sich gegen das Haus unserer Familien, und die zwei Trunkenbolde, die die Schießerei verübten, hätten jeden erschossen -es hätte ebensoleicht ich sein können - um meinen Bruder Kevin zu ermorden. Und zu der Behauptung, daß man glaubte, unser Haus sei uneinnehmbar- wie einem der Hohn ins Gesicht schlagen kann! Eamon antwortete an der Tür, ohne Angst, weil er dachte, daß keiner zu solcher Niedertracht fähig ist und ein Haus voller Frauen und Kinder angreifen kann; er hat sich geirrt, es ist klar, daß diese Leute keine Skrupel haben und die Politik und Lügen benutzen werden, um ihre barbarischen Taten zu begehen. Bei beiden Männern war festzustellen, daß sie stark nach Alkohol rochen und beide Schützen offensichtliche Anzeichen von Trunkenheit zeigten.

14.3.87 - Zornig hat Terry Harkin von der IRSP die IPLO wegen ihres Mordanschlags auf den Belfaster Ian Catney verurteilt, der gestern abend gerade mit zwei Frauen in seinem Auto in der Gegend von New Barnsley saß und redete. Harkin sagte weiter, "wieder haben wir einen grausamen und brutalen Angriff auf einen unschuldigen Nationalisten durch diesen Gangsterhaufen. Welche Rechtfertigung diese bringen werden, bleibt der Spekulation überlassen - in der jüngsten Vergangenheit schien die erstbeste, plausibel klingende Lüge genügend. Die Wahrheit des Ganzen ist, daß Herr Catney mit keiner Partei oder Organisation etwas zu tun hatte und auf ihn schlicht und einfach deshalb geschossen wurde, weil er ein Verwandter unseres stellvertretenden Nationalen Vorsitzenden Kevin McQuillan war, der zusammen mit seinem jüngeren Bruder Anfang der Woche Opfer eines versuchten Mordanschlags wurde.

* Herr Catney hat einen Bruder, der, wegen Mitgliedschaft (?) in der IRA verurteilt ("S.O.S.P. sentence"), in Long Kesh ist.

15.3.87 - In einer Erklärung, die heute nacht vom Öffentlichkeitsbüro der Republikanischen Sozialisten herausgegeben wurde, übernimmt die Belfast Brigade der INLA die Verantwortung für die Exekution von Gerard Steenson, dem selbsternannten "Todesdoktor", und von Anthony "Boot" McCarthy. Seitdem der blutige Kampf an unserer Bewegung begonnen hat, wird Steensons Name ständig mit den verschiedenen Machtkämpfen in Verbindung gebracht, die sich unserer Weiterentwicklung an die Fersen geheftet haben. Er hat versucht, die Avantgarde der Volksarmee in eine sich selbst verherrlichende bewaffnete Clique zu verwandeln. Seit seinem Rausschmiß aus der INLA im Juni 1985 war Steenson zusammen mit anderen Personen aktiv an fortgesetzten und abgestimmten Versuchen beteiligt, die Autorität der Republikanischen Sozialistischen Bewegung zu untergraben. Einer seiner Hauptaufwiegler war A. "Boot" McCarthy. Steensons letzter Versuch, über unsere Bewegung zu bestimmen, begann mit dem organisierten Massaker in Rosnaree und mit der Serie von schrecklichen Greueltaten gegen unsere Bewegung seither.

Dies sind bekannte und unwiderlegbare Tatsachen. Wir haben nicht die Absicht, uns über diese längst überfällige und notwendige Aktion ins Fäustchen zu lachen. Im Gegenteil wollen wir von dieser Aktion aus nach vorne gehen, mit dem Vorsatz eines vereinten Willens, um den Aufbau einer revolutionären sozialistischen Bewegung in Irland fortzusetzen. Um dieses Zieles willen hoffen wir, daß die Banden, die mit Steenson und seinem Anschlag auf unsere Bewegung verbunden waren, jetzt zur Besinnung kommen und von ihren nutzlosen und letztlich tödlichen Aktionen ablassen.

16.3.87 - In einer Erklärung, die vom Öffentlichkeitsbüro der Republikanischen Sozialisten herausgegeben wurde, weist der Stab des Generalhauptquartiers der INLA "die Behauptung der IPLO als ganz und gar erlogen" zurück, daß "Gerard Steenson und Anthony McCarthy nach der Vereinbarung eines Waffenstillstands erschossen wurden". Es gibt und gab nie irgendeinen - nochmals: irgendeinen - ausgehandelten Waffenstillstand zwischen der INLA und diesen Leuten. Unsere Position ist und war immer dieselbe, daß wir diese Angriffe nicht begonnen haben und wollen, daß sie zu einem sofortigen und endgültigen Ende gebracht werden. Was allerdings den anerkannten Vermittlern immer klar und unzweideutig erklärt worden ist: daß über die Zukunft der republikansich-sozialistischen Bewegung die Mitgliedschaft kollektiv entscheidet. Es steht keinerlei Diskussion über eine Auflösung zur Debatte, und sie wird auch nicht durch einen bewaffneten Angriff oder opportunistische Erklärungen auf die Tagesordnung kommen. Die Echtheit unserer Position kann unter Bezugnahme auf die Vermittler überprüft werden; dann, und nur dann wird der Betrug und die Unwahrheiten entlarvt werden, die diese Leute absondern.

Zum Schluß würden wir den Männern, die das Gebiet von Ballymurphy im Glauben betreten haben, sie seien sicher (um ihren Sprecher zu zitieren), gerne eine Frage unsererseits stellen: Was sie mit geladenen und gespannten Waffen wollen? Wir waren uns ihrer vorgeplanten Absicht sicher- deshalb sind sie nicht mehr länger hier.

**WAS IST DIE IRISCH REPUBLIKANISCH SOZIALISTISCHE BEWEGUNG?**

die Irisch Republikanisch Sozialistische Bewegung besteht aus der Irisch Republikanisch Sozialistischen Partei, der Irisch Nationalen Befreiungsarmee und aus den Republikanisch Sozialistischen Gefangenen in irland, england, europa und der usa.

**DIE I.R.S.P.**

die I.R.S.P. ist die eingeschriebene politische partei mit der 32 county zugehörigkeit.
gegründet im dezember 1974 sind wir eine gruppe von aktiven republikanern, sozialisten und trade unionists (gewerkschafter) die die notwendigkeit einer partei erkannten die kompetent ist dem volk eine vorstellung eines politischen programms zu geben, welches das ende imperialistischer einmischung in irische angelegenheiten bedeutet und zu einer erfolgreichen lösung des kampfs für demokratie, nationale befreiung und sozialismus führt.
unsere politik zielt darauf ab die existierenden 6 county und 26 county staat durch eine demokratische 32 county sozialistische republik zu ersetzen, in dem die arbeiterklasse die reichtümer und resourcen der nation für ihre eigenen zwecke nutzen kann.

**REVOLUTIONÄRE PARTEI**

eine revolutionäre partei ist notwendig um die zusammenhängendste analyse des imperialismus in irland zu liefern, um die revolutionäre erfahrung zu zentralisieren und zu führen, mit einer klaren politischen führung. die partei ist weder eine konstitutionelle partei noch ein diskussionszirkel. sie ist der agitation und mobilisierung des volkes verpflichtet. die I.R.S.P. trachtet danach diese partei aufzubauen.

**NATIONALE FRAGE**
**die britische präsenz:**

der wahre grund für die britischen truppen in irland ist der schutz der britischen ökonomischen interessen in beiden teilen irlands durch die verhängung von politischen "lösungen" mit der aktiven unterstützung von einheimischen politikern der mittelklasse. wir bekämpfen alle versuche, wie den kreuzzug der koalition, um die verfassung in der weise zu verändern, die die 32 counties trennt.
irland ist der westlichste punkt in europa, mit einem leichten zugang zu allen ländern, deshalb ist es auch von strategischer bedeutung für britannien.

**NATIONALE BEFREIUNG UND SOZIALISMUS**

durch ihre anwesenheit in irland fördert britannien nicht nur sektierertum und arbeitslosigkeit im nördlichen staat, es verzerrt und kontrolliert auch das politische leben der gesamten 32 counties. konfrontiert mit der ungelösten frage der nationalen unabhängigkeit und souveränität, muß die arbeiterklasse beides entwickeln, das politische bewußtsein, um die nationale einheit zu erreichen und das klassenbewußtsein, um die sozialistische republik zu erreichen. die Irisch Republikanisch Sozialistische Bewegung ist dieser doppelaufgabe der nationalen Befreiung und des sozialismus verpflichtet.

**ÜBER DEN LOYALISMUS**

wir sagen: loyalität ist eine reaktionäre ideologie, die die interessen der arbeiterklasse untergräbt. auf keinen fall ist er progressiv. wir bekämpfen jeden vortrag oder vorschlag, der eine übergangsregierung oder ein unabhängiges ulster enthält. wir betrachten die loyalistischen paramilitärs als neofaschistische todesschwadrone, deren ziel es ist, jede progressive kraft zu zerschlagen und nationalistische menschen zu terrorisieren.

**ÜBER DIE NEUTRALITÄT**

wir sagen: irlands traditionelle position der neutralität zwischen den supermächten wird durch die verwicklung in der nato und eg und durch die sogenannten "anglo-irischen gespräche" bedroht. unter dem druck der US-kriegshetzer hat sich britannien verpflichtet, irland in den nuklearen wahnsinn zu ziehen. wenn möglich hoffen die westlichen supermächte militärische nukleare anlagen zu stationieren, wie atomraketen. wir bekämpfen dies vollständig und unterstützen irlands traditionelle neutralität.

**ÜBER DEN FÖDERALISMUS**

wir sagen: eine "föderale lösung", sei es eine 6/26 county variante, oder ein 9 county ulster, wird nur dazu dienen, den kampf hinauszuzögern und zu verwirren und den imperialistischen kräften eine rückzugsposition erlauben. sie wird einen teil des landes offen lassen für sektierertum und diskriminierung.

**DIE IRISCH-NATIONALE BEFREIUNGSARMEE**

die INLA ist eine revolutionäre guerillaarmee, die sich einem befreiungskrieg gegen die britischen besatzungskräfte in irland und gegen ihre einheimischen lakaien stellt. drei freiwillige der INLA, Patsy O'Hara, Kevin Lynch und Michael Devine starben im hungerstreik in den H-Blocks während des hungerstreiks 1981.
vor 10 jahren wurde die INLA gegründet um für "nationale befreiung und sozialismus" zu kämpfen. dies ist heute immer noch der fall. wir sind auf dieser straße weiter vorwärts gekommen, weil unsere menschen gestählter, entschlos-

sener und politisch bewußter sind.
die britische herrschende klasse hat jede methode versucht, uns als die kämpfende stimme der irischen arbeiterklasse zu zerschlagen. sie haben versagt und im laufe der zeit werden wir fähiger den kampf bis zum sieg führen. wir, wie Seamus Costello, schulden unsere treue der arbeiterklasse.

**ÜBER DEN BEWAFFNETEN KAMPF**

es gibt in irland eine tradition der unterstützung für den bewaffneten widerstand gegen die britische besetzung. ähnliche traditionen wurden durch unterdrückte völker überall in der welt gegründet - das kubanische, nicaraguanische und die afrikanischen völker, die palästinenser und so weiter. wegen der folgenden hauptgründe besteht die irisch-republikanische sozialistische bewegung darauf, daß es notwendig ist, diese tradition des bewaffneten widerstands fortzuführen:

1) die angeborene undemokratische und sektiererische natur des nördlichen staates;
2) das versagen der versuche einer bourgeoisen reform im norden in den vergangenen 16 jahren;
3) bewaffneter terror gegen das volk durch die britische armee, ruc, udr und loyalistische todesschwadrone;
4) und deshalb, das gewachsene bewußtsein des irischen volkes - besonders im besetzten norden - was die notwendigkeit des bewaffneten kampfes betrifft.

als eine bewegung betrachten wir politische und militärische aktivitäten als ein und dasselbe. um den guatemaltekischen guerillaführer Turcios Lima zu zitieren: "militärisches training ohne politisches verständnis ist so nutzlos wie ein gewehr mit feuchter munition. dafür ist sogar eine machete ausreichend."

**FRAUEN RECHTE**

frauen sind durch die kapitalistische gesellschaft doppelt unterdrückt - als arbeiterinnen und frauen.
unternehmer behaupten, daß sie es sich nicht leisten können, das recht auf gleiche bezahlung zu gewähren. frauen sind im familienrecht diskriminiert: sozialhilfe-unterstützung, steuern usw. es wurde kein versuch gemacht, die erforderlichen einrichtungen für arbeitende mütter bereit zu stellen, z.b. tagesschwestern.
wir sagen
- empfängnisverhütung sollte allen die es nutzen wollen frei erhältlich sein.
- wir sind weder für noch gegen abtreibung, wir unterstützen das recht der frauen frei zu wählen.
- das kirche und staat komplett getrennt sind.
- keine diskriminierung von kindern unverheirateter eltern.
- gleichheit in der ausbildung, beschäftigungsmöglichkeiten und bezahlung nach dem gesetz.
- freie möglichkeit zur scheidung.

**ANTIIMPERIALISTISCHE EINHEIT**

als einen ersten schritt zur beendigung der teilung und um die nationale ökonomische krise zu lösen, schlägt die IRSP die bildung einer breiten front aller republikanischen und sozialistischen organisationen auf der basis folgender forderungen vor:
- britannien muß auf alle souveränitätsansprüche auf jeden teil irlands und seiner küstengewässer verzichten.
- britannien muß sofort die udr, ruc und die ruc-reserven auflösen und entwaffnen und alle truppen aus irland zurückziehen.
- die britische und die 26 county regierung müssen sofort alle politischen gefangenen freilassen und eine generalamnestie für alle straftaten garantieren, die in dem laufenden konflikt begangen wurden.
- britannien muß zustimmen, alle die zu entschädigen, die unter den folgen der imperialistischen gewalt und ausbeutung leiden.
- aus der erkenntnis, daß kein land frei und unabhängig sein kann wenn es imperialistische dominanz über sein ökonomisches leben erlaubt, wird die irische antiimperialistische front alle formen der imperialistischen kontrolle über unsere reichtümer und rohstoffe bekämpfen.
- die irische antiimperialistische front weist eine föderale lösung und die andauernde existenz zweier separater staaten in den 6 und 26 counties als eine leugnung des rechts des irischen volkes auf souveränität zurück und betrachtet als einzige alternative die bildung einer 32-county-demokratischen republik mit einer weltlichen verfassung.
- die irische antiimperialistische front fordert die zusammenkunft einer all-irland verfassungsgebenden konferenz, repräsentativ für alle teile der politischen meinung in irland, mit dem ziel, eine demokratische und weltliche verfassung zu beraten, die sofort nach dem britischen militärisch und politischen - rückzug aus irland gültig wird.
- die aufhebung jeder repressiven gesetzgebung in nord- und südirland.

**ZUSAMMENFASSUNG**

wir betrachten uns selbst als nachfolger von Connally. er sah klar die zentrale rolle der arbeiterklasse. er sah klar, daß sie die "unkurumpierbaren" erben des kampfes für den irischen frieden sind. nationaler und sozialer friede kann nichts getrenntes sein.
wir halten seinen glauben aufrecht. wir stehen für nationale befreiung und sozialismus. wir sind

**die einzige sozialistische partei in irland, die eindeutig den bewaffneten kampf gegen den imperialismus unterstützt. wir machen keine rechtfertigung für unsere existenz. trotz massiver repression speziell gegen uns gerichtet, trotz unserer eigenen zurückliegenden fehler - wir existieren, stolz und herausfordern. unsere flagge ist der starry plaugh. unsere klasse ist die arbeiterklasse. unser feind ist der fremde imperialismus und der einheimische kapitalismus.**

**wir sind die irp's. hier sind wir und hier werden wir bleiben, bis irland eine sozialistische gesellschaft wird, im sinne von connally, mellows und castello.**

# In den Gedichten von Verlaine Code für Terroristen entdeckt

## Botschaften der RAF erreichten französische Gefängnisse

Von unserem Korrespondenten Emil Bölte

General Anzeiger 11-07-1987

**Paris.** Hinter Schloß und Riegel sind die führenden Mitglieder der ultralinken französischen Action Directe (AD) nicht so abgeschnitten von der Außenwelt, wie die Justizbehörden eine Weile geglaubt hatten. Bei Razzien in Gefängniszellen wurden in den vergangenen Tagen gefälschte Stempelkissen sowie Verse von Verlaine gefunden, die als Code für Geheimbotschaften zwischen den Franzosen und der bundesdeutschen „Rote Armee Fraktion" (RAF) herhalten mußten.

In französischen Gefängnissen befinden sich zur Zeit 197 Terroristen; Angehörige der AD, korsische und baskische Separatisten, Tunesier, Marokkaner, Iraner und Armenier. Die Zahl aller Insassen, die wegen ihrer Gefährlichkeit besonders scharf bewacht werden müssen, liegt jedoch höher. Es dürften mehr als 500 sein. Da die Haftanstalten mit 50 661 Verurteilten und Untersuchungsgefangenen überbelegt sind, erweist sich die Beobachtung aller Regeln als schwierig. Neu ist aber die Entdeckung, daß es sogar zwischen AD-Terroristen der ersten Garnitur einen regen Austausch von einem Gefängnis zum anderen gibt.

Erste Überraschung: Bei AD-Gründer Jean-Marc Rouillan, der zusammen mit seiner Gefährtin Nathalie Menigon sowie Joelle Aubron und Georges Cipriani im Februar gefaßt wurde, fanden Justizbeamte sechs Stempel, mit deren Hilfe sich der Ausreiß-Spezialist möglicherweise hätte befreien können. Mit Bestimmtheit konnte er Briefe hinausbefördern, die keiner Zensur unterlagen. Die Stempelfälschungen befanden sich im Deckel eines Buchs über moderne Malerei, das aus der Gefängnisbücherei entliehen war. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden. Es besteht der Verdacht, daß das Gefängnispersonal bestochen worden ist.

Alarmiert durch den Fund von Fresnes, wurden alsbald die Zellen der übrigen AD-Führungsmitglieder in Fleury-Merogis durchwühlt. Die Beamten stießen auf unverfängliche Gedichte von Verlaine und auf Texte von Heine. Cipriani unterhielt auf diesem gehobenen Niveau Kontakt zur Bundesrepublik. Das fiel ihm nicht schwer, weil dort noch eine Tochter von ihm lebt. Der literarisch verbrämte Briefverkehr entpuppte sich als Basis für einen schwer aufzuschlüsselnden Geheimcode. Untersuchungsrichter Bruguiere ist daran interessiert, daß er möglichst schnell „geknackt" wird.

Bei einer weiteren Razzia in Rouillans Zelle kam der flinke Insasse den Beamten zuvor. Ehe sie einen Brief an sich nehmen konnten, aß Rouillan ihn auf. Nur der Umschlag blieb übrig. Er wies aus, daß der Brief an die Anwältin des AD-Gründers, Marie-Christine Etelin, gerichtet war. Diese protestierte heftig und erklärte: „Der wahre Skandal liege darin, daß man versucht hat, die an mich gerichtete Post abzufangen". Frau Etelin hat seit Jahren Kontakt zur AD-Szene. Rouillan kennt sie aus gemeinsamen Studienjahren in Toulouse. Damals bekämpfte der spätere erste Mann der Action Directe noch nicht die französische Gesellschaftsordnung, sondern Franko in Spanien.

# Französischer Terrorist legt umfassendes Geständnis ab. Auslieferungshaft

**Festgenommener in München Sprengstoffbeschaffer / Bayerischer Verfassungsschutzbericht**

HORST DALCHOW, **München**

Die Festnahme des französischen Terroristen Renaud Laigle durch Beamte des bayerischen Landeskriminalamtes auf dem Münchner Flughafen kam aufgrund eines Rechtshilfeersuchens französischer Behörden zustande. Wie das bayerische Innenministerium gestern mitteilte, hatten die Franzosen um die „Vermittlung eines Gesprächs" gebeten, wobei den deutschen Behörden lediglich der Verdacht bekannt war, der Gesuchte sei Mitglied der linksextremistischen Terrororganisation „Action directe". Über die einzelnen ihm zur Last gelegten Straftaten war den deutschen Sonderfahndern nichts bekannt.

Der 29jährige Franzose, der sich bereits einige Zeit in München aufgehalten hatte, konnte am Dienstag abend in der Ankunfthalle des Münchner Flughafens München-Riem festgenommen werden: Er wollte seine Eltern abholen. Doch die französische Polizei hatte von dem geplanten Besuch Kenntnis erhalten.

Die Welt 24-07-1987

## Keine Reibereien

Laigle ließ sich widerstandslos festnehmen und wurde unverzüglich einem aus Paris angereisten Untersuchungsrichter vorgeführt. „Dort legte er zu unserer Überraschung von sich aus ein umfassendes Geständnis ab", erklärte gestern der Leiter der Polizeiabteilung im Münchner Innenministerium, Ministerialdirigent Hermann Häring.

Als „nicht zutreffend" bezeichnete Häring einen Bericht der Pariser Zeitung „France Soir", wonach es bei diesem Fall zwischen dem Bundeskriminalamt und dem bayerischen Landeskriminalamt „Reibereien" gegeben habe und deshalb die Festnahme früher als beabsichtigt erfolgt sei. Häring: „Im Gegenteil, die Zusammenarbeit war bestens." In einer gemeinsamen Erklärung betonten gestern auch BKA und LKA, zwischen ihren Ämtern habe es zu keiner Zeit „auch nur die geringsten Unstimmigkeiten" gegeben.

Terrorist Laigle, der gegenwärtig in Auslieferungshaft sitzt, gilt als Sprengstoffbeschaffer der „Action directe" und soll an mehreren Banküberfällen beteiligt gewesen sein. Vermutlich ist er ein enger Mitarbeiter des Top-Terroristen Max Frerot, des „Sprengmeisters" des nationalen Flügels der Untergrundorganisation. Ihm werden der Anschlag auf die Pariser Kriminalpolizei vor einem Jahr (ein Toter, 20 Verletzte) und das Attentat auf den französischen Ex-Justizminister Alain Peyrefitte, bei dem ein Chauffeur um Leben kam, zur Last gelegt.

In Bayern registrierten die Sicherheitsbehörden eine „Ruhepause" bei den deutschen Terroristen, die sich zur Zeit vermutlich im Ausland aufhalten. Es bestehe jedoch nicht der geringste Anlaß zur Entwarnung, erklärte Bayerns Innenminister August Lang gestern bei der Vorstellung des bayerischen Verfassungsschutzberichts 1986. Wie der Mordanschlag auf den Siemens-Manager Karl-Heinz Beckurts und seinen Fahrer Eckart Groppler am 9. Juni vergangenen Jahres bewiesen hätten, könne diese Pause jederzeit unterbrochen werden. Erneut plädierte Lang dafür, zumindest die eingeschränkte Kronzeugenregelung rasch zu beschließen.

Außerhalb des engeren Bereichs des Terrorismus ist die politisch motivierte Gewalt erheblich angewachsen, allein die Zahl der Brandanschläge stieg innerhalb eines Jahres von acht auf 74. Diese wie auch die Anschläge auf Strommasten geschahen zumeist im Umfeld des Widerstands gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf (WAA), seien aber in diesem Jahr erheblich zurückgegangen. Lang: „Je mehr Bauarbeiter in Wackersdorf sind, desto weniger Demonstranten kommen dorthin." Die WAA-Gegner fänden auch in der Bevölkerung weniger Verständnis, seit deren Informationsstand gestiegen ist.

## DKP-Anstrengungen

Die rechtsextreme Szene ist nach Erkenntnissen der bayerischen Verfassungsschützer zur Zeit gespalten und deshalb kaum gefährlich, während im linken Spektrum vor allem die von Moskau gesteuerte DKP Gorbatschows Friedensinitiativen zu nutzen versucht, um in demokratische Gruppen und Organisationen einzudringen. Im vergangenen Jahr sei die Mitgliederzahl linksextremer Organisationen in Bayern auf 13 600 gestiegen, bei rechtsextremen Gruppen hätten sich 1986 rund 4100 Mitglieder betätigt.

# Erster Erfolg der Zusammenarbeit

**Keine Sicherheit für Terroristen durch Flucht in Bundesrepublik / Zimmermanns Vereinbarung**

WERNER KAHL, **Bonn**

Terroristen aus der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich können sich durch einen Sprung über die Grenze vor einheimischen Fahndern nicht mehr sicher fühlen. Das zeigt die Festnahme eines Franzosen in dieser Woche in München. Er wurde durch die französische Terroristenabwehr in der Bundesrepublik aufgepürt. Der zur Terrororganisation „Action Directe" gerechnete Festgenommene wollte sich vor dem Fahndungsdruck in Frankreich in Bayern in Sicherheit bringen. Erstmals arbeiteten nach vorangegangenen Absprachen des Bundesinnenministeriums mit den französischen Behörden Fahnder aus beiden Ländern grenzüberschreitend zusammen.

Im umgekehrten Fall diente Frankreich, insbesondere Paris, deutschen Terroristen als Aufenthalts- und Rückzugsraum. Dort wurden Zielfahnder des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden schon seit Beginn der achtziger Jahre operativ tätig – in Kooperation mit der französischen Abwehr. So konnten im Mai 1980 die Deutschen Ingrid Barabaß, Regina Nicolai, Carola Magg und Karin Kamp-Münnichow in in Paris festgenommen werden.

Im August 1981 gelang es in Paris der seit langem gesuchten Terroristin Inge Viett nach einem versuchten Mord an einem Pariser Verkehrspolizisten zu entkommen. Ihr Foto hat seitdem einen besonders hohen Aufmerksamkeitswert. Denn Inge Viett, die in Wien einen Textilindustriellen entführt und Lösegeld in Höhe von über vier Millionen Mark kassiert hatte, fügte dem Flic mit einem Schuß eine Querschnittlähmung zu. Im Februar 1982 gelang der französischen Abwehr die Festnahme der früheren

Ulmer Fotografin Magdalena Kopp, die als damalige Gefährtin des international gesuchten Venezolaners Ilich Ramirez-Sanchez, genannt „Carlos", galt. Magdalena Kopp und ihr Begleiter, ein Schweizer Student, wurden wegen Sprengstoffschmuggels zu mehreren Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Die Recherchen deutscher Sicherheitsbeamter in Frankreich waren aus der Sicht der Pariser Ministerien nur Ausnahmen. Auf der Rheinbrükke zwischen Kehl und Straßburg endete an der Grenzlinie grundsätzlich die Verfolgung von Terroristen durch die jeweilige Landespolizei. Dies nutzten Untergrundkommandos und ihre Unterstützer aus. Besonders im Dreiländereck Deutschland-Schweiz-Frankreich setzte ein reger Wechsel über die grüne Grenze ein. Umgekehrt suchten französische Terroristen vor dem zunehmenden Fahndungsdruck in Frankreich Unterschlupf in der Bundesrepublik. Deshalb vereinbarte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) im April mit seinem französischen Amtskollegen eine Zusammenarbeit über die Staatsgrenzen hinweg auf rechtlicher Basis.

FAZ

# Weitere Spuren zur „Action Directe"

MÜNCHEN 23. Juli (AP). Zwei Tage nach der Festnahme des 29 Jahre alten mutmaßlichen Terroristen der französischen „Action Directe" Renaud Laigle in München haben die Fahnder am Donnerstag weitere Spuren zu der Terrorgruppe verfolgt. Einen ersten Erfolg erzielten die Polizisten am Vorabend in Lyon: Sie nahmen den 30 Jahre alten Mouloud Aissoud gegen 19.00 Uhr als mutmaßlichen Komplizen des im Gefängnis Stadelheim in Auslieferungshaft sitzenden Laigle fest. Sicherheitsexperten in Paris wollten aber zunächst nicht sagen, was sie Aissoud vorwerfen. Der Sprecher des bayerischen Landeskriminalamtes, Schöffel, sagte, der am Dienstagabend auf dem Flughafen München-Riem gestellte Laigle stamme ebenfalls aus Lyon: „Wir überprüfen jetzt, ob der festgenommene Franzose irgendwelche Kontaktleute gehabt hat. Bisher haben wir dafür noch keine Anhaltspunkte. Aber in einem solchen Fall werden umfassende Ermittlungen in allen Richtungen durchgeführt." Ein Sprecher des Bonner Justizministeriums sagte, die Franzosen hätten im Interesse der Ermittlungen darum gebeten, keine weiteren Einzelheiten über den Fall bekanntzugeben. In Paris hieß es, die Fahnder hätten bei Laigle Waffen gefunden. Deutsche Sicherheitsfachleute sagten, Laigle habe bereits ein Teilgeständnis abgelegt und zugegeben, der „Action Directe" anzugehören. Laigle wohnte vor seiner Flucht in die Bundesrepublik im März 1986 in Chaponost westlich von Lyon. Nach dem internationalen Haftbefehl soll er in Lyon und Paris an Überfällen und Anschlägen der „Action Directe" beteiligt gewesen sein. Seit über einem Jahr soll er in einer konspirativen Wohnung in München gewohnt haben. Schöffel sagte aber, bisher lägen noch keine Anhaltspunkte dafür vor, daß Laigle neue Anschläge in der Bundesrepublik vorbereitet hat. Er gehört nach offiziellen Angaben dem „nationalen Flügel" der „Action Directe" an, deren Anführer André Olivier am 29. März 1986 in Lyon verhaftet wurde. Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden haben diese mutmaßlichen Terroristen im Gegensatz zum „internationalen Flügel" der „Action Directe" nicht mit der deutschen „Roten Armee Fraktion" zusammengearbeitet. Der französische Untersuchungsrichter Lemond, der seit der Verhaftung Oliviers die Ermittlungen gegen die aus Lyon stammenden mutmaßlichen Terroristen führt, reiste nach offiziellen Angaben am Mittwoch nach München, um Laigle vor Ort zu vernehmen. Ein Sprecher des Bonner Justizministeriums sagte, die deutschen Behörden warteten nun auf das förmliche Auslieferungsersuchen Frankreichs. Dann müsse das Oberlandesgericht München über eine rechtliche Zulässigkeit der Auslieferung Laigles beschließen. Erst dann könne die Bundesregierung entscheiden. Er sehe aber keine Probleme, vorausgesetzt, die französischen Behörden erfüllten die Voraussetzungen für eine Auslieferung. Notwendig seien unter anderem ein Haftbefehl mit den Vorwürfen gegen den Mann sowie eine Identifizierung des Verdächtigen.

# CCC-ers beschuldigd van 'onopzettelijk doden'

***Het Brusselse parket heeft het onderzoeksdossier ten laste van de vier CCC-ers, Pierre Carette, Bernard Sassoye, Didier Chevolet en Pascale Vandegeerde, afgesloten. Onderzoeksrechter Francine Lyna wacht nog op de laatste onderzoeksresultaten, afkomstig uit Frankrijk. Zij heeft het zwaarste onderdeel van het dossier, de dood van de twee brandweermannen bij de 1 mei-aanslag, gekwalificeerd als "onopzettelijke doding".***

De Morgen 16.07.1987

**Het Brusselse parket heeft alle feiten die de vier CCC-ers in ons land pleegden onderzocht. Dit lange onderzoek heeft aanleiding gegeven tot een hele waslijst van kwalifikaties, zoals "wapendiefstal", "vernieling van gebouwen", "schriftvervalsing", en dergelijke meer.**

**Omtrent de kwalifikatie van de feiten die zich voordeden op 1 mei '85 bestond tot op heden onduidelijkheid. Bij die bomaanslag op het VBO-gebouw in de Stuiversstraat werd gebruik gemaakt van een bomauto. De interventieeenheid van de brandweer, die dacht dat het om een autobrand ging, naderde de bomauto om te blussen. Op dat moment ontplofte de bom en kwamen twee brandweerluit om, met name Jacques Van Marc en Marcel Bergen.**

**Op het eerste gezicht leek het erop dat men de CCC-ers in dit verband "opzettelijke doding" (art. 392 van het strafwetboek) zou ten laste leggen. Dat is echter niet gebeurd. Onderzoeksrechter Lyna heeft de kwalifikatie "onopzettelijke doding" (art. 418) weerhouden, dat stelt: "Schuldig aan onopzettelijk doden (...) is hij die het kwaad veroorzaakt door gebrek aan voorzichtigheid of voorzorg, maar zonder het oogmerk om de persoon van een ander aan te randen".**

**Het feit dat rond de bomauto verwittigingspamfletten werden gestrooid, kan inderdaad geïnterpreteerd worden als een poging om te voorkomen dat er doden zouden vallen. Op de pamfletten stond inderdaad te lezen: "Gevaar, gepiègeerde wagen. Verwittig uw kollega's en vlucht snel op straat, zo ver mogelijk. Raak vooral de wagens niet aan". Hieruit zou op te maken zijn dat**

de aanslag bedoeld was tegen het VBO-gebouw, en niet tegen personen.
Daar staat tegenover dat bij de aanslag gasflessen van 80 kilogram, gemengd met een springstof, werden gebruikt. Het mengsel had een kracht die overeenkomt met een militair springtuig van 400 kilogram. Sommigen stelden dan ook dat een dergelijk tuig moorddadig is, onafgezien van het geviseerde doel. De facto bleek deze stelling echter onhoudbaar. De omschrijving van de kwalifikatie "onopzettelijke doding" bleek onvermijdelijk van toepassing op de feiten.
Intussen wacht onderzoeksrechter Francine Lyna de resultaten van het onderzoek dat het Franse gerecht instelt naar de banden tussen de CCC en Action Directe af. Ook is het niet uitgesloten dat in Frankrijk misdrijven werden gepleegd door de CCC-ers. Frankrijk moet eveneens nog bewijsmateriaal tegen de CCC-ers doorspelen dat in schuilplaatsen van ondermeer Rouillan en Ménigon werd aangetroffen.
Verwacht wordt dat de CCC-ers eind van dit jaar zullen terechtstaan te Brussel. Met het oog op dit proces werd een grootscheeps veiligheidsplan uitgewerkt. Het ombouwen van het Brabantse assisenhof maakte hiervan deel uit.

De Morgen 17.07.1987

## 4 CCC'ers misschien naar Assisen

BRUSSEL (Belga).- Een woordvoerder van het parket te Brussel verklaarde vrijdag dat de vermeende CCC-terroristen waarschijnlijk voor het Hof van Assisen zullen verschijnen. Zij worden verantwoordelijk gesteld voor de dood van twee brandweermannen die als gevolg van de ontploffing van een bestelwagen om het leven kwamen.
Op het eerste zicht gaat om een niet-opzettelijke doding, maar het strafwetboek bepaalt dat, als personen overlijden als gevolg van opzettelijk aangerichte brandstichting, de daders tot de doodstraf veroordeeld kunnen worden.
Indien dit tegen de vier CCC-leden wordt weerhouden, dan is het absoluut zeker dat ze naar het Hof van Assisen verwezen worden. Dit zal de eerstkomende weken of maanden duidelijk worden als terzake een definitieve beslissing wordt getroffen.

# Schlag gegen den Terror französischer Basken

NZZ

## *Verbot der Separatistenorganisation Iparretarrak*

**Nach einer Reihe terroristischer Vorfälle im französischen Baskenland hat die Regierung von Paris die seit 14 Jahren im Untergrund tätige Separatistenorganisation Iparretarrak verboten. Der auf Antrag von Innenminister Pasqua durch den Ministerrat gefasste Beschluss gibt den Sicherheitsbehörden eine Handhabe zu verschärfter Bekämpfung dieser Gruppe, aus welcher in letzter Zeit eine Reihe führender Mitglieder verhaftet werden konnte.**

*Ch. M. Paris, 16. Juli*

Die Regierung Chirac hat ein weiteres Mal ihren Willen zur Bekämpfung terroristischer Umtriebe im französischen Baskenland demonstriert, indem sie am Mittwoch die Separatistenorganisation Iparretarrak verbot, die seit 1973 für mehr als *60 Bombenanschläge* verantwortlich gemacht wird. Premierminister *Chirac* hatte letzte Woche bei einem Besuch in der Region von der «vorbehaltlosen Entschlossenheit» zur Eindämmung der Untaten «verirrter und manipulierter Elemente» gesprochen, deren Gewalttaten den Ansprüchen der Basken auf kulturelle Eigenständigkeit Schaden zufügten.

### Grossaufgebot der Polizei

Zur gleichen Zeit, da die Tour de France mit ihrem Radfahrerpulk sich der Gegend näherte, musste ein Grossaufgebot von Sicherheitskräften den Parcours gegen drohende Anschläge sichern. Zudem fahndete die Gendarmerie nach dem mutmasslichen Anführer Iparretarraks, dem 34jährigen *Philippe Bidart*, der sich jedoch dem Zugriff der Sicherheitskräfte zu entziehen vermochte. Ins Netz der Polizei ging hingegen *Gabriel Mouesca*, der ein halbes Jahr zuvor in einer Überfallaktion eines Terrorkommandos aus dem Gefängnis von Pau herausgeholt worden war. Eine damals mit ihm zusammen befreite Iparretarrak-Aktivistin war schon vor einem Monat von der Polizei entdeckt worden, geriet jedoch zusammen mit einem Polizisten, der sie festzunehmen versuchte, bei der Verfolgung unter einen fahrenden Eisenbahnzug und wurde, wie der Polizist, auf der Stelle getötet.

Zur Kette von jüngsten Rückschlägen für die Iparretarrak zählte im Juni ferner auch die Verhaftung der beiden Brüder Bidarts. Anfang dieses Monats wurde zudem ein 27jähriger Bombenleger der Untergrundorganisation von seinem eigenen Sprengsatz zerfetzt. In derselben Nacht wurden zwei weitere Anschläge gegen Steuerämter durch die Iparretarrak verübt. Diese Bombenattentate gegen staatliche Verwaltungsgebäude entsprangen der *typischen Terrortaktik* der Iparretarrak. Auf das Konto der nun verbotenen Organisation gingen indes auch mehrere blutige Gewaltakte gegen Vertreter der Ordnungskräfte: Vor fünf Jahren wurden zwei Bereitschaftspolizisten das Opfer eines Feuerüberfalls, ein Jahr darauf starb ein Gendarm unter den Schüssen der Iparretarrak. 1984 holten die Terroristen zu einer Eskalation ihrer Gewaltakte aus, indem sie einen zwischen Paris und Madrid verkehrenden *Schnellzug* zum Entgleisen brachten, ohne dass dabei indes ein Todesopfer zu beklagen war.

### Verlust der «Schutzzone»

Iparretarrak ist das französische Korrelat zur *ETA* im spanischen Baskenland. «Jene aus dem Norden», wie der Name der Organisation übersetzt wird, wollten ihren Teil zu einem *unabhängigen Baskenland* beitragen und predigten mit einem *marxistischen Vokabular* eine «bewaffnete nationale und soziale Revolution». Die Etarras aus Spanien, die im französischen Baskenland Unterschlupf gefunden hatten und von dort aus gegen ihre Heimatprovinzen operierten, hielten allerdings lange Zeit die französischen Baskenseparatisten zur Zurückhaltung an, damit die rückwärtige Basis im «Refugium» nicht unter grösseren Druck von seiten der französischen Polizei geriet. Innerhalb der Iparretarrak kam es indes zu Divergenzen. Ein Teil der wahrscheinlich nur wenige Dutzend Köpfe zählenden Organisation verübte gegen den damaligen Wunsch der Etarras *Gewaltakte auf französischem Boden*. Diese Attentate liessen erst nach, als um die Jahreswende 1983/84 die

aus Spanien finanzierte Gegenterrorgruppe *GAL* gegen Etarras im französischen Baskenland vorzugehen begann.

Vor genau einem Jahr entschied sich die Regierung Chirac zu einem scharfen Kurs gegen die Etarras im französischen Baskenland. Bis heute schob sie im Zuge umfangreicher Fahndungsaktionen 70 mutmassliche Mitglieder oder Sympathisanten der ETA auf Grund einer ein abgekürztes Auslieferungsverfahren erlaubenden Verordnung nach Spanien ab; weitere sechs Verdächtige wurden ebenfalls an die Grenze gestellt, während momentan 15 mutmassliche Etarras in *Auslieferungshaft* sitzen. Mit diesem Vorgehen wurde der auf etwa 800 Personen geschätzte Kreis von im französischen Exil politisch im Untergrund tätigen spanischen Basken verunsichert und weitgehend gelähmt. Die Exilbasken verloren ihre frühere «Schutzzone». Während die Untaten der Gegenterrorgruppe GAL völlig aufhörten, da nun Paris dem Wunsch Madrids nach einer entschlosseneren Terrorbekämpfung nachgekommen war, schien indes die Tätigkeit der Iparretarrak wieder zuzunehmen. Die in ihrem Exilterritorium arg bedrängte ETA sah sich nicht länger veranlasst oder in der Lage, die französischen Terrorkumpanen weiterhin zur Zurückhaltung zu ermahnen.




Die Iparretarrak scheint in den letzten Monaten Zuzug von jüngeren «neuen Terroristen» bekommen zu haben. Zugleich wirkt sie aber an ihrer Spitze getroffen, wie die jüngste Polizeifahndung nach dem flüchtigen Anführer Philippe Bidart anzeigte. In diesem Moment entschloss sich Paris zum *formellen Verbot* der schon längst im Untergrund operierenden Organisation. Abgesehen vom psychologischen Wert dieser Betonung einer verstärkten Terrorabwehrbereitschaft gewinnen damit die französischen Sicherheitsbehörden bedeutende zusätzliche Rechtsmittel, um auf dem Umweg über den *Sympathisantenkreis* der Iparretarrak nun gegen diese selbst wesentlich wirksamer vorgehen zu können. Das Verbot der Iparretarrak bedeutet eine logische Folge der Bekämpfung der ETA-Umtriebe von französischem Territorium aus.

## Fünf spanische Polizisten als Folterer verurteilt

SDZ 18.07.87 **Madrid (dpa)**

**Fünf Mitglieder der spanischen Landgendarmerie Guardia Civil sind von einem Gericht in San Sebastian wegen Anwendung von Foltermethoden zu vier Monaten verschärftem Arrest verurteilt worden. Sie wurden außerdem für vier Jahre vom Dienst suspendiert und müssen dem Opfer zwei Millionen Peseten (30 000 Mark) Schmerzensgeld zahlen. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß die Polizisten 1982 die Baskin Juana Goikoextea als mutmaßliche ETA-Terroristin festgenommen und während der achttägigen Polizeihaft mit Fußtritten und Schlägen mißhandelt und verletzt hatten. Vor allem im Baskenland gibt es immer wieder Klagen und Prozesse wegen angeblicher Foltermethoden der Polizei. Auch die Gefangenenhilfe-Organisation amnesty international wirft der spanischen Polizei Fälle von Mißhandlung von Festgenommenen vor. Das Madrider Innenministerium spricht von seltenen Einzelfällen, die bestraft würden.**



## AMNISTIA APRIL-JUNI '87

**zur 10. jährung der "pro-amnestie-woche" kampagne für die freilassung der kranken gefangenen**

die pro-amnestie-kampagne 1987 wird sich als ziel stecken, die freiheit der unheilbar kranken gefangenen zu erreichen und das gesundheitswesen in den gefängnissen zu verbessern. wie alle jahre rufen die Asociaciones und Asambleas der angehörigen und freunde der politischen gefangenen in der zweiten maiwoche zum "kampf für die amnestie" auf - wobei sie gleichzeitig an die 1977 im baskenland gefallenen toten und verletzten erinnern - um die amnestie für die politischen gefangenen zu fordern.

die politischen gefangenen selbst sind die letzten zehn jahre im kampf für die amnestie die hauptprotagonisten gewesen. sie haben mit hungerstreiks und anderen protestformen zu verhindern gewußt, daß das regime sie physisch oder politisch zertritt. von einigen wenigen fällen von "arrepentimiento" (reue) abgesehen, hat die mehrheit der 1000 politischen gefangenen, die es in spanien gibt (hauptsächlich ETA, GRAPO, PCE(r), katalanische und galicische nationalisten), die ideen erhalten, wegen der sie verfolgt, verhaftet und eingesperrt wurden.

in diesem zusammenhang haben die gefangenen aus der PCE(r) und den GRAPO - heute in den gefängnissen von Soria und Carabanchel (frauen) mehrere hungerstreiks gemacht, wo bei einem José Crespo Galende (juni 1981) starb und andere schwere folgeerscheinungen erlitten, die sich in den jahren danach wegen des mangels an sanitären mitteln und der verbrecherischen schlamperei vieler gefängnisärzte allmählich verschlimmert haben. der tod des ETA-militanten Joseba Asencio im gefängnis von Herrera 1980 war ein weiteres greifbares beispiel von der absicht der regierung, die politischen gefangenen ohne hilfe sterben zu lassen.

**freiheit für Pinin und Inaki**

in diesen momenten gibt es zwei fälle, auf die die AFAPP-ACPG-CAPPA-ASPPA die öffentliche meinung aufmerksam machen wollen. es handelt sich um zwei gefangene, deren folgeerscheinungen aus den kämpfen, die sie geführt haben, den polizeilichen foltern und dem mangel an gesundheitswesen in den gefängnissen zu ihrem tod führen können, wenn nicht erreicht wird, daß sie freigelassen und außerhalb des gefängnisses ärztlich behandelt werden. es sind die fälle von Ernesto Fernández Portillo und Inaki Cuadra Echeandia.

Ernesto Fernández Portillo (Pinin) ist von einem virus angegriffen worden, der bei ihm die lähmung der beine bewirkt hat, und er allen ergebnissen nach invalide ist. unter diesen bedingungen ist es unmenschlich, ihn im gefängnis festzuhalten. Inaki Cuadra hat große probleme an den nieren, die ihn zu einer transplantation zwingen könnten, um seinen tod zu verhindern. die ärztliche verordnung, die er für seine epilepsie benötigt, kompliziert seine gesundheit. auch ist es unmöglich, ihn im gefängnis adäquat zu behandeln.

es gibt viele weitere fälle kranker gefangener, die schon aus rein humanitären gründen sich nur verbessern können, wenn sie aus dem gefängnis geholt werden, damit sich ihre angehörigen, ihre freunde und ihre vertrauensärzte um sie kümmern können.

**die 10. jährung**

im mai kommt es zur 10. jährung der pro-amnestie-woche. es war 1977, als im rahmen der mobilisierungen für die freiheit der politischen gefangenen in Euskadi sieben demonstranten durch die hände der polizei ihr leben verloren. seit damals entwickeln sich jahr für jahr in der ersten maiwoche eine woche lang feiern und demonstrationen für die amnestie und in erinnerung an die für ihre erreichung gestorbenen menschen.

aufgrund der mobilisierungen im mai 1977 sah sich die regierung gezwungen, die tore der gefängnisse zu öffnen. die amnestie von '77 wurde jedoch nur teilweise angewendet, bis zu dem punkt, wo die mitglieder der GRAPO, die Oriol und Villaescusa entführt hatten, und andere revolutionäre im gefängnis blieben. wenig später kehrten die gefängnisse dazu zurück, wieder wie vorher von politischen gefangenen überzulaufen.

im unterschied zu den davorliegenden jahren die verteidigung der politischen gefangenen die pro-amnestie-bewegung mit einer größeren verpflichtung versehen. es handelte sich in der mehrheit um wegen des gebrauchs des bewaffneten kampfes gegen die umgestaltung, die das faschistische regime begonnen hatte, verurteilte revolutionäre.

die pro-amnestie-bewegung polarisierte sich allmählich um zwei volksorganisationen, den Gestoras Pro Amnistía in Euskadi und den Asambleas Pro-Liberación de los Presos Políticos im rest des staates, die mit der zeit die aktuellen AFAPP-ACPG hervorbringen sollte. beide organisationen konzentrieren ihre kräfte in der solidarität mit den gefangenen revolutionären und der denunzierung von verhaftungen, folterungen und morden, die sich unter dem schutz des antiterroristischen gesetzes ereignen. in den ersten jahren richteten sie ihre ziele darauf, die existenz politischer gefangener vor der öffentlichen meinung zu denunzieren, die die regierung zu verheimlichen suchte, indem sie sie als soziale gefangene bezeichnete und ihnen verbot, im gefängnis politische aktivitäten zu entwickeln.

**die vernichtung der gefangenen**

die verabschiedung der Ley de Reforma Penitenciaria (strafvollzugsreformgesetz) sollte schließlich die absichten der regierung decken.

so sollten dank dieser die vernichtung der politischen gefangenen, der verbleib der repressiven kräfte im innern der gefängnisse, die anwendung typisch faschistischer zwangsmethoden vollständig legalisiert werden.

erwähnung verdient die von den AFAPP-ACPG während des hungerstreiks entfaltete aktivität, der im frühling 1981 von den politischen gefangenen aus PCE(r) und GRAPO bis zu den letzten konsequenzen durchgeführt wurde, um die vernichtungspläne zu zerschlagen, denen sie im gefängnis von Herrera de la Mancha ausgesetzt wurden. nahezu zwei jahre kampf, der mit dem tod Juan José Crespo Galendes nach 90 tagen hungerstreik seinen höhepunkt fand. der widerstand der gefangenen und die denunzierung durch die AFAPP-ACPG zwangen die UCD-regierung zurückzuweichen und die gefangenen in ein gefängnis mit menschenwürdigeren bedingungen zu verlegen.

**konstante unterstützung der baskischen gefangenen**

ständige mobilisierungen zur unterstützung der baskischen gefangenen und flüchtlinge haben in den dörfern und städten Euskadis stattgefunden. märsche, feiern, asambleas, sitzstreiks, demonstrationen. während der vergangenen drei monate wurde fast täglich im Euskal Herria (bask. volk) in solidarität mit den gefangenen und flüchtlingen gefeiert, mit dem höhepunkt der demonstration am vergangenen 29. märz in Vitoria, wo mehr als 5.000 menschen dem aufruf der Gestoras Pro Amnistía folgten, die amnestie der baskischen politischen gefangenen zu fordern.

**die ältesten politischen gefangenen Spaniens "die amnestie wird die revolution ankündigen"**

Manuel Xil Arauxo und Olegario Sánchez Corrales, militante aus den GRAPO, sind seit 1977 im gefängnis, beschuldigt der entführung von Oriol und Villaescusa. zehn jahre der kämpfe und des widerstandes. beide haben eine frage dieser zeitung beantwortet: wie seht ihr die sache der amnestie und die solidarität mit den gefangenen auf der straße?

Manuel: die amnestie wird erreicht werden, wenn es hier eine revolutionäre änderung gibt, vollzogen von den arbeitern, die die macht der bankiers, militärs und ähnlicher sippschaft in stücke zerreißt. eine veränderung, die die gefängnistore niederreißt. das heißt, die amnestie ist die zwillingsschwester der arbeit für alle, der volkskultur und des volksgesundheitswesens, des von basen und NATO freien landes, einer jugend, die all ihre lebenskraft entwickeln kann, eines würdevollen alters, der zu den männern gleichberechtigten frauen etc.

Olegario: die amnestie ist keine forderung, die für sich allein erreicht werden könnte, wie auch die arbeiter, die tagelöhner oder studenten unter diesem regime die fundamentalsten ziele, für die sie kämpfen, ein jeder für sich nicht erreichen können. die amnestie ist teil der gesamten widerstandsbewegung und wird genauso wie die übrigen volksforderungen nur mit der zerstörung des aktuellen regimes und seiner ersetzung durch den sozialismus erreicht werden.

Manuel: das heißt nicht, daß die teilbereichskämpfe keine wichtigkeit haben, im gegenteil. sie sind wie bäche, die allen poren dieser krisengesellschaft entspringen, und worum es geht, ist, daß sie alle in einen einheitlichen strom zusammenfließen, der das ganze alte wegschwemmt. so den kampf zu begreifen, bedeutet, wie man teilerfolge sowohl im bereich der amnestie als auch in anderen erreichen kann.

Olegario: die solidarität mit den gefangenen ist heute sehr wichtig, ist ein spiegel der allgemeinen ausweitung der kämpfe. einige jahre lang ging die sache mäßig, aber heute tritt sie über die ufer, wir erhalten von allen seiten anerkennung und beweise der unterstützung. was nötig ist, ist, daß die unterstützungsorganisationen nicht den zug verpassen, daß sie die früchte zu ernten verstehen und die solidaritätsbewegung auf ein höheres organisationniveau bringen.

**verlegung gefangener 'etarras'.** 16 mitglieder der terroristischen organisation ETA wurden am vergangenen sonntag aus dem gefängnis von Herrera de la Mancha (Ciudad Real) nach Almería, Ocana-1, Daroca und Huesca verlegt, mit dem ziel, "sie zu zerstreuen" und zu verhindern, daß die terroristische organisation sich vom gefängnis aus regeneriert - nach strafvollzugsquellen.
aus: el país, 23.6.'87

## Liste der militanten Gefangenen aus der PCE(r) und der GRAPO, Juni '87

**Prisión de Carabanchel-Mujeres (Madrid)**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Aurora Caystano Navarro | Grapo | 200 Jahre | |
| Carmen Cayetano Navarro | Grapo | 180 " | |
| Mercedes Padrós Coromines | Grapo | 287 " | s/a |
| Teresa González Rodríguez | Grapo | 175 " | s/a |
| Josefina García Aramburu | Grapo | 400 " | |
| Eva Alonso Arce | Grapo | 100 " | |
| Carmen López Anguita | Grapo | 500 " | |
| Carmen Nunoz Martínez | Grapo | 100 " | s/a |
| Dolores Romero Rodríguez | Grapo | 70 " | s/a |
| Elvira Diéguez Silvaira | Grapo | 18 " | |
| Francisca Pérez Pérez | Grapo | 21 " | |
| Ana Belén San Miguel | Grapo | 20 " | |
| Mercedez Herranz Arcones | Grapo | 40 " | s/a |
| Josefa Alarcón Laquente | Grapo | 24 " | s/a |
| Isabel Aparicio Sánchez | Grapo | 10 " | |
| Celsa Barcia Vallejo | Grapo | 10 " | |
| Dolores López Guillén | Grapo | 120 " | |
| Alicia Artímez Alvarez | PCE(r) | 9 " | |

**Prisión de Alcala-Meco (Madrid)**

| | | | |
|---|---|---|---|
| José Carlos Comesana Costa | Grapo | 40 " | s/a |
| Sebastián Rodríguez Veloso | Grapo | 40 " | s/a |
| Francisco Cela Seoane | Grapo | 40 " | s/a |
| Luis Cabezas Mato | Grapo | 40 " | s/a |
| Jaime Simón Quintela | Grapo | 40 " | s/a |
| Buenaventura García Martín | Grapo | 40 " | s/a |
| José Francisco Tapia Segovia | Grapo | 40 " | s/a |
| Antonio Pedrero Donoso | Grapo | 40 " | s/a |

**Prisíon Hospital Penitenciarto-Carabanchel (Madrid)**

| | | |
|---|---|---|
| Eugenio Fernández Montero | Grapo | 18 Jahre |
| Avelino Gómez Gómez | Grapo | 70 " |
| Inaki Cuadra Etxeandía | Grapo | 80 " |
| José Jiménez Fernández | Grapo | 300 " |
| Ernesto Fernández Portillo | Grapo | 16 " |

**Prisiones de Francia**

| | | |
|---|---|---|
| Enrique Cuadra Etxeandía | PCE(r) | 4 Jahre |
| Manuela Ontanilla Galén | PCE(r) | 5 " |
| Milagros Caballero Carbonell | Grapo | 6 " |

**Prisión de Soria (Soria)**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Rogelio Vázquez Gómez | Grapo | s/j | |
| Pablo Cabezas Mato | Grapo | s/j | |
| Jesús Cela Seoans | Grapo | s/j | |
| Pablo Serrano Serrano | Anarquista | 33 Jahre | |
| Manuel Arango Riego | PCE(r) | 12 " | |
| Francisco Brotons Beneyto | Grapo | 90 " | |
| Juan Jesús Mulnos Formoso | Grapo | 250 " | |
| José Ortín Martínez | Grapo | 24 " | |
| Victorino Diéguez Guerra | Grapo | 17 " | |
| Telmo Varela Fernández | Grapo | 30 " | |
| Joaquín Vieltes Santos | Grapo | 20 " | |
| Fernando Viqueira Sanda | Grapo | 17 " | |
| Joaquín Gerrido González | Grapo | 250 " | |
| Manuel Gil Araujo | Grapo | 94 " | |
| Juan García Martín | Grapo | 200 " | |
| Manuel Parodi Munoz | Grapo | 500 " | |
| Joaquín Calero Arcones | Grapo | 100 " | |
| Juan José Díaz Fernández | Grapo | 21 " | |
| Francisco Rodríguez Veloso | Grapo | 100 " | |
| Antonio Lago Iglesias | Grapo | 100 " | |
| Juan Sánchez Moreno | Grapo | s/j | |
| José María Sáchez Casas | Grapo | 1800 " | |
| Fernando Hierro Chomón | Grapo | 470 " | |
| José Balmón Castell | PCE(r) | 40 " | |
| Fernando Silva Sande | Grapo | 14 " | |
| Pedro Ríos Pérez | PCE(r) | 12 " | |
| Fernando Rodríguez Blanco | Grapo | 40 " | |
| Olegario Sánchez Corrales | Grapo | 45 " | |
| Fernando Fernández Gonzéles | Grapo | 18 " | |
| Manuel Quesada Jiménez | Grapo | 40 " | |
| Valentín Benito Inigo | Grapo | 16 " | |
| Alfonso González Cambeiro | Grapo | 200 " | |
| Enrique Alvarez Abalde | PCE(r) | 16 " | |
| J.Manuel Pérez Hernéndez | Grapo | 100 " | |
| Francisco Martín Valero | Grapo | 500 " | |
| Pablo Fernández Billalabeitia | " | 50 " | |
| Justo Cábanas Morán | Grapo | 50 " | |
| Lucio García Blanco | PCE(r) | 6 " | |
| Benjamín Grande Serrano | Grapo | 3 " | s/a |
| Juan José Donoso Pulido | Grapo | 3 " | s/a |
| Victorio Calcerrada Fornieles | " | 45 " | |
| Leoncia Calcerrada Fornieles | " | 47 " | |
| Antonio Narváez Tarnero | PCE(r) | s/j | |
| José Sevillano Martín | Grapo | s/j | |
| José Antonio Remón Teijelo | Grapo | 13 Jahre | |
| Francisco Javier Ros Díaz | Grapo | 215 " | s/a |

Noten:
s/j sin juzgar
s/a sin acabar los juicios, con procesos pendientes.

News in brief

Abu Nidal Trains Guerrillas in Cyprus: Israeli Mossad secret service sources claim that members of Sabri el Bana's (Abu Nidal) Black June Revolutionary Council are training Armenian, Kurdish and Greek Cypriot guerrilla at bases in the Troodos mountains in southern Cyprus. The camps were moved from Syria where in-figthing between Palestinian groups has been reported. The camps are beeing serviced from Nicosia, Athens and Tripoli, according to the Mossad sources. However, Dr.George Habash's Popular Front for The Liberation of Palestine has reportedly broken ties with the Armenian and Kurdish groups and now refused to grant them training facilities at their bases. (Jane's Defence Weekly 18.07.87)

SDZ 28.97.1987

# Andreas Papandreou stärkt sich an einer Krise

**Belgrad, 27. Juli**

**Offenbar schwer verärgert hatte Ministerpräsident Andreas Papandreou Ende vorigen Monats den Amerikanern gedroht, es werde, falls sich Washington nicht „offiziell und öffentlich" entschuldige, nicht einmal zu Vorverhandlungen über den zukünftigen Status der US-Militärbasen in Griechenland kommen; seine sozialistische Pasok-Regierung lasse sich nicht erpressen. Aber noch Ende dieses Monats wird in Athen der Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten im State Department, Michael H. Armacost, erwartet. Er kommt zu Vorverhandlungen über die Stützpunkte der USA auf griechischem Boden, wie sie bei der NATO-Konferenz Mitte Juni in Reykjavik zwischen den Außenministern Shultz und Papoulias vereinbart worden waren. Die Amerikaner haben sich, wie es Papandreou forderte, offiziell und öffentlich entschuldigt. Die bisher letzte in einer langen Reihe von griechisch-amerikanischen Krisen ist, zumindest vorerst, beendet. Der gewiefte Taktiker Papandreou kann sich als Punktsieger feiern lassen.**

**Was in dieser Vier-Wochen-Krise vor sich ging, wie sie begann und schließlich beendet wurde, ist freilich voller Merkwürdigkeiten. Der Verdacht, daß hier durch Indiskretionen und lancierte Informationen ein Klima geschaffen wurde, das es dem durch Wirtschaftskrise und interne Pasok-Querelen angeschlagenen Papandreou ermöglichen sollte, nationales Rückgrat zu beweisen, beschäftigt nicht nur griechische Zeitungskommentatoren. Begonnen hatte die „Krise" mit einem Treffen, um das der amerikanische Botschafter Keeley den griechischen Außenminister Papoulias am 25. Juni gebeten hatte. Dabei hatte der Amerikaner den Griechen – wie wenig später die *New York Times* enthüllte – die Besorgnis Washingtons über offizielle griechische Kontakte mit dem palästinensischen Terroristenchef Abu Nidal zum Ausdruck gebracht und entsprechendes Beweismaterial vorgelegt.**

**Die regierungsnahe Athener Zeitung *Eleftherotypia* zog nach und behauptete, Abu Nidal sei Mitte Juni auf dem Athener Flughafen mit dem Chef des griechischen Nachrichtendienstes, Tsimas, zusammengetroffen und habe auch Kontakt zu einem Pasok-Abgeordneten im Europa-Parlament aufgenommen. Trotz offizieller Dementis hält sich in Athener Sicherheitskreisen weiter die Version, Abu Nidal habe in der Tat mit griechischen Kontaktpersonen Möglichkeiten erörtert, in Athen Fuß zu fassen: gegen die Zusicherung, auf griechischem Territorium nicht „aktiv" zu werden und Athens Sicherheitsbehörden über die arabische Terroristenszene zu informieren. Diese angeblichen Kontakte fallen in die Zeit, da Abu Nidal auf Befehl des syrischen Staatschefs Assad – der damit seine Abkehr vom internationalen Terrorismus beweisen wollte – seine Büros in Damaskus hatte schließen müssen.**

**Was immer den Amerikanern an „Belastungsmaterial" vorgelegen haben mag: Das zukünftige Schicksal ihrer Militärstützpunkte in Griechenland schien ihnen offenbar wichtiger zu sein als sich mit Athen über angebliche oder tatsächliche Terroristenkontakte zu streiten, zumal da ihre eigene Glaubwürdigkeit durch die Irangate-Affäre angeschlagen ist. Hinzu kam, daß die Heftigkeit der Reaktion Papandreous auf die amerikanischen Vorwürfe in Washington offenbar überraschte. Und auf dem Höhepunkt der griechisch-amerikanischen Krise – wieder durch gezielte Indiskretion – wurde in Athen ein Briefwechsel zwischen dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow und Papandreou veröffentlicht. In seinem am 14. Mai in Athen übergebenen Brief äußert Gorbatschow die Hoffnung, daß „in Übereinstimmung mit der einmütigen Forderung des griechischen Volkes" die amerikanischen Militärbasen entfernt würden. In seiner Antwort vom 9. Juni wendet Papandreou freilich ein, daß eine Beendigung oder Erneuerung des im Dezember 1988 auslaufenden Abkommens über die US-Basen von den Bedingungen abhängen werde, „die mit der Sicherung unserer nationalen Interessen und der Sicherheit unseres Landes, insbesondere angesichts der sichtbaren Bedrohung durch unser Nachbarland Türkei, im Zusammenhang stehen".**

**Washington beeilte sich, das kleinere Übel zu wählen und dem Wunsch Papandreous nach „Entschuldigung" nachzukommen. Anfang voriger Woche veröffentlichten die Athener Zeitungen einen Brief des Unterstaatssekretärs Armacost an Außenminister Papulias, in dem zwar nichts von dem zurückgenommen wird, was – in der Presse – über griechische Kontakte mit Abu Nidal behauptet wurde, gleichwohl aber bedauert wird, daß der amerikanisch-griechische „Gedankenaustausch" über den Terrorismus zu „Mißverständnissen" geführt habe. Ein Athener Regierungssprecher bezeichnete den Brief als „zufriedenstellend"; den Vorverhandlungen über Zukunft und Status der US-Militärbasen stehe nichts mehr im Wege.**

**Der Verdacht freilich, daß Papandreou den Terroristenkonflikt mit Washington als willkommenen Anlaß nahm, um seine Position im nationalen griechischen Lager zu festigen, bleibt bestehen; auch hält sich die Vermutung, daß er mit der Veröffentlichung des Briefwechsels mit Gorbatschow seinen linken Pasok-Flügel zur Raison bringen wollte. Und es gibt Spekulationen in Athen, daß Papandreou von dieser Position der Stärke aus vorgezogene Parlamentswahlen anpeilt, um danach mit den USA ein modifiziertes neues Abkommen über die US-Militärstützpunkte abzuschließen. Seine Ankündigung, ein solches Abkommen von einer Volksbefragung abhängig zu machen, deutet darauf hin: Letzte Umfragen ergaben, daß trotz des latenten Anti-Amerikanismus ein modifiziertes Stützpunktabkommen von der Mehrheit der Bevölkerung gebilligt werden würde. Die politische Virtuosität Papandreus scheint ungebrochen zu sein.**

weil sie von der Ideologie, mit der sie auftritt, unabhängig ist.

Wir haben also beschlossen, den vom Kapital und der bürgerlichen Justiz eingestellten und von dem heuchlerischen Präsidium der GSEE (Griechischer Gewerkschaftsbund) ausgezeichneten Anhänger der Junta, G. Raftopoulos, heute der wichtigste Vertreter der Clique der Handlanger der bürgerlichen Klasse in der Arbeiterbewegung, hinzurichten.

Da ihm seine willkürliche Bestellung und seine Inthronisierung als Vorsitzender unter dem Schutz von MAT, MEA, Arkoudeas nicht im geringsten unangenehm war. Schließlich war ihm ja auch vorher weder die Enthaltsamkeit noch die Prügel für Streikende, noch die Verhaftungen und Entlassungen von streikenden Arbeitern, Massenentlassungen von zig Arbeitern und erzwungenen Kündigungen von Arbeitern unangenehm. Es gab genügend Pseudostreiks, um den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen und genügend Appelle zur Einigkeit an die Funktionäre der Linken. Die rennen in die Gerichte der Herrschenden und verlangen von ihnen, daß sie sie rehabilitieren, wie die offiziellen Kuppler des Verkaufs der Ehre der Werktätigen, oder geben den Pasokisten Kontra in Bezug auf die Beteiligung an ihrer Maikundgebung und freuen sich über das Parteimarketing, das freilich keinerlei Gehalt hat, da sich ja in der Praxis der Wille der Kapitalisten aufgrund des durch Routinestreiks geschwächten Kampfgeistes der Arbeiter durchsetzen kann.

Durch die besoldete Gewerkschaftsführung der Parteilinken, die den Grenzen der Legalität der staatlichen Gewerkschaftsbewegung unterworfen ist, d.h., der Linie des Regimes, wird die Kontrollmöglichkeit der kapitalistischen Kräfte auf die Bereiche der Arbeiterklasse ausgedehnt, die bei dem Versuch, Widerstand gegen das Kapital zu leisten, so unter die Kontrolle des linken Parteimechanismus fallen.

So stellt auch die Gewerkschaftsführung einen wichtigen Bereich der vom Kapital institutionalisierten "Arbeiteraristokratie" und folglich eine grundlegende gesellschaftliche Stütze der bürgerlichen Klasse dar.

Besonders die KKE als wichtigster Vertreter der organisierten Kräfte der Arbeiterbewegung erscheint als grundlegender Faktor, der die Herrschaft der bürgerlichen Kräfte über die Arbeiterbewegung strukturiert und vermittelt.

Unsere Tat, die sicher die tollwütige Reaktion aller systemtreuen Kräfte (Regierung, Bourgeoisie, systemtreue Parteimechanismen und Organisationen der Rechten und Linken) hervorruft, soll ein Hinweis an die Arbeiterklasse sein, sich selbst zu organisieren und den Kampf gegen die Herrschenden mit allen Mitteln zu führen.

Gleichzeitig soll es eine Warnung sein an verschiedene bürokratische Führer des Kapitals, daß ihr Verrat nicht ungestraft bleiben wird. Z.B. an Gewerkschaftler, wie die der LARKO, die akzeptiert haben, daß manche ihrer Kollegen belobigt wurden während andere entlassen oder zur Kündigung gezwungen wurden, ohne daß wesentlicher Widerstand entgegengesetzt wurde. Oder z.B. an diverse Streikbrecher der Partei. Sie alle sind Verräter ihrer Klasse und müssen von den Arbeitern aufs Korn genommen werden.

Den Kommentar zu den Protokollen der 22. Sitzung des Zentralkommitees der PASOK haben wir uns zum Schluß aufgehoben. Diese Protokolle sind besonders aufschlußreich in Bezug auf die Unverschämtheit der Kader der Regierungspartei. Dieses Gremium billigt auf der einen Seite mit großer Mehrheit das Referat Papandreous über die 'Normalisierung des Arbeitsmarktes', d.h., Massenentlassungen gemäß den Forderungen des Kapitals und Fortsetzung der Politik der Enthaltsamkeit, und auf der anderen Seite begrüßt es den Antrag des Gewerkschaftsflügels, die PASKE (Gewerkschaftsbewegung der PASOK) sollte gegen die Entbehrungen und gegen die Arbeitslosigkeit Initiative ergreifen, auf daß es ein 'Prüfstein' werde für die gewerkschaftlichen Kräfte der PASOK.

Dieselben also, die mit ihrer Stimme im ZK die Fortsetzung und Intensivierung der volksfeindlichen Politik verteidigen, dieselben also (G. Raftopoulos und seine Anhänger) übernehmen es, 'Opposition zu spielen' (angeblich bekämpfen sie die Politik, die sie gemeinsam gebilligt haben) mit dem einzigen Ziel, das Volk bewußt zu täuschen, um es in der Gewerkschaftsbewegung der Regierungspartei festzuhalten und folglich der Politik des Kapitals zu unterwerfen.

Dies sind also die regierenden 'Sozialisten' und ihre Gewerkschaftler. So ist der einzige Weg zur gesellschaftlichen Befreiung die Selbstorganisation und das Fortschreiten mit allen Mitteln des antikapitalistischen Kampfes.

Wir wenden uns an die Funktionäre der Parteilinken, wenn wir sagen:

- Die Arbeiterschaft braucht keine Kuppler für den Ausverkauf ihrer Arbeitskraft!
- Tod den Herrschenden und ihrer Spitzel!
- Gesetz ist das Recht des Arbeiters!

Der Klassenkampf für die Revolution und eine klassenlose Gesellschaft geht weiter.

**Zur Person G. Raftopoulos**

G. Raftopoulos wurde in Velina (Korinth) geboren, ist 47 Jahre alt und studierte Politische Wissenschaften in Pandeio.

Er ist Beamter der Bank Griechenland und Gewerkschaftsfunktionär in der Beamtenvereinigung des Allgemeinen Rates der OTOE und im Ausschuß der EKA.

1976 wurde er zum Generalsekretär des Gewerkschaftsflügels der PASOK/PASKE gewählt. Im Januar 1982 wurde er zum Generalsekretär des GSEE ernannt, und nach dem 20. Gewerkschaftstag im Mai 1983 wurde er zum Vorsitzenden des GSEE gewählt.

Er ist auch Mitglied im ZK der PASOK.

## KOMMUNIQUE

Seit einiger Zeit verfolgen wir die Gerüchte über die verschiedenartigsten Initiativen und Stellungnahmen, die sich, einmal mehr, um die Gefängnisse und insbesondere um die kommunistischen Gefangenen drehen.
Die Tatsache, daß im Mittelpunkt dieser heftigen Agitation von Parteien und Massenmedien das Gefängnis Rebibbia und der Prozeß "Moro 3" in Rom stehen, ist gewiß kein Zufall: Was für eine bessere Gelegenheit gäbe es zum Saisonabschluß als den Prozeß der Roten Brigaden, um die Angriffe gegen die revolutionäre Erfahrung und die italienische Guerilla bis zum letzten zu steigern?
Der Zweck dieser Initiative ist sehr klar: Den Zyklus der revolutionären Zusammenstöße von den siebziger Jahren bis heute endgültig abzuschließen. Schluß zu machen mit dem bewaffneten Kampf als einer Perspektive der Revolution und der Befreiung des Metropolen-Proletariats.
Die Notwendigkeit, in diese Diskussion einzugreifen, entsteht vor allem durch den Inhalt, den man zu befestigen versucht und gegenüber welchem kein Revolutionär es umgehen kann, sich zu äußern, auf Grund einer Kette von widersprüchlichsten Stellungnahmen.
Wir als Gefangene und darum direkt von dieser Angelegenheit betroffen, glauben, daß niemand heutzutage für sich das Recht beanspruchen kann, "im Namen aller Gefangenen" zu sprechen und im Namen einer revolutionären Erfahrung, die dem gesamten Proletariat gehört.
In dieser Einmischung wollen wir unseren eigenen Standpunkt darlegen, indem wir uns auf die revolutionäre Bewegung und auf die Situation der Klassen berufen.
Noch befinden wir uns einem präzisen und einheitlichen politischen Projekt gegenüber, aber die Zielsetzung der "sozialen Befriedung" und der "politischen Lösung" des Problems des bewaffneten Kampfes besitzt bereits sehr feste Beziehungen und Bindungen mit den institutionellen Mächten, die entschlossen sind, dieses Projekt zu verwirklichen.
Die Gegebenheit, der wir gegenüberstehen, ist der auffallend politische Charakter der Frage und seine Entwicklung in der Vielseitigkeit des Zusammenstoßes der Klassen in dieser Phase.
Das sich abzeichnende Projekt beschränkt sich in der Tat nicht auf die x-te Bemühung, die Erbschaft der Guerilla zu verramschen und auf die, einige Gruppen von Gefangenen "in die Arme der Gesellschaft zurückzuführen"; es ist vielmehr weit ehrgeiziger und geht viel weiter.
Die Bourgeoisie schlägt heute vor, den Bruch zwischen dem Staat und dem Klassenkampf der letzten zwanzig Jahre "einzurenken und zu sanieren". Diese Operation führt über die Vernichtung des bewaffneten Kampfes und der revolutionären Perspektive, welche die OCC auch gegen den Reformismus, den Revisionismus und die Befriedung geführt haben und die den Klassenkampf in Italien eingeengt haben, indem sie ihm den strategischen Atem raubten.
Auf diese Weise versucht die Bourgeoisie, der revolutionären Perspektive ihre Legitimität zu nehmen, die durch die Guerilla eröffnet wurde als eine Möglichkeit und Notwendigkeit zur Zerstörung und Verwandlung der Beziehung der Klassen, indem sie die Eroberungen und das angesammelte Wissen vieler Jahre des Kampfes vernichtet, mit dem Ziel, den Gegensatz der Klassen in einen übersehbaren und "demokratischen" Rahmen zurückzuführen.
Nicht durch Zufall beginnt diese Strategie sich in einer Phase zu konkretisieren, die äußerst schwierig und wichtig für die revolutionäre Bewegung ist, welche beginnt, mitten in einem Zustand großer Schwäche, neue Signale einer Wiederaufnahme des Antagonismus der Klassen und der Initiativen des Widerstandes zu senden.
Der Einsatz ist äußerst hoch und beginnt bereits weite Kreise der institutionellen politischen Mächte zu berühren, voran die Christliche Demokratie (DC).
Diese Partei hat sich mehr als alle anderen gerührt, um das notwendige politische Feld vorzubereiten: durch Informationsumfragen über die voraussichtlichen Gegensätze unter den Gefangenen, durch Angebote einer politischen Lösung, die auf sehr bezeichnende Weise und nach gewisser Auswahl geführt wurden, bis zur Erklärung der Verhandlungsbereitschaft der DC durch den Mund von DeMita in Person "angesichts der Tatsache, daß die Roten Brigaden ihre Vergangenheit neu diskutieren wollen". Dem entspricht, was die Sozialistische Partei Italiens (PSI) betrifft, die Erklärung von Formica, daß "die nächste Legislatur die Frage der politischen Gefangenen wird aufwerfen müssen".
Inzwischen fehlt es nicht an Widersprüchlichkeiten innerhalb der Bourgeoisie, und die ganze lärmende Kampagne über den "Abschluß" oder die "Verhandlungen", die von den Massenmedien übermäßig aufgebauscht wird, ist ein Zeichen dafür, daß die Frage des bewaffneten Kampfes einen entscheidenden Widerspruch der Konfrontation der Klassen in Italien darstellt.
In der weitangelegten Initiative, die augenblicklich von der DC lanciert wird, um eine in den letzten Jahren in Frage gestellte Bedeutung und Einheit zurückzuerobern, die vorrangig sind, um sich wieder unter Beweis zu stellen und zu behaupten als politische Macht, fähig, den Staat wiederaufzubauen, auf soliderer Basis und mit moderneren "demokratischen" Koordinationen, kommt vor allem

auch die Bemühung dieser Partei hinzu, sich als einen tauglichen und fähigen Verhandlungspartner darzustellen, der mit dem bewaffneten Kampf in Italien Schluß machen kann.
Diese Anstrengung, "einen Schlußstrich zu ziehen" unter die Vergangenheit, in dem Versuch, den Klassenkonflikt auf die kontrollierbaren Bahnen des "demokratischen Spielfeldes" zurückzuleiten, kann ein machtvolles element der politischen Erstarkung dieser Partei werden.
Von einem allgemeinen Standpunkt aus gesehen ist die soziale Befriedung ein sehr bedeutsames Element, um der imperialistischen Bourgeoisie und dem herrschenden multinationalen Kapital den Raum und das soziale Klima zu sichern, die notwendig sind, um den Prozeß des produktiven Wiederaufbaus und die Neudefinition des sozialen Gefüges der letzten Jahre voranzutreiben.
Der immer aggressiver antiproletarische Charakter des Prozesses des Wiederaufbaus und des imperialistischen Krieges verlangt eine Klasse und eine Bewegung, die möglichst immer mehr schrumpft, und ein Einsperren in den Raum der "zivilen Gesellschaft".
Angesichts der kapitalistischen Krise plant die Bourgeoisie, mit der strategischen Kontinuität gegen die revolutionäre Erfahrung der siebziger Jahre und der von heute zu brechen.
Die massive psychologische Kriegskampagne, die der Staat seit den letzten Aktionen der italienischen Guerilla unternommen hat, und die überraschende Beschleunigung der öffentlichen Debatte über die politische Lösung, gehören in diesen Rahmen und haben zum erklärten Ziel, die Guerilla von ihrer legitimen Geschichte zu trennen und die Wiederaufnahme der Klassenbewegung ihrer revolutionären Zielsetzung zu entleeren.
Dieses konterrevolutionäre Projekt beginnt, angesichts der Krisen der Guerilla und der revolutionären Bewegungen, in einer sehr schwankenden Situation, Gestalt anzunehmen; es versucht, in das Gewebe der Klassen einzudringen, um dort Gegensätze einzufiltern und zu beschleunigen.
Der Ausgangspunkt ist, den Angriff "ins Innere der Klassen" hineinzutragen, wobei man sich derer bedient und denen den Platz läßt, die das revolutionäre Lager verlassen und sich zu Zwischenträgern der Richtlinien einer Waffenniederlegung und sozialen Befriedung der proletarischen Bewegung benutzen lassen.
Die Offensive des Staates gegen die Guerilla hat, vor 1980 und danach, nicht bei der militärischen Trennung der OCC und der Avantgarde der Klassen, mit Hilfe des "Projekts Pentiti" ("Reuige") Halt gemacht. Sie hat fortgefahren und sich weiterentwickelt in dem Projekt der "Dissoziation" ("Aussteiger"), mit der Absicht, sich in breite Kreise der antagonistischen und revolutionären Bewegung einzuschleichen, die Kampfaufgabe und Befriedung fortzuführen, indem man versucht, über die angebliche Subjektivität des revolutionären Bewußtseins zu diskutieren, und dies in einer Situation der Schwächung und Zersetzung.
Augenblicklich mißt sich dieses Projekt mit der Vielfältigkeit und der Eigentümlichkeit der Konjunktur, die wir durchschreiten. In einer ersten Phase hatte sich die Bourgeoisie als Ziel seines Angriffes gesteckt, eine eingewurzelte Perspektive zu schwächen, die dazu geeignet ist, Ausgangspunkt einer Wiedergeburt innerhalb der Klassen zu sein.
Man versucht heute, einen "strategischen Sieg" zu erringen, indem man die Möglichkeit selbst einer Revolution leugnet, durch den Angriff auf die vorhandene revolutionäre Subjektivität und auf den Antagonismus der Klasse in diesem Komplex.
Die Schwächung und die andauernden Gegensätze innerhalb der Klassenbewegung begünstigen die Bedingungen, um die konterrevolutionäre Strategie neu zu definieren. Der Angriff wird nicht mehr einzig durch die juristische Körperschaft, die Magistratur, den Gefängnisapparat usw. verordnet, sondern in erster Linie durch die institutionellen politischen Mächte geführt, die ihn auf alle Gliederungen der Konfrontation hin entwickeln; unter der Devise der "Versöhnung" zwischen Staat und Klassenbewegung.
Der Ausgangspunkt dieser fortlaufenden Initiative ist in der augenblicklichen Konjunktur für den Staat ebenfalls das Gefängnis, insbesondere der Raum der Gefangenen des bewaffneten Kampfes. Sie bilden im Moment für die Bourgeoisie die beste Angriffsfläche zur Entwicklung des Projekts. Auf dieser Grundlage suchen die politischen Kräfte, DC voran, heutzutage unter den Gefangenen Vermittler zu finden, die von der aktuellen Unmöglichkeit des bewaffneten Kampfes überzeugt und dazu bereit sind, sich mit diesem Projekt vertraut zu machen und außerdem innerhalb der Bewegung präzise Signale der Auflösung und Befriedung übertragen. Aus diesem Grunde ist das Kommen und Gehen der Politiker, Journalisten und verschiedenster Personen im Gefängnis Rebibbia und rund um den Prozeß "Moro 3" lebhafter und von öffentlichem Interesse geworden, und die "Debatte" hat begonnen, sich überall auf den Seiten der Zeitungen auszubreiten.
Es gibt eine grundsätzliche These, die man in den letzten Monaten in die Debatte der Bewegung einzuführen versucht und die, genauer genommen, von "Interesse" für die Bourgeoisie ist: Der soziale Zusammenprall der siebziger Jahre sei "historisch abgeschlossen" das heißt, eingeordnet in eine nicht wiederholbare Vergangenheit und außerhalb der aktuellen Geschichte.
Darum verhandelt man, um den Abschluß dieses Komplexes als historisch-soziales Phänomen "möglich zu machen, indem kulturelle und politische Instrumente zu seiner Überwindung geschaffen

werden".
Den Verteidigern dieser These nach müßten auch die Bedingungen (!) geschaffen werden für die Befreiung aller Personen, die am Kampf und an der Guerilla der letzten zwanzig Jahre teilgenommen haben. Befreiung aus dem Gefängnis, aus dem Exil, aus dem Untergrund.
Wir glauben, daß die Frage der "Befreiung der Gefangenen des Bewaffneten Kampfes", so wie man sie der Klassenbewegung vorschlägt, nämlich unter der Befriedung, daß sie sich der sozialen Befriedung unterwirft, einen deutlich instrumentalen und Zweckcharakter besitzt, in dem Sinne, daß damit die Verteidiger der politischen Lösung und der Verhandlung mit dem Staat größeres Gewicht und Legitimität erwerben.
Die Befreiung der Gefangenen war immer ein Feld der Mobilmachung der Bewegung, aber im Rahmen der Schwächung und Zersetzung dieser Jahre hatte man oft leichtes Spiel, Gefangenen die Befreiung in Form der Kapitulation vorzuschlagen, indem man sie ihrer revolutionären Identität entledigte. (Vom Angebot Scalzone bis zu den Anhängern verschiedenster Amnestien.)
In einem von derartigen Initiativen der Waffenniederlegung und des Schleuderhandels beschmutzten Lagers handelt es sich also darum, einen revolutionären Zusammenstoß ganz neu zu konstruieren, zwischen dem politischen Knoten der Befreiung und dem Kampf gegen das imperialistische Gefängnis, und gewiß kann man nicht daran denken, dies in irgendeiner Form der Verhandlung mit den politisch "interessierten" Mächten, DC vorneweg, zu tun.
Im Gegenteil, diese Art der Bereitwilligkeit kann nur die Aktion der Bourgeoisie begünstigen, wobei versucht wird, jedweden zu "kriminalisieren", der sich außerhalb einer Optik der Befriedung stellt, ebensogut innerhalb der revolutionären Bewegung wie im Innern der Gefängnisse.
Es erscheint uns wichtig, etwas mit Klarheit zur Frage der "Befreiung der Gefangenen" zu wiederholen und zu den "Bedingungen", unter denen heute das Angebot an die Klassenbewegung gemacht wird.
Für uns ist die Befreiung der Gefangenen, wie der Kampf gegen das imperialistische Gefängnis sicher ein Feld ständiger Initiativen. Und wir glauben, daß es niemals aufgegeben werden darf.
Dies ist direkt mit einer Sicht des Kampfes im imperialistischen Gefängnis verbunden, ebenso wie mit der Rekonstruktion, im Knast, eines Gefüges von Solidaritätsbeziehungen und Konfrontationen zwischen den verschiedensten Gruppen revolutionärer und proletarischer Gefangener.
Hingegen die Befreiung von Gefangenen in ein zentrales Objektiv und "abgetrennt" von dem Anwachsen der revolutionären Bewegung zu verwandeln, kann nur entweder ihre abstrakte ideologische Erhöhung oder, noch viel schlimmer, ihre Adoption in Form von Ausverkauf oder Verhandlungen mit dem Staat und der Gegenleistung der sozialen Befriedung bedeuten.
Dies alles könnte eine gefährliche "Sackgasse" werden, in der die Klassenbewegung schließlich erlöschen würde im nämlichen Augenblick, da man überall Anzeichen der Wiederaufnahme des Antagonismus und der revolutionären Initiative erkennen kann.
Für uns sind Befreiung und Revolution untrennbare Pole ein und derselben Dialektik sozialer Transformation!
Nicht zum ersten Mal in den letzten fünf/sechs Jahren hören wir Ex-Revolutionäre und Neoreformisten ähnliche Inhalte behaupten. Das Thema ist immer dasselbe: auf den bewaffneten Kampf, auf den realen revolutionären Widerstand zu verzichten und die Regeln des "demokratischen Spiels" zu akzeptieren und so die Idee und die autonome Organisation des Proletariats im Zusammenstoß der Klassen zu zerstören. Seit jeher besteht einer der bedeutendsten Faktoren der Verstärkung des bourgeoisen Systems seiner Fähigkeit, die Gegensätzlichkeiten des sozialen Konflikts aufzusaugen und den Antagonismus der Klassen auf eine Variante des bourgeoisen Systems zu reduzieren, dadurch, daß man seine Antagonisten und organisierten Ausdrucksformen des revolutionären Charakters entleert. Man versucht, sie in die sogenannte "demokratische Dialektik" hineinzuzwingen und den Inhalt aufzuwerten, weil auch sie dazu beigetragen hätten, die aktuelle "demokratische Gesellschaft" voranzutreiben!
Dieses Manöver ist tödlich für die Klassenbewegung, weil es nichts anderes bedeutet als eine indirekte Ehrenrettung des Kapitalismus, seiner Möglichkeit, die "Krise zu überwinden" und seiner Unmöglichkeit, sie zu zerstören: Eine Aufforderung an das Proletariat, seine eigene Existenz zu zerstückeln in einem Freiraum, den die sogenannte "postindustrielle Gesellschaft" ihm zugesteht.
Aber die Ideen, die Stärke, das revolutionäre Wissen, welches das Proletariat in seiner Gesamtheit in zwanzig Jahren des Kampfes angesammelt hat, sind ein Gemeingut der Klassen, das sich nicht auflöst und das allein aufgewertet werden kann, indem es eingeschmolzen wird in der revolutionären Planung und Praxis, die heutzutage auftaucht in den Zusammenstößen der Klassen und dem Anwachsen der Bewegung des Kampfes.
In diesem Sinne kann man von revolutionärem Gedächtnis sprechen, indem man sich die Gesamtheit der Erfahrungen des bewaffneten Kampfes dieser Jahre zu eigen macht. Die Roten Brigaden und die italienische Guerilla im Allgemeinen sind im Gefolge der großen Massenbewegungen entstanden, die auf internationalem Niveau die Offensive gegen den Imperialismus neu lanciert haben und den Platz einer radikalen revolutionären Kritik der sozial-kapitalistischen Beziehung in ihrer

Totalität einnehmen. Und mit der Zeit ist es ihnen gelungen, sich in der Praxis als ein bedeutender Beziehungspunkt der gesamten revolutionären und Klassenbewegung zu behaupten.
Diese historische und soziale Legitimation der Anwendung proletarischer Gewalt, um den Kapitalismus zu zerstören und zur Veränderung des ökonomischen-sozialen Systems wird, in dieser Phase der Schwäche der Bewegung, direkt durch die Bourgeoisie angegriffen mit dem Ziel, die Bewegung endgültig zu zerschlagen.
Nach der Offensive des Staates gegen die OCC seit 1982 sind die strategischen Beziehungen der revolutionären Linken der Klassen, dargestellt durch die Roten Brigaden und die Guerilla allgemein, weitgehend neu abgemessen worden durch die Konterrevolution und die Krise, welche die Bewegung in ihrer Gesamtheit betroffen hatten. Dies war nicht ohne Konsequenzen und hat schließlich den Zerfall der revolutionären Opposition begünstigt, und ein paralleler Prozeß zeigt sich auf der Szene des "Loyalismus", welchen die reformistischen Tendenzen dabei sind, vorauszusagen.
Die Wiederheilung des Bruchs zwischen Staat und Klassenbewegung, welche die politischen Mächte der DC und der PSI bis zum "Manifeste" für eine nahe Zukunft verfechten, ist ein politisches Szenario mit dem klaren Endzweck, "verbrannte Erde" rund um die revolutionäre Initiative zu schaffen.
Für die imperialistische Bourgeoisie ist es notwendig, einen befriedeten politisch-sozialen Rahmen durchzusetzen in den Beziehungen zwischen den Klassen, um endgültig die Straße freizumachen für den Prozeß der kapitalistischen Wiederstrukturierung und des Wiederaufstiegs des Kapitalismus. Prozeß, der der Regierung durch die Wiederbefestigung auf strukturellem Niveau, die Zentralität des Betriebs, des Profites und der Produktivität, eine bessere Stabilität gegenüber den sozialen Gegensätzen gibt, die sich ohne Unterlaß reproduzieren und vermehren, und eine bedeutende Wiederverschiebung des Kräfteverhältnisses, das in Jahrzehnten des proletarischen Kampfes erobert wurde.
In dieser Perspektive zögert die Bourgeoisie nicht, sich in einer globalen Attacke gegen jene revolutionäre Kraft zu konzentrieren. Man kann sagen, daß das Projekt der sozialen Befriedung im Zusammenhang mit der Zunahme der vorbeugenden Konterrevolution verfährt und dazu dient, ein Szenario zu schaffen, das direkt mit dem imperialistischen Modell des "Krieges gegen den Terrorismus" verbunden ist, welches die typische "Sicherheitspolitik" Westeuropas bestimmt; diese entwickelt sich immer homogener und vereinigt sich, um die Organisationen und die Kämpfe des internationalen Proletariats zu vernichten.
Wer sich heutzutage nicht den Spielregeln unterwirft und sich außerhalb des Rahmens der Überprüfbarkeit und Stabilität der Bourgeoisie stellt, wird allein dadurch ein "krimineller Terrorist". Man bekämpft mit Waffengewalt denjenigen, der gegen den Krieg oder die Atomindustrie demonstriert oder einfach für sein Dach über dem Kopf oder gegen die Arbeitslosigkeit kämpft...
Diese Einschränkung des proletarischen und revolutionären Kampfes auf ein "kriminelles terroristisches Phänomen" ist das Werk der vorbeugenden Konterrevolution und findet in Westeuropa ein promptes Anwendungsfeld. Durch diese Mittel gibt man der Kampagne der Unterdrückung eine Legitimation "mit modernen Methoden".
Der italienische Staat hat durch das hohe Niveau der sozialen Zusammenstöße, die er durchgemacht hat, das Maximum dieser konterrevolutionären Strategien erreicht.
Nach der Aktion der Enteignung in Rom und der Hinrichtung des Generals Giorgieri erleben wir heute eine sehr heftige Kampagne psychologischer Kriegsführung (entworfen auf internationalem Niveau) gegen die Organisation der Guerilla, die versucht, das Porträt eines "übriggebliebenen, verstoßenen und halluzinierenden Terroristen" zu verbreiten und in den Massenmedien das Bild der "alten Roten Brigaden" zu malen, die gewissermaßen im Proletariat verwurzelt waren und den "neuen Roten Brigaden", die völlig außerhalb irgendeiner Dynamik der Klassen stünden.
Im übrigen erneuert und verstärkt man die Angriffsmöglichkeiten der Häscher gegen die Mobilisation der Anti-Atombewegung und entfesselt die Aktivität der Polizei immer mehr, mit Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Kontrollen und heftigen Provokationen, was einzelne Genossen, die Demonstrationen der Bewegung und die organisierte proletarische Realität betrifft.
Für die Bourgeoisie handelt es sich darum, die aktuelle Komplexität des Klassenzusammenstoßes zu leugnen, und in diesem spezifischen Zusammenhang findet das Projekt der politischen Lösung eine seiner größten Daseinsgründe. Man will mehr als nur einen Zyklus der Vergangenheit abschließen, nämlich das Wiederaufleben eines revolutionären Zyklus mit schwer voraussehbaren Folgen und sehr ungünstigen Entwicklungen für die Bourgeoisie verhindern.
Der Prozeß der Polarisierung der Klassen in dieser Phase ist einer deutlichen Beschleunigung unterworfen, unter dem Druck der Strategie des multinationalen Kapitals in Italien, der ständigen Wiederstrukturierung der Produktionsapparate, der Wahl der Atomenergie, den Strategien des militärisch-industriellen Komplexes, der Zustimmung des Projekts SDI, der Rolle Italiens im Rahmen der Nato und den Kriegsplänen des westlichen Kapitalismus und der USA, die sich organisch in den Rahmen der internationalen Konfrontation einordnen und Echo und Kampf in weiten proletarischen Schichten und ein Wiederaufleben der Massen-

**bewegungen erzeugen.**
**Diese Realität legt den Revolutionären in diesem Land neue Pflichten auf und schafft neue Probleme.**
**Wir denken, daß die Verdichtung einer einheitlichen Dialektik zwischen Revolutionären um die politischen Probleme, welche die Wiederaufnahmen der revolutionären Prozesse in Italien stellen, eine vitale Bedeutung besitzen.**
**Es ist darum notwendig, den Sektarismus zu überwinden, der in der Vergangenheit oft revolutionäre Diskussion und Praxis hat erstarren lassen.**
**Für uns kann der Aufbau und die Neuqualifikation der revolutionären Planung nur stattfinden durch die Vereinigung der Kräfte und der diversen Erfahrungen auf einem einheitlichen Wege, der uns dazu führt, die Initiative der Klassen in dem veränderten Rahmen der Konfrontation zwischen Bourgeoisie und Proletariat neu zu beleben und uns befähigt, den strategischen Intrigen, denen wir gegenüberstehen, die Stirn zu bieten.**
**Dies ist für uns die konkrete Bedeutung in dieser Konjunktur: die Einheit der Revolution als grundlegendes Element, unentbehrlich für den Aufbau der revolutionären Strategie und der Neuzusammensetzung der Klassen.**
**Während die Bourgeoisie versucht, den Bruch zwischen Staat und Klassenbewegung zu heilen, zeigen die Anzeichen der Wiederaufnahme der antagonistischen Bewegung und der Guerilla, daß in diesem Lande echte Möglichkeiten revolutionärer Bewegung existieren. Die internationale Dimension, die den Zusammenstoß charakterisiert, drängt es auf, die Gegensätze auf ein inernationales Niveau zu stellen und auf dieser Ebene anzugreifen; was mit denjenigen Perspektiven bricht, die sich auf eine überholte "nationale" oder "lokale" Dimension beschränken wollen.**
**In diesem Sinne, als revolutionäres Kollektiv, haben wir die Absicht, zusammen mit allen revolutionären Kräften zusammenzuarbeiten, um die Erbschaft des bewaffneten Kampfes und der Klassenbewegung neu zu nutzen in ihrer Gesamtheit und um das notwendige Niveau des Bewußtseins und der neuen Organisation zu befestigen.**
**Also müssen wir verstehen, daß die Initiative, die sich der Verhandlung mit dem Staat und der politischen Befriedung zuwendet, sich materiell auch gegen das Wiederaufleben der revolutionären Initiative stellt. Die revolutionäre Kritik und der Kampf gegen dieses Projekt bilden ein einheitliches Terrain, das kein Revolutionär umgehen kann. Denn es handelt sich darum, den Geist der Liquidation und der Niederlage in der Klassenbewegung zu bekämpfen.**

**Susanna Berardi**
**Vittorio Bolognese**
**Lorenzo Calzone**
**Luciano Farina**
**Domenico Giglio**
**Natalia Ligas**
**Giovanni Senzani**

**Rom, Gefängnis Rebibbia,**
**Juni 1987**



## ERKLÄRUNGEN VON I.N.L.A. UND I.R.S.P. ZUR KONFRONTATION MIT DER "IPLO" BELFAST, MÄRZ '87

anmerkungen:

"IPLO" dieses pseudonym taucht seit dezember '86 in nord-irland auf. "IPLO" ist der kreis der leute die von Steenson angeführt wurden. sie bekannten sich mehrfach unter dem begriff

"ARMY COUNCIL" zu den morden an genossen der INLA. bis mai '86 war ARMY COUNCIL/ ARMEERAT die bezeichnung der INLA. indem diese bezeichnung von der "IPLO" aufgegriffen wurde, versuchten sie sich den schein von authentizität als teil von INLA zu geben. dieser begriff wurde hier in den medien oft in dem konstruierten zusammenhang der "fehde" angegriffen.

"DROGHEDA/ROSNAREE" in diesem ort in nord-irland wurden am 20.1.87 Thomas Power und John O'Reilly von der "IPLO" erschossen. beide genossen wurden wenige wochen vorher aus dem knast entlassen.

wir veröffentlichen einige presseerklärungen von INLA und IRSP, die vom öffentlichkeitsbüro der IRSP zu den morden an ihren genossen herausgegeben wurden.
die INLA/Irish National Liberation Army ist der bewaffnete arm der IRSP/Irish Republican Socialist Party. die organisation bildete sich 1974. sie bestimmt ihren kampf aus dem nationalen befreiungskrieg in der internationalen klassenkonfrontation zwischen imperialismus und revolutionären kräften. mit dieser politischen und militärischen bestimmung hat die IRSP/INLA neue möglichkeiten für den befreiungskampf des volkes in nord-irland aufgerissen und damit in dem sich seit jahrzehnten hinziehenden grabenkrieg zwischen republikanischer bewegung und den britischen besatzungstruppen eine perspektive eröffnet um die machtverhältnisse grundlegend zu verändern. mit ihrem programm treten sie ein "für die verbindung der nationalen mit der sozialen frage, d.h. die verbindung zwischen nationalem befreiungskampf in nord-irland und klassenkampf in gesamtirland". sie sagen zu ihren bedingungen: "der kampf für einen sozialistischen staat bedingt die erfolgreiche lösung des nationalen befreiungskampfs und die beendigung der imperialistischen intervention, egal ob in ihrer militärischen oder politischen form, oder in ihren ökonomischen aspekten."
die organisation ist seit januar mit erschiessungen und mordversuchen an ihren mitgliedern konfrontiert. 10 genossen wurden ermordet. darüberhinaus tauchten namenslisten von allen mitgliedern der organisation auf, durch die sie mit erschiessungen bedroht wurden, wenn sie sich nicht von der organisation trennen. parallel dazu wurden wahllose terrorakte verübt, die gegen die republikanische bevölkerung gerichtet waren.
ausgeführt wurden die angriffe von einer gruppe, die sich "IPLO" nennt. ihr interesse war: wichtige genossen der INLA zu ermorden und durch den gesamten existenziellen und politischen druck INLA und IRSP zu zwingen sich als organisation aufzulösen.
in dieser absicht sind die angriffe in ziel und wirkung identisch mit den interessen der britischen besatzungsmacht und funktional für die imperialistische kriegsführung. die bürgerlichen medien sprachen durchgängig von einer "fehde" innerhalb der INLA/IRSP, womit sie vom wirklichen hintergrund und klassencharakter dieser auseinandersetzung ablenken wollten.
in den presseerklärungen zeigt sich die politische und militärische gegenstrategie von INLA und IRSP.
die politische präsenz der IRSP während der ganzen angriffe durch das öffentlichkeitsbüro der organisation und dann die liquidierung des anführers der "IPLO" Steenson, durch die Belfast-Brigade der INLA, haben dieses kalkül gebrochen.

### ERKLÄRUNGEN DES ÖFFENTLICHKEITSBÜROS DER IRSP

1.3.87 - In einer Erklärung, die vom Öffentlichkeitsbüro der Republikanischen Sozialisten herausgegeben wurde, übernimmt die Belfast-Brigade der INLA die Verantwortung für die Erschießung von John "Bap" Campbell auf dem Turf Lodge-Gelände heute morgen. Die Erklärung fährt damit fort, daß "dieses Individuum eine Zeitlang mit unserer Organisation verbunden war, wobei er in diesem Zeitraum unsere Bewegung skrupellos dazu ausnutzte, eigennützige Handlungen zu begehen-diese Handlungen sind den Leuten aus der Gegend von Ballymurphy wohlbekannt und von unserer Aufklärungseinheit zum Zweck der Überprüfung-falls nötig - Fall für Fall dokumentiert worden."

In den letzten Monaten begab sich Campbell in die Kreise der Gruppierungen, die, als IPLO bekannt, gegenwärtig eine teuflische Angriffswelle auf unsere Bewegung führt. Unsere Brigade beschloß, gegen Campbell eine Aktion zu unternehmen, nachdem er klar identifiziert war, bei Gelegenheiten dabei gewesen zu sein, als Mitglieder der Republikanisch-sozialistischen Bewegung angegriffen wurden. Einer dieser Angriffe endete mit einem Toten.

In Bezug auf die bewaffneten Angriffe auf unsere Bewegung durch IPLO-Schützen sagen wir: hört auf, und hört jetzt auf, ihr habt keine politische oder moralische Rechtfertigung für eure Aktionen. Sie haben sich als sinn- und nutzlos erwiesen. Erklärt öffentlich durch die Medien eure Absicht zum sofortigen und dauernden Ablassen von euren Angriffen, und unsere Bewegung wird positiv antworten.

3.3.87 - In einer Erklärung, die heute durch das Öffentlichkeitsbüro der Republikanischen Sozialisten herausgegeben wurde, beschrieb der Stab des Generalhauptquartiers der INLA die gestrige Erklärung der als IPLO getarnten Gruppierung als die letzte einer langen Reihe von bizarren und widersprüchlichen Lügen. In der Erklärung heißt es weiter, "wie kann eine einseitige Waffenruhe, die eine Partei zur Einhaltung verpflichtet, von der anderen durchbrochen werden? Die Wahrheit in dieser Sache ist, daß sich betroffene Einzelpersonen in Bezug auf die IPLO an unsere Bewegung wandten. Sie haben uns Vorschläge gemacht, die für uns unannehmbar und offensichtlich ein Ergebnis von Druck durch die Republikanische Bewegung waren.

In Verbindung mit ihren Anschuldigungen, daß unsere Bewegung keine ernsthafte Absicht hätte, durch Verhandlungen ihren Angriffen ein Ende zu machen, stellen wir folgendes fest:

Wie kann jemand die Unverfrorenheit besitzen, mit einer solchen Äußerung zu kommen - wo war eure Aufrichtigkeit in Rosnaree, als ihr kaltblütig zum Mord an Männern unserer Bewegung aufgezogen seid, deren einzige Absicht es war, diese Entwicklung zu verhindern?! Eine Vorgehensweise, die ihr zweifellos wiederholen würdet, falls euch die Möglichkeit geboten würde.

Selbst von dieser Greueltat ausgehend war unsere Antwort diszipliniert und defensiv. Unsere Position hat sich nicht verändert, wir sind nicht darauf aus, angegriffen und umgebracht zu werden.

Unsere Forderung ist und bleibt: Erklärt öffentlich eure Absicht zur Beendigung eurer Angriffe ab jetzt und für immer - sonst läuft garnichts.

3.3.87 - In einer Erklärung, die heute durch das Öffentlichkeitsbüro der Sozialistischen Republikaner herausgegeben wurde, klagt die Belfast Brigade der INLA die Banden der IPLO, die in der Belfaster Gegend ihr Unwesen treiben, an, gegen die nationalistische Bevölkerung Terror-Taktiken anzuwenden. Unsere Bewegung ist mit Berichten und Klagen von Vereinigungen in der Gemeinde und Einwohnern vieler Belfaster Bezirke überschwemmt worden. Die Festhaltungen, Durchsuchungen und Nötigungen zur Identitätspreisgabe, mit denen die Bewohner des Divis-Blocks in den letzten vier Wochen überzogen wurden, gipfelten am Samstagabend (28.2.87) in den brutalen Gewehrkolbenschlägen auf einen jungen Mann am Masserene-Bogen. Zusätzlich dazu haben wir Erklärungen wie die von einem Verfechter der IPLO in der IRISH PRESS vom Freitag (27.2.87), mit den Worten, "es ist bis jetzt niemand getroffen worden, der es nicht nötig hatte, getroffen zu werden, es sind keine Zivilisten erschossen worden, nur bekannte Anführer sind angegriffen worden". Solch widersprüchliche Lügen können durch ihre Aktionen belegt werden: die Erschießung eines Mannes in seinem Haus in der Gegend von Andersonstown - sein Verbrechen: ein Angehöriger eines unserer Mitglieder zu sein. Dann kam vergangene Nacht (2.3.87) die Erschießung von einem weiteren Zivilisten an der Kreuzung Whiterock/Springfield Roads. Bis jetzt waren wir nicht in der Lage, ein Motiv für diese Tat zu finden. Haben diese Leute niemals irgendeine Verbindung mit unserer Bewegung gehabt, so wurden sie doch durch identifizierte Mitglieder von IPLO-Banden erschossen. Diese Taktiken erinnern an Aktionen der Britischen Armee bzw. der Royal Ulster Constabulary (RUC) und zeigen ebenso klar, daß diese Leute keine Grundlage an Unterstützung innerhalb unserer Gemeinde haben und deshalb ihr Treiben den Terror zur Bedingung hat.

3.3.87 - Terry Harkin von der IRSP schlug mit der Faust auf den Tisch, als er die Erschießung eines Autohändlers in der Hunting Lodge heute abend zur Sprache brachte. Er sagte dann: "Dieser letzte Angriff von diesen Gangstern bestätigt völlig die heutige Erklärung von der Belfast Brigade der INLA, die Angriffe auf Zivilisten in unserer Gemeinde verurteilt. Jetzt ist es ein Vergehen, ein Geschäft zu haben und eine Ware an irgendjemand zu verkaufen, der diesen Gangstern nicht paßt. Die sollten geächtet und in der Tat physisch aus unseren Gegenden entfernt werden.

10.3.87 - Die Familie von Eamon McQuillan verurteilte heute abend in einer Erklärung nachdrücklich die Rechtfertigungsversuche zu dem Mordversuch an ihm durch einen Sprecher der IPLO als "eine ekelhafte Lüge eines notorischen

Lügners." McQuillans Schwester Maura sagte weiter: "Dieser Mann versucht offensichtlich, das Nichtzurechtfertigende zu rechtfertigen. Es ist allen bekannt, daß mein Bruder Eamon in keiner Partei organisiert war. Dieser Angriff richtete sich gegen das Haus unserer Familien, und die zwei Trunkenbolde, die die Schießerei verübten, hätten jeden erschossen -es hätte ebensoleicht ich sein können - um meinen Bruder Kevin zu ermorden. Und zu der Behauptung, daß man glaubte, unser Haus sei uneinnehmbar- wie einem der Hohn ins Gesicht schlagen kann! Eamon antwortete an der Tür, ohne Angst, weil er dachte, daß keiner zu solcher Niedertracht fähig ist und ein Haus voller Frauen und Kinder angreifen kann; er hat sich geirrt, es ist klar, daß diese Leute keine Skrupel haben und die Politik und Lügen benutzen werden, um ihre barbarischen Taten zu begehen. Bei beiden Männern war festzustellen, daß sie stark nach Alkohol rochen und beide Schützen offensichtliche Anzeichen von Trunkenheit zeigten.

14.3.87 - Zornig hat Terry Harkin von der IRSP die IPLO wegen ihres Mordanschlags auf den Belfaster Ian Catney verurteilt, der gestern abend gerade mit zwei Frauen in seinem Auto in der Gegend von New Barnsley saß und redete. Harkin sagte weiter, "wieder haben wir einen grausamen und brutalen Angriff auf einen unschuldigen Nationalisten durch diesen Gangsterhaufen. Welche Rechtfertigung diese bringen werden, bleibt der Spekulation überlassen - in der jüngsten Vergangenheit schien die erstbeste, plausibel klingende Lüge genügend. Die Wahrheit des Ganzen ist, daß Herr Catney mit keiner Partei oder Organisation etwas zu tun hatte und auf ihn schlicht und einfach deshalb geschossen wurde, weil er ein Verwandter unseres stellvertretenden Nationalen Vorsitzenden Kevin McQuillan war, der zusammen mit seinem jüngeren Bruder Anfang der Woche Opfer eines versuchten Mordanschlags wurde.

* Herr Catney hat einen Bruder, der, wegen Mitgliedschaft (?) in der IRA verurteilt ("S.O.S.P. sentence"), in Long Kesh ist.

15.3.87 - In einer Erklärung, die heute nacht vom Öffentlichkeitsbüro der Republikanischen Sozialisten herausgegeben wurde, übernimmt die Belfast Brigade der INLA die Verantwortung für die Exekution von Gerard Steenson, dem selbsternannten "Todesdoktor", und von Anthony "Boot" McCarthy. Seitdem der blutige Kampf an unserer Bewegung begonnen hat, wird Steensons Name ständig mit den verschiedenen Machtkämpfen in Verbindung gebracht, die sich unserer Weiterentwicklung an die Fersen geheftet haben. Er hat versucht, die Avantgarde der Volksarmee in eine sich selbst verherrlichende bewaffnete Clique zu verwandeln. Seit seinem Rausschmiß aus der INLA im Juni 1985 war Steenson zusammen mit anderen Personen aktiv an fortgesetzten und abgestimmten Versuchen beteiligt, die Autorität der Republikanischen Sozialistischen Bewegung zu untergraben. Einer seiner Hauptaufwiegler war A. "Boot" McCarthy. Steensons letzter Versuch, über unsere Bewegung zu bestimmen, begann mit dem organisierten Massaker in Rosnaree und mit der Serie von schrecklichen Greueltaten gegen unsere Bewegung seither.

Dies sind bekannte und unwiderlegbare Tatsachen. Wir haben nicht die Absicht, uns über diese längst überfällige und notwendige Aktion ins Fäustchen zu lachen. Im Gegenteil wollen wir von dieser Aktion aus nach vorne gehen, mit dem Vorsatz eines vereinten Willens, um den Aufbau einer revolutionären sozialistischen Bewegung in Irland fortzusetzen. Um dieses Zieles willen hoffen wir, daß die Banden, die mit Steenson und seinem Anschlag auf unsere Bewegung verbunden waren, jetzt zur Besinnung kommen und von ihren nutzlosen und letztlich tödlichen Aktionen ablassen.

16.3.87 - In einer Erklärung, die vom Öffentlichkeitsbüro der Republikanischen Sozialisten herausgegeben wurde, weist der Stab des Generalhauptquartiers der INLA "die Behauptung der IPLO als ganz und gar erlogen" zurück, daß "Gerard Steenson und Anthony McCarthy nach der Vereinbarung eines Waffenstillstands erschossen wurden". Es gibt und gab nie irgendeinen - nochmals: irgendeinen - ausgehandelten Waffenstillstand zwischen der INLA und diesen Leuten. Unsere Position ist und war immer dieselbe, daß wir diese Angriffe nicht begonnen haben und wollen, daß sie zu einem sofortigen und endgültigen Ende gebracht werden. Was allerdings den anerkannten Vermittlern immer klar und unzweideutig erklärt worden ist: daß über die Zukunft der republikansich-sozialistischen Bewegung die Mitgliedschaft kollektiv entscheidet. Es steht keinerlei Diskussion über eine Auflösung zur Debatte, und sie wird auch nicht durch einen bewaffneten Angriff oder opportunistische Erklärungen auf die Tagesordnung kommen. Die Echtheit unserer Position kann unter Bezugnahme auf die Vermittler überprüft werden; dann, und nur dann wird der Betrug und die Unwahrheiten entlarvt werden, die diese Leute absondern.

Zum Schluß würden wir den Männern, die das Gebiet von Ballymurphy im Glauben betreten haben, sie seien sicher (um ihren Sprecher zu zitieren), gerne eine Frage unsererseits stellen: Was sie mit geladenen und gespannten Waffen wollen? Wir waren uns ihrer vorgeplanten Absicht sicher-deshalb sind sie nicht mehr länger hier.

**WAS IST DIE IRISCH REPUBLIKANISCH SOZIALISTISCHE BEWEGUNG?**

die Irisch Republikanisch Sozialistische Bewegung besteht aus der Irisch Republikanisch Sozialistischen Partei, der Irisch Nationalen Befreiungsarmee und aus den Republikanisch Sozialistischen Gefangenen in irland, england, europa und der usa.

**DIE I.R.S.P.**

die I.R.S.P. ist die eingeschriebene politische partei mit der 32 county zugehörigkeit.
gegründet im dezember 1974 sind wir eine gruppe von aktiven republikanern, sozialisten und trade unionists (gewerkschafter) die die notwendigkeit einer partei erkannten die kompetent ist dem volk eine vorstellung eines politischen programms zu geben, welches das ende imperialistischer einmischung in irische angelegenheiten bedeutet und zu einer erfolgreichen lösung des kampfs für demokratie, nationale befreiung und sozialismus führt.
unsere politik zielt darauf ab die existierenden 6 county und 26 county staat durch eine demokratische 32 county sozialistische republik zu ersetzen, in dem die arbeiterklasse die reichtümer und resourcen der nation für ihre eigenen zwecke nutzen kann.

**REVOLUTIONÄRE PARTEI**

eine revolutionäre partei ist notwendig um die zusammenhängendste analyse des imperialismus in irland zu liefern, um die revolutionäre erfahrung zu zentralisieren und zu führen, mit einer klaren politischen führung. die partei ist weder eine konstitutionelle partei noch ein diskussionszirkel. sie ist der agitation und mobilisierung des volkes verpflichtet. die I.R.S.P. trachtet danach diese partei aufzubauen.

**NATIONALE FRAGE**
**die britische präsenz:**

der wahre grund für die britischen truppen in irland ist der schutz der britischen ökonomischen interessen in beiden teilen irlands durch die verhängung von politischen "lösungen" mit der aktiven unterstützung von einheimischen politikern der mittelklasse. wir bekämpfen alle versuche, wie den kreuzzug der koalition, um die verfassung in der weise zu verändern, die die 32 counties trennt.
irland ist der westlichste punkt in europa, mit einem leichten zugang zu allen ländern, deshalb ist es auch von strategischer bedeutung für britannien.

**NATIONALE BEFREIUNG UND SOZIALISMUS**

durch ihre anwesenheit in irland fördert britannien nicht nur sektierertum und arbeitslosigkeit im nördlichen staat, es verzerrt und kontrolliert auch das politische leben der gesamten 32 counties. konfrontiert mit der ungelösten frage der nationalen unabhängigkeit und souveränität, muß die arbeiterklasse beides entwickeln, das politische bewußtsein, um die nationale einheit zu erreichen und das klassenbewußtsein, um die sozialistische republik zu erreichen. die Irisch Republikanisch Sozialistische Bewegung ist dieser doppelaufgabe der nationalen Befreiung und des sozialismus verpflichtet.

**ÜBER DEN LOYALISMUS**

wir sagen: loyalität ist eine reaktionäre ideologie, die die interessen der arbeiterklasse untergräbt. auf keinen fall ist er progressiv. wir bekämpfen jeden vortrag oder vorschlag, der eine übergangsregierung oder ein unabhängiges ulster enthält. wir betrachten die loyalistischen paramilitärs als neofaschistische todesschwadrone, deren ziel es ist, jede progressive kraft zu zerschlagen und nationalistische menschen zu terrorisieren.

**ÜBER DIE NEUTRALITÄT**

wir sagen: irlands traditionelle position der neutralität zwischen den supermächten wird durch die verwicklung in der nato und eg und durch die sogenannten "anglo-irischen gespräche" bedroht. unter dem druck der US-kriegshetzer hat sich britannien verpflichtet, irland in den nuklearen wahnsinn zu ziehen. wenn möglich hoffen die westlichen supermächte militärische nukleare anlagen zu stationieren, wie atomraketen. wir bekämpfen dies vollständig und unterstützen irlands traditionelle neutralität.

**ÜBER DEN FÖDERALISMUS**

wir sagen: eine "föderale lösung", sei es eine 6/26 county variante, oder ein 9 county ulster, wird nur dazu dienen, den kampf hinauszuzögern und zu verwirren und den imperialistischen kräften eine rückzugsposition erlauben. sie wird einen teil des landes offen lassen für sektierertum und diskriminierung.

**DIE IRISCH-NATIONALE BEFREIUNGSARMEE**

die INLA ist eine revolutionäre guerillaarmee, die sich einem befreiungskrieg gegen die britischen besatzungskräfte in irland und gegen ihre einheimischen lakaien stellt. drei freiwillige der INLA, Patsy O'Hara, Kevin Lynch und Michael Devine starben im hungerstreik in den H-Blocks während des hungerstreiks 1981.
vor 10 jahren wurde die INLA gegründet um für "nationale befreiung und sozialismus" zu kämpfen. dies ist heute immer noch der fall. wir sind auf dieser straße weiter vorwärts gekommen, weil unsere menschen gestählter, entschlos-

sener und politisch bewußter sind.
die britische herrschende klasse hat jede methode versucht, uns als die kämpfende stimme der irischen arbeiterklasse zu zerschlagen. sie haben versagt und im laufe der zeit werden wir fähiger den kampf bis zum sieg führen. wir, wie Seamus Costello, schulden unsere treue der arbeiterklasse.

### ÜBER DEN BEWAFFNETEN KAMPF

es gibt in irland eine tradition der unterstützung für den bewaffneten widerstand gegen die britische besetzung. ähnliche traditionen wurden durch unterdrückte völker überall in der welt gegründet - das kubanische, nicaraguanische und die afrikanischen völker, die palästinenser und so weiter. wegen der folgenden hauptgründe besteht die irisch-republikanische sozialistische bewegung darauf, daß es notwendig ist, diese tradition des bewaffneten widerstands fortzuführen:
1) die angeborene undemokratische und sektiererische natur des nördlichen staates;
2) das versagen der versuche einer bourgeoisen reform im norden in den vergangenen 16 jahren;
3) bewaffneter terror gegen das volk durch die britische armee, ruc, udr und loyalistische todesschwadrone;
4) und deshalb, das gewachsene bewußtsein des irischen volkes - besonders im besetzten norden - was die notwendigkeit des bewaffneten kampfes betrifft.
als eine bewegung betrachten wir politische und militärische aktivitäten als ein und dasselbe. um den guatemaltekischen guerillaführer Turcios Lima zu zitieren: "militärisches training ohne politisches verständnis ist so nutzlos wie ein gewehr mit feuchter munition. dafür ist sogar eine machete ausreichend."

### FRAUEN RECHTE

frauen sind durch die kapitalistische gesellschaft doppelt unterdrückt - als arbeiterinnen und frauen.
unternehmer behaupten, daß sie es sich nicht leisten können, das recht auf gleiche bezahlung zu gewähren. frauen sind im familienrecht diskriminiert: sozialhilfe-unterstützung, steuern usw. es wurde kein versuch gemacht, die erforderlichen einrichtungen für arbeitende mütter bereit zu stellen, z.b. tagesschwestern.
wir sagen
- empfängnisverhütung sollte allen die es nutzen wollen frei erhältlich sein.
- wir sind weder für noch gegen abtreibung, wir unterstützen das recht der frauen frei zu wählen.
- das kirche und staat komplett getrennt sind.
- keine diskriminierung von kindern unverheirateter eltern.
- gleichheit in der ausbildung, beschäftigungsmöglichkeiten und bezahlung nach dem gesetz.
- freie möglichkeit zur scheidung.

### ANTIIMPERIALISTISCHE EINHEIT

als einen ersten schritt zur beendigung der teilung und um die nationale ökonomische krise zu lösen, schlägt die IRSP die bildung einer breiten front aller republikanischen und sozialistischen organisationen auf der basis folgender forderungen vor:
- britannien muß auf alle souveränitätsansprüche auf jeden teil irlands und seiner küstengewässer verzichten.
- britannien muß sofort die udr, ruc und die ruc-reserven auflösen und entwaffnen und alle truppen aus irland zurückziehen.
- die britische und die 26 county regierung müssen sofort alle politischen gefangenen freilassen und eine generalamnestie für alle straftaten garantieren, die in dem laufenden konflikt begangen wurden.
- britannien muß zustimmen, alle die zu entschädigen, die unter den folgen der imperialistischen gewalt und ausbeutung leiden.
- aus der erkenntnis, daß kein land frei und unabhängig sein kann wenn es imperialistische dominanz über sein ökonomisches leben erlaubt, wird die irische antiimperialistische front alle formen der imperialistischen kontrolle über unsere reichtümer und rohstoffe bekämpfen.
- die irische antiimperialistische front weist eine föderale lösung und die andauernde existenz zweier separater staaten in den 6 und 26 counties als eine leugnung des rechts des irischen volkes auf souveränität zurück und betrachtet als einzige alternative die bildung einer 32-county-demokratischen republik mit einer weltlichen verfassung.
- die irische antiimperialistische front fordert die zusammenkunft einer all-irland verfassungsgebenden konferenz, repräsentativ für alle teile der politischen meinung in irland, mit dem ziel, eine demokratische und weltliche verfassung zu beraten, die sofort nach dem britischen militärisch und politischen - rückzug aus irland gültig wird.
- die aufhebung jeder repressiven gesetzgebung in nord- und südirland.

### ZUSAMMENFASSUNG

wir betrachten uns selbst als nachfolger von Connally. er sah klar die zentrale rolle der arbeiterklasse. er sah klar, daß sie die "unkurumpierbaren" erben des kampfes für den irischen frieden sind. nationaler und sozialer friede kann nichts getrenntes sein.
wir halten seinen glauben aufrecht. wir stehen für nationale befreiung und sozialismus. wir sind

die einzige sozialistische partei in irland, die eindeutig den bewaffneten kampf gegen den imperialismus unterstützt. wir machen keine rechtfertigung für unsere existenz.
trotz massiver repression speziell gegen uns gerichtet, trotz unserer eigenen zurückliegenden fehler - wir existieren, stolz und herausfordern. unsere flagge ist der starry plaugh. unsere klasse ist die arbeiterklasse. unser feind ist der fremde imperialismus und der einheimische kapitalismus.
wir sind die irp's. hier sind wir und hier werden wir bleiben, bis irland eine sozialistische gesellschaft wird, im sinne von connally, mellows und castello.

# In den Gedichten von Verlaine Code für Terroristen entdeckt

## Botschaften der RAF erreichten französische Gefängnisse

Von unserem Korrespondenten Emil Bölte

General Anzeiger 11-07-1987

**Paris.** Hinter Schloß und Riegel sind die führenden Mitglieder der ultralinken französischen Action Directe (AD) nicht so abgeschnitten von der Außenwelt, wie die Justizbehörden eine Weile geglaubt hatten. Bei Razzien in Gefängniszellen wurden in den vergangenen Tagen gefälschte Stempelkissen sowie Verse von Verlaine gefunden, die als Code für Geheimbotschaften zwischen den Franzosen und der bundesdeutschen „Rote Armee Fraktion" (RAF) herhalten mußten.

In französischen Gefängnissen befinden sich zur Zeit 197 Terroristen; Angehörige der AD, korsische und baskische Separatisten, Tunesier, Marokkaner, Iraner und Armenier. Die Zahl aller Insassen, die wegen ihrer Gefährlichkeit besonders scharf bewacht werden müssen, liegt jedoch höher. Es dürften mehr als 500 sein. Da die Haftanstalten mit 50 661 Verurteilten und Untersuchungsgefangenen überbelegt sind, erweist sich die Beobachtung aller Regeln als schwierig. Neu ist aber die Entdeckung, daß es sogar zwischen AD-Terroristen der ersten Garnitur einen regen Austausch von einem Gefängnis zum anderen gibt.

Erste Überraschung: Bei AD-Gründer Jean-Marc Rouillan, der zusammen mit seiner Gefährtin Nathalie Menigon sowie Joelle Aubron und Georges Cipriani im Februar gefaßt wurde, fanden Justizbeamte sechs Stempel, mit deren Hilfe sich der Ausreiß-Spezialist möglicherweise hätte befreien können. Mit Bestimmtheit konnte er Briefe hinausbefördern, die keiner Zensur unterlagen. Die Stempelfälschungen befanden sich im Deckel eines Buchs über moderne Malerei, das aus der Gefängnisbücherei entliehen war. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden. Es besteht der Verdacht, daß das Gefängnispersonal bestochen worden ist.

Alarmiert durch den Fund von Fresnes, wurden alsbald die Zellen der übrigen AD-Führungsmitglieder in Fleury-Merogis durchwühlt. Die Beamten stießen auf unverfängliche Gedichte von Verlaine und auf Texte von Heine. Cipriani unterhielt auf diesem gehobenen Niveau Kontakt zur Bundesrepublik. Das fiel ihm nicht schwer, weil dort noch eine Tochter von ihm lebt. Der literarisch verbrämte Briefverkehr entpuppte sich als Basis für einen schwer aufzuschlüsselnden Geheimcode. Untersuchungsrichter Bruguiere ist daran interessiert, daß er möglichst schnell „geknackt" wird.

Bei einer weiteren Razzia in Rouillans Zelle kam der flinke Insasse den Beamten zuvor. Ehe sie einen Brief an sich nehmen konnten, aß Rouillan ihn auf. Nur der Umschlag blieb übrig. Er wies aus, daß der Brief an die Anwältin des AD-Gründers, Marie-Christine Etelin, gerichtet war. Diese protestierte heftig und erklärte: „Der wahre Skandal liege darin, daß man versucht hat, die an mich gerichtete Post abzufangen". Frau Etelin hat seit Jahren Kontakt zur AD-Szene. Rouillan kennt sie aus gemeinsamen Studienjahren in Toulouse. Damals bekämpfte der spätere erste Mann der Action Directe noch nicht die französische Gesellschaftsordnung, sondern Franko in Spanien.

# Französischer Terrorist legt umfassendes Geständnis ab. Auslieferungshaft

## Festgenommener in München Sprengstoffbeschaffer / Bayerischer Verfassungsschutzbericht

Die Welt 24-07-1987

HORST DALCHOW, München

Die Festnahme des französischen Terroristen Renaud Laigle durch Beamte des bayerischen Landeskriminalamtes auf dem Münchner Flughafen kam aufgrund eines Rechtshilfeersuchens französischer Behörden zustande. Wie das bayerische Innenministerium gestern mitteilte, hatten die Franzosen um die „Vermittlung eines Gesprächs" gebeten, wobei den deutschen Behörden lediglich der Verdacht bekannt war, der Gesuchte sei Mitglied der linksextremistischen Terrororganisation „Action directe". Über die einzelnen ihm zur Last gelegten Straftaten war den deutschen Sonderfahndern nichts bekannt.

Der 29jährige Franzose, der sich bereits einige Zeit in München aufgehalten hatte, konnte am Dienstag abend in der Ankunfthalle des Münchner Flughafens München-Riem festgenommen werden: Er wollte seine Eltern abholen. Doch die französische Polizei hatte von dem geplanten Besuch Kenntnis erhalten.

### Keine Reibereien

Laigle ließ sich widerstandslos festnehmen und wurde unverzüglich einem aus Paris angereisten Untersuchungsrichter vorgeführt. „Dort legte er zu unserer Überraschung von sich aus ein umfassendes Geständnis ab", erklärte gestern der Leiter der Polizeiabteilung im Münchner Innenministerium, Ministerialdirigent Hermann Häring.

Als „nicht zutreffend" bezeichnete Häring einen Bericht der Pariser Zeitung „France Soir", wonach es bei diesem Fall zwischen dem Bundeskriminalamt und dem bayerischen Landeskriminalamt „Reibereien" gegeben habe und deshalb die Festnahme früher als beabsichtigt erfolgt sei. Häring: „Im Gegenteil, die Zusammenarbeit war bestens." In einer gemeinsamen Erklärung betonten gestern auch BKA und LKA, zwischen ihren Ämtern habe es zu keiner Zeit „auch nur die geringsten Unstimmigkeiten" gegeben.

Terrorist Laigle, der gegenwärtig in Auslieferungshaft sitzt, gilt als Sprengstoffbeschaffer der „Action directe" und soll an mehreren Banküberfällen beteiligt gewesen sein. Vermutlich ist er ein enger Mitarbeiter des Top-Terroristen Max Frerot, des „Sprengmeisters" des nationalen Flügels der Untergrundorganisation. Ihm werden der Anschlag auf die Pariser Kriminalpolizei vor einem Jahr (ein Toter, 20 Verletzte) und das Attentat auf den französischen Ex-Justizminister Alain Peyrefitte, bei dem ein Chauffeur um Leben kam, zur Last gelegt.

In Bayern registrieren die Sicherheitsbehörden eine „Ruhepause" bei den deutschen Terroristen, die sich zur Zeit vermutlich im Ausland aufhalten. Es bestehe jedoch nicht der geringste Anlaß zur Entwarnung, erklärte Bayerns Innenminister August Lang gestern bei der Vorstellung des bayerischen Verfassungsschutzberichts 1986. Wie der Mordanschlag auf den Siemens-Manager Karl-Heinz Beckurts und seinen Fahrer Eckart Groppler am 9. Juni vergangenen Jahres bewiesen hätten, könne diese Pause jederzeit unterbrochen werden. Erneut plädierte Lang dafür, zumindest die eingeschränkte Kronzeugenregelung rasch zu beschließen.

Außerhalb des engeren Bereichs des Terrorismus ist die politisch motivierte Gewalt erheblich angewachsen, allein die Zahl der Brandanschläge stieg innerhalb eines Jahres von acht auf 74. Diese wie auch die Anschläge auf Strommasten geschahen zumeist im Umfeld des Widerstands gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf (WAA), seien aber in diesem Jahr erheblich zurückgegangen. Lang: „Je mehr Bauarbeiter in Wackersdorf sind, desto weniger Demonstranten kommen dorthin." Die WAA-Gegner fänden auch in der Bevölkerung weniger Verständnis, seit deren Informationsstand gestiegen ist.

### DKP-Anstrengungen

Die rechtsextreme Szene ist nach Erkenntnissen der bayerischen Verfassungsschützer zur Zeit gespalten und deshalb kaum gefährlich, während im linken Spektrum vor allem die von Moskau gesteuerte DKP Gorbatschows Friedensinitiativen zu nutzen versucht, um in demokratische Gruppen und Organisationen einzudringen. Im vergangenen Jahr sei die Mitgliederzahl linksextremer Organisationen in Bayern auf 13 600 gestiegen, bei rechtsextremen Gruppen hätten sich 1986 rund 4100 Mitglieder betätigt.

# Erster Erfolg der Zusammenarbeit

## Keine Sicherheit für Terroristen durch Flucht in Bundesrepublik / Zimmermanns Vereinbarung

WERNER KAHL, Bonn

Terroristen aus der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich können sich durch einen Sprung über die Grenze vor einheimischen Fahndern nicht mehr sicher fühlen. Das zeigt die Festnahme eines Franzosen in dieser Woche in München. Er wurde durch die französische Terroristenabwehr in der Bundesrepublik aufgepürt. Der zur Terrororganisation „Action Directe" gerechnete Festgenommene wollte sich vor dem Fahndungsdruck in Frankreich in Bayern in Sicherheit bringen. Erstmals arbeiteten nach vorangegangenen Absprachen des Bundesinnenministeriums mit den französischen Behörden Fahnder aus beiden Ländern grenzüberschreitend zusammen.

Im umgekehrten Fall diente Frankreich, insbesondere Paris, deutschen Terroristen als Aufenthalts- und Rückzugsraum. Dort wurden Zielfahnder des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden schon seit Beginn der achtziger Jahre operativ tätig – in Kooperation mit der französischen Abwehr. So konnten im Mai 1980 die Deutschen Ingrid Barabaß, Regina Nicolai, Carola Magg und Karin Kamp-Münnichow in in Paris festgenommen werden.

Im August 1981 gelang es in Paris der seit langem gesuchten Terroristin Inge Viett nach einem versuchten Mord an einem Pariser Verkehrspolizisten zu entkommen. Ihr Foto hat seitdem einen besonders hohen Aufmerksamkeitswert. Denn Inge Viett, die in Wien einen Textilindustriellen entführt und Lösegeld in Höhe von über vier Millionen Mark kassiert hatte, fügte dem Flic mit einem Schuß eine Querschnittlähmung zu. Im Februar 1982 gelang der französischen Abwehr die Festnahme der früheren

Ulmer Fotografin Magdalena Kopp, die als damalige Gefährtin des international gesuchten Venezolaners Ilich Ramirez-Sanchez, genannt „Carlos“, galt. Magdalena Kopp und ihr Begleiter, ein Schweizer Student, wurden wegen Sprengstoffschmuggels zu mehreren Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Die Recherchen deutscher Sicherheitsbeamter in Frankreich waren aus der Sicht der Pariser Ministerien nur Ausnahmen. Auf der Rheinbrükke zwischen Kehl und Straßburg endete an der Grenzlinie grundsätzlich die Verfolgung von Terroristen durch die jeweilige Landespolizei. Dies nutzten Untergrundkommandos und ihre Unterstützer aus. Besonders im Dreiländereck Deutschland-Schweiz-Frankreich setzte ein reger Wechsel über die grüne Grenze ein. Umgekehrt suchten französische Terroristen vor dem zunehmenden Fahndungsdruck in Frankreich Unterschlupf in der Bundesrepublik. Deshalb vereinbarte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) im April mit seinem französischen Amtskollegen eine Zusammenarbeit über die Staatsgrenzen hinweg auf rechtlicher Basis.

FAZ

## Weitere Spuren zur „Action Directe“

MÜNCHEN 23. Juli (AP). Zwei Tage nach der Festnahme des 29 Jahre alten mutmaßlichen Terroristen der französischen „Action Directe“ Renaud Laigle in München haben die Fahnder am Donnerstag weitere Spuren zu der Terrorgruppe verfolgt. Einen ersten Erfolg erzielten die Polizisten am Vorabend in Lyon: Sie nahmen den 30 Jahre alten Mouloud Aissoud gegen 19.00 Uhr als mutmaßlichen Komplizen des im Gefängnis Stadelheim in Auslieferungshaft sitzenden Laigle fest. Sicherheitsexperten in Paris wollten aber zunächst nicht sagen, was sie Aissoud vorwerfen. Der Sprecher des bayerischen Landeskriminalamtes, Schöffel, sagte, der am Dienstagabend auf dem Flughafen München-Riem gestellte Laigle stamme ebenfalls aus Lyon: „Wir überprüfen jetzt, ob der festgenommene Franzose irgendwelche Kontaktleute gehabt hat. Bisher haben wir dafür noch keine Anhaltspunkte. Aber in einem solchen Fall werden umfassende Ermittlungen in allen Richtungen durchgeführt.“ Ein Sprecher des Bonner Justizministeriums sagte, die Franzosen hätten im Interesse der Ermittlungen darum gebeten, keine weiteren Einzelheiten über den Fall bekanntzugeben. In Paris hieß es, die Fahnder hätten bei Laigle Waffen gefunden. Deutsche Sicherheitsfachleute sagten, Laigle habe bereits ein Teilgeständnis abgelegt und zugegeben, der „Action Directe“ anzugehören. Laigle wohnte vor seiner Flucht in die Bundesrepublik im März 1986 in Chaponost westlich von Lyon. Nach dem internationalen Haftbefehl soll er in Lyon und Paris an Überfällen und Anschlägen der „Action Directe“ beteiligt gewesen sein. Seit über einem Jahr soll er in einer konspirativen Wohnung in München gewohnt haben. Schöffel sagte aber, bisher lägen noch keine Anhaltspunkte dafür vor, daß Laigle neue Anschläge in der Bundesrepublik vorbereitet hat. Er gehört nach offiziellen Angaben dem „nationalen Flügel“ der „Action Directe“ an, deren Anführer André Olivier am 29. März 1986 in Lyon verhaftet wurde. Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden haben diese mutmaßlichen Terroristen im Gegensatz zum „internationalen Flügel“ der „Action Directe“ nicht mit der deutschen „Roten Armee Fraktion“ zusammengearbeitet. Der französische Untersuchungsrichter Lemond, der seit der Verhaftung Oliviers die Ermittlungen gegen die aus Lyon stammenden mutmaßlichen Terroristen führt, reiste nach offiziellen Angaben am Mittwoch nach München, um Laigle vor Ort zu vernehmen. Ein Sprecher des Bonner Justizministeriums sagte, die deutschen Behörden warteten nun auf das förmliche Auslieferungsersuchen Frankreichs. Dann müsse das Oberlandesgericht München über eine rechtliche Zulässigkeit der Auslieferung Laigles beschließen. Erst dann könne die Bundesregierung entscheiden. Er sehe aber keine Probleme, vorausgesetzt, die französischen Behörden erfüllten die Voraussetzungen für eine Auslieferung. Notwendig seien unter anderem ein Haftbefehl mit den Vorwürfen gegen den Mann sowie eine Identifizierung des Verdächtigen.

# CCC-ers beschuldigd van 'onopzettelijk doden'

***Het Brusselse parket heeft het onderzoeksdossier ten laste van de vier CCC-ers, Pierre Carette, Bernard Sassoye, Didier Chevolet en Pascale Vandegeerde, afgesloten. Onderzoeksrechter Francine Lyna wacht nog op de laatste onderzoeksresultaten, afkomstig uit Frankrijk. Zij heeft het zwaarste onderdeel van het dossier, de dood van de twee brandweermannen bij de 1 mei-aanslag, gekwalificeerd als "onopzettelijke doding".***

De Morgen 16.07.1987

**Het Brusselse parket heeft al le feiten die de vier CCC-ers in ons land pleegden onderzocht. Dit lange onderzoek heeft aanleiding gegeven tot een hele waslijst van kwalifikaties, zoals "wapendiefstal", "vernieling van gebouwen", "schriftvervalsing", en dergelijke meer.**

**Omtrent de kwalifikatie van de feiten die zich voordeden op 1 mei '85 bestond tot op heden onduidelijkheid. Bij die bomaanslag op het VBO-gebouw in de Stuiversstraat werd gebruik gemaakt van een bomauto. De interventieeenheid van de brandweer, die dacht dat het om een autobrand ging, naderde de bomauto om te blussen. Op dat moment ontplofte de bom en kwamen twee brandweerluit om, met name Jacques Van Marc en Marcel Bergen.**

**Op het eerste gezicht leek het erop dat men de CCC-ers in dit verband "opzettelijke doding" (art. 392 van het strafwetboek) zou ten laste leggen. Dat is echter niet gebeurd. Onderzoeksrechter Lyna heeft de kwalifikatie "onopzettelijke doding" (art. 418) weerhouden, dat stelt: "Schuldig aan onopzettelijk doden (...) is hij die het kwaad veroorzaakt door gebrek aan voorzichtigheid of voorzorg, maar zonder het oogmerk om de persoon van een ander aan te randen".**

**Het feit dat rond de bomauto verwittigingspamfletten werden gestrooid, kan inderdaad geïnterpreteerd worden als een poging om te voorkomen dat er doden zouden vallen. Op de pamfletten stond inderdaad te lezen: "Gevaar, gepiègeerde wagen. Verwittig uw kollega's en vlucht snel op straat, zo ver mogelijk. Raak vooral de wagens niet aan". Hieruit zou op te maken zijn dat**

de aanslag bedoeld was tegen het VBO-gebouw, en niet tegen personen.
Daar staat tegenover dat bij de aanslag gasflessen van 80 kilogram, gemengd met een springstof, werden gebruikt. Het mengsel had een kracht die overeenkomt met een militair springtuig van 400 kilogram. Sommigen stelden dan ook dat een dergelijk tuig moorddadig is, onafgezien van het geviseerde doel. De facto bleek deze stelling echter onhoudbaar. De omschrijving van de kwalifikatie "onopzettelijke doding" bleek onvermijdelijk van toepassing op de feiten.
Intussen wacht onderzoeksrechter Francine Lyna de resultaten van het onderzoek dat het Franse gerecht instelt naar de banden tussen de CCC en Action Directe af. Ook is het niet uitgesloten dat in Frankrijk misdrijven werden gepleegd door de CCC-ers. Frankrijk moet eveneens nog bewijsmateriaal tegen de CCC-ers doorspelen dat in schuilplaatsen van ondermeer Rouillan en Ménigon werd aangetroffen.
Verwacht wordt dat de CCC-ers eind van dit jaar zullen terechtstaan te Brussel. Met het oog op dit proces werd een grootscheeps veiligheidsplan uitgewerkt. Het ombouwen van het Brabantse assisenhof maakte hiervan deel uit.

De Morgen 17.07.1987

## 4 CCC'ers misschien naar Assisen

BRUSSEL (Belga).- Een woordvoerder van het parket te Brussel verklaarde vrijdag dat de vermeende CCC-terroristen waarschijnlijk voor het Hof van Assisen zullen verschijnen. Zij worden verantwoordelijk gesteld voor de dood van twee brandweermannen die als gevolg van de ontploffing van een bestelwagen om het leven kwamen.
Op het eerste zicht gaat om een niet-opzettelijke doding, maar het strafwetboek bepaalt dat, als personen overlijden als gevolg van opzettelijk aangerichte brandstichting, de daders tot de doodstraf veroordeeld kunnen worden.
Indien dit tegen de vier CCC-leden wordt weerhouden, dan is het absoluut zeker dat ze naar het Hof van Assisen verwezen worden. Dit zal de eerstkomende weken of maanden duidelijk worden als terzake een definitieve beslissing wordt getroffen.

# Schlag gegen den Terror französischer Basken

NZZ

## *Verbot der Separatistenorganisation Iparretarrak*

**Nach einer Reihe terroristischer Vorfälle im französischen Baskenland hat die Regierung von Paris die seit 14 Jahren im Untergrund tätige Separatistenorganisation Iparretarrak verboten. Der auf Antrag von Innenminister Pasqua durch den Ministerrat gefasste Beschluss gibt den Sicherheitsbehörden eine Handhabe zu verschärfter Bekämpfung dieser Gruppe, aus welcher in letzter Zeit eine Reihe führender Mitglieder verhaftet werden konnte.**

*Ch. M. Paris, 16. Juli*

Die Regierung Chirac hat ein weiteres Mal ihren Willen zur Bekämpfung terroristischer Umtriebe im französischen Baskenland demonstriert, indem sie am Mittwoch die Separatistenorganisation Iparretarrak verbot, die seit 1973 für mehr als *60 Bombenanschläge* verantwortlich gemacht wird. Premierminister *Chirac* hatte letzte Woche bei einem Besuch in der Region von der «vorbehaltlosen Entschlossenheit» zur Eindämmung der Untaten «verirrter und manipulierter Elemente» gesprochen, deren Gewalttaten den Ansprüchen der Basken auf kulturelle Eigenständigkeit Schaden zufügten.

### Grossaufgebot der Polizei

Zur gleichen Zeit, da die Tour de France mit ihrem Radfahrerpulk sich der Gegend näherte, musste ein Grossaufgebot von Sicherheitskräften den Parcours gegen drohende Anschläge sichern. Zudem fahndete die Gendarmerie nach dem mutmasslichen Anführer Iparretarraks, dem 34jährigen *Philippe Bidart*, der sich jedoch dem Zugriff der Sicherheitskräfte zu entziehen vermochte. Ins Netz der Polizei ging hingegen *Gabriel Mouesca*, der ein halbes Jahr zuvor in einer Überfallaktion eines Terrorkommandos aus dem Gefängnis von Pau herausgeholt worden war. Eine damals mit ihm zusammen befreite Iparretarrak-Aktivistin war schon vor einem Monat von der Polizei entdeckt worden, geriet jedoch zusammen mit einem Polizisten, der sie festzunehmen versuchte, bei der Verfolgung unter einen fahrenden Eisenbahnzug und wurde, wie der Polizist, auf der Stelle getötet.

Zur Kette von jüngsten Rückschlägen für die Iparretarrak zählte im Juni ferner auch die Verhaftung der beiden Brüder Bidarts. Anfang dieses Monats wurde zudem ein 27jähriger Bombenleger der Untergrundorganisation von seinem eigenen Sprengsatz zerfetzt. In derselben Nacht wurden zwei weitere Anschläge gegen Steuerämter durch die Iparretarrak verübt. Diese Bombenattentate gegen staatliche Verwaltungsgebäude entsprangen der *typischen Terrortaktik* der Iparretarrak. Auf das Konto der nun verbotenen Organisation gingen indes auch mehrere blutige Gewaltakte gegen Vertreter der Ordnungskräfte: Vor fünf Jahren wurden zwei Bereitschaftspolizisten das Opfer eines Feuerüberfalls, ein Jahr darauf starb ein Gendarm unter den Schüssen der Iparretarrak. 1984 holten die Terroristen zu einer Eskalation ihrer Gewaltakte aus, indem sie einen zwischen Paris und Madrid verkehrenden *Schnellzug* zum Entgleisen brachten, ohne dass dabei indes ein Todesopfer zu beklagen war.

### Verlust der «Schutzzone»

Iparretarrak ist das französische Korrelat zur *ETA* im spanischen Baskenland. «Jene aus dem Norden», wie der Name der Organisation übersetzt wird, wollten ihren Teil zu einem *unabhängigen Baskenland* beitragen und predigten mit einem *marxistischen Vokabular* eine «bewaffnete nationale und soziale Revolution». Die Etarras aus Spanien, die im französischen Baskenland Unterschlupf gefunden hatten und von dort aus gegen ihre Heimatprovinzen operierten, hielten allerdings lange Zeit die französischen Baskenseparatisten zur Zurückhaltung an, damit die rückwärtige Basis im «Refugium» nicht unter grösseren Druck von seiten der französischen Polizei geriet. Innerhalb der Iparretarrak kam es indes zu Divergenzen. Ein Teil der wahrscheinlich nur wenige Dutzend Köpfe zählenden Organisation verübte gegen den damaligen Wunsch der Etarras *Gewaltakte auf französischem Boden*. Diese Attentate liessen erst nach, als um die Jahreswende 1983/84 die

aus Spanien finanzierte Gegenterrorgruppe *GAL* gegen Etarras im französischen Baskenland vorzugehen begann.

Vor genau einem Jahr entschied sich die Regierung Chirac zu einem scharfen Kurs gegen die Etarras im französischen Baskenland. Bis heute schob sie im Zuge umfangreicher Fahndungsaktionen 70 mutmassliche Mitglieder oder Sympathisanten der ETA auf Grund einer ein abgekürztes Auslieferungsverfahren erlaubenden Verordnung nach Spanien ab; weitere sechs Verdächtige wurden ebenfalls an die Grenze gestellt, während momentan 15 mutmassliche Etarras in *Auslieferungshaft* sitzen. Mit diesem Vorgehen wurde der auf etwa 800 Personen geschätzte Kreis von im französischen Exil politisch im Untergrund tätigen spanischen Basken verunsichert und weitgehend gelähmt. Die Exilbasken verloren ihre frühere «Schutzzone». Während die Untaten der Gegenterrorgruppe GAL völlig aufhörten, da nun Paris dem Wunsch Madrids nach einer entschlosseneren Terrorbekämpfung nachgekommen war, schien indes die Tätigkeit der Iparretarrak wieder zuzunehmen. Die in ihrem Exilterritorium arg bedrängte ETA sah sich nicht länger veranlasst oder in der Lage, die französischen Terrorkumpanen weiterhin zur Zurückhaltung zu ermahnen.




Die Iparretarrak scheint in den letzten Monaten Zuzug von jüngeren «neuen Terroristen» bekommen zu haben. Zugleich wirkt sie aber an ihrer Spitze getroffen, wie die jüngste Polizeifahndung nach dem flüchtigen Anführer Philippe Bidart anzeigte. In diesem Moment entschloss sich Paris zum *formellen Verbot* der schon längst im Untergrund operierenden Organisation. Abgesehen vom psychologischen Wert dieser Betonung einer verstärkten Terrorabwehrbereitschaft gewinnen damit die französischen Sicherheitsbehörden bedeutende zusätzliche Rechtsmittel, um auf dem Umweg über den *Sympathisantenkreis* der Iparretarrak nun gegen diese selbst wesentlich wirksamer vorgehen zu können. Das Verbot der Iparretarrak bedeutet eine logische Folge der Bekämpfung der ETA-Umtriebe von französischem Territorium aus.

## Fünf spanische Polizisten als Folterer verurteilt

SDZ 18.07.87 **Madrid (dpa)**

**Fünf Mitglieder der spanischen Landgendarmerie Guardia Civil sind von einem Gericht in San Sebastian wegen Anwendung von Foltermethoden zu vier Monaten verschärftem Arrest verurteilt worden. Sie wurden außerdem für vier Jahre vom Dienst suspendiert und müssen dem Opfer zwei Millionen Peseten (30 000 Mark) Schmerzensgeld zahlen. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß die Polizisten 1982 die Baskin Juana Goikoextea als mutmaßliche ETA-Terroristin festgenommen und während der achttägigen Polizeihaft mit Fußtritten und Schlägen mißhandelt und verletzt hatten. Vor allem im Baskenland gibt es immer wieder Klagen und Prozesse wegen angeblicher Foltermethoden der Polizei. Auch die Gefangenenhilfe-Organisation amnesty international wirft der spanischen Polizei Fälle von Mißhandlung von Festgenommenen vor. Das Madrider Innenministerium spricht von seltenen Einzelfällen, die bestraft würden.**



**AMNISTIA APRIL-JUNI '87**

**zur 10. jährung der "pro-amnestie-woche" kampagne für die freilassung der kranken gefangenen**

die pro-amnestie-kampagne 1987 wird sich als ziel stecken, die freiheit der unheilbar kranken gefangenen zu erreichen und das gesundheitswesen in den gefängnissen zu verbessern. wie alle jahre rufen die Asociaciones und Asambleas der angehörigen und freunde der politischen gefangenen in der zweiten maiwoche zum "kampf für die amnestie" auf - wobei sie gleichzeitig an die 1977 im baskenland gefallenen toten und verletzten erinnern - um die amnestie für die politischen gefangenen zu fordern.

die politischen gefangenen selbst sind die letzten zehn jahre im kampf für die amnestie die hauptprotagonisten gewesen. sie haben mit hungerstreiks und anderen protestformen zu verhindern gewußt, daß das regime sie physisch oder politisch zertritt. von einigen wenigen fällen von "arrepentmiento" (reue) abgesehen, hat die mehrheit der 1000 politischen gefangenen, die es in spanien gibt (hauptsächlich ETA, GRAPO, PCE(r), katalanische und galicische nationalisten), die ideen erhalten, wegen der sie verfolgt, verhaftet und eingesperrt wurden.

in diesem zusammenhang haben die gefangenen aus der PCE(r) und den GRAPO - heute in den gefängnissen von Soria und Carabanchel (frauen) mehrere hungerstreiks gemacht, wo bei einem José Crespo Galende (juni 1981) starb und andere schwere folgeerscheinungen erlitten, die sich in den jahren danach wegen des mangels an sanitären mitteln und der verbrecherischen schlamperei vieler gefängnisärzte allmählich verschlimmert haben. der tod des ETA-militanten Joseba Asencio im gefängnis von Herrera 1980 war ein weiteres greifbares beispiel von der absicht der regierung, die politischen gefangenen ohne hilfe sterben zu lassen.

**freiheit für Pinin und Inaki**

in diesen momenten gibt es zwei fälle, auf die die AFAPP-ACPG-CAPPA-ASPPA die öffentliche meinung aufmerksam machen wollen. es handelt sich um zwei gefangene, deren folgeerscheinungen aus den kämpfen, die sie geführt haben, den polizeilichen foltern und dem mangel an gesundheitswesen in den gefängnissen zu ihrem tod führen können, wenn nicht erreicht wird, daß sie freigelassen und außerhalb des gefängnisses ärztlich behandelt werden. es sind die fälle von Ernesto Fernández Portillo und Inaki Cuadra Echeandia.

Ernesto Fernández Portillo (Pinin) ist von einem virus angegriffen worden, der bei ihm die lähmung der beine bewirkt hat, und er allen ergebnissen nach invalide ist. unter diesen bedingungen ist es unmenschlich, ihn im gefängnis festzuhalten. Inaki Cuadra hat große probleme an den nieren, die ihn zu einer transplantation zwingen könnten, um seinen tod zu verhindern. die ärztliche verordnung, die er für seine epilepsie benötigt, kompliziert seine gesundheit. auch ist es unmöglich, ihn im gefängnis adäquat zu behandeln.

es gibt viele weitere fälle kranker gefangener, die schon aus rein humanitären gründen sich nur verbessern können, wenn sie aus dem gefängnis geholt werden, damit sich ihre angehörigen, ihre freunde und ihre vertrauensärzte um sie kümmern können.

**die 10. jährung**

im mai kommt es zur 10. jährung der pro-amnestie-woche. es war 1977, als im rahmen der mobilisierungen für die freiheit der politischen gefangenen in Euskadi sieben demonstranten durch die hände der polizei ihr leben verloren. seit damals entwickeln sich jahr für jahr in der ersten maiwoche eine woche lang feiern und demonstrationen für die amnestie und in erinnerung an die für ihre erreichung gestorbenen menschen.

aufgrund der mobilisierungen im mai 1977 sah sich die regierung gezwungen, die tore der gefängnisse zu öffnen. die amnestie von '77 wurde jedoch nur teilweise angewendet, bis zu dem punkt, wo die mitglieder der GRAPO, die Oriol und Villaescusa entführt hatten, und andere revolutionäre im gefängnis blieben. wenig später kehrten die gefängnisse dazu zurück, wieder wie vorher von politischen gefangenen überzulaufen.

im unterschied zu den davorliegenden jahren die verteidigung der politischen gefangenen die pro-amnestie-bewegung mit einer größeren verpflichtung versehen. es handelte sich in der mehrheit um wegen des gebrauchs des bewaffneten kampfes gegen die umgestaltung, die das faschistische regime begonnen hatte, verurteilte revolutionäre.

die pro-amnestie-bewegung polarisierte sich allmählich um zwei volksorganisationen, den Gestoras Pro Amnistía in Euskadi und den Asambleas Pro-Liberación de los Presos Políticos im rest des staates, die mit der zeit die aktuellen AFAPP-ACPG hervorbringen sollte. beide organisationen konzentrieren ihre kräfte in der solidarität mit den gefangenen revolutionären und der denunzierung von verhaftungen, folterungen und morden, die sich unter dem schutz des antiterroristischen gesetzes ereignen. in den ersten jahren richteten sie ihre ziele darauf, die existenz politischer gefangener vor der öffentlichen meinung zu denunzieren, die die regierung zu verheimlichen suchte, indem sie sie als soziale gefangene bezeichnete und ihnen verbot, im gefängnis politische aktivitäten zu entwickeln.

**die vernichtung der gefangenen**

die verabschiedung der Ley de Reforma Penitenciaria (strafvollzugsreformgesetz) sollte schließlich die absichten der regierung decken.

so sollten dank dieser die vernichtung der politischen gefangenen, der verbleib der repressiven kräfte im innern der gefängnisse, die anwendung typisch faschistischer zwangsmethoden vollständig legalisiert werden.

erwähnung verdient die von den AFAPP-ACPG während des hungerstreiks entfaltete aktivität, der im frühling 1981 von den politischen gefangenen aus PCE(r) und GRAPO bis zu den letzten konsequenzen durchgeführt wurde, um die vernichtungspläne zu zerschlagen, denen sie im gefängnis von Herrera de la Mancha ausgesetzt wurden. nahezu zwei jahre kampf, der mit dem tod Juan José Crespo Galendes nach 90 tagen hungerstreik seinen höhepunkt fand. der widerstand der gefangenen und die denunzierung durch die AFAPP-ACPG zwangen die UCD-regierung zurückzuweichen und die gefangenen in ein gefängnis mit menschenwürdigeren bedingungen zu verlegen.

**konstante unterstützung der baskischen gefangenen**

ständige mobilisierungen zur unterstützung der baskischen gefangenen und flüchtlinge haben in den dörfern und städten Euskadis stattgefunden. märsche, feiern, asambleas, sitzstreiks, demonstrationen. während der vergangenen drei monate wurde fast täglich im Euskal Herria (bask. volk) in solidarität mit den gefangenen und flüchtlingen gefeiert, mit dem höhepunkt der demonstration am vergangenen 29. märz in Vitoria, wo mehr als 5.000 menschen dem aufruf der Gestoras Pro Amnistía folgten, die amnestie der baskischen politischen gefangenen zu fordern.

**die ältesten politischen gefangenen Spaniens "die amnestie wird die revolution ankündigen"**

Manuel Xil Arauxo und Olegario Sánchez Corrales, militante aus den GRAPO, sind seit 1977 im gefängnis, beschuldigt der entführung von Oriol und Villaescusa. zehn jahre der kämpfe und des widerstandes. beide haben eine frage dieser zeitung beantwortet: wie seht ihr die sache der amnestie und die solidarität mit den gefangenen auf der straße?

Manuel: die amnestie wird erreicht werden, wenn es hier eine revolutionäre änderung gibt, vollzogen von den arbeitern, die die macht der bankiers, militärs und ähnlicher sippschaft in stücke zerreißt. eine veränderung, die die gefängnistore niederreißt. das heißt, die amnestie ist die zwillingsschwester der arbeit für alle, der volkskultur und des volksgesundheitswesens, des von basen und NATO freien landes, einer jugend, die all ihre lebenskraft entwickeln kann, eines würdevollen alters, der zu den männern gleichberechtigten frauen etc.

Olegario: die amnestie ist keine forderung, die für sich allein erreicht werden könnte, wie auch die arbeiter, die tagelöhner oder studenten unter diesem regime die fundamentalsten ziele, für die sie kämpfen, ein jeder für sich nicht erreichen können. die amnestie ist teil der gesamten widerstandsbewegung und wird genauso wie die übrigen volksforderungen nur mit der zerstörung des aktuellen regimes und seiner ersetzung durch den sozialismus erreicht werden.

Manuel: das heißt nicht, daß die teilbereichskämpfe keine wichtigkeit haben, im gegenteil. sie sind wie bäche, die allen poren dieser krisengesellschaft entspringen, und worum es geht, ist, daß sie alle in einen einheitlichen strom zusammenfließen, der das ganze alte wegschwemmt. so den kampf zu begreifen, bedeutet, wie man teilerfolge sowohl im bereich der amnestie als auch in anderen erreichen kann.

Olegario: die solidarität mit den gefangenen ist heute sehr wichtig, ist ein spiegel der allgemeinen ausweitung der kämpfe. einige jahre lang ging die sache mäßig, aber heute tritt sie über die ufer, wir erhalten von allen seiten anerkennung und beweise der unterstützung. was nötig ist, ist, daß die unterstützungsorganisationen nicht den zug verpassen, daß sie die früchte zu ernten verstehen und die solidaritätsbewegung auf ein höheres organisationniveau bringen.

**verlegung gefangener 'etarras'.** 16 mitglieder der terroristischen organisation ETA wurden am vergangenen sonntag aus dem gefängnis von Herrera de la Mancha (Ciudad Real) nach Almería, Ocana-1, Daroca und Huesca verlegt, mit dem ziel, "sie zu zerstreuen" und zu verhindern, daß die terroristische organisation sich vom gefängnis aus regeneriert - nach strafvollzugsquellen.
aus: el país, 23.6.'87

## Liste der militanten Gefangenen aus der PCE(r) und der GRAPO, Juni '87

Prisión de Carabanchel-Mujeres (Madrid)

| | | | |
|---|---|---|---|
| Aurora Caystano Navarro | Grapo | 200 Jahre | |
| Carmen Cayetano Navarro | Grapo | 180 " | |
| Mercedes Padrós Corominas | Grapo | 287 " | s/a |
| Teresa González Rodríguez | Grapo | 175 " | s/a |
| Josefina García Aramburu | Grapo | 400 " | |
| Eva Alonso Arce | Grapo | 100 " | |
| Carmen López Anguita | Grapo | 500 " | |
| Carmen Nunoz Martínez | Grapo | 100 " | s/a |
| Dolores Romero Rodríguez | Grapo | 70 " | s/a |
| Elvira Diéguez Silvaira | Grapo | 18 " | |
| Francisca Pérez Pérez | Grapo | 21 " | |
| Ana Belén San Miguel | Grapo | 20 " | |
| Mercedez Herranz Arcones | Grapo | 40 " | s/a |
| Josefa Alarcón Laquente | Grapo | 24 " | s/a |
| Isabel Aparicio Sánchez | Grapo | 10 " | |
| Celsa Barcía Vallejo | Grapo | 10 " | |
| Dolores López Guillén | Grapo | 120 " | |
| Alicia Artímez Alvarez | PCE(r) | 9 " | |

Prisión de Alcala-Meco (Madrid)

| | | | |
|---|---|---|---|
| José Carlos Comesana Costa | Grapo | 40 " | s/a |
| Sebastián Rodríguez Veloso | Grapo | 40 " | s/a |
| Francisco Cela Seoane | Grapo | 40 " | s/a |
| Luis Cabezas Mato | Grapo | 40 " | s/a |
| Jaime Simón Quintela | Grapo | 40 " | s/a |
| Buenaventura García Martín | Grapo | 40 " | s/a |
| José Francisco Tapia Segovia | Grapo | 40 " | s/a |
| Antonio Pedrero Donoso | Grapo | 40 " | s/a |

Prisíon Hospital Penitenciarto-Carabanchel (Madrid)

| | | | |
|---|---|---|---|
| Eugenio Fernández Montero | Grapo | 18 Jahre | |
| Avelino Gómez Gómez | Grapo | 70 " | |
| Inaki Cuadra Etxeandía | Grapo | 80 " | |
| José Jiménez Fernández | Grapo | 300 " | |
| Ernesto Fernández Portillo | Grapo | 16 " | |

Prisiones de Francia

| | | | |
|---|---|---|---|
| Enrique Cuadra Etxeandía | PCE(r) | 4 Jahre | |
| Manuela Ontanilla Calén | PCE(r) | 5 " | |
| Milagros Caballero Carbonell | Grapo | 6 " | |

Noten:
s/j sin juzgar
s/a sin acabar los juicios, con procesos pendientes.

Prisión de Soria (Soria)

| | | | |
|---|---|---|---|
| Rogelio Vázquez Gómez | Grapo | s/j | |
| Pablo Cabezas Mato | Grapo | s/j | |
| Jesús Cela Seoans | Grapo | s/j | |
| Pablo Serrano Serrano | Anarquista | 33 Jahre | |
| Manuel Arango Riego | PCE(r) | 12 " | |
| Francisco Brotons Beneyto | Grapo | 90 " | |
| Juan Jesús Mulnos Formoso | Grapo | 250 " | |
| José Ortín Martínez | Grapo | 24 " | |
| Victorino Diéguez Guerra | Grapo | 17 " | |
| Telmo Varela Fernández | Grapo | 30 " | |
| Joaquín Vieites Santos | Grapo | 20 " | |
| Fernando Viqueira Sanda | Grapo | 17 " | |
| Joaquín Gerrido González | Grapo | 250 " | |
| Manuel Gil Araujo | Grapo | 94 " | |
| Juan García Martín | Grapo | 200 " | |
| Manuel Parodi Munoz | Grapo | 500 " | |
| Joaquín Calero Arcones | Grapo | 100 " | |
| Juan José Díaz Fernández | Grapo | 21 " | |
| Francisco Rodríguez Veloso | Grapo | 100 " | |
| Antonio Lago Iglesias | Grapo | 100 " | |
| Juan Sánchez Moreno | Grapo | s/j | |
| José María Sáchez Casas | Grapo | 1800 " | |
| Fernando Hierro Chomón | Grapo | 470 " | |
| José Balmón Castell | PCE(r) | 40 " | |
| Fernando Silva Sande | Grapo | 14 " | |
| Pedro Ríos Pérez | PCE(r) | 12 " | |
| Fernando Rodríguez Blanco | Grapo | 40 " | |
| Olegario Sánchez Corrales | Grapo | 45 " | |
| Fernando Fernández Gonzéles | Grapo | 18 " | |
| Manuel Quesada Jiménez | Grapo | 40 " | |
| Valentín Benito Inigo | Grapo | 16 " | |
| Alfonso González Cambeiro | Grapo | 200 " | |
| Enrique Alvarez Abalde | PCE(r) | 16 " | |
| J.Manuel Pérez Hernéndez | Grapo | 100 " | |
| Francisco Martín Valero | Grapo | 500 " | |
| Pablo Fernández Billalabeitia | " | 50 " | |
| Justo Cábanas Morán | Grapo | 50 " | |
| Lucio García Blanco | PCE(r) | 6 " | |
| Benjamín Grande Serrano | Grapo | 3 " | s/a |
| Juan José Donoso Pulido | Grapo | 3 " | s/a |
| Victorio Calcerrada Fornieles | " | 45 " | |
| Leoncia Calcerrada Fornieles | " | 47 " | |
| Antonio Narváez Tarnero | PCE(r) | s/j | |
| José Sevillano Martín | Grapo | s/j | |
| José Antonio Remón Teijelo | Grapo | 13 Jahre | |
| Francisco Javier Ros Díaz | Grapo | 215 " | s/a |

News in brief

Abu Nidal Trains Guerrillas in Cyprus: Israeli Mossad secret service sources claim that members of Sabri el Bana's (Abu Nidal) Black June Revolutionary Council are training Armenian, Kurdish and Greek Cypriot guerrilla at bases in the Troodos mountains in southern Cyprus. The camps were moved from Syria where in-figthing between Palestinian groups has been reported. The camps are beeing serviced from Nicosia, Athens and Tripoli, according to the Mossad sources. However, Dr.George Habash's Popular Front for The Liberation of Palestine has reportedly broken ties with the Armenian and Kurdish groups and now refused to grant them training facilities at their bases. (Jane's Defence Weekly 18.07.87)

SDZ 28.97.1987

# Andreas Papandreou stärkt sich an einer Krise

**Belgrad, 27. Juli**

**Offenbar schwer verärgert hatte Ministerpräsident Andreas Papandreou Ende vorigen Monats den Amerikanern gedroht, es werde, falls sich Washington nicht „offiziell und öffentlich" entschuldige, nicht einmal zu Vorverhandlungen über den zukünftigen Status der US-Militärbasen in Griechenland kommen; seine sozialistische Pasok-Regierung lasse sich nicht erpressen. Aber noch Ende dieses Monats wird in Athen der Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten im State Department, Michael H. Armacost, erwartet. Er kommt zu Vorverhandlungen über die Stützpunkte der USA auf griechischem Boden, wie sie bei der NATO-Konferenz Mitte Juni in Reykjavik zwischen den Außenministern Shultz und Papoulias vereinbart worden waren. Die Amerikaner haben sich, wie es Papandreou forderte, offiziell und öffentlich entschuldigt. Die bisher letzte in einer langen Reihe von griechisch-amerikanischen Krisen ist, zumindest vorerst, beendet. Der gewiefte Taktiker Papandreou kann sich als Punktsieger feiern lassen.**

**Was in dieser Vier-Wochen-Krise vor sich ging, wie sie begann und schließlich beendet wurde, ist freilich voller Merkwürdigkeiten. Der Verdacht, daß hier durch Indiskretionen und lancierte Informationen ein Klima geschaffen wurde, das es dem durch Wirtschaftskrise und interne Pasok-Querelen angeschlagenen Papandreou ermöglichen sollte, nationales Rückgrat zu beweisen, beschäftigt nicht nur griechische Zeitungskommentatoren. Begonnen hatte die „Krise" mit einem Treffen, um das der amerikanische Botschafter Keeley den griechischen Außenminister Papoulias am 25. Juni gebeten hatte. Dabei hatte der Amerikaner den Griechen – wie wenig später die *New York Times* enthüllte – die Besorgnis Washingtons über offizielle griechische Kontakte mit dem palästinensischen Terroristenchef Abu Nidal zum Ausdruck gebracht und entsprechendes Beweismaterial vorgelegt.**

**Die regierungsnahe Athener Zeitung *Eleftherotypia* zog nach und behauptete, Abu Nidal sei Mitte Juni auf dem Athener Flughafen mit dem Chef des griechischen Nachrichtendienstes, Tsimas, zusammengetroffen und habe auch Kontakt zu einem Pasok-Abgeordneten im Europa-Parlament aufgenommen. Trotz offizieller Dementis hält sich in Athener Sicherheitskreisen weiter die Version, Abu Nidal habe in der Tat mit griechischen Kontaktpersonen Möglichkeiten erörtert, in Athen Fuß zu fassen: gegen die Zusicherung, auf griechischem Territorium nicht „aktiv" zu werden und Athens Sicherheitsbehörden über die arabische Terroristenszene zu informieren. Diese angeblichen Kontakte fallen in die Zeit, da Abu Nidal auf Befehl des syrischen Staatschefs Assad – der damit seine Abkehr vom internationalen Terrorismus beweisen wollte – seine Büros in Damaskus hatte schließen müssen.**

**Was immer den Amerikanern an „Belastungsmaterial" vorgelegen haben mag: Das zukünftige Schicksal ihrer Militärstützpunkte in Griechenland schien ihnen offenbar wichtiger zu sein als sich mit Athen über angebliche oder tatsächliche Terroristenkontakte zu streiten, zumal da ihre eigene Glaubwürdigkeit durch die Irangate-Affäre angeschlagen ist. Hinzu kam, daß die Heftigkeit der Reaktion Papandreous auf die amerikanischen Vorwürfe in Washington offenbar überraschte. Und auf dem Höhepunkt der griechisch-amerikanischen Krise – wieder durch gezielte Indiskretion – wurde in Athen ein Briefwechsel zwischen dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow und Papandreou veröffentlicht. In seinem am 14. Mai in Athen übergebenen Brief äußert Gorbatschow die Hoffnung, daß „in Übereinstimmung mit der einmütigen Forderung des griechischen Volkes" die amerikanischen Militärbasen entfernt würden. In seiner Antwort vom 9. Juni wendet Papandreou freilich ein, daß eine Beendigung oder Erneuerung des im Dezember 1988 auslaufenden Abkommens über die US-Basen von den Bedingungen abhängen werde, „die mit der Sicherung unserer nationalen Interessen und der Sicherheit unseres Landes, insbesondere angesichts der sichtbaren Bedrohung durch unser Nachbarland Türkei, im Zusammenhang stehen".**

**Washington beeilte sich, das kleinere Übel zu wählen und dem Wunsch Papandreous nach „Entschuldigung" nachzukommen. Anfang voriger Woche veröffentlichten die Athener Zeitungen einen Brief des Unterstaatssekretärs Armacost an Außenminister Papulias, in dem zwar nichts von dem zurückgenommen wird, was – in der Presse – über griechische Kontakte mit Abu Nidal behauptet wurde, gleichwohl aber bedauert wird, daß der amerikanisch-griechische „Gedankenaustausch" über den Terrorismus zu „Mißverständnissen" geführt habe. Ein Athener Regierungssprecher bezeichnete den Brief als „zufriedenstellend"; den Vorverhandlungen über Zukunft und Status der US-Militärbasen stehe nichts mehr im Wege.**

**Der Verdacht freilich, daß Papandreou den Terroristenkonflikt mit Washington als willkommenen Anlaß nahm, um seine Position im nationalen griechischen Lager zu festigen, bleibt bestehen; auch hält sich die Vermutung, daß er mit der Veröffentlichung des Briefwechsels mit Gorbatschow seinen linken Pasok-Flügel zur Raison bringen wollte. Und es gibt Spekulationen in Athen, daß Papandreou von dieser Position der Stärke aus vorgezogene Parlamentswahlen anpeilt, um danach mit den USA ein modifiziertes neues Abkommen über die US-Militärstützpunkte abzuschließen. Seine Ankündigung, ein solches Abkommen von einer Volksbefragung abhängig zu machen, deutet darauf hin: Letzte Umfragen ergaben, daß trotz des latenten Anti-Amerikanismus ein modifiziertes Stützpunktabkommen von der Mehrheit der Bevölkerung gebilligt werden würde. Die politische Virtuosität Papandreus scheint ungebrochen zu sein.**

## DER VERSUCH DER INSTALLIERUNG EINER OPERATIONS- UND OBSERVATIONSBASIS DES STAATSSCHUTZES IM KIEZ SO 36

Am Mittwoch, den 22. April 1987, hängten sich in größeren Abständen mehrere Zivlwagen an das Auto einer Genossin aus dem anti-imperialistischen Widerstand ran und folgten ihr bis zu ihrer Arbeitsstelle bzw. einige waren schon vor ihr da und hatten sich in der näheren Umgebung verteilt. Im Laufe des Tages und auch während des nächsten Tages (23.4.) verdichtete sich, daß die Bullen sie zeitweise mit bis zu 15 PKWs observierten.

Die permanente Präsenz der Bullen und die konkrete Bedrohung, die in ihr lag, hatte offensichtlich die Absicht, daß sie fast ausschließlich mit der Tatsache der Observation, mit ihren Gründen und Absichten beschäftigt sein sollte. Ferner sollte sie für jede andere Tätigkeit oder Überlegung blockiert und auch ihre Wahrnehmungsfähigkeit eingeschränkt werden.

Hinter diesem Ablenkungsmanöver sind sie bereits damals am Mittwoch, den 22. April, nachmittags in das schräg gegenüberliegende Haus in die Wohnung im 2. Stock eingedrungen, die schon seit längerer Zeit leersteht. Dieses ganze Haus mit seiner verworrenen und unklaren Vermietungslage und mehreren leerstehenden Wohnungen eignet sich besonders als Stützpunkt für den Staatsschutz. Damals war uns zuerst nur aufgefallen, daß das sich links vom Balkon befindliche Zimmer mit einer großen Schaumgummimatratze in der Weise zugestellt war, daß auf der rechten Seite zwischen Matratze und Fensterrahmen ein etwa 15 cm breiter Spalt frei blieb, durch den man von außen (mindestens) <u>eine</u> Person mit einer Kamera in der Hand sehen konnte. Der untere Teil der Fensterscheibe war auffällig blank geputzt, im Gegensatz zu den sonst verdreckten Scheiben. Außerdem waren die Scheiben im Erkerzimmer nebenan, die ebenfalls zur Straße hinausgehen, mit Tapeten gegen Einsicht von außen und gegen direkte Sonneneinstrahlung überklebt worden. Diese Person saß zeitweilig auf einem Stuhl, beobachtete den Hauseingang gegenüber. Das war umso auffälliger, als die Wohnung leer bzw. nicht vermietet war. Wir stellten daraufhin fest, daß diese Wohnungstür mit einem Vorhängeschloß abgeschlossen war, weil das normale Türschloß fehlte. Ferner stellten wir fest, daß diese Wohnung nicht vom Hinterhaus her zu erreichen ist, sondern nur von der Straße her durch den Vordereingang.

In diesem Zusammenhang bekam für uns die Tatsache, daß am Dach - genau gegenüber den beiden Wohnungen auf gleicher Höhe - mehrere Dachziegel fehlten und daß von daher noch eine weitere Möglichkeit bestand, Einblick in die beiden nebeneinander liegenden Wohnungen im 5. Stock zu bekommen. Durch dieses Loch selbst konnten wir allerdings nichts erkennen oder identifizieren.

Unser Interesse blieb deshalb auch zunächst auf diese Wohnung beschränkt. Auch geschah zunächst ersichtlich nichts Neues, vielmehr hörte die TE-Observation am Freitag morgen, den 24. April, ebenso abrupt auf, wie sie begonnen hatte. Es gab keine befürchtete Hausdurchsuchung, keine Festnahme, nichts. Wir erfuhren aber an diesem Wochenende, daß die fragliche Wohnung vom Nachbarmieter als Abstellraum benutzt wurde, und daß er es gewesen war, der den Bullen Zutritt verschafft haben muß. Ob sie sich bei ihm als solche ausgegeben haben, wissen wir nicht.

Am Mittwoch morgen, den 20. Mai, begann eine noch umfangreichere TE-Observation teilweise auch gegen die Mitbewohner. Unter diesem Schutz liefen dann auch die Volkszählungsversuche in den genannten Wohnungen und in der Straße. Etwa zeitgleich wurden im gegenüber liegenden Haus 2 Typen, die schwere Sporttaschen bei sich trugen, im 3. Stock des Treppenhauses beobachtet. Als sie dies mitkiegten, kehrten sie auf der Stelle um. Bereits am Montag, den 18. Mai, noch vor Beginn der TE-Observation, waren 2 Typen vom Dachboden des besagten Hauses die Treppe heruntergekommen. Einer von beiden wurde am Mittwoch eindeutig wiedererkannt. Es wurde beobachtet, daß einer von ihnen in einen bereitstehenden PKW einstieg, der bereits als Observationsfahrzeug identifiziert war.

Direkt danach wurden sowohl die Wohnung als auch der Dachboden genauer unter die Lupe genommen, die Recherchen ergaben das Folgende: An der Wohnungstür innen wurde von den Bullen ein neuer Riegel angebracht, um während ihrer Anwesenheit ungestört arbeiten zu können. In dem Zimmer, in dem wir sie auch von außen bei der Observation hatten beobachten können, wurde in einer alten Zinkwanne zwischen Schutt die Verpackung eines hochlichtempfindlichen Farbfilms gefunden; außerdem eine leere Dose eines Kältesprays für hochempfindliche Elektronik und eine Röhre (dessen genauen Verwendungszweck wir herauszubekommen versuchen).* Daneben befand sich ein Becher mit einer größeren Anzahl Zigarettenkippen der Marken Stuyvesand und Reval.

* - Kältekontakt 75 Chemie (zur schnellen Fehlersuche kühlt bis -42 Grad Cels.)
- Kältespray 75 (zur raschen Feststellung von thermetischen Unterbrechungen - zur Abkühlung von Transistoren und Widerständen)

Am Samstag, den 23. Mai, wollte der neue Nachmieter ein neues Vorhängeschloß an die besagte Wohnungstür anbringen. Deshalb wollte

der Nachbar sein altes Schloß abmachen. Dabei stellte sich heraus, daß der Schlüssel nicht einwandfrei paßte und die Tür deshalb nur unter großen Schwierigkeiten zu öffnen war. Eine Erklärungsmöglichkeit ist die, daß er keine Originalschlüssel mehr hatte.

Der Dachboden war in einem chaotischen Zustand, dennoch gibt es keine Anzeichen dafür, daß dort Penner übernachtet haben könnten. Am wichtigsten war hier das Loch im ziegelbedeckten Dach. Das war mit einem Brett von innen zugedeckt, so daß nur ein schmaler Spalt blieb, um durchzuschauen. Es war genau in Augenhöhe angebracht. Damit der Schein einer Taschenlampe nicht etwa durch den Spalt dringen konnte, haben sie wahrscheinlich die Kerze benutzt, die sich dort in einem toten Winkel zum Fenster befand. Dabei war auffällig, daß die Kerze bei der ersten Durchsicht des Dachbodens noch zehn Zentimeter groß und nicht verstaubt war, beim zweiten Mal aber heruntergebrannt.

Ebenso eine Leiter, die beim ersten Mal an einer anderen Stelle gestanden hatte als beim zweiten Mal (dieses Mal in der Nähe der Dachbodentür. Möglicherweise hatten sie sie dazu benutzt, die Tür von innen dicht zu machen, weil sie sich nicht abschließen läßt). Unter dem Loch im Dach standen 2 Eimer, möglicherweise dienten sie als Ablage. Auf dem Boden lagen (frische) Kippen der Marke Marlboro. Fußspuren führten direkt von der Tür zu diesem Loch. Zu dieser Zeit war der Dachboden für Operationen optimal geeignet, da in der darunterliegenden Wohnung niemand wohnte, also niemand Geräusche beim Herumlaufen hören konnte.

Es stellte sich heraus, daß Leute, die sich für diese Wohnung im 4. Stock interessiert hatten und einen Mietvertrag vorbereiteten, vom Hauseigentümer erfuhren, daß sich noch jemand um die Wohnung beworben hätte. Das ist umso seltsamer, als nur jemand, der sich mit den Verhältnissen im Haus genau auskannte, wissen konnte, wer der neue Hauseigentümer ist (bis zu diesem Zeitpunkt lag noch keine Eintragung im Grundbuch vor; der zuständige Mieterverein seinerseits hatte zugesichert, keine weiteren Interessenten wegen eines Mietvertrags beim Eigentümer vorzulassen).

## TERROR GEGEN EINZELNE - GEMEINT SIND WIR ALLE

Observation setzen sie gegen alle ein, die hier bewußt kämpfen. Wir sehen die Observation im Zusammenhang mit ihren brd- und europaweiten Versuchen, unsere Entwicklung aufzuhalten. Dazu gehören die Zerschlagung von politischen Veranstaltungen (München), die Verhaftung von Genossinnen und Genossen in Duisburg, Durchsuchung von Buch- und Infoläden, die Kriminalisierung von Zeitungen und Broschüren in der BRD und international: radikal, s'blättle, Knipselkrant und Bluf, die über 50 Geheimdienstbriefe an Genossinnen und Genossen aus dem Widerstand mit Geldangeboten in Millionenhöhe.

Die Reaktion der Schweine darauf ist bestimmt von dem Versuch, aus ihrer Defensive herauszukommen, in die sie immer mehr gedrängt werden, und zwar in dem Maße, wie der Widerstand Bewußtsein und eigene Stärke entwickelt und so zum Angriff kommt. Dieser entsteht an allen Ecken und Enden und schiebt sich zusammen: die Kämpfe gegen das Atomprojekt Wackersdorf, gegen die Kontrolle und Überwachung durch neue Ausweise und die Volkszählung, die der konkreten Kriegsvorbereitung dient. Die Offensive von RAF und kämpfenden Einheiten gegen wichtige Projekte der westeuropäischen Formierung ist die konsequente Entwicklung zum Aufbau der Front.

Es zeichnet sich ab, daß sie den Prozeß der Zersetzung des herrschenden Konsens ('Tagesspiegel': "zeitweiliger Zusammenbruch des Wertesystems") nicht mehr aufhalten können. Das ist hier in Kreuzberg am 1. Mai besonders deutlich geworden, wo ihre 750-Jahre-"Jubelfeier" gekippt ist und das Bedürfnis, diesen Staat zu bekämpfen, einen breiten Ausdruck gefunden hat.

So ist diese Observation Teil ihrer Versuche, die Mobilisierung hier zurückzudrängen, um ihre Projekte und Propaganda durchziehen zu können. Dazu gehört die militärische Belagerung von SO 36 als massiver Einschüchterungsversuch, die totale Abriegelung des ganzen Stadtteils am 12.6. und dient der Militarisierung ihrer Repression gegen uns.

Offener Terror auf der einen, verdeckte Bespitzelung auf der anderen Seite - beides gehört zusammen und macht uns nochmal klar, welche Dimension der Krieg hier in der Metropole angenommen hat und wie angreifbar trotzdem sie geblieben sind. Von beiden Seiten ihres Terrors müssen wir als Kampfbedingungen ausgehen, jede /r, die hier kämpft.

Unsere Erfahrung aus der Diskussion darüber war auch, daß es wichtig ist, von der Gemeinsamkeit unter uns auszugehen. Aus ihrer Logik richten die Herrschenden den Terror gegen Einzelne, um damit alle einzuschüchtern - aber die Logik ihres Terrors bricht daran, daß wir viele sind, die sich nicht einschüchtern oder brechen lassen.

Wir machen das, was gegen uns gelaufen ist, offen. Zum einen, um den Schweinen konkret das Haus als Beobachtungsposten zu nehmen; zum anderen, weil wir den Austausch und die Diskussion darüber sehr wichtig finden, was sie uns in diesem Kampf an Bedingungen setzen, damit wir unsere Auseinandersetzung, Diskussion und Praxis schützen können.

## ZUSAMMEN KÄMPFEN FÜR DEN AUFBAU VON REVOLUTIONÄRER GEGENMACHT

# Das Labyrinth der elektronischen Karteien

Kriminalistik 7/87

## Wie Bund und Länder INPOL weiterentwickeln wollen / 2. Teil

**Eines steht immer noch aus, obwohl es seit der Verabschiedung des INPOL-Fortentwicklungskonzeptes ständig auf der Tagesordnung zu finden ist: die Realisierung der Auskunftssysteme. Daran sollte in den kommenden Jahren vorrangig gearbeitet werden.**

Die vorausgegangene Darstellung verdeutlicht, daß das INPOL-System, das 1972 zunächst nur mit der Aufnahme des Fahndungssystems an den Start ging, inzwischen eine Komplexität erreicht hat, die nur noch für einige Experten in ihrer Gesamtheit überschaubar sein dürfte.

Die Tatsache, daß selbst in Kernbereiche des INPOL-Fortentwicklungskonzepts – wie beim Kriminalaktennachweis und beim Erkennungsdienst – noch Realisierungsdefizite bestehen, daß Vorhaben von übergreifender Bedeutung erst in einer sehr frühen Aufbauphase sind (z. B. Arbeitsdatei PIOS-Organisierte Kriminalität) oder sich gar noch im Planungsstadium befinden (z. B. zentrale Falldatei), zeigt, daß manch Außenstehender in seiner Bewunderung oder seinem Argwohn den Ausbaustand des INPOL-Systems und sein Leistungsvermögen überschätzen dürfte.

Die Hauptaufgabe für die nächste Zeit ist und bleibt, möglichst zügig die Realisierung der Auskunftssysteme des INPOL-Fortentwicklungskonzepts von 1981 abzuschließen. Der AK II hat auf einer Sondersitzung Anfang Dezember 1986, bei der es allein um Fragen der polizeilichen Datenverarbeitung ging, ausdrücklich beschlossen, daß die INPOL-Bund-Anwendungen Personenfahndung, Kriminalaktennachweis, Haftdatei, Erkennungsdienstdatei sowie Sachfahndung nach Maßgabe der INPOL-Verbundkonventionen (INPOL-Manual 3/4 bzw. 2/3) beschleunigt weiter realisiert werden.

### Teilung zwischen Bund und Ländern

Bei der schrittweisen Realisierung der einzelnen Anwendungen ebenso wie bei den eingeleiteten Planungen tritt allerdings immer stärker hervor, daß das Fortentwicklungskonzept einer klarstellenden Interpretation, ggf. auch einer Fortschreibung im Interesse eines weiteren planvollen Ausbaus bedarf.

*Arbeitsteilung zwischen INPOL-Bund und INPOL-Land:* Das Fortentwicklungskonzept hat eine Arbeitsteilung zwischen dem Bund und den Ländern vorgegeben. Danach soll die Informationsverarbeitung von INPOL-Bund im wesentlichen Hinweis-/Nachweischarakter für den polizeilichen Sachbearbeiter haben (wer/was wird gesucht, wo sind Erkenntnisse?) und lediglich in einigen ausgewählten Ausnahmebereichen weitergehende Informationen beinhalten. Falldaten und Folgedaten zu INPOL-Bund-Informationen sollen dagegen prinzipiell INPOL-Land vorbehalten sein.

Durch vermehrten Einsatz von Fall- und PIOS-Dateien, insbesondere durch übergreifende Anwendungen wie die vor kurzem eingerichtete Arbeitsdatei PIOS-Organisierte Kriminalität und die geplante zentrale Falldatei, wird die erwähnte Grundtendenz des Fortentwicklungskonzepts zumindest berührt, wenn nicht gar aufgegeben. Es besteht hier also ein Klärungsbedarf.

Dem kann kaum entgegengehalten werden, die Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern bleibe unangetastet, da Informationen über die kleine und mittlere bzw. die lediglich regional bedeutsame Kriminalität auch künftig grundsätzlich nur bei den Ländern verarbeitet werden sollen. Denn abgesehen von den Anwendungen Fahndungen, Erkennungsdienst und Haftdatei, die besondere Funktionen haben, bezieht sich die im Fortentwicklungskonzept vorgenommene Abgrenzung ohnehin nur auf die schwere bzw. überregional bedeutsame Kriminalität.

Dies dürfte im übrigen ein relevanter Gesichtspunkt auch bei den Fall- und PIOS-Dateien sein, die jeweils das Informationsaufkommen aus einem bestimmten Kriminalitätsbereich insgesamt erfassen sollen, wie z. B. Falldatei Rauschgift oder die Arbeitsdatei PIOS-Innere Sicherheit. Hier fragt sich, ob es – auch unter Aufwand/Nutzen-Gesichtspunkten – zweckmäßig ist, auch minder bedeutsame Fälle aus dem Kriminalitätsbereich zentral in INPOL-Bund zu erfassen. Das Fortentwicklungskonzept gibt hier möglicherweise bereits einen Anhalt. Denn es spricht in diesem Zusammenhang von Aktenerschließungssystemen und Falldateien „für Straftaten von bundesweiter Bedeutung". Es stellt nicht auf Dateien „für *Kriminalitätsbereiche* von bundesweiter Bedeutung" ab.

Die Frage nach der Arbeitsteilung zwischen INPOL-Bund und INPOL-Land ist sicherlich nicht nur auslegungstheoretischer Natur. Sie ist vielmehr grundlegend inhaltlicher Art. Mit ihrer Beantwortung steht oder fällt z. B. die Bedeutung des Kriminalaktennachweises.

Der Kriminalaktennachweis soll nach dem KAN-Konzept vom Juni 1981 als Kernstück von INPOL-Bund ein reiner Aktennachweis für Fälle schwerer und überregional bedeutsamer Kriminalität sein. Der Aufbau einer zentralen Falldatei, die nicht nur ergänzende Daten zu praktisch allen KAN-relevanten Fällen, sondern dar-

### Verständigung auf einheitlichen Strukturen

über hinaus wegen der erwogenen Einbeziehung der kriminalpolizeilichen Sondermeldedienste auch nicht

KAN-relevante Fälle umfassen würde, entzöge der von der Innenministerkonferenz beschlossenen Grundlage des KAN-Konzepts faktisch den Boden. Eine solche Entscheidung für die zentrale Falldatei müßte konsequenter Weise ein Überdenken, wenn nicht gar die Aufgabe der selbständigen Anwendung Kriminalaktennachweis zur Folge haben.

*INPOL-Bund als „offenes" oder „geschlossenes" Konzept:* Klärungsbedürftig ist, ob mit dem INPOL-Fortentwicklungskonzept von 1981, soweit es INPOL-Bund betrifft, lediglich eine Rahmenvorgabe gegeben werden sollte, bei deren konkreter Ausgestaltung die Beteiligten weitgehend frei sind („offenes Konzept"), oder eine feste, für alle Beteiligten verbindliche und nicht interpretierbare Planung festgelegt werden sollte („geschlossenes Konzept").

Während für die INPOL-Bund-Anwendungen Fahndung, Kriminalaktennachweis, Haftdatei und Erkennungsdienstdatei wegen der Verständigung aller Verbund-Teilnehmer auf die INPOL-Verbund-Konventionen (Manual 3/4 und 2/3) ein solches geschlossenes Konzept angenommen werden kann, gibt es bezüglich der anderen INPOL-Bund-Bereiche Festlegungen in diesem Sinne bisher nicht. Dies kann zur Folge haben, daß durch den Ausbau oder die beabsichtigte Neueinführung von Verfahren im Rechner-Verbund, die sich im Rahmen des Fortentwicklungskonzeptes bewegen, Bund und Länder ständig einer ggf. erheblichen Anpassungsnotwendigkeit ausgesetzt sind, die sowohl ihre Planungssicherheit als auch ihren Ressourceneinsatz empfindlich beeinträchtigen kann.

Es ist daher zu erwägen, dem Fortentwicklungskonzept in bezug auf INPOL-Bund für gewisse Zeit dem Charakter eines „geschlossenen Konzepts" zu geben, um sowohl inhaltlich wie technisch (Schnittstelle) eine Bindung aller Beteiligten zu erreichen und unterschiedliche Entwicklungen und Realisierungen zu vermeiden, wobei neue, über das „geschlossene Konzept" hinausgehende Anwendungswünsche zurückgestellt werden müßten. Dies umfaßt etwa auch die Verständigung auf einheitliche Kataloge und Datenstrukturen der relevanten Kriminalitätsbereiche, wobei die Frage, welche Informationen (Daten) in den Verbund letztlich einbezogen werden, sekundär ist. Für die zentrale Falldatei wird – wie bereits erläutert – an entsprechenden Festlegungen derzeit gearbeitet, um – unbeschadet der noch ausstehenden Grundsatzentscheidung – bei allen Verbundteilnehmern auf jeden Fall für eine ausreichende Planungssicherheit vorzusorgen.

*Aufwand-Nutzen-Verhältnis der Datenverarbeitung in INPOL-Bund:* Die Darstellung der Datenverarbeitung in INPOL-Bund nach erreichtem Ausbaustand und den Planungsvorhaben macht deutlich, daß in nicht unerheblichem Umfang eine parallele Informationsverarbeitung in Falldateien und PIOS-Anwendungen erfolgt.

Seit mehreren Jahren wird etwa im Rauschgiftbereich mit zwei nebeneinander bestehenden Informationssystemen (Falldatei Rauschgift und PIOS-Rauschgift) gearbeitet. Die gleiche Situation besteht seit längerem bezüglich der beiden Zentraldateien des BKA im Kriminalitätsbereich „Waffen/Sprengstoff". Die Frage der Zweckmäßigkeit und der Effizienz dieses Vorgehens ist bisher nicht untersucht. Der AK II hat bereits vor einiger Zeit im Hinblick auf die Informationsverarbeitung im Rauschgiftbereich einen entsprechenden Erfahrungsbericht angefordert, der bisher nicht vorliegt. Gleichwohl werden auch weiterhin Fall- und PIOS-Anwendungen in Betrieb genommen bzw. projektiert, bei denen jeweils eine gewisse „Zweispurigkeit" der Informationsverabeitung unvermeidbar ist und wohl auch als selbstverständlich angesehen wird.

Dies ist um so bemerkenswerter, als einmal gesetzte Fakten praktisch nicht mehr beseitigt werden können. Es ist schwer vorstellbar, daß die Datenbestände etwa der Falldateien Rauschgift und Waffen/Sprengstoff oder der entsprechenden PIOS-Dateien je wieder aufgegeben werden, nachdem die Datenbestände in diesen Dateien inzwischen einen erheblichen Umfang erreicht haben. Selbst wenn diese Dateien nicht als selbständige Anwendungen bestehen bleiben, ist allenfalls zu erwarten, daß gefordert wird, sie in die zentrale Falldatei bzw. die Arbeitsdatei PIOS-Organisierte Kriminalität zu integrieren. Dies würde jedoch das grundsätzliche Problem der mehrgleisigen Informationsverarbeitung kaum lösen. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß ein erheblicher Teil der in diesen Dateien verarbeiteten Informationen zusätzlich noch in das jeweilige Landessystem und in weitere INPOL-Bund-Anwendungen (z. B. KAN, Haftdatei, Datei „Erkennungsdienst") eingegeben werden müssen.

Schließlich muß in diesem Zusammenhang auch der Frage nachgegangen werden, ob der langfristige Aufbau mehrgleisiger Informationsverarbeitung unter dem Gesichtspunkt sinnvoll ist, daß sowohl das neue PIOS-Verfahren als auch die geplante zentrale Falldatei die Erfassung des Ereignisses/Falles vorsehen. Sofern eine mehrgleisige Informationsverarbeitung im Einzelfall unverzichtbar ist, müssen auf jeden Fall Regeln entwickelt werden, die möglichst eindeutig die gegenseitige Abgrenzung der Datenbestände gewährleisten.

Ein weiterer ungeklärter Punkt ergibt sich aus dem Verhältnis der PIOS-Anwendungen untereinander. Hier bestehen nunmehr die deliktsübergreifende Anwendung PIOS-Organisierte Kriminalität und jeweils bestimmte Kriminalitätsbereiche abdeckende Verfahren. Verschiedene Fachdienststellen haben bereits die Einrichtung weiterer deliktsbezogener PIOS-Anwendungen gefordert.

Bei dieser Sachlage ist zu erwarten, daß ein erheblicher Teil der anfallenden Informationen nicht nur in einer der deliktsspezifischen PIOS-Anwendungen gespeichert, sondern wegen des Verdachts eines organisierten/konspirativen Tätervorgehens auch in die Arbeitsdatei PIOS-Organisierte Kriminalität eingestellt wird.

Sollten dagegen außerhalb des Staatsschutzbereichs deliktsspezifische PIOS-Anwendungen zugunsten der Arbeitsdatei PIOS-Organisierte Kriminalität nicht mehr geführt, vielmehr in diese integriert werden, wäre mit dem Aufbau eines Informationsbestandes in dieser Datei zu rechnen, der weit über das bisher im PIOS-Bereich Gewohnte hinausgehen würde.

## Weitere PIOS-Anwendungen gefordert

Abgesehen davon, daß damit ein weiteres umfassendes Informationssystem neben der zentralen Falldatei und dem Kriminalaktennachweis den überwiegenden Bereich von schwer und überregional bedeutsamer Kriminalität abdecken dürfte, bleibt die

Frage, ob eine derartige Großdatei, die wie alle PIOS-Anwendungen an den Sachbearbeiter bezüglich der Dateneingabe, der Datenpflege (insbesondere im Hinblick auf die zunächst unterbewerteten Daten, z.B. „andere Personen") und der Recherche besonders hohe Anforderungen stellt, mit der vorhandenen Personalkapazität der Länder und des BKA in realistischer Weise bewältigt werden kann. Der Vollständigkeit halber ist zu erwähnen, daß nach allen bisherigen Erfahrungen mit den PIOS-Anwendungen ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem gespeicherten Datenvolumen und der Nutzungshäufigkeit (Eingabe, Abfrage, Recherche) einerseits und dem Antwortzeitverhalten andererseits besteht. Ein aus der Sicht des Anwenders negatives Antwortzeitverhalten führt zu einem Nachlassen der Anwenderakzeptanz und hat zwangsläufig Auswirkungen auf das Eingabeverhalten mit der Gefahr, daß der Datenbestand unvollständig und inaktuell wird.

Die dargelegten Problemstellungen machen deutlich, daß insbesondere der Frage nach dem Verhältnis von Aufwand und Nutzen der polizeilichen Datenverarbeitung nachgegangen werden muß. Eine solche Aufwand/Nutzenanalyse, die das Gesamtgeflecht der polizeiinternen Datenverarbeitung berücksichtigen muß, erscheint besonders vordringlich vor dem Hintergrund von Planungen, die die DV-Aktivitäten der Polizei voraussichtlich für die nächsten 10 Jahre entscheidend prägen werden. Aufwand/Nutzen-Betrachtungen lediglich im Bezug auf Einzelvorhaben – sofern sie bisher überhaupt vorgenommen worden sind – werden der Gesamtproblematik nicht gerecht. Die Untersuchung muß sich ebenso auf die Frage erstrecken, wie die Anwendung in das Gesamtkonzept des INPOL-Systems einzuordnen ist und in welchem Verhältnis sie ggf. zu anderen Anwendungen steht. Die Schwierigkeiten, derartige Bewertungen vorzunehmen, sollen nicht verkannt werden. Fraglich ist allerdings, ob man sich auf das Argument der Unmöglichkeit zurückziehen kann. Es gilt vielmehr, konkrete Meß- und Bewertungskriterien zu entwickeln.

Ansatz- und Ausgangspunkte für Aufwand/Nutzen-Abschätzungen sind durchaus vorhanden. Auf den noch ausstehenden Erfahrungsbericht über die mehrgleisige Informationsverarbeitung im Rauschgiftbereich wurde bereits hingewiesen. Zweifel an einem sachgerechten Verhältnis von Nutzen und Aufwand sind inzwischen wohl auch nicht mehr bei der Sachfahndung mit rund 2 Millionen Ausschreibungen zu fast 3 Millionen Gegenständen zu leugnen. Zu diesem Bereich sowie zur Haftdatei, die der Vermeidung einer Fahndungsausschreibung von inhaftierten Personen dienen und Alibiüberprüfungen ermöglichen soll und in der inzwischen rund 235000 Personen mit rund 70000 aktuellen und 350000 inaktuellen Haftnotierungen erfaßt sind, hat der AK II in der erwähnten Sondersitzung Anfang Dezember 1986 ausdrücklich eine Effizienzuntersuchung erbeten.

Absolute Priorität einer Effizienzuntersuchung im geforderten Sinne muß die Frage haben, ob Aufwand und Nutzen aus der Sicht des polizeilichen Anwenders in einem vernünftigen Verhältnis zu einander stehen. Datensysteme dürfen nicht nur theoretisch von Erfolg sein. Sie müssen von der Praxis auch angenommen werden.

Engagement für Dateneingabe und Datenpflege setzt nämlich letztlich voraus, daß der Anwender Sinn und Nutzen des eigenen Arbeitseinsatzes zu erkennen vermag.

## Hohe Bealstung für die Praxis

Die Belastung, die sich für die polizeiliche Praxis heute aus der Datenverarbeitung durch Dateneingabe in häufig mehrere DV-Systeme und durch zusätzliche Meldeverpflichtungen ergibt, ist zumindest in ihrer additiven Gesamtauswirkung beachtlich. Dabei ist weiter zu berücksichtigen, daß die Notwendigkeit einer nachfolgenden Datenpflege (ergänzen, verändern, berichtigen, ggf. löschen gespeicherter Daten) zusätzlichen Arbeitsaufwand abverlangt.

Setzt sich erst einmal der Eindruck fest, der geforderte Aufwand steht in einem auffälligen Mißverhältnis zum erwarteten Erfolg, geht sehr schnell die Anwenderakzeptanz verloren. Unvollständige und inaktuelle Datenbestände sind leicht die Folge.

Sicherlich ist es das Ziel, einen Zustand zu erreichen, in dem der polizeiliche Sachbearbeiter die in seinem Bereich angefallenen Informationen nur einmal erfaßt und „seine" DV-Anwendung die von ihr verwalteten Daten anderen relevanten Systemen auf Stromwegen automatisch oder nach Weisung zur dortigen Speicherung übermittelt. Der gegenwärtige Ausbaustand von INPOL zeigt allerdings, daß bis dahin – zumindest in bezug auf die Datenauslieferung für die INPOL-Bund-Dateien – noch ein langer Weg zurückzulegen ist.

*Prüfauftrag des AK II vom 1./2. Dezember 1986:* Der Versuch, im Rahmen des Themas nicht nur über den Ausbau- und Realisierungsstand des INPOL-Systems zu referieren, sondern auch auf offene Fragen und Probleme einzugehen, soll nicht den Eindruck hervorrufen, INPOL habe in den letzten Jahren mehr Rückschritte als Fortschritte erzielt. Ein solcher Eindruck wäre ungerechtfertigt.

INPOL ist im Laufe der Zeit ständig verbessert worden. Sein Wert für die polizeiliche Arbeit ist kontinuierlich gewachsen. Mit dem sich abzeichnenden Abschluß der Arbeiten zur Realisierung des Rechner-Verbundes wird eine Reihe von noch bestehenden technisch/organisatorischen Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit im Rahmen von INPOL-Bund ausgeräumt sein. Damit wird ein weiterer Qualitätszuwachs verbunden sein.

Bei allen zwischenzeitlich erreichten Fortschritten darf aber nicht verkannt werden, daß das INPOL-System aus unterschiedlichen Gründen nicht frei von Schwächen ist. Verbesserungen in dv-technischer sowie aufbau- und ablauforganisatorischer Hinsicht erscheinen möglich und sind nötig.

Der AK II hat sich auf der bereits mehrfach erwähnten Sondersitzung am 1./2. Dezember 1986 mit Fragen und Problemen in diesem Zusammenhang befaßt. Er hält eine Prüfung für erforderlich, ob und ggf. in welchem Umfang das INPOL-Fortentwicklungskonzept von 1981 einer klarstellenden Interpretation oder etwaigen Fortschreibung bedarf. Mit der Prüfung ist eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Bundes beauftragt worden, der alle Länder angehören und in der die AG Kripo und die Technische Kommission angemessen vertreten sein sollen.

Die Prüfung soll unter Berücksichtigung von Aufwand/Nutzen-Aspekten sowie der notwendigen Anwenderakzeptanz erfolgen und der Klärung dienen, ob die im INPOL-Fortentwicklungskonzept vorgegebenen Informationsstrukturen und die Organisation der polizeilichen Informationsverarbeitung geeignet sind, die Tätigkeit der Polizei bei der Verbrechensbekämpfung optimal zu unterstützen.

## Fortschreibung: Neue Technik berücksichtigen

In diese Prüfung sollen die Frage der Verknüpfung bzw. Abhängigkeiten der INPOL-Anwendungen untereinander sowie die Datenverarbeitung im Rahmen von INPOL-Land einbezogen werden. Dies unterstreicht, daß der Auftrag nicht allein auf die Untersuchung einzelner Anwendungen und Vorhaben abgestellt, sondern auf der Basis einer Informations- und Kommunikationsbedarfsanalyse eine Prüfung der Gesamtkonzeption des INPOL-Systems zum Ziele hat.

Schließlich sollen bei den Prüfungen die zwischenzeitlich eingetretenen technischen Entwicklungen berücksichtigt werden. Hier dürfte die Erwägung eine Rolle spielen, daß die bisher zur Verfügung stehende Technik in Großrechnern die traditionell vertikal ausgerichteten polizeilichen Informationsstrukturen von der Basis zu den Zentralstellen gefördert und gefestigt hat. Dem möglicherweise zusätzlich vorhandenen fachlichen Bedürfnis nach lokaler Datenverarbeitung mit Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Nachbardienststellen oder innerhalb einer Region – also nach Ausbildung auch einer horizontalen Informationsverarbeitung – konnte kaum Rechnung getragen werden. Mit der Entwicklung leistungsfähiger Kleinsysteme (APC, PC usw.) sind nunmehr jedoch Möglichkeiten eröffnet, die in dem Gesamtgefüge polizeilicher Informationsverarbeitung nicht ohne Bedeutung bleiben werden.

Der Spiegel 06-07-1987

# Angst vor der Kiste

**Mit einem Kronzeugen, den sie für ein Verfahren gegen angebliche Terroristen präpariert hatten, sind nordrhein-westfälische Ermittler hereingefallen.**

Sie kamen immer nachts. Erst warfen die Täter Fensterscheiben öffentlicher Gebäude ein, dann schleuderten sie Brandsätze – das Finanzamt in Wuppertal-Barmen wurde beschädigt, die Justizvollzugsschule, die Grundbuch-Abteilung des Amtsgerichts.

Schmierereien an den Hauswänden („Feuer + Flamme für den Staat", „Kampf dem Imperialismus") und das Polit-Kauderwelsch in diversen Bekenner-Pamphleten deuteten auf die Urheber. Elf Frauen und Männer nahm sich die Polizei vor: Studenten, Handwerker, Arbeitslose, allesamt mit einschlägigen Karrieren als Hausbesetzer oder militante Demonstranten.

Im Ermittlungsverfahren schwiegen die Beschuldigten, doch bei der Durchsuchung ihrer Wohnungen wurden Brecheisen und Bolzenschneider, Notizbücher und Flugblätter, Plakate und Photos gefunden. Das genügte dem Düsseldorfer Generalstaatsanwalt. Er erhob vor dem Oberlandesgericht Anklage: wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung".

Auf 268 Seiten wollte die Behörde nachweisen, die Extremisten hätten „in Anlehnung an die . . . Praktiken anderer" Gruppierungen wie Rote Armee Fraktion oder Revolutionäre Zellen „die Erschütterung und schließlich Beseitigung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse" herbeiführen wollen. Sie seien Mitglieder einer „auf längere Dauer angelegten terroristischen Vereinigung mit organisierter Willensbildung" und handelten „nach gemeinsam gefaßtem Plan".

Begründung und Beweisstücke reichten dem Strafsenat des Oberlandesgerichts allerdings nicht aus. Zeugen, die „konkrete Bekundungen über eine etwaige innere Organisationsstruktur" der Gruppe machen könnten, seien „weder benannt noch aus den Unterlagen ersichtlich", kritisierten die Richter. Auch zweifelten sie, „ob überhaupt ein für alle verbindlicher, verbandsmäßiger Gemeinschaftswille vorhanden war oder ist".

Der Prozeß wird dennoch, auf Weisung des Karlsruher Bundesgerichtshofs (BGH), im Spätsommer eröffnet – genau vor dem Senat, der die Anklage abgewiesen hat.

Die nordrhein-westfälischen Justiz- und Polizeibehörden haben sich nämlich nachträglich etwas zurechtgebastelt, was es nach geltendem Recht gar nicht gibt: einen Kronzeugen in Terror-Verfahren, der zwecks Strafmilderung oder sogar Straffreiheit plaudert. Die FDP hatte Ende letzten Jahres entsprechende Vorstöße zur Änderung der Gesetze scheitern lassen.

Im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen versuchten die Strafverfolger dennoch auf diesem Weg weiterzukommen. Die Polizei präsentierte plötzlich eine „Gewährsperson", die dann auch auspackte. Name, Alter und Herkunft des Kronzeugen wurden geheimgehalten, weil „bei Offenlegung der Personenidentität für die Quelle" Lebensgefahr bestehe.

Die Ermittler teilten dem Senat nur mit, der Tipgeber komme „aus dem persönlichen Umfeld der Angeklagten" und sei „in jeder Hinsicht glaubwürdig". Weitere Details erfuhren die Richter nicht. Die Polizeiabteilung des Düsseldorfer Innenministeriums hielt es für geboten, sonst „nichts verlauten zu lassen".

Doch was die eine Staatsgewalt der anderen verschwieg, kam Stück für Stück ans Licht. Das Manöver muß selbst Verfechtern der Kronzeugenregelung bedenklich erscheinen: Der in Beweisnot produzierte Informant ist einer der Angeklagten. Zudem gibt er mittlerweile bereitwillig Auskunft, wie es mit seiner Glaubwürdigkeit tatsächlich bestellt ist.

„Es gab da", gesteht Kronzeuge Günter Pokorny, 32, „eine Absprache mit den Bullen, die ich auch einhielt: mich selbst nicht zu belasten und gute Freunde rauszuhalten. Was ich sonst zu Protokoll gab, war fast nur Spekulation."

Dabei hatte der Staatsschutz alles so prächtig eingefädelt. Nachdem das Oberlandesgericht im Sommer 1984 die Prozeßeröffnung gegen die Wuppertaler Zündler abgelehnt hatte, legte der Düsseldorfer Generalstaatsanwalt Beschwerde ein. Wenig später, im September 1984, wurde Pokorny festgenommen.

Aus Holland kommend wollte er im grenznahen Emmerich gerade ein Taxi nach Wuppertal besteigen. Zollbeamte fanden bei ihm 200 Gramm Haschisch, Pokorny: „Hab' ich drüben gekauft, die wußten erstaunlicherweise auch, wo."

Nach einer Nacht in der Zelle holte

**ihn ein Beamter der Wuppertaler Kripo ab, keiner vom Rauschgiftdezernat, sondern einer vom 14. Kommissariat, der politischen Polizei. Auf der langen Fahrt ins Bergische war genug Gelegenheit zum Plaudern, der Polizist wußte gut Bescheid. Jetzt sei ja wohl alles aus, bedeutete er seinem Mitreisenden, kein Geld, keine Wohnung, „auch die Beziehung daheim ist im Eimer".**

**Pokorny, ein früherer Heimzögling und Hascher, wunderte sich, woher der Kripomann das alles wissen konnte. Die Erklärung kam später: Unter dem Vorwand, Rauschgift zu suchen, hatte sich die Polizei nur wenige Stunden nach Pokornys Festnahme in der Wohnung der Ex-Freundin umgetan.**

**Im Auto noch bot der Polizeibeamte, so erinnert sich Pokorny, dem Delinquenten ein Geschäft an: Es gebe eine „einzige Möglichkeit", für Pokorny was zu tun – wenn er den Ermittlern im Terror-Verfahren gegen die Wuppertaler Brandstifter über den Berg helfe.**

**Pokorny erklärte sich bereit, „weil ich hoffte, sofort wieder entlassen zu werden". Doch der einschlägig vorbestrafte Mann kam wegen der Einfuhr von 200 Gramm Haschisch in Untersuchungshaft. Immer wieder besuchte ihn der Polizist im Gefängnis; auch ein Mitarbeiter des nordrhein-westfälischen Innenministeriums, Abteilung Verfassungsschutz, kam zweimal, „um mich psychologisch abzuchecken". Versprochen wurde nichts, dafür gab es mal Zigaretten, mal 200 Mark als vorzeitiges Weihnachtsgeschenk. „Der Typ vom Verfassungsschutz sagte", so Pokorny, „sein Amt habe keine direkten Möglichkeiten, meine Entlassung zu bewirken – aber die beste Garantie, rauszukommen, wäre selbstredend meine Aussage."**

**Anfang November 1984 verurteilte ihn das Amtsgericht Wuppertal wegen der illegalen Einfuhr von Haschisch zu zwei Jahren und drei Monaten Haft, ohne Bewährung. Da gab Pokorny klein bei: „Ich hatte tierische, panische Angst vor der Kiste."**

**Die Ermittler hatten ihr Ziel erreicht. Viermal stand Pokorny zwei Beamten des Düsseldorfer Landeskriminalamtes (LKA), einer Oberkommissarin und einem Hauptkommissar, Rede und Antwort. Zuletzt wurde er am 8. Januar 1985 verhört, eine Woche später entschied das Landgericht über Pokornys Berufung gegen das Haschisch-Urteil.**

**Die Sitzung dauerte, laut Protokoll, nur dreißig Minuten: Pokorny nahm sein Rechtsmittel zurück, dafür wurde der Haftbefehl aufgehoben – der Delinquent wurde, vorerst, freigelassen. Und als er wenig später bei einem Kneipeneinbruch erwischt wurde, ließ ihn der Haftrichter wieder laufen.**

**Was er vor den Beamten des Landeskriminalamts ausgesagt hatte, genügte dem Bundesgerichtshof als „neu hinzugekommenes Beweismittel". Jetzt ergebe sich, so der BGH, daß die Wuppertaler Extremisten einen „Personenverband mit organisierter Willensbildung" eine terroristische Vereinigung, gebildet hätten.**

**Die Bundesrichter wiesen die Düsseldorfer Juristen an, das Hauptverfahren zu eröffnen. Alte und neue Erkenntnisse zusammen würden „voraussichtlich zu dem Nachweis führen, daß es sich ... um eine Vereinigung im Sinne des § 129a StGB handelte".**

**Wie es um die Qualität seiner Aussagen bestellt war, vertraute Pokorny dem Alternativblatt „Wuppertaler Stadtzeitung" an:**

Dann erzählst du einfach Sachen, die du gar nicht weißt ... und die die auch nicht kontrollieren konnten, ob ich sie weiß oder nicht, einfach um die Geschichte interessant und größer zu machen und damit die Geschichte Gewicht kriegt

**Der in Terroristenprozessen erfahrene Vorsitzende des Strafsenats, Klaus Arend, hielt die nachgereichten Protokolle für viel zu dürftig. Deshalb entschied er im April letzten Jahres, der Zeuge, dessen Identität er immer noch nicht kannte, sei „ergänzend zu vernehmen" 74 Fragen schob der Richter nach, unter anderem:**

Was versteht der Zeuge unter „Gruppe"? Welche gemeinsamen tatsächlichen Merkmale ... müssen nach Vorstellungen des Zeugen Personen aufweisen, um eine „Gruppe" zu sein? Oder meint er hier nur einen bestimmten, durch gemeinsame Wohnung, persönliche Freundschaft und gleiche Interessen verbundenen Personenkreis, der gleichzeitig einen bestimmten Teil der Wuppertaler linksradikalen Szene darstellt?

**Statt präziser Antworten erhielt Arend einen nur zweiseitigen „Bericht" des LKA-Dezernats 22. „Die Gewährsperson" sei „im Rahmen des Möglichen eingehend vernommen" worden und habe „zur Struktur der Vereinigung erschöpfend ausgesagt". Der Generalstaatsanwalt schob nach, der Zeuge habe „jegliche weitere Aussage kategorisch abgelehnt".**

**Die ganze Wahrheit aber gaben weder Polizei noch Staatsanwalt dem Gericht preis: Ein neues Verhör war gar nicht möglich, seit März 1985 bereits war der Kronzeuge spurlos verschwunden.**

**Knapp zwei Jahre später machte Pokorny dem Katz-und-Maus-Spiel ein Ende: Nachdem ihn Wuppertaler Bekannte Anfang des Jahres in seinem Fluchtort Athen aufgespürt und zur Rückkehr überredet hatten, sitzt er wieder in Haft, die alte Hasch-Sache. Die Beschuldigungen von damals hat er Mitte Mai zurückgenommen. Ein weiterer Belastungszeuge, den die Polizei ebenfalls erst später aufgetan hatte, ist derzeit gar nicht greifbar: Er wird von der Staatsanwaltschaft München gesucht.**

**Die Verhandlung gegen mittlerweile noch zehn Angeklagte soll ordnungsgemäß eröffnet werden. „Was danach kommt", prophezeit ein Verteidiger, „wird ein deftiges Spektakel." Ob der Fall auch Konsequenzen für die Kripoleute hat, steht dahin. NRW-Innenminister Herbert Schnoor erklärt zum Vorgehen seiner Beamten, polizeiliche Maßnahmen dürften „nicht dazu führen, daß dem Gericht ein fairer Prozeß unmöglich gemacht wird".** ◆

Reagans Doktrin für die "Dritte Welt". TAZ 11.06.1987

Die Reagan-Doktrin wurde formuliert, um mit Revolutionen in der „Dritten Welt" umzugehen — um sie zu verhindern, sie zu schwächen und „auszubluten", wenn sie bereits geschehen sind, oder sie, wenn möglich, niederzuschlagen. Geboren aus dem Bedürfnis, auf Revolutionen der siebziger Jahre zu antworten, ohne jedoch unmittelbar US-Truppen längerfristig zur Aufstandsbekämpfung einzusetzen, ist die Reagan-Doktrin faktisch eine Politik der Gegenrevolution zum Niedrigpreis.

Innerhalb dieses strategischen Raumes hat die Doktrin fünf Komponenten: die *erste* ist eine neue Theorie des Krieges, genannt „low intensity conflict" (Konflikt niedriger Intensität); die *zweite* ist die Förderung militärischer und anderer geheimer Operationen gegen revolutionäre Regimes der „Dritten Welt"; die *dritte* ist das Eingreifen in revolutionäre Situationen, um Erhebungen in andere Richtungen zu lenken und so viel wie möglich vom existierenden Regime zu retten; die *vierte* ist die Durchführung einer „Antiterroristen"-Kampagne; die *fünfte* ist die letzte Machtreserve direkter US-Intervention gegen Revolutionen. (Die beiden letzten Teile mußten leider einer notwendigen Kürzung zum Opfer fallen, die Red.)

## Low Intensity Conflict

„Low Intensity Conflict" (LIC) wurde zum führenden militärischen Element der Reagan-Doktrin. Zuerst 1981 in die Diskussion gebracht und jetzt in einigen offiziellen und halboffiziellen Dokumenten formuliert, ist LIC die Aktualisierung irregulärer militärischer Aktivitäten in der „Dritten Welt". Einige seiner Befürworter sehen in ihm eine Antwort auf revolutionäre Guerillastrategien, eine Art von „amerikanischem Leninismus". Dafür postuliert die Theorie des LIC die folgenden Bedingungen:

— *Die Kombination militärischer und nichtmilitärischer Kampfformen:* Die USA müssen darauf vorbereitet sein, nicht nur an der militärischen Front zu kämpfen, sondern auch mit Hilfe politischer, wirtschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Instrumente. Die bekanntesten sind Programme der zivilen Aktion, psychologische Operationen und Propagandakampagnen breiten politischen Charakters.

— *Die Notwendigkeit, auf langwierige Verpflichtungen vorbereitet zu sein:* Eine der schmerzhaftesten Lehren des Vietnam-Krieges war das Gefühl, daß die USA nicht die Standfestigkeit hatten, ihre Streitkräfte dort im Feld zu lassen.

— *Die Beschränkung von US-Verwicklungen im Kampfgeschehen auf ein Mindestmaß:* LIC beinhaltet zwar direkte militärische US-Aktivitäten, aber dies geschieht vor allem durch die Unterstützung einheimischer Kräfte, sei es einer Regierung oder Opposition, oder durch kleine Einheiten für Spezialoperationen.

— *Die Mobilisierung von Unterstützung innerhalb der USA:* Die politischen und psychologischen Komponenten von LIC enthalten nicht nur den Kampf vor Ort, sondern auch die Situation innerhalb der USA selbst. Eine weitere „Lehre" aus Vietnam war, daß der Krieg ebenso in den USA wie in Vietnam selbst verloren wurde. Die Antwort ist klar: Es müssen große Anstrengungen unternommen werden, um innenpolitische Unterstützung zu mobilisieren und aufrechtzuerhalten — im Kongreß, in den Medien und in der Öffentlichkeit insgesamt. Die Privatisierung der Contra-Unterstützung durch die Aktivitäten politischer Aktionskomitees und rechtsgerichteter „pressure groups" hat sowohl eine politische als auch eine finanzielle Bedeutung: Hauptziel ist nicht nur, die den Contras zufließenden Geldmittel zu erhöhen, sondern auch das politische Engagement und die Einmischung der rechtsgerichteten Aktivisten in Zentralamerika. Bis Ende 1986 war der Hauptverantwortliche für diese Mobilisierung Oberst Oliver North.

## Eine neue Doktrin der Geheimaktion

Mit dem Amtsantritt Reagans erhielt die Unterstützung rechter Guerillaorganisationen erhöhte Bedeutung, die Ausgaben und die Anstrengungen, solche Konflikte zu schüren, nahmen zu. Rückendeckung für „Freiheitskämpfer" wurde zum zentralen Bestandteil der LIC-Politik. Der CIA rückte sich unter der Leitung von William C. Casey in den Mittelpunkt dieser gegenrevolutionären Operationen. Es heißt, daß sie von einem Komitee geleitet wurden, das sich im Raum 208 des Old Executive Building gegenüber dem Weißen Haus traf. Zum Komitee 208 gehörten Vertreter des CIA, des Nationalen Sicherheitsrats, des Verteidigungs- und des Außenministeriums. Seine Entscheidungen wurden von der Planungsgruppe für nationale Sicherheit, zu der der Präsident und seine wichtigsten Berater in Sachen nationale Sicherheit gehörten, gebilligt.

In der Zeit von 1981 bis 1986 unterstützte der CIA vier gegenrevolutionäre Guerillabewegungen in der Dritten Welt: in Kambodscha, Afghanistan, Angola und Nicaragua. Im Falle der ersten drei waren die USA bereits vor 1981 beteiligt, aber die Bandbreite und der Grad öffentlichen Engagements stieg mit Reagans Einzug ins Weiße Haus an. Finanziell gesehen fiel Afghanistan, das allein 1985 geschätzte 470 Millionen Dollar erhielt, am meisten ins Gewicht. Nur in diesem Land ging die US-Hilfe direkt an Kräfte, die töteten. Zwei der vier Guerillabewegungen hatten innere Wurzeln im Land — Afghanistan und Angola — und wurden von antikommunistischen Nachbarstaaten (Pakistan und Südafrika) unterstützt. Die kambodschanischen und nicaraguanischen Kräfte waren ein Überbleibsel des geschlagenen Regimes, führten eine Randexistenz an den Grenzen des Landes und hätten nicht überlebt oder — wie im Fall Nicaraguas — wären gar nicht erst aufgetaucht, hätte der CIA sie nicht unterstützt. Warum unterstützten die USA Kräfte, die keine Erfolgschancen hatten? Eine Anzahl verschiedener Gründe für LIC scheinen zusammenzuwirken und sich zu überlappen. Erstens sollten die Kosten, die der UdSSR und ihren Verbündeten auferlegt wurden, so hoch wie möglich sein, während die USA außerhalb des Konflikts blieben. Der Verlust an Menschenleben, die Zersplitterung finanzieller und administrativer Ressourcen, die aus LIC-Kriegen hervorgehenden politischen Belastungen, all dies kam einer auf antikommunistischem Kreuzzug befindlichen Regierung gelegen. Es trug dazu bei, die UdSSR und ihre Verbündeten zu binden und auszubluten. Zweitens gab es den Wunsch, an die öffentliche Meinung der USA zu appellieren. Reagans Rede von „Freiheitskämpfern" und ihren Idealen waren Teil einer umfassenden Mobilisierung der öffentlichen Meinung der USA für seine Politik. Je weniger Ergebnisse er auf dem Boden vorweisen konnte, desto nötiger hatte er es, als jemand gesehen zu werden, der etwas tat. Drittens gab es den Wunsch nach Rache. Eine Elite von Politikmachern, die die Niederlage in Vietnam und die Welle von 1974 bis 1980 überstanden hatte, fand nun ihre Freude daran, ihre eigenen Guerillaorganisationen gegen Revolutionäre aufzubauen.

## Die Verfeinerung revolutionärer Krisen

Ebenso wichtig wie die Verhinderung revolutionärer Siege war die parallele politische Strategie, Revolutionen abzuwürgen und umzulenken, bevor sie stattfinden. Die Niederlage im Iran rief in Washington eine breite politische Debatte hervor, wie die Machtübernahme Khomeinis hätte verhindert werden können. Die Meinungen gingen weit auseinander, aber eines hatten sie gemeinsam: die USA hätten das Regime durch die Absetzung des Schahs retten müssen. Das Problem im Iran war nicht, daß der Schah floh, sondern daß mit ihm das ganze Regime zusammenbrach. Es mußte nun gelernt werden, wie man die Situation so zurechtbog, daß der gehaßte Diktator gehen konnte, sein Regime aber blieb. Im Idealfall würden natürlich Elemente seines eigenen Regimes im letzten Moment die Seite wechseln, indem sie sich als Vorkämpfer eines alternativen Regimes darstellten, um so die staatliche Kontinuität zu garantieren und sich einen Teil der Glaubwürdigkeit der Opposition anzueignen.

Eine ähnliche Lehre zogen rechtsgerichtete Analytiker aus Nicaragua: Carter hätte 1978 Somoza zum Abgang zwingen und so das Regime retten und die Revolution von 1979 blockieren sollen.

Es gab vier Fälle für solche Übergänge: Sudan, El Salvador, Haiti und die Philippinen. In allen vier Fällen gab es einen beträchtlichen diplomatischen Anteil der USA. Die USA waren nicht die Hauptursache der Veränderung, auch wenn US-Regierungsbeamte manchmal behaupteten, das Ende dieser Tyranneien herbeigeführt zu haben. Aber die USA hatten

einen gewissen Anteil daran, den Übergang zu einem für sie günstigeren Ausgang geführt zu haben.

Im Falle des Sudan bewogen US-Beamte Nimeiri, nicht die Rückkehr in den Sudan zu versuchen, als die Krise während seines Besuches in Washington ausbrach, und sie brachten Ägypten dazu, ihm Asyl zu gewähren. Die neuen sudanesischen Herrscher wußten, daß sie die Rückendeckung der USA bei ihrer Aktion hatten. In El Salvador war es direkter Druck der USA, der D'Aubuisson von der Präsidentschaft abhielt und 1983 zur „Säuberung" der salvadorianischen Armee und der Verringerung der Aktivitäten der Todesschwadrone führte.

In Haiti hatten US-Beamte Duvalier lange bedrängt zu gehen, und es war ein US-Flugzeug, das den Diktator und seine Familie außer Landes brachte. In den Philippinen war es der vom CIA unterstützte Radiosender „Veritas", der die Revolte der militärischen Führer Enrile und Ramos unterstützte, die Marcos zu Fall brachte; es waren US-Beamte, die Marcos außer Landes brachten und ihn daran hinderten, in seiner Hochburg in der Region Ilocos im nördlichen Luzon zurückzukehren. Die Neutralisierung des unerwünschten Kandidaten und die Unterstüzung der neuen Führung scheiterte im Iran, da die Khomeini-Opposition stark genug war, die USA daran zu hindern, ein Regime nach dem Schah unter Schahpur Bakthias einzurichten. Sie scheiterte ebenfalls in Nicaragua 1978/79, da keine „saubere" Gruppe innerhalb der Nationalgarde aufgetischt werden konnte. Sudan, Haiti, El Salvador und die Philippinen waren erfolgreicher. Die bewirkten Veränderungen hatten die negative Folge, daß der Protest der Bevölkerung und eine breitere öffentliche Debatte freien Lauf erhielten. Die Rettung der Staatsmaschine war diesen Preis wert. Ein prowestliches Nachfolgeregime konnte nun Glaubwürdigkeit für sich beanspruchen und gewann Zeit, sich zu etablieren. Viele, die eine Rolle bei der Aushöhlung des alten Regimes gespielt hatten — Kommunisten und Guerilla im südlichen Sudan, die FMNL in El Salvador, die städtischen Protestler in Haiti, die NPA auf den Philippinen —, waren nun von der Macht ausgeschlossen.

**Fred Halliday**

*Neue Berichte über Strahlenexperimente*

# »Geigerzähler fingen wild zu ticken an«

**20 britische Spezialeinheiten für atomare Unglücke — Zwischenfall mit US-Soldaten**

NN 16-07-1987

LONDON — In Großbritannien sind jetzt nähere Einzelheiten über die Tests mit Soldaten, die radioaktiver Strahlung ausgesetzt wurden, ans Licht gekommen. Nachdem die Tageszeitung „Independent" kürzlich erste Meldungen veröffentlicht hatte, die das Verteidigungsministerium mittlerweile bestätigte, zitierte das Blatt nun das Mitglied einer Spezialeinheit, von deren Existenz die Öffentlichkeit bisher nichts wußte. Der Offizier schilderte unter anderem, wie 1981 ein Gelände in Staffordshire mit radioaktivem Staub bedeckt wurde. Seine Truppe mußte die Erde abgraben und in Säcke verpacken.

Bei ähnlichen Übungen verbrachten Feuerwehrleute der Luftwaffe einige Stunden in einer Halle bei einem Flugzeug, das mit radioaktivem Sand umgeben war. „Sobald wir die Halle betraten, fingen die Geigerzähler wie wild zu ticken an", erinnert sich der Spezialist. Zwar wurden die Männer hinterher entseucht, aber es gab keine langfristigen medizinischen Untersuchungen, ob ihnen die Strahlenbelastung geschadet hat. Der zivile Katastrophenschutz, der an der Übung teilnahm, wurde nicht einmal informiert, daß dabei radioaktives Material verwendet wurde.

Probleme hatte die Einheit mit den amerikanischen Verbündeten. Bei einem echten Feueralarm in der Luftwaffenbasis St. Mawgan versperrten US-Soldaten mit Maschinenpistolen ihren britischen Kameraden den Zugang zu dem Lager der US-Atomsprengköpfe.

Das Verteidigungsministerium leugnete diese Vorfälle nicht und erklärte, daß mittlerweile die Sicherheitsbestimmungen im Umgang mit radioaktivem Material „erheblich verschärft" worden seien. Die britischen Streitkräfte besitzen 20 solcher Spezialeinheiten, die für Unfälle mit atomaren Waffen gedrillt sind. Die Soldaten dürfen selbst ihrer Familie nichts über diese Aufgabe sagen. Zu den Übungen gehört auch die Suche nach kleinen nuklearen Sprengkörpern, die von Terroristen verwendet werden könnten. Ihr Einsatz wird von der „Organisation für nukleare Unfälle" („NARO") geleitet, von der selbst der Name bislang nicht bekannt war. Dieser Kommandozentrale sind auch US-Experten zugeteilt. Die Marine besitzt eigene Einheiten für atomare Unglücke auf See.

# Möllemann: GSG 9 gegen „Chaoten"

Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann (FDP) schlug vor, die Antiterrorgruppe des Bundesgrenzschutzes, die GSG 9, für den Einsatz bei gewalttätigen Demonstrationen bereitzuhalten. Der „Bild"-Zeitung sagte Möllemann, der einfache Polizeibeamte sei überfordert, wenn er „maskierten, mit Schlagstöcken und Stahlschleudern bewaffneten Chaoten" gegenüberstehe. Aus Steuergeldern werde eine hochqualifizierte Eliteeinheit unterhalten, die immer trainiere, aber fast nie zum Einsatz komme. „Sie sollte in solchen Fällen eingesetzt werden, weil sie hochbeweglich und bestens ausgerüstet ist. Das schreckt die Polit-Kriminellen ab!"

TAZ 24.7.87

# Autofocus-Geschoß

**Gewerkschaft der Polizei drängt zur Beschaffung neuer Gummi-Geschosse / Studie über ein 30 Millimeter-Modell**

TAZ 21-07-1987

Bremen (taz) — Die Gewerkschaft der Polizei macht sich Sorgen. Es bestehe die Gefahr, berichtet das Juli-Heft des Verbandsorgans, daß „jahrzehntelanges Bemühen von den Herstellern bis zur Forschungs- und Entwicklungsstelle für Polizeitechnik an der Polizeiführungsakademie in Hiltrupp letztlich für die Katz gewesen ist". Eine Delegation der Gewerkschafter hat sich bei der Waffenfirma Heckler & Koch über den Stand der Entwicklung von Gummigeschossen informiert. „Die Fachleute setzen auf Druckluft", allerdings sei aus politischen Gründen „die Luft raus" aus dem Projekt. Denn die CDU- und SPD-Bundesländer würden sich nicht einig, und medizinische Gutachten hätten die Gefahr „unverhältnismäßig großer Verletzungen" attestiert.

Das gänzlich auszuschließen sei „eine allerdings utopische Forderung", kommentiert das Gewerkschaftsorgan: „Man muß sich darüber im klaren sein, daß ein polizeiliches Einsatzmittel grundsätzlich — wie von der GdP mehrfach gesagt — nicht gesundheitsfördernd sein kann. Wer auf dem Hintergrund physikalischer Gesetzmäßigkeiten überhaupt polizeiliche Einsatzmittel für richtig und wichtig hält, kommt an dieser Erkenntnis nicht vorbei."

Die Gewerkschafter berichten dann über eine interessante Variante des Gummi-Geschosses: 30 Millimeter soll ihr Durchmesser sein, schon im vergangenen Sommer habe Heckler & Koch eine Studie dazu vorgelegt. Um dem Kollegen im Dienst die Entscheidung abzunehmen, ob er den Druck und somit die Aufprall-Wucht auf einen 15 oder einen 60 Meter entfernten „Störer" einstellen soll, könnte Heckler & Koch eine von Fotogeräten her bekannte „Autofocustechnik" einbauen. Dies würde eine „Abschätzung der Distanz zum Störer überflüssig" machen.

Der Waffenfirma allerdings fehlt es an einem klaren Auftrag der Innenminister, berichtet das Gewerkschaftsorgan. „Woran es fehlt", so betonte der GdP-Vorsitzende Hermann Lutz, „ist die notwendige Konsequenz in Fragen der inneren Sicherheit."

# NATO-Krieg gegen den Widerstand

NID 16/87 **—Schwerpunkt Knast—**

Im Mai 1975 wurde vom "institute for the study conflicts" in London der ISC-Report u.a.zum Thema "Terrorismus" erstellt. Der ISC-Report ist eine Planstudie, in der die Grundlagen und Richtlinien der NATO-Kriegsführung nach außen und innen festgelegt sind. Alle NATO-Regierungen haben sich daran zu halten.

Zusammenfassung des Reports:

– Die erste Aufgabe der Behörden einer Gesellschaft, die friedliche Veränderungen zuläßt, muß sein, die Herrschaft des Gesetzes denen aufzuzwingen, die gegen sie Krieg führen. Anders zu handeln hieße, dem Ziel der Terroristen, eine legitime politische Macht zu sein, Glaubwürdigkeit zu verleihen.

– Die Regierung, die vom Terrorismus bedroht ist, muß handelnd gesehen werden, um das Vertrauen wieder aufzubauen...: Sie muß eine phantasievolle, erzieherische Kampagne aufbauen, um die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit bestimmter counter-Maßnahmen zu überzeugen, die nicht jedem verständlich sein können am Anfang einer Kampagne, die später das Leben von Großstädten unterbrechen können.

Dies ist vor allem deshalb wichtig, wenn es notwendig wird, militärische Hilfe einzuberufen, die in Hinblick auf die fortgeschrittene Bewaffnung, die den Terroristen zur Verfügung steht, notwendig sein kann.

– Außerdem ist es die Pflicht derer, die die Öffentlichkeit gegen die Bewaffneten und Bombenleger schützen wollen, die Zusammenarbeit mit Medienleuten zu sichern mit dem Ziel einer fairen Darstellung der Notwendigkeit von conter-Maßnahmen im öffentlichen Interesse.

– Da terroristische Aktionen vorher nicht festzumachen sind, müssen die counter-Aktionen folgendes Ziel haben:

– Die Organisationen zu infiltrieren;

– Den Terrorismus verhindern, indem die Aktionszentren aufgespürt und isoliert werden, ihnen lebensnotwendige Hilfe versagt wird (Essen, Unterkunft, medizinische Hilfe), so daß sie gezwungen sind, ins Offene zu treten;

– Die Führer ausschalten durch Gefangennahme und Haft. Wenige wichtige Kader können, wenn einmal identifiziert, in der Zirkulation drin bleiben, wenn über sie die Fäden zu der Spitze zu beschaffen sind. Ohne Führer neigen kleine Gruppen dazu, zu zerfallen oder in internen Streiteren sich zu zersetzen zum Wohle der Sicherheitsorgane.

Aufstellen einer Spezialeinheit, zu der auch Psychologen, Schlosser, Pfarrer, Analytiker für Politik, Medienleute ... gehören sollen. Diese Spezialeinheiten sind sogenannte paramilitärische Polizeieinheiten, die dazu ausgerüstet sind, sowohl bei schweren Unruhen wie auch bei Stadtguerilla mit Aktionen zu intervenieren.

– Psychologische Kriegsführung: Den propagandistischen Versuchen, die Sicherheitsbehörden wie z.B. in Nordirland mit Anklagen wie Folter, Brutalität bei Razzien und Mord an unbeteiligten Zivilpersonen zu diskreditieren, muß mit der Darstellung des ständigen Lebensrisikos und Streß' eines Soldaten oder Polizisten in einer Situation der Gewalt im Innern entgegengetreten werden.

Die Techniken der psychologischen Kriegsführung müssen immer den Zielgruppen entsprechend gewählt werden. Argumente über die Unmoral der Gewalt werden vielleicht in England oder Westdeutschland schnell akzeptiert, aber werden keine Wirkung in einem katholischen Ghetto in Belfast haben oder in der Gemeinschaft arabischer Gastarbeiter in Frankfurt. Auf dieser Ebene müssen die Sicherheitsbehörden erfinderischer sein: z.B. müssen sie Rivalitäten und Korruption in der Führung der Terroristen öffentlich machen.

– Terroristen sollen auf dem normalen Weg krimineller Anklagen verurteilt werden und als Kriminelle gefangengehalten werden. Besondere Vorsicht muß darauf verwendet werden, daß sie keine Schule für Terroristen in den Gefängnissen bilden, wenn die Anzahl der Gefangenen steigt.

– Gegen die Todesstrafe spricht das Argument, daß durch sie nützliche Quellen für Informationen verloren gehen unter der Annahme, daß der Gefangene umgedreht werden kann.

Weiter wird in dem Bericht darauf hingewiesen, daß eine internationale Koordination unbedingt notwendig ist, d.h. u.a., daß die ganzen Daten und Fakten der verschiedenen Organisationen wie Geheimdienst, Polizeien der einzelnen Länder ... zusammengeworfen, zentral ausgewertet und computerisiert werden.

Dies sin allgemeine Richtlinen, die '75 erstellt worden sind, und ein Vergleich mit heute zeigt, daß die Punkte entsprechend realisiert und umgesetzt sind und daß danach gehandelt wird.

Die Koordination der Aufstandsbekämpfung in der NATO läuft heute über das action comitee. Das action comitee (ac 46) ist ein Unterausschuß des Sicherheitsausschusses der NATO und ist direkt dem NATO-Generalsekretariat unterstellt. Es dient der Abstimmung von Maßnahmen der Inneren Sicherheit; ihm gehören alle NATO-Staaten an. In das ac 46 ist seit 1971/72 die Führungsebene der Nachrichtendienste integriert, von der BRD aus also das BKA und der Verfassungsschutz.

Für die Zusammenarbeit in Europa spielt die BRD die führende Rolle. Auf Tagungen der Justiz-, Innenministerkonferenzen und internationalen Tagungen der Bullenpräsidenten läuft die Vereinheitlichung und Koordination der Polizeiapparate. Die europäischen Länder geben ihre Daten an das BKA, außerdem können deutsche Bullen in Europa operieren, sie sind in jeder westeuropäischen Großstadt permanent stationiert.

Die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene zeigte noch einmal die Situation in Italien nach der Dozier-Entführung, wo Leute vom BKA und eine Einheit amerikanischer Geheimdienstagenten eingesetzt wurden.

Neben der ganzen Zusammenarbeit auf Führungsebene und ständigen Treffen wie z.B. dem Oberkommandierenden der US-Armee Europa Mitte, Kroesen, und dem Bundesanwalt Rebmann laufen die Absprache, der Erfahrungsaustausch und Koordination auch auf anderen Ebenen wie z.B. Tagungen und Seminare.

Erwähnt sei die NATO-Tagung 1973 in Monte Carlo mit dem Thema "Bedingungen und Ursprünge aggressiven Verhaltens". Von der BRD nahm Professor Meyer teil, der an der Universität Hamburg im Sonderforschungsbereich 115 tätig ist. Der Sonderforschungsbereich erforscht die sensorische Deprivation, d.h.die vollständige sinnliche Trennung des Individuums von der Umwelt. Versuchsreihen, in denen die Auswirkungen von Isolation in camera-silens-Experimenten mit Bundeswehrsoldaten erforscht wurden, liefen koordiniert und zur gleichen Zeit, als Ulrike, Grudrun und Astrid 73 im toten Trakt in Ossendorf waren. (camera silens: ein dunkler, nach außen schallisolierter und nach innen schallschluckender Raum, der schwingungsfrei aufgehängt ist. Auch die Bundeswehr hat derartige Isolationsräume in Kiel und Fürstenfeldbruck, und in der Jugendstrafanstalt Bremen wurde 72 eine "Aggressions-

kammer" nach dem Vorbild der camera silens eingebaut.)

1981, während des Hungerstreiks, gabs einen militanten Angriff auf den Sonderforschungsbereich 115 in Hamburg.

Grundlegende Konzepte de Verhaltenskontrolle hat der US-Psychologe Dr. Schein entwickelt. Sein 24-Punkte-Programm ist Grundlage der Isolationsfolter in den Trakts in allen NATO-Staaten. Dr. Schein war in den 50er Jahren Psychologe bei der US-Navy, und Ende der 50er war er an Forschungsprojekten der US-Air-Force und dem CIA beteiligt. Einige Punkte aus seinem Programm:

1) Verlegung der Gefangenen in Bereiche, die ausreichend isoliert sind, damit enge emotionale Beziehungen erfolgreich abgebrochen oder ernsthaft abgeschwächt werden;
2) Absonderung aller "wirklichen" Führer;
12) Den Kontakt zu all denen verhindern, die nicht mit den Behandlungsmethoden und der Kontrolle über den gefangenen Pöbel übereinstimmen;
20) Anwendung von Techniken zur Charakterschwächung wie: Erniedrigung, Verunglimpfung, Schreien, um Gefühle von Schuld, Angst, Beeinflußbarkeit auszulösen – in Verbindung mit Schlafentzug, einem strengen Knastregime und regelmäßig wiederkehrenden Verhören;
23) Durch Aufhebung des Drucks und Akzeptierung als menschliches Wesen gehorsames uns unterwürfiges Verhalten belohnen, das den Gehirnwäschezielen entspricht.

Neben dem Abstimmen auf gemeinsame Konzepte wird auch gemeinsam ganz praktisch geprobt. So läßt z.B. der BGS seine Einheiten durch US-Spezialisten in Foltertechniken ausbilden. Im US-Vernehmungszentrum Lenggries (Oberbayern) müssen sich Angehörige des BGS einem kontrollierten Härtetraining unterziehen. Ausbilder sind US-Streitkräfte, und das Ziel dieser Übung ist, Gefangene aussagebereit zu machen.

Ebenso wurden Folterübungen bei den NATO-Manövern Ende 81 durchgeführt. taz, 16.12.81:
"Die Uniformierten wurden gefesselt und mit Säcken über dem Kopf stundenlang auf gefrorenem Boden liegengelassen. Außerdem wurden sie von (Militärpolizei-)Wächtern angeschrieen, gestoßen und geschlagen. Parallel dazu wurden sie monotonen akustischen Reizen ausgesetzt, deren Einsatz bei der Folter beim Betroffenen totale Willens- und Orientierungslosigkeit herbeiführen soll. Soldaten, die aus den Räumen des Schulzentrums geführt wurden, litten unter Zuckungen der Gliedmaßen und waren offenbar nicht in der Lage, ihre Bewegungen zu koordinieren. Einem Passanten, der Fragen zu diesen Vorgängen stellte, wurde durch die Militärpolizei die Verhaftung angedroht".

Jetzt noch einmal zurück zu den direkten Verbindungen zu NATO-Gremien. Das BKA ist also über die Führungsebene der Nachrichtendienste im action comitee. Das BKA selbst hat eine Haftbedingungskommission, die die Programme gegen die Gefangenen im Detail ausarbeitet und kontrolliert. In den Knästen, jedenfalls da, wo politische Gefängene sitzen, gibt es ein Sicherheitsbüro, das über Berichte, die das Knastpersonal über jeden einzelnen Gefangenen erstellt, alle Informationen über die Gefangenen sammelt und an die Haftbedingungskommission im BKA weitergibt. Diese Informationen, zusammen mit Berichten von LKA-Leuten, die die Besuche überwachen und über jeden einen computergerechten Bericht verfassen, kommen in den Zentralcomputer in Wiesbaden. Dort wird ein monatliches Psychogramm erstellt, und es werden individuelle Maßnahmen gegen die Gefangenen festgelegt.

**NATO-Manöver in Türkisch-Kurdistan**

## Bundeswehr stellt ihre Einsatzbereitschaft für größere Militäroperationen unter Beweis

Einen Monat lang fand im Juni die NATO-Übung "Aurora-Express" in Türkisch-Kurdistan statt. Nach 1983 war es das zweite Manöver der NATO in dieser Region (siehe frühere Ausgaben dieses Nachrichtenheftes). Erste Pressebericht liegen inzwischen vor.

5000 Soldaten waren an "Aurora-Express" beteiligt, die Bundeswehr stellte mit 1000 das größte Kontingent. An der Übung waren sowohl die Landstreitkräfte der Mobilen Einsatztruppe (AMF(L)) mit Schwerpunktgebiet um Erzurum als die die AMF-Luftverbände mit dem Stützpunkt Diyarbakir beteiligt.

12 Millionen Dollar soll das Manöver gekostet haben, 95 Prozent der Summe sind allein für die Kosten des Transports draufgegangen. Daraus ist zu ersehen, daß wesentlicher Zweck der Übung das schnelle Verlegen von Spezial-Infanterieeinheiten in das Bürgerkriegsgebiet und in die Aufmarschgebiete entlang den Grenzen zur Sowjetunion, zum Irak, zum Iran und nach Syrien war. Bemerkenswert ist, daß der wichtige Übungsteil des Lufttransports nicht unter NATO-Kommando stand, sondern in eigener Regie von den nationalen Kontingenten durchgeführt wurde. Für die Luftwaffe war dieses Manöver die bisher größte Lufttransportübung ihrer Geschichte. 190 Einsätze sind geflogen worden, das sind knapp 4000 Flugstunden. Die drei beteiligten Lufttransportgeschwader aus Hohn. Wunstorf und Landsberg starteten in Köln-Bonn, flogen über Frankreich und Italien (in Brindisi mußte aufgetankt werden) in die Türkei, wo noch einmal zwischengetankt werden mußte. Es soll nur eine einzige kleine technische Panne gegeben haben. Schweres Gerät, das nicht auf dem Luftweg transportiert werden konnte, wurde via Zeebrügge zum türkischen Mittelmeerhafen Mersin verschifft und von dort per Eisenbehan zum Einsatzort gebracht. Die Bundeswehr hat mit dieser Übung zum ersten Mal praktisch unter Beweis gestellt, daß sie nicht nur willens sondern tatsächlich auch in der Lage ist, größere militärische Kommandounternehmen eigenständig durchzuführen.

Sie hat dazu nicht nur die geeigneten schnellen Transportkapazitäten, sondern auch die richtigen Truppen. Dem Bericht in "bw-aktuell" zu Folge waren wichtige Bestandteil des Militäraufenthaltes in Kurdistan militärische Vergleichswettkämpfe zwischen den beteiligten Truppenkontingenten. Stolz wird vermeldet, daß die beiden Mannschaften des Fallschirmjägerbataillons 262 (Merzig, Saarland) beim "Chalenge-Cup", einer infanteristischen Marschübung, "mit deutlichem Abstand die Plätze eins und zwei" belegten. Die nach Kurdistan verlegte BRD-Artillerie schnitt bei der Spezialübung "Aurora-Barbara" mit "Auszeichnung" ab.

Auffallend zurückhaltend sind die Äußerungen der Bundeswehrkommandeure zu der Tatsache, daß die Übung in einem Bürgerkriegsgebiet stattfand. Es sei darum gegangen "Flagge zu zeigen" gegenüber der Sowjetunion, so ist die offizielle Lesart des Übungszwecks. Tatsache ist aber, daß in Kurdistan die Türkei große Teile ihrer Truppen stationiert hat und gegen den kurdischen Unabhängigkeits-

kampf zum Einsatz bringt. Hervorgehoben wird auch allgemein, wie gut die Zusammenarbeit zwischen türkischem Militär und den Truppen aus den übrigen NATO-Ländern geklappt hat. Trotz der Masche "Mein Name ist Hase ..." bedeutete die deutliche hör- und sichtbare NATO-Präsenz eine direkte Scützenhilfe für die türkische Regierung in ihrem militärischen Kampf gegen den kurdischen Widerstand.

Quellenhinweis:bw-aktuell, 13.7.87: Das illustrierte Wochenende, Woche vom 20. bis 26.6.87; taz, 15.7.87 – (jok)

Informationsbüro Türkei
Postfach 91 11 54
Gretchenstr. 24
3000 Hannover 1

Einladung zum Wochenendseminar am 4./5./6. September

**Am Rande des Golfkrieges**
**Vernichtungsfeldzug gegen das Kurdische Volk und türkische (Nato-) Interventionsplanungen**

Der Golfkrieg geht nunmehr ins siebte Jahr – von der Öffentlichkeit in der BRD kaum mehr beachtet. Noch weniger Aufmerksamkeit finden die Entwicklungen "am Rande":

– Der eskalierende Krieg des türkischen Regimes gegen die Kurden, der inzwischen mit Massendeportationen und Bombardements gegen kurdische Dörfer auch jenseits der irakischen Grenze geführt wird.
– Die in der Türkei laufende ideologische Mobilmachung für einen Einmarsch im Nordirak für den Fall, daß sich ein iranischer Sieg abzeichnen sollte. Unter Berufung auf historische Gebietsansprüche und wirtschaftliche Interessen wird ganz offen über eine Besetzung von Mossul und Kirkuk diskutiert.
– Die laut geäußerten Interventionsüberlegungen der USA und der NATO. So findet derzeit – im Juni '87 – ein vierwöchiges Manöver der Schnellen Eingreiftruppe der NATO (AMF) unter Beteiligung von 1000 Bundeswehrsoldaten just in diesem Gebiet statt.

Es ist bisher so gut wie gar nicht gelungen, die Tatsachen ins öffentliche Bewußtsein zu rücken, daß die NATO-Staaten durch ihre Waffenlieferungen schon seit langem engstens in den mörderischen Krieg am Golf verstrickt sind, daß ein Mitgliedsland einen permanenten Bürgerkrieg gegen einen Teil seiner Bevölkerung führt und nun aktiv Vorbereitungen trifft, in den Golfkrieg einzugreifen.

Das liegt sicher auch daran, daß es kaum Kontakte unter denen gibt, die zum Thema arbeiten: Die Gruppen der Friedensbewegung haben es schwer, die innertürkische Entwicklung zu verfolgen, den Türkeispezies wiederum fehlt der Überblick über die Situation an der iranisch-irakischen Front usw.

Mit dem Seminar wollen wir dem Nebeneinander-her-arbeiten verschiedener Zweige der Solidaritäts- und Friedensbewegung durch den Austauch von Informationen und Erfahrungen begegnen.

Die folgenden Diskussionsschwerpunkte werden mit Referaten von Experten auf dem jeweiligen Gebiet eingeleitet:

– aktuelle Situation und Entwicklung im Golfkrieg
– Die Strategie der NATO und USA in dieser Region
– Ideologische und materielle Kriegsvorbereitungen der Türkei
– Der Vernichtungsfeldzug gegen das kurdische Volk

Um auch Ansätze für eine praktische Kampagne hier zu erarbeiten, soll als weiterer Schwerpunkt auf die Waffenlieferungen und logistische Unterstützung aller drei Länder durch die BRD eingegangen werden. Mitglieder und Vertreter von Antirüstungsexportgruppen sind zur Teilnahme aufgerufen.

Das Seminar findet statt:
von Freitag, 4.9.87 um 18 Uhr
bis Sonntag, 6.9.87 vorr. 15 Uhr
Ort: WEDÖFF (Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit)
Estermannstraße 204
5300 Bonn 1

Kosten: (Teilnahme, Unterbringung, Verpflegung) DM 75.-, für Schüler, Studenten und Sozialhilfeempfänger 45.-
Träger des Seminars ist das Informationsbüro Türkei in Zusammenarbeit mit der WEDÖFF.
Bitte meldet Euch rechtzeitig zur Teilnahme an beim Informationsbüro. Ihr bekommt dann die genaue Tagesordnung und Anfahrtsbeschreibung zugesandt.
Gegen Einsendung von DM 3.- + Porto kann ein umfangreiche Materialmappe zur Vorbereitung angefordert werden.

# WAR NEWS

**In der Nacht vom 20. Juni wurde auf den Neubau des humanpharmakologischen Institut der Ciba-Geigy in Thübingen ein umsichtig geplanter Anschlag verübt. Der Sprengsatz richtete einen Sachschaden von rund 30 000 DM an. In einer gut dokumentierten 10-seitigen Erklärung, die wir auf dieser Seite in gekürzter Fassung abdrucken, begründet die Gruppe «militante Zellen» ihre Aktion.**

«Wir haben versucht, unsere eigene politische Geschichte in Theorie und Praxis und die Geschichte der radikalen Linken und Frauenbewegung zu reflektieren und einzuschätzen. Wir befinden uns im Moment an dem Punkt, wo wir es für uns und insgesamt notwendig halten, weg von den spontanen und punktuellen Ansätzen eine kontinuierlichere und umfassendere radikale Politik zu entwickeln. Die Kluft zwischen unseren theoretischen Erkenntnissen und unserer Praxis muss kleiner werden. Unser Schwerpunkt liegt deshalb in der Erweiterung unserer praktischen Möglichkeiten. Also darin, uns Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten, um angemessener und vielschichtiger agieren zu können. Es gibt hier noch keinen Massenwiderstand oder vorrevolutionäre Verhältnisse. Trotzdem geht es darum, schon jetzt die Widerstandsformen weiterzuentwickeln, ohne dass wir unsere momentanen Kräfte überschätzen. Bei der Entwicklung unserer Praxis ist es uns wichtig, offensiv mit unseren eigenen Widerspüchen und Ängsten und den Widersprüchen innerhalb der Bewegung umzugehen und das nach aussen zu vermitteln. Folgende Punkte sind uns bei der Entwicklung unseres Widerstandes wichtig:

a) Kontinuierliche und verbindliche Strukturen aufbauen
b) Antipatriarchales und linksradikales Bewusstsein schaffen
c) Militante Praxis entwickeln und weiterentwickeln

Zu a): Wir gehen nach wie vor davon aus, dass unter uns und in der radikalen Linken Strukturen bestehen, die nicht frei sind von patriarchaler Denkweise, Hierarchie und Spezialistentum. Oft genug liegt die Ursache für solche Strukturen in der Ignoranz gegenüber dem realen Geschlechterverhältnis, das auch in unserer Szene eher verwischt als problematisiert wird. Ob wir in der Lage sein werden, das so zu thematisieren, dass eine Entwicklung stattfinden kann, wird die Zeit erweisen. Möglich erscheint es uns nur auf der Grundlage von Verbindlichkeit und Kontinuität. Das erfordert die Bereitschaft sich zu einer Auseinandersetzung über die unterschiedliche Analyse und Herangehensweise von Männern und Frauen einzulassen. Auch die Beziehungen ausserhalb müssen auf die Gruppe zurückbezogen werden und Bestandteil der politischen Praxis sein. Verbindlichkeit und Kontinuität sind auch notwendig für die Aneignung und Entwicklung praktischer Fähigkeiten, um so zum Beispiel die Aktion für uns wie auch für andere sicherer zu machen. Dadurch sind wir in der Lage, längerfristig effektivere und vielfältigere Aktionen durchzuführen.

Zu b): Mit und in unseren Erklärungen wollen wir versuchen, über eine grundsätzliche Analyse des kapitalistisch-patriarchalen Systems deutlich zu machen, dass es für uns keine Akzeptanz der herrschenden Gesellschaft gibt. Wir lehnen alle reformistischen und revisionistischen Veränderungsillusionen ab. Letztlich geht es um die Machtfrage. Es muss notwendigerweise Bestandteil einer radikalen Theorie sein, dass dieses System nicht gewaltfrei zu kippen ist. Es ist klar, dass sich antipatriarchales, linksradikales Bewusstsein nicht nur über theoretische Erkenntnisse entwickeln kann, sondern dass auch Erfahrungen mit Widerstand gegen staatliche Macht und Willkür, gegen Männergewalt und männliche Ignoranz und kapitalistische Verwertung unerlässlich sind.

Zu c): Es geht uns um die Auseinandersetzung über Anwendung, Durchführung, Wirkung und Konsequenzen von unseren Aktionen. Also darum, welchen politischen Stellenwert eine Aktion innerhalb des gesamten radikalen Widerstandes zu einem bestimmten Zeitpunkt hat. Das Verhältnis militanter Kleingruppenaktionen und Massenmilitanz muss ständig reflektiert werden, damit wir effektive Formen von Widerstand entwickeln können. Wir wollen erreichen, dass auch immer mehr Leute den Schritt zu militanter Praxis machen, weil sie sehen, dass er notwendig und machbar ist.

Zur Zeit sind wir nicht in der Lage, die Machtfrage zu stellen. Deshalb begreifen wir die jetzige Phase unseres Widerstandes als defensive Strategie. Was aber nicht heisst, dass wir den Kampf gegen die Projekte, die der kapitalistischen und patriarchalischen Herrschaftssicherung dienen, nicht offensiv führen. Diese Projekte durch vielseitige Aktionen in ihrem Charakter zu entlarven, zu behindern und wenn möglich zu stoppen ist vorerst unser Ziel.»

«Ciba und Geigy wurden 1859 getrennt gegründet. Beide produzierten zuerst synthetische Farben und Lacke, erst in den 30er Jahren lief bei Ciba die Arzneimittelproduktion an. 1970 fusionierten Ciba und Geigy. Wichtige Anteile und teilweise leitende Positionen am Konzern halten die Familien *von Planta, Geigy, Iselin, Staehlin* und *Vischer*. Ciba-Geigy liegt seit 1977 unter den 50 grössten multinationalen Pharmakonzernen an 4. Stelle hinter *Hoechst, Merck Sharp & Dohme* (USA) und *Bayer*. Der Konzern beschäftigt ca. 80 000 Menschen (davon in der sog. 3. Welt 21,6%).

Ins Ausland verkauft Ciba-Geigy 98% seiner Waren. Davon in die sog. 3. Welt 28%. Die Investitionen in der sog. 3. Welt betrugen 1983 11%. Der Konzern hatte 1981 120 Gesellschaften in über 50 Ländern und 49 Niederlassungen in 34 sog. 3. Weltländern. Grössere Wirkstoffproduktionsanlagen für Medikamente befinden sich in den USA und England, in der Nähe von Bombay und in Brasilien, Frankreich und Italien. In 17 Ländern der sog. 3. Welt gibt es Produktionsbetriebe zur weiter und/oder Endverarbeitung der Wirksubstanzen.

*«Millionen Menschen haben keine Wahl zwischen Hunger und Krankheit. Pharmaforschung ist teuer, aber ein Menschenleben ist unbezahlbar.»* So und in ähnlich zynischen Varianten führt die pharmazeutische Industrie ihre Werbekampagnen. Die Pharma- und Chmiekonzerne geben sich in der Öffentlichkeit auch als Entwicklungshelfer auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung und in der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion aus. Ihre imperialistische Praxis zeigt aber, dass es nur darum geht, mit Hunger, Krankheit und Elend in der

sog. 3. Welt Profite zu machen und die Kapitalverwertungsbedingungen zu verbessern. Durchschnittlich werden von den Pharma- und Chemiekonzernen etwa 10% des Umsatzes für Forschung ausgegeben. Nur 3% davon fliessen in die Forschung von Medikamenten, die für die Menschen in der sog. 3. Welt lebenswichtig sind.

Tatsache ist: a) Der Grösste Teil der in der sog. 3. Welt vermarkteten Medikamente ist völlig überflüssig. Von den 234 unentbehrlichen Medikamenten der Liste der Weltgesundheitsorganisation von 1979 waren nur 8 von Ciba-Geigy dabei (darunter 1 gegen Plattwürmer, *Ambilhar,* und 2 gegen Lepra, *Lampren, Rimactan*). 1978 verkaufte Ciba-Geigy aber in Mexiko 62 Medikamente und war mit einem Marktanteil von 3,78% unter 30 Konzernen auf Platz 1. Ambilhar und Lampren wurden aber in Mexiko nicht verkauft. Die 5 meistverkauften Medikamente in Mexiko von Ciba-Geigy hatten 44% Umsatzanteil und waren alle nicht dringend notwendig. Verkauf von Anabolika (für den Aufbau von eiweisshaltigen Körperstrukturen): in der sog. 3. Welt werden die Anwendungsgebiete für solche Mittel ständig erweitert. Ciba-Geigy vertreibt *Dianabol.* Es wird eingesetzt und empfohlen bei Marasmus (Eiweiss und Kohlehydratemangelkrankheiten aufrund von Unterernährung). Nach Ciba-Geigy und anderen Konzernen wären somit alle Hungernden der Welt potentielle Abnehmer ihrer Anabolika. Offiziell wurde 1982 Dianabol weltweit aufgrund von Protesten zurückgezogen – überprüft werden kann das nicht.

b) In der sog. 3. Welt besteht ein chronischer Mangel an wirklich lebenswichtigen Basismedikamenten. 60 bis 90% der ländlichen Bevölkerung haben keinen Zugang zu Medikamenten. Von über 100 Medikamenten die Ciba-Geigy herstellt sind nur 2 als Basismedikamente brauchbar.

c) Viele Medikamente sind gefährlich bzw. tödlich. Noch 1983 macht Ciba-Geigy mit den Medikamenten *Butazolidin, Tanderil* und *Dolo-Tanderil* (gegen Rheuma und Schmerzen) ca. 200 Mio SFr. Umsatz. Nach von Ciba-Geigy geheimgehaltenen Berichten gab es bis 1982 schon über 1100 Todesfälle durch diese Medikamente. Mediziner schätzen die weltweite Anzahl auf über 10000, da aus den sog. 3. Weltländern quasi keine Berichte über Nebenwirkungen gemacht wurden. Butazolidin musste 1985 auf eine Indikation eingeschränkt werden, Tanderil und Dolo-Tanderil wurden 1985 zurückgezogen. In der sog. 3. Welt erkranken jährlich zwischen einer ¾ und 1 Mrd. Kleinkinder an akutem Durchfall. Die Pharmaindustrie verkauft eine Vielzahl von Antidurchfallmitteln mit grossen Werbekampagnen in diese Länder. Die Mittel sind sehr teuer und laut Weltgesundheitsorganisation fast alle überflüssig und zudem teilweise gesundheitsgefährdend. So z.B. das Ciba-Geigy Präparat *Mexaform* und *Entero-Vioform.* In beiden Medikamenten ist der Wirkstoff Clioquinol enthalten. Dieser Wirkstoff führt zu einer schweren Nervenkrankheit: *Smon* (vgl. WoZ Nr. 21/87 über Olle Hansson: Ciba-Geigy Intern, Unionsverlag).

d) Die sog. 3. Welt dient als Müllhalde für abgelaufene und hier verbotene Medikamente. Dolo-Tanderil und Tanderil waren in der Schweiz, Frankreich, BRD, USA nicht zugelassen, dafür auf den Märkten der sog. 3. Welt zu haben. 1977 wurden in den meisten Industrieländern Fieber- und Schmerzmittel die Aminophenazon enthielten verboten. Noch 1981 gab es in der sog. 3. Welt Medikamente mit diesem Wirkstoff. Von Ciba-Geigy waren 3 dabei. Aminophenazon kann zu schweren Blutschädigungen führen. Auf den Philippinen gab es ein Abkommen zwischen den Gesundheitsbehörden und Ciba-Geigy, dass die Restbestände des Medikamentes *Cibalgin* (mit dem gefährlichen Wirkstoff) weiter verkauft werden durften.

e) Neue Medikamente und chemische Stoffe werden oft an den Menschen der sog. 3. Welt getestet: Im Herbst 1982 musste Ciba-Geigy zugeben, dass das Unternehmen in Ägypten ein krebserzeugendes Pestizid versuchsweise an Kindern und Jugendlichen getestet hatte.

f) Die Pharma- und Chemiekonzerne sabotieren massiv die Bestrebungen der sog. 3. Welt, unabhängige Ansätze in der Gesundheitsversorgung und in der Landwirtschaft zu entwickeln. Die Länder der sog. 3. Welt haben praktisch keine eigenen Pharmaproduktionskapazitäten. In diesen Ländern wurden 1980 nur 11,4% aller Medikamente hergestellt. Der Marktanteil der multinationalen Pharmakonzerne in diesen Ländern liegt zwischen 53 und 100%. Auf den 9 Pharmateilmärkten haben die 5 führenden Konzerne zusammen mehr als 70% Umsatzanteil. Kein einziges Land der sog. 3. Welt ist in der Lage, durch eigene Forschung diejenigen Medikamente zu entwickeln, die es benötigt. 1980 kostete die Entwicklung eines neuen Medikamentes ca. 50 Mio. US$. 1979 veröffentlichte die WHO eine Liste von 234 unentbehrlichen Medikamenten für die sog. 3. Welt. Der Weltpharmaproduzentenverband protestierte und drohte: Wenn die Länder der 3. Welt die Vorstellung der WHO durchsetzen, ziehen sich die Konzerne zurück. Das aber kann sich kein Land leisten. Pakistan hatte schon 1973 versucht per Gesetz *Generics* einzuführen. Ciba-Geigy zog sich daraufhin aus Pakistan zurück und gefährdete die Versorgung des Landes. Das Gesetz wurde wieder aufgehoben. Generics sind Medikamente, bei denen die Patente und der Markennamenschutz aufgehoben sind. Die Medikamente wurden mit dem Namen des Wirkstoffes vertrieben.

Von den 85% der Pharmapatente, die sich in der sog. 3. Welt in den Händen der Multis befinden, werden 10% kommerziell genutzt. Der Rest wird als Sperre für Konkurrenten und einheimische Pharmahersteller gebraucht. Inzwischen bekunden die Konzerne die «Bereitschaft», mit den Ländern der sog. 3. Welt und der Weltgesundheitsorganisation zusammenzuarbeiten. Es ist eine neue politisch-wirtschaftliche Strategie, um, obwohl kurzfristig Mehrkosten entstehen, speziell den 3. Weltmarkt offen zu halten und neue Abnehmer zu finden. In der sog. 3. Welt gibt es einen steigenden Bedarf nach billigen und einfachen Medikamenten. Der Markt ist heute schon so gross wie der US-Markt.

« Der Pharmariese Ciba-Geigy ist ein typisches Beispiel dafür, wie mit kapitalistisch-patriarchaler Logik technischer und wissenschaftlicher «Fortschritt» – sprich Ausbeutung und Vernichtung von Mensch und Natur – und die Zerstörung sozialer Strukturen und Lebenszusammenhänge überall auf der Welt praktiziert und voran getrieben wird.

In Zusammenarbeit mit Politik, Militär und Wissenschaft werden die immer grösser werdenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals (sinkende Profitrate, Überproduktionskrisen) durch die Erschliessung neuer Investitionsmärkte und durch die Schaffung neuen Bedarfs zu lösen versucht. Weiter ist es den imperialistischen

Konzernen immer noch möglich, ihre Fortschrittsideologie und ihre neuen Technologien (Bio- und Gentechnik) als Kampf gegen Hunger und Krankheit und als Beitrag zur Entwicklung «besserer» Lebensbedingungen zu verkaufen. Dies zeigt auch die ungebrochene Fortschrittsgläubigkeit innerhalb der Bevölkerung in den Metropolen, und dass die Spaltungspolitik der Herrschenden in Erste Welt – Dritte Welt, Männer – Frauen, Arme – Reiche, Weisse – Farbige usw. noch sehr gut funktioniert.

Unsere Aktion zielt nicht darauf ab, Forderungen an diesen Konzern zu stellen. Bayer, Hoechst und Sandoz betreiben die gleiche menschenverachtende Politik. Gerade deshalb meinen wir, dass es notwendig ist, die Logik dieses Systems grundsätzlich zu durchbrechen und konsequentere Widerstandsformen dagegen zu entwikkeln. »

Der Verkauf von billigeren Generics soll sich bis 1989 verdoppeln. Bei Ländern mit unsicherer wirtschaftlicher und finanzieller Lage will Ciba-Geigy mit Hilfe von Weltbank und humanitären Organisationen Generics in diesen Ländern absetzen. »

Der Spiegel 24.07.1987

## Panzer auf dem Hof

**Antiterror-Spezialisten aus dem Heiligen Land sind weltweit in Einsatz. Das Exportgeschäft mit der Sicherheit blüht.**

Vor elf Jahren, in der Nacht zum 4. Juli 1976, stürmte eine israelische Luftlande-Einheit das Terminal-Gebäude auf Ugandas Flughafen Entebbe. Innerhalb von 40 Minuten wurden 105 entführte Geiseln freigekämpft. Der Kommandoführer, Oberst Muki Betzer, wurde zum Volkshelden.

Bis 1985 diente Betzer, heute 44, in Israels Armee, zuletzt als Befehlshaber aller Antiterror-Verbände. Doch auch nach seinem Ausscheiden vor zwei Jahren blieb er als Zivilist seiner Profession treu: Eine von ihm gegründete Gesellschaft Atlas (Antiterrorist Logistic Assistance) bietet öffentlichen Institutionen, Luftfahrtgesellschaften, Hotels und Banken weltweit Schutz vor Terroranschlägen.

Atlas übernimmt aber auch die Ausbildung von Privatpersonen – zum Beispiel in einem Lehrgang namens „Tour'n Secure". Neben Rundfahrten im Heiligen Land werden den Teilnehmern Lektionen zu Theorie und Praxis der Selbstverteidigung, dazu Schieß- und Karateunterricht geboten. Als Trainer beschäftigt die Firma (Slogan: „Sorry, aber wir haben die Erfahrung") bewährte Spezialisten aus israelischen Eliteeinheiten.

In Israel organisierte Betzers Gesellschaft schon Kurse für Hotelpersonal, große Computerfirmen oder Transportunternehmen. Doch das Geschäft blüht vor allem im Ausland. In einem Werbefilm (in englischer und spanischer Sprache) führt Atlas internationalen Interessenten vor, wie Terroranschläge vereitelt werden können. „Wir arbeiten in der Fremde, aber nur mit staatlicher Genehmigung", sagt Betzer. Mit Guerilla-Organisationen wie den Contras in Nicaragua gebe es keinerlei Zusammenarbeit, „Gott behüte".

Auch in Südafrika sei die Firma nicht aktiv, außer „um dortigen Juden zu helfen". Denn „eine Kooperation mit dem Apartheid-Staat würde unserem weltweiten Engagement schaden".

Das Unternehmen des Reserveoberst Betzer ist nicht das einzige im Antiterror-Geschäft. Fast 200 israelische Firmen exportieren inzwischen Sicherheit in Dutzende von Ländern. Ihr Umsatz dürfte in diesem Jahr 150 Millionen Dollar erreichen. Die Mittagszeitung „Jediot Acharonot": „2000 Israelis beschirmen die ganze Welt."

Das scheint kaum übertrieben. Während des Prozesses gegen Klaus Barbie in Lyon etwa stand ein israelischer Roboter namens Wasp bereit, um im Notfall Sprengkörper im Gerichtssaal zu entschärfen. Israelis haben Alarmeinrichtungen für den Buckingham Palace in London geliefert und Schutzzäune an den Grenzen mehrerer afrikanischer und südamerikanischer Staaten aufgestellt. Israelis wurden auch als Sicherheitsberater für die Olympischen Spiele in Seoul 1988 engagiert.

Eine Gesellschaft Internationaler David-Schild offerierte in der Londoner Zeitschrift „The Economist" die Erfüllung „aller militärischen Bedürfnisse überall auf der Welt". Eine Haifaer Firma spezialisierte sich auf „Sicherheit zur See"; sie trainiert die Besatzungen privater Luxusschiffe im Kampf gegen Piraten und Kidnapper. „Wer eine Jacht besitzt, kann sich auch unsere Dienste leisten", sagt der Manager.

Israelische Leibwächter behüten weltweit Politiker und Geschäftsleute. „Israeli Bodyguards", inserierte die Benital International Ltd. aus der Tel Aviver Ben-Jehuda-Straße kürzlich in der „International Herald Tribune". Die Bewachung kostet etwa 200 Dollar täglich, doppelt soviel wie in Europa üblich. Aber „meine Männer besitzen Kampferfahrung", preist Direktor Beni Tal die besonderen Qualitäten seines Unternehmens an.

Die saudische Zeitung „El-Masala" berichtete vor kurzem, 40 Israelis würden dem Präsidenten von Nigeria als Leibgarde dienen. In Nicaragua wurde vor der Revolution Diktator Somoza von Israelis bewacht. Die Haifaer Labock-Sicherheitspatrouille beschirmte den Präsidenten des südafrikanischen Homelands Ciskei, als der zu Besuch in Jerusalem weilte, und bildete anschließend seine Leibwache aus.

Israelische Spezialisten beraten und behüten auch die Staatschefs von Panama, Ecuador und Guatemala. In Chile stehen Kupferminen unter dem Schutz israelischer Profis. Die Firma Defender bietet lateinamerikanischen Regierungen Hilfe im Kampf gegen Guerrilleros. Ein Konkurrenzunternehmen spezialisierte sich auf die Terrorbekämpfung in Kolumbien.

Die von dem früheren Geheimdienst-Mann Peleg Radai gegründete Firma P. S. I. wurde von der Fluglinie American Airlines für die Abschirmung ihrer Abfertigungsschalter geheuert. P. S. I. gab den 70 000-Dollar-Auftrag an die Firma ICTS weiter, die schon Sicherheitsdienste in Österreich, Spanien, England und der Schweiz leistet.

Andere US-Luftfahrtgesellschaften (TWA, Pan Am) lassen gern wissen, daß Israelis für sie arbeiten – der Nimbus der kampferprobten Anti-Terror-Spezialisten poliert ihren Ruf auf. Auch die New Yorker Flughafenbehörde hat mehrere Israelis als Sicherheitsbeamte engagiert.

Die Globe High-Tech Ltd. aus Herzlija will Personal zur Abschirmung von Erdölbohranlagen, Raffinerien, Kraftwerken und Atommeilern ausbilden. Mit relativ bescheidenen Ausgaben könne man so Investitionsmillionen sichern, beteuert Direktor Chaim Staw.

Alle diese Unternehmen arbeiten mit Genehmigung der Jerusalemer Regierung; die Kundschaft wird aber nicht nach politischer Opportunität ausgesucht, Geschäft bleibt Geschäft.

Neben diesen halboffiziellen Sicherheitsfirmen gibt es zudem noch viele Einzelgänger, meist Ex-Offiziere, die sich direkt verdingen. Ihre Dienste kosten oft mehrere tausend Dollar pro Monat, plus Unterkunft, Spesen, Dienstwagen und regelmäßigem Heimaturlaub. Ein jüdischer Bankier aus Brasilien zahlt für seine private israelische Leibgarde, die ihn auch auf allen Auslandsreisen begleitet, eine halbe Million Dollar jährlich.

In europäischen Ländern stoßen die israelischen Schutzengel allerdings oft auf das Mißtrauen der Behörden, etwa wenn es um das Ausstellen von Waffenscheinen geht.

Da ist die Arbeit in Südamerika leichter. „Mit Geld kriegt man dort jede polizeiliche Genehmigung, sogar für einen Hubschrauber auf dem Dach und einen Panzer im Hinterhof", lobt ein in Brasilien tätiger Israeli. ◆